G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Paul Neuhöffer
Notwendige innenpolitische Folgerungen aus den Ostverträgen

Dshermen Gwischiani
Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in Europa

Rainer Rilling und Hartmut Sychla
Zur Rüstungs- und Militärpolitik der Regierung Brandt/Scheel

Hans-Dieter Bamberg
Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel (II)

Umfrage zur Hochschulpolitik (I)
Beiträge von Rolf Rendtorff und Uwe Wesel

6'72

Juni 1972 Einzelheft 4,00 DM Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Juni 1972

CHRONIK DES MONATS MAI 1972 561

KOMMENTARE UND BERICHTE
Nixon in Moskau . . . . . *Karl D. Bredthauer* 564
Bericht aus den USA . . . . . *Martin Hall, Los Angeles* 565
Internationales Seminar in Neu-Delhi . . . . . *Jürgen Harrer* 568

HAUPTAUFSÄTZE
Notwendige innenpolitische Folgerungen
aus den Ostverträgen . . . . . *Paul Neuhöffer* 571
Zur gesamteuropäischen Kooperation . . . . . *Wilfried v. Bredow* 578
Umrisse der wissenschaftlich-technischen
Zusammenarbeit in Europa . . . . . *Dshermen Gwischiani, Moskau* 585
Die Situation nach den Wahlen in Italien . . *Wilfrid Schilling, Oggebbio* 590
Zur Rüstungs- und Militärpolitik
der Regierung Brandt/Scheel . . . . . *Rainer Rilling und Hartmut Sychla* 598
Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten
des Rainer Barzel (II) . . . . . *Hans-Dieter Bamberg* 616
Umfrage zur Hochschulpolitik (I)
Beiträge von *Rolf Rendtorff* und *Uwe Wesel* 634

FERNSEH-SPALTE
Spionageschnulze . . . . . *E. H. Wahl* 643

BÜCHER
Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft . . . *Burkhard Rosenau* 644
Robert L. Hess, Ethiopia . . . . . *Volker Janßen* 646
Herbert Meißner, Konvergenztheorie und Realität . . . . . *Frank Niess* 649
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 651

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN
Grundsätze für die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA
vom 29. Mai 1972 (Wortlaut) 653
Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung
der ABM-Systeme vom 26. Mai 1972 (Wortlaut) 655
Interimsabkommen zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung
von Offensivwaffen vom 26. Mai 1972 (Wortlaut) 658
Protokoll zum Interimsabkommen zwischen der UdSSR und den USA
vom 26. Mai 1972 (Wortlaut) 661
Entschließung von Bundestag und Bundesrat anläßlich der Ratifizierung der
Verträge von Moskau und Warschau (Gemeinsame Erklärung) (Wortlaut) 662
Erklärung des Forums der Öffentlichkeit für europäische Sicherheit und
Zusammenarbeit in Brüssel vom 2. bis 5. Juni 1972 (Wortlaut) 664
Entwurf der Innenministerkonferenz für eine „Treueerklärung" aller
Bewerber für den öffentlichen Dienst vom 28. April 1972 (Wortlaut) 667
Erklärung des Vorstandes der Vereinigung Demokratischer Juristen zur Fortdauer der Behinderungen im öffentlichen Dienst vom 31. Mai 1972 (Wortlaut) 670
Erklärung von Prof. D. Helmut Gollwitzer vom 29. Mai 1972 zu den
Bombenanschlägen in der BRD (Wortlaut) 671

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Siebzehnter Jahrgang · Heft 6/1972

Herausgeber

HILDE BENTELE †
WILFRIED FRHR. V. BREDOW
GERHARD GOLLWITZER
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER †
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Mai 1972

1. 5. — S A L T. Der amerikanische Delegationschef bei den laufenden „Strategic Arms Limitation Talks" in Helsinki, Botschafter Smith, erhält in Washington neue Instruktionen von Präsident Nixon. Der Pressesprecher des Weißen Hauses teilt dazu mit, in den letzten Wochen habe zwischen Nixon und Parteisekretär Breschnew ein vertraulicher Meinungsaustausch über die noch offenen Fragen stattgefunden. — Am 26. 5. unterzeichnen Nixon und Breschnew in Moskau erste Vereinbarungen über die Begrenzung der Zahl der Antiraketenstellungen und der Interkontinentalraketen (nukleare Offensivwaffen); die 7. SALT-Runde in Helsinki wird daraufhin beendet (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

2. 5. — V i e t n a m. Der Sicherheitsberater Präsident Nixons, Henry Kissinger, führt in Paris ein mehrstündiges Geheimgespräch mit dem Mitglied des Politbüros der Partei der Werktätigen Vietnams Le Duc Tho, der am 30. April von Konsultationen aus Hanoi zurückgekehrt war; die Unterredung wird erst am 5. 5. bekannt. — Am 4. 5. erklärt US-Botschafter Porter nach der 149. Sitzung der Vietnam-Konferenz, die amerikanische und die südvietnamesische Delegation hätten beschlossen, der Konferenz „auf unbestimmte Zeit" fernzubleiben. — Am 8. 5. gibt Präsident Nixon nach einer Konferenz mit seinen engsten Mitarbeitern (Außenminister Rogers wird zu diesem Zweck von einer Europareise nach Washington gerufen) neue Maßnahmen gegen die Demo-

kratische Republik Vietnam bekannt: „1) Alle Einfahrten nordvietnamesischer Häfen werden vermint werden, um den Zugang zu diesen Häfen und nordvietnamesische Flottenoperationen von diesen Häfen aus zu unterbinden; 2) die amerikanischen Streitkräfte sind angewiesen worden, innerhalb der Binnengewässer und der beanspruchten Hoheitsgewässer Nordvietnams angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um die Lieferung jeglichen Nachschubs zu unterbinden; 3) die Schienen- und anderen Verbindungswege werden im höchstmöglichen Maße abgeschnitten; 4) die Luft- und See-Angriffe gegen militärische Ziele in Nordvietnam werden fortgesetzt." — Am 11. 5. heißt es in einer Erklärung der sowjetischen Regierung: „Die Sowjetunion besteht entschieden darauf, daß die USA ihre Maßnahmen zur Blockierung der Küsten und zur Unterbrechung der Landverbindungswege der DRV unverzüglich rückgängig machen, daß die gegen die DRV gerichteten Aggressionsakte der USA eingestellt werden, daß das Recht auf Freiheit der internationalen Schiffahrt und des Handels respektiert wird ... Das sowjetische Volk hat dem vietnamesischen Volk jede erforderliche Unterstützung gewährt, und es wird dies auch weiterhin tun."

4. 5. — Frankreich. Die Nationalversammlung verabschiedet einstimmig ein Gesetz, das die Entwicklung, Lagerung und Weitergabe biologischer Waffen untersagt. Frankreich ist der internationalen „Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen und deren Vernichtung" vom 10. April 1972 (Text in „Blätter", Heft 5/1972, S. 553 ff.) bisher nicht beigetreten.

6.—8. 5. — Italien. Bei den Wahlen zur vorzeitig aufgelösten Abgeordnetenkammer (gleichzeitig wird auch der neue Senat gewählt) können die Christdemokraten (DC) ihre führende Position um einen weiteren Sitz ausbauen. Die Kommunisten (PCI) gewinnen zwei Sitze. Starke Stimmengewinne verzeichnen die Republikaner (PRI) und die Neofaschisten (MSI), während die Sozialisten (PSI), Sozialdemokraten (PSDI) und die Liberalen (PLI) Verluste hinnehmen müssen. Die Sozialistische Partei der proletarischen Einheit (PSIUP) büßt ihre bisherigen 23 Mandate ein. Zusammensetzung der neuen Abgeordnetenkammer: DC 267, PSI 61, PSDI 29, PRI 14, PCI 179, PLI 21, MSI 56, Südtiroler Volkspartei (SVP) 3 Sitze.

10. 5. — BRD/UdSSR/Polen. Der Bundestag tritt in die mehrfach verschobene Zweite Lesung der Ratifizierungsgesetze zu den Verträgen mit der Sowjetunion (12. August 1970) und der Volksrepublik Polen (7. Dezember 1970) ein. Das Plenum lehnt zuvor mit Stimmengleichheit einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion auf erneute Vertagung ab. Nach einer kurzen Debatte wird auf Grund einer interfraktionellen Vereinbarung beschlossen, die Behandlung der Tagesordnung für eine Woche auszusetzen und in der Zwischenzeit die Verhandlungen über einen von der CDU/CSU geforderten gemeinsamen Entschließungsantrag aller Fraktionen fortzusetzen. — Am 17. 5. ratifiziert der Bundestag die Verträge mit einfacher Mehrheit (Vertrag mit der Sowjetunion: 248 Ja-, 10 Nein-Stimmen, 238 Enthaltungen; Vertrag mit der Volksrepublik Polen: 248 Ja-, 17 Nein-Stimmen, 231 Enthaltungen). Die Nein-Stimmen kommen aus der CDU/CSU-Fraktion und von einem FDP-Abgeordneten. Die gemeinsame Entschließung zu den Verträgen wird (bei Berücksichtigung auch der Stimmen der Westberliner Bundestagsabgeordneten) mit 513 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. — Am 19. 5. schließt der Bundesrat durch Verzicht auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses den parlamentarischen Ratifikationsvorgang ab. Die Entscheidung fällt bei Stimmenthaltung der von CDU und CSU regierten Länder. Der Bundesrat stimmt der Entschließung des Bundestages vom 17. 5. zu, die noch am gleichen Tage den Botschaftern der Sowjetunion und der drei Westmächte und an die polnische Regierung übermittelt wird. — Am 23. 5. unterzeichnet Bundespräsident Heinemann die Ratifikationsgesetze. — Am 26. 5. ratifiziert der polnische Staatsrat den Vertrag mit der Bundesrepublik. Im Zusammenhang mit der Beratung in den Ausschüssen für Auswärtiges und Rechtsgebung des Parlaments (Sejm) hatte Außenminister Olszowski erklärt: „In diesem Vertrag hat die BRD die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße als unverletzlich und endgültig anerkannt. Das ist eine endgültige völkerrechtliche Anerkennung, und aus völkerrechtlicher Sicht sowie hinsichtlich der aus dem Vertrag resultierenden Verpflichtungen besitzt keiner der in der einseitigen Bundestagsresolution

enthaltenen Vorbehalte eine bindende Kraft." — Am 31. 5. ratifiziert auch das Präsidium des Obersten Sowjets den mit der Bundesrepublik geschlossenen Vertrag (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

12. 5. — Rumänien/DDR. Während des Besuches einer Partei- und Regierungsdelegation der DDR unter Leitung von Parteisekretär Honecker und Ministerpräsident Stoph unterzeichnen die führenden Politiker beider Staaten in Bukarest einen „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand". In Artikel 7 bekräftigen die Vertragspartner „die Unantastbarkeit der nach dem II. Weltkrieg in Europa entstandenen Grenzen ... einschließlich der Staatsgrenzen zwischen den beiden deutschen Staaten". Artikel 8 sieht die gegenseitige Hilfe („einschließlich militärischer") im Falle „eines bewaffneten Überfalls" auf einen der Vertragspartner vor.

18. 5. — Abrüstung. Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden tritt der „Vertrag über das Verbot der Placierung von Kernwaffen und anderen Waffen der Massenvernichtung im Meeresbett, auf dem Meeresboden und dem Untergrund hiervon" vom 11. Februar 1971 in Kraft (Text in „Blätter", Heft 3/1971, S. 317 ff.).

19. 5. — Bundestag. Bundeskanzler Brandt regt im Einvernehmen mit Vizekanzler Scheel Gespräche zwischen den drei Bundestagsfraktionen über vorzeitige Neuwahlen an. Zu den Voraussetzungen einer entsprechenden Vereinbarung gehöre der Verzicht der CDU/CSU auf ein konstruktives Mißtrauensvotum innerhalb der Frist, die zwischen der Vertrauensfrage und einer möglichen Auflösung des Bundestages liege. Der Bundeskanzler kündigt gleichzeitig an, er und seine Regierung wollten unter voller Ausschöpfung ihrer verfassungsmäßigen Kompetenzen und Pflichten weiter arbeiten, solange die CDU/CSU zu einer „einwandfreien Absprache" über Neuwahlen nicht bereit sei.

22.—30. 5. — UdSSR/USA. Der amerikanische Präsident Nixon unternimmt seine seit langem vorbereitete Reise in die Sowjetunion. Nixon, der den Flug vom 20.—22. 5. in Salzburg unterbrochen hatte, trifft sogleich nach seiner Ankunft in Moskau in einem ersten Gespräch mit Parteisekretär Breschnew zusammen. Zur Begleitung des Präsidenten gehören u. a. Außenminister Rogers und Sicherheitsberater Kissinger. Von sowjetischer Seite nehmen an den zahlreichen Unterredungen u. a. Staatspräsident Podgorny, Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko teil. Im sowjetischen Rundfunk und Fernsehen hält Nixon am 28. 5. eine Ansprache. Während des Besuchs werden eine Erklärung über „Die Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA", erste Vereinbarungen über die Beschränkung strategischer Rüstungen sowie zweiseitige Abkommen zu folgenden Problemen geschlossen: 1) über Zusammenarbeit beim Umweltschutz; 2) über Zusammenarbeit in der medizinischen Forschung; 3) über Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie; 4) über Zusammenarbeit in der Weltraumforschung; 5) über die Verhütung von amerikanisch-sowjetischen Zwischenfällen auf und über dem offenen Meer (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

26. 5. — DDR/BRD. Die Staatssekretäre Kohl und Bahr unterzeichnen in Berlin im Hause des DDR-Ministerrats den ersten „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen des Verkehrs". Das am 12. 5. in Bonn paraphierte Vertragswerk (bestehend aus 33 Artikeln, einigen Protokollvermerken und einem Briefwechsel) bedarf der Ratifizierung durch die gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten. (Der Text des Vertrages erscheint zusammen mit dem Transitabkommen vom 17. Dezember 1971 in nächsten Heft der „Blätter".)

30.—31. 5. — NATO. Die Außenminister der Mitgliedstaaten halten ihre Frühjahrstagung in Bonn ab, in deren Mittelpunkt die Haltung der NATO zu einer „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" steht. Es wird beschlossen, den Vorschlag der finnischen Regierung anzunehmen, in Helsinki multilaterale Kontakte zur Vorbereitung dieser Konferenz aufzunehmen.

31. 5. — CSSR/BRD. In einem Interview mit dem Parteiorgan „Rude Pravo" äußert sich der tschechoslowakische Parteisekretär Husak über die Beziehungen zur Bundesrepublik: „Die Zeit ist jetzt reif dafür, daß die zwischen der Tschechoslowakei und Westdeutschland geführten Gespräche von der informativen Ebene auf die Ebene offizieller Verhandlungen angehoben werden." Die Normalisierung müsse „mit bindenden Schritten hinsichtlich der Ungültigkeit des Münchener Abkommens von allem Anfang an" verbunden sein.

Kommentare und Berichte

Nixon in Moskau

Selten ist ein Gipfeltreffen in der Öffentlichkeit mit soviel Spannung erwartet worden wie die Begegnung zwischen Präsident Nixon und der sowjetischen Führungsspitze im vergangenen Monat in Moskau. Selten hat ein derartiges Treffen, als es dann tatsächlich stattfand, so wenig Resonanz in der Öffentlichkeit hinterlassen. Ein Grund war, daß über dem Treffen der Schatten des kurz zuvor von Nixon verschärften Vietnam-Krieges lag.

Unmittelbar vor der seit langem vorbereiteten Konferenz stellte sich in aller Schärfe die Frage, ob Moskau in dieser Situation überhaupt mit Nixon verhandeln solle. Mit bemerkenswerter Offenheit ließen rechte Kräfte, insbesondere in den USA und in der Bundesrepublik, erkennen, daß sie sich von einem spektakulären Scheitern des Moskauer Gipfels erhebliche Rückschläge für die Entspannung erhofften. Die wiederholte Verzögerung der Entscheidung über die Ostverträge der BRD beispielsweise, die Politiker wie Strauß mit gespanntem Blick auf die Frage des Moskau-Besuchs Nixons betrieben, ist noch in ungetrübter Erinnerung. Dies Kalkül ging nicht auf. Die Moskauer Verhandlungen fanden statt — ebenso wie die Ratifizierung der Ostverträge in Bonn, wie folglich auch die Inkraftsetzung des Viererabkommens über Westberlin. Und die Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz kann nun in ein konkretes Stadium treten, nachdem auch die bisher beharrlichsten Widersacher des Konferenzplans, die USA, sich im Moskauer Kommuniqué auf die Sicherheitskonferenz, und zwar auf einen Termin der Vorbereitung, festlegten.

Daß Moskau sich für die Durchführung der Verhandlungen mit Nixon entschied, konnte den, der die sowjetische Außenpolitik mit einiger Aufmerksamkeit beobachtet, nicht überraschen. Die differenzierte Reaktion der sowjetischen Führung stand in Einklang mit einer politischen Konzeption, die seit langem mit beachtlicher Beharrlichkeit daran arbeitet, schrittweise die Positionen des antisozialistischen Konfrontationssystems, das die USA während des Kalten Krieges auf allen Kontinenten errichteten, zu überwinden und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz für die internationalen Beziehungen wirksam werden zu lassen. Die Konstellation, daß der amerikanische Präsident angesichts der bevorstehenden Wahlen in den USA genötigt ist, zu Hause einige Beweise seiner persönlichen Entspannungsbereitschaft vorzuzeigen, bot der Sowjetunion die begründete Aussicht auf wichtige Teilerfolge.

In der Tat brachte das Treffen, so abgekühlt die Gesprächsatmosphäre auch war, diese erwarteten ersten Teilerfolge. In einigen Punkten wurden dabei die ursprünglichen Erwartungen übertroffen. Dies gilt insbesondere für das SALT-Abkommen, dessen Unterzeichnung während der Dauer des Treffens bis dahin nicht als wahrscheinlich angesehen worden war und dessen Inhalt eine Einschränkung der amerikanischen Wettrüstungspläne auf dem wichtigen Gebiet der ABM-(Anti-Raketen-Raketen-)Systeme ist (vgl. den Wortlaut des Abkommens im Dokumentarteil dieses Heftes) und das ohne Zweifel günstigere Bedingungen für weitere internationale Abrüstungsabkommen schafft.

Nicht minder bedeutsam ist, daß nach der Vereinbarung von „Prinzipien der Zusammenarbeit" zwischen Frankreich und der Sowjetunion (Wortlaut in „Blätter" 12/1971, S. 1318 ff) und dem eben ratifizierten Vertrag zwischen der

Bundesrepublik und der Sowjetunion nunmehr auch in einem Dokument der beiden Weltmächte, in den „Grundsätzen für die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA" (Wortlaut im Dokumentarteil dieses Heftes), die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zur Grundlage der gegenseitigen Beziehungen erklärt worden sind. Liebhaber von Anniversarien werden mit Interesse vermerkt haben, daß die Unterzeichnung dieses Dokuments fast auf den Tag genau 50 Jahre nach jener Konferenz von Genua erfolgte, auf welcher die sowjetische Delegation erstmals die, in den Verhandlungsrichtlinien Lenins formulierte, Idee der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme in die internationale Politik einführte.

Inwieweit die USA die Prinzipien der Koexistenz nunmehr in ihrer internationalen Politik wirklich beherzigen werden, steht noch auf einem anderen Blatt. Das Beispiel Vietnam und die Behandlung aller schwächeren Länder durch die USA läßt erhebliche Zweifel zu. Die Anerkennung und Realisierung der friedlichen Koexistenz ist offenkundig ein Prozeß, der sich nicht von einem Tag auf den anderen entscheidet. Das Netz völkerrechtlicher Verpflichtungen — in UNO-Charta, Verträgen und zwischenstaatlichen Deklarationen — kann in dem Maße den Spielraum aggressiver Kräfte begrenzen und reduzieren, in dem es fester und verästelter wird. Daß Nixon sich gegenüber der Sowjetunion ausdrücklich auf die Prinzipien der friedlichen Koexistenz festlegt, ist ein Ansatzpunkt auch für alle kleineren Staaten, nun von den USA Ähnliches zu verlangen.

Das Fazit des Moskauer Treffens rechtfertigt — angesichts der unüberbrückbaren Gegensätze in der Frage des Vietnam-Krieges und in den Nahost-Problemen — keinen Überschwang der Hoffnungen. Aber zu verzeichnen ist, fast ein Jahrzehnt nach der Einrichtung des „heißen Drahtes" zwischen Moskau und Washington, daß ein weiterer notwendiger Schritt getan wurde, der für den Fortgang der Entspannung in der Welt seine Bedeutung haben wird. Die kühle, ablehnende Aufnahme, die die sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen in Kreisen der amerikanischen Reaktion — nicht nur im Umkreis des George Wallace und der SALT-geschädigten Rüstungsinteressenten — und ihrer bundesdeutschen Partner um Franz-Josef Strauß gefunden haben, zeigt, wer sich von ihnen getroffen fühlt.

Karl D. Bredthauer

hängnisvolle Entscheidung ohne jede Konsultation des Kongresses getroffen. Selbst das Kabinett wurde lediglich zusammengerufen — Außenminister Rogers wurde aus Bonn zurückbeordert —, um von der bereits getroffenen Entscheidung informiert zu werden. Als der Präsident der Nation seine Pläne im Fernsehen bekanntgab, legte die US-Marine bereits die Minen im Hafen von Haiphong. Dieses Mal hatten die Nachrichtenmedien keine Vorauskopie der Rede erhalten, wie es sonst zwei Stunden vor der Ansprache des Präsidenten üblich ist. Nixon hat diesen Schritt unternommen unter klarer Verletzung des Völkerrechts und des Prinzips der Freiheit der Meere, ohne Rücksicht auf die möglichen Konsequenzen, die diese Maßnahme im Hinblick auf die von ihm neuerdings angestrebten Beziehungen zur Volksrepublik China oder auf seine Moskaureise haben könnte. Seinen Spitzenberater Henry Kissinger hatte er nach Moskau vorausgeschickt. Unmittelbar nach dessen Rückkehr kündigte er an, die USA würden die Friedensgespräche in Paris wieder aufnehmen. Vierundzwanzig Stunden später brach er die Verhandlungen jedoch schon wieder ab, bevor noch irgendeine Sitzung begonnen hatte. Irgendwo war irgend etwas schiefgelaufen.

In den USA selbst führte Nixons neue und gefährliche Eskalation des Krieges zu einer Welle von Protesten, zu Demonstrationen an allen Hochschulen des Landes und auf den Straßen sehr vieler Städte. Das ganze Ausmaß dieser Demonstrationen wurde von der Presse heruntergespielt; doch die bloße Tatsache, daß während der ersten wenigen Tage bereits nicht weniger als 2400 Personen festgenommen wurden, spricht für sich. Die wachsende Zahl von Abgeordneten in beiden Häusern des Kongresses verstärkte ihre Bemühungen, den Krieg durch einen Stop der Rüstungsausgaben zu beenden. Ihre Anstrengungen, die bisher erfolglos blieben, dauern beim Schreiben dieses Artikels noch an; desgleichen kommt es zu immer neuen und verschiedenen Äußerungen des Abscheus, den die Bevölkerung angesichts der Eskalation äußert.

Gleichzeitig tobte der Kampf in Vietnam weiter, und zum ersten Mal seit vielen Monaten stieg die Zahl der amerikanischen Toten und Verwundeten steil an, ebenso die Verluste amerikanischer Flugzeuge. Niemand glaubt daran, daß sich die Blockade auf die Offensive des Gegners auswirken wird, denn allem Anschein nach hat Nordvietnam Vorräte im Lande angesammelt, die noch für Monate reichen werden. Die meisten Militärexperten bezweifeln, daß die Versorgung aus dem Norden auf lange Sicht wirksam aufgehalten werden kann.

Und noch etwas gehört zur irrationalen politischen Atmosphäre: der Schatten des politischen Attentats fiel erneut in den Wahlkampf. Gouverneur George Wallace wurde während einer Wahlkundgebung in Maryland von drei Kugeln schwer verwundet. Die Ermordung des Senators Robert Kennedy geschah am Abend seines Wahlsieges in Kalifornien. Der Anschlag auf Wallace fand am Vorabend zweier Vorwahlen in Maryland und Michigan statt — beide ergaben eine überraschend hohe Mehrheit für Wallace. Zur Zeit ist der Gouverneur unterhalb der Hüften gelähmt, und seine Ärzte geben ihm nur eine weniger als 50prozentige Chance, jemals wieder gehen zu können. Setzt er seinen Wahlkampf fort — „vom Rollstuhl aus, wenn das notwendig ist", hat einer seiner Wahlhelfer vorgeschlagen —, dann könnten die Spannungen unerträglich werden; weitere Akte der Gewalt scheinen unvermeidbar.

Die Elemente des Irrationalen, die die politische Szene beherrschen, drücken sich auch in der ominösen Tatsache aus, daß Wallace mit seiner rassistischen und wirklich faschistischen

Wahlplattform — einer Widerspiegelung der auf Arbeitslosigkeit, Inflation und den anscheinend nie aufhörenden Krieg zurückzuführenden Frustrationen des Kleinbürgertums und von Teilen der gehobenen Arbeiterschaft — bereits genug Delegierte des Demokratischen Nominierungskongresses gewonnen hat, um an zweiter Stelle hinter Senator McGovern zu rangieren; er verfügt schon über mehr Delegierte als Senator Humphrey. Wie es um die Möglichkeit eines großen Stimmanteils aus Sympathie wegen der versuchten Ermordung steht, darüber wird allgemein spekuliert. Sehr wichtige Vorwahlen, darunter die beiden wichtigsten in Kalifornien und New York, stehen noch bevor. In Stil und Wirkung ähnelt George Wallace dem verstorbenen Huey Long, dem einzigen erfolgreichen faschistischen Politiker in der Geschichte des Landes, der als Gouverneur von Louisiana von einem Attentäter erschossen wurde.

Bis jetzt hatte es geschienen, als werde nach dem Ausscheiden verschiedener Präsidentschaftskandidaten wie Senator Muskie, Fred Harris, Henry Jackson, Bürgermeister Lindsay und anderer, die aus Mangel an Geld und Unterstützung zur Aufgabe gezwungen waren, die endgültige Entscheidung bei der Nominierung des Demokratischen Präsidentschaftskandidaten zwischen den Senatoren McGovern und Humphrey fallen. Starke Unterstützung an der Basis hatte George McGovern an die Spitze der Bewerber katapultiert, während Humphrey durch das Engagement bekannter Gewerkschaftsführer und der meisten traditionellen Geldgeber der Partei dicht hinter ihm auf dem zweiten Platz folgte. Nun aber weiß niemand mehr, welchen Einfluß der große Block der auf Wallace verpflichteten Delegierten auf den Nominierungskongreß ausüben und ob dies eventuell zur Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten führen wird, der es faustdick hinter den Ohren hat.

Was Präsident Nixon mitten in diesem von Gewalt bestimmten Wahlkampf, angesichts des offensichtlichen Scheiterns seiner Innenpolitik und während des Fiaskos der Vietnamisierung in Moskau zu erreichen hofft, ist schwer zu erkennen.

Offenkundig ist, daß der Vietnamkrieg nicht mehr in Moskau zu entscheiden ist, ebensowenig wie er es in Peking war. Er wird entweder am Konferenztisch in Paris oder auf dem Schlachtfeld in Südostasien entschieden werden müssen. Wird seine Beendigung ausgehandelt, so wird der Preis eine Koalitionsregierung in Südvietnam sein, der der diskreditierte Thieu nicht angehört. Bisher ist Nixon nicht willens gewesen, diesen Preis zu zahlen. Aber wie lange noch wird er der amerikanischen Bevölkerung die Notwendigkeit einreden können, den Krieg fortzusetzen, um jene korrupte Diktatur zu verteidigen?

Nixons Möglichkeiten erschöpfen sich. Die Gesamtmenge der unter Johnson auf Vietnam abgeworfenen Bomben belief sich auf 3 141 000 Tonnen. Seit Nixon als Präsident amtiert, sind (bis Ende 1971) insgesamt 3 304 000 Tonnen abgeworfen worden. Im Vergleich dazu wurden während des ganzen Zweiten Weltkrieges rund 2 Millionen Tonnen Bomben abgeworfen. Pro Kopf eines jeden Mannes, einer jeden Frau und eines jeden Kindes in Indochina haben die USA 300 pounds (fast 140 kg) Bomben eingesetzt. Nach alledem mußte Thieu zugeben, sein Regime habe nunmehr „um das Leben zu kämpfen". Noch immer besteht die Möglichkeit, taktische Atomwaffen einzusetzen. Am 7. April schrieb der Washingtoner Kolumnist Jack Anderson in einem von mehreren Zeitungen veröffentlichten Beitrag: „Sollte die kommunistische Offensive den geordneten Abzug amerikanischer Truppen aus Südvietnam bedrohen, so ist Präsident Nixon auf den Einsatz atomarer Waffen vorberei-

tet. Wie wir schon am 1. März 1971 berichtet haben, sind Eventualpläne für die atomare Kriegsführung in Indochina entwickelt worden. Aus kompetenter Quelle verlautet, man werde nukleare Waffen nur als letztes Mittel einsetzen, wenn der Präsident zu der Schlußfolgerung komme, es gebe keinen anderen Weg mehr, unsere Jungs zu retten. Heute können wir mitteilen, daß die Eventualpläne ständig revidiert und aktualisiert worden sind... Sie liegen bereit für den Fall, daß die abziehenden US-Streitkräfte in ein Dünkirchen manövriert werden sollten."
Am 10. April verließ der atomar bewaffnete Flugzeugträger „Midway" San Diego in Richtung Indochina. Die „Midway" verfügt über 75 Flugzeuge, die mit Atomwaffen ausgerüstet sind.
Wie weit kann der gefährliche Irrationalismus der US-Politik noch gesteigert werden? Die Menschheit kann nur hoffen, daß ihm bei Nixons Moskau-Reise Zügel angelegt wurden.

Martin Hall, Los Angeles

Internationales Seminar in Neu-Delhi

Von der westlichen Öffentlichkeit wenig beachtet, fand Ende März in Neu-Delhi ein internationales Seminar zum Thema „Imperialismus, nationale Unabhängigkeit und soziale Transformation in der gegenwärtigen Welt" statt. Es wurde vom „Weltfriedensrat" und der „Afro-Asian Peoples Solidarity Organisation" veranstaltet und stand unter der Patenschaft eines etwa fünfzigköpfigen indischen Komitees, das sich überwiegend aus Hochschullehrern zusammensetzte. Neben einer starken indischen Gruppe nahmen an dem Seminar etwa 50 ausländische Gäste teil, darunter nicht nur namhafte Wissenschaftler wie Andre Gunder Frank, Harry Magdoff, Jack Woddis und der französische Nobelpreisträger Alfred Kastler, sondern auch Vertreter und Delegationen nationaler Befreiungsbewegungen, so aus der DRV, Südvietnam, Laos, Chile, Namibia (SWAPO), Angola (MPLA), Guinea-Bissau (PAIGC), Mozambique (FRELIMO), der Südafrikanischen Republik (ANC) und Palästina (PLO).

Diese Zusammensetzung dürfte ein Grund für das Interesse sein, das dieses Seminar in der indischen Öffentlichkeit fand. Ein weiterer Grund hierfür ist in der Tatsache zu suchen, daß das Seminar in einer Situation stattfand, die geprägt war durch die neuesten Erfahrungen des indischen Subkontinents mit imperialistischer und neokolonialistischer Politik und dem hieraus resultierenden Aufschwung antiimperialistischer Tendenzen in Indien wie dem heutigen Bangla Desh.

Das Seminar war in vier thematische Schwerpunkte gegliedert: 1) Der Imperialismus in der gegenwärtigen Phase, 2) Wie der Imperialismus arbeitet, 3) Der Inhalt der Unabhängigkeit und die soziale Situation in den Entwicklungsländern, 4) Die Strategie der sozialen Transformation und die Festigung der Unabhängigkeit.

Unter Thema 1 wurde hauptsächlich der sich auf der Grundlage staatsmonopolistischer Systeme seit dem Zweiten Weltkrieg vollziehende Aufstieg multinationaler Konzerne diskutiert. Diese haben bislang vorrangig in die Industrie der entwickelten kapitalistischen Länder investiert, während ihre Investitionen in den Entwicklungsländern weitgehend der Ausbeutung von Rohstoffen dienten. Es wurde jedoch betont, daß sich diese Konzerne zur Senkung ihrer Kosten und Erhöhung der Profite zukünftig in verstärktem Maße die in den Entwicklungsländern vorhandene billige Arbeitskraft erschließen würden.

Thema 2 behandelte vor allem das Problem des „brain drain", d. h. des Abflusses hochqualifizierter Kader aus den Entwicklungsländern in die kapitalistischen Industriestaaten. Abwerbung durch die entwickelten kapitalistischen Staaten und Mangel an adäquaten Arbeitsplätzen in den Entwicklungsländern (wofür insbesondere Indien als Beispiel angeführt wurde, das zwar in relativ großem Umfang technische und naturwissenschaftliche Intelligenz ausbildet, diese aber nur zu einem Teil zu beschäftigen vermag) sind die Ursachen dieser Tendenz. Des weiteren wurde bei diesem Thema wiederholt darauf hingewiesen, daß sich der Imperialismus zunehmend nicht nur reaktionärer Regime, sondern auch spalterischer und sektiererischer Tendenzen in den Entwicklungsländern bediene, um deren Unabhängigkeit auszuhöhlen.

Das dritte Thema war deshalb von besonderer Bedeutung, weil hier von den Vertretern der Befreiungsbewegungen Theorie und Praxis ihres antiimperialistischen Kampfes ausgeführt wurden. Bemerkenswert war hierbei der Umstand, wie sehr Stand und Ausdehnung des praktischen Kampfes mit der politischen und theoretischen Klarheit der jeweiligen Bewegung korrespondierten. In den Berichten wurden die Prinzipien und Ziele des antiimperialistischen Kampfes in Vietnam, Laos, Guinea-Bissau, Mozambique, Angola, der Südafrikanischen Republik, Namibia, Zimbabwe und Palästina entwickelt. Insbesondere die vietnamesischen und laotischen Delegationen hoben die Einheit aller antiimperialistischen Kräfte als notwendige Vorbedingung des erfolgreichen antiimperialistischen Kampfes hervor und betonten, daß es die Dynamik der nationalen Befreiung und der imperialistischen Repression ermögliche und erfordere, Kleinbürgertum und nationale Bourgeoisie, ja sogar einzelne Kompradorenelemente für das antiimperialistische Bündnis zu gewinnen. Im Prozeß des Befreiungskampfes machten diese Gruppen selbst eine Entwicklung durch, die es ermögliche, zumindest Teile von ihnen bei gleichzeitiger schrittweiser Transformation ihres sozialökonomischen Charakters über die nationale und demokratische Stufe des Unabhängigkeitskampfes hinaus auch bei der sozialistischen Etappe in ein dauerhaftes Bündnis einzuordnen.

Als wesentlichste Erfahrung der Entwicklung in Vietnam wurde formuliert, daß der militärische nur ein besonderer Ausdruck des politischen Kampfes sei. Der politische Kampf sei ein Massenkampf, der sich nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten entfalte. Ferner sei der nationale Kampf langfristig verknüpft mit Klassenkampf um demokratische Reformen, die antifeudalen und antimonopolistischen Inhalt hätten und deren Funktion es sei, die strategische Vermittlung von nationaler Befreiung und sozialistischer Revolution herzustellen, die somit aber noch nicht identisch seien mit der sozialistischen Etappe. Auf einer bestimmten Stufe der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus machten allerdings der politische und militärische Kampf den Sozialismus unumgänglich. So ermöglichte es beispielsweise der Sozialismus auf dem Lande, daß der einzelne Bauer, ohne materielle Nachteile für sich oder seine Familie befürchten zu müssen, für den militärischen Kampf mobilisiert werden könne, da sein individuelles Arbeitsquantum auf der Basis der Kooperative auf die übrigen Genossenschaftsmitglieder verteilt werden kann. So entfalte sich in der historischen Perspektive während des Befreiungskampfes ein dialektischer Prozeß, der folgende Stufen durchlaufe: Nationale Unabhängigkeit — demokratische Reformen — Sozialismus. Diese seien unlösbar miteinander verknüpft und bedingten sich gegenseitig. Die politische Strategie der revolutionären Bewegung könne nur dann die Einheit der antiimperialistischen Kräfte errei-

chen, wenn sie sich an dieser historischen Dialektik und Etappenbestimmung des revolutionären Prozesses ausrichte.

In der weiteren Diskussion um das Problem des antiimperialistischen Bündnisses und der Etappen des revolutionären Prozesses, die zu einem großen Teil auch das vierte Seminarthema beherrschte, wurde mehrfach auf den Umstand verwiesen, daß sich die nationale Bourgeoisie in einem Doppelkonflikt befinde, da ihre eigenen Interessen sie in Gegensatz zum Imperialismus wie auch zu den werktätigen Klassen des eigenen Landes brächten. Deshalb schwanke die nationale Bourgeoisie beständig zwischen diesen beiden Polen, was für die revolutionäre Bewegung bedeute, daß sie die beiden Etappen des revolutionären Prozesses sehr genau beachten müsse, um wenigstens erhebliche Teile der nationalen Bourgeoisie im Kampf gegen den Imperialismus zu gewinnen. Dies gelte auch für Lateinamerika, selbst wenn man davon ausgehe, daß dort möglicherweise der antiimperialistische Impetus der nationalen Bourgeoisie schon stark geschwächt sei, der Übergang zur sozialistischen Etappe deshalb vielleicht schneller erfolge als in Asien und Afrika.

Wie breit das Spektrum der zu diesem Schwerpunkt geäußerten Auffassungen war, läßt sich beispielhaft an der Kontroverse zwischen Andre Gunder Frank auf der einen, den lateinamerikanischen Vertretern (darunter ein Mitarbeiter der Regierung Allende) auf der anderen Seite um den Charakter der „Unidad Popular" in Chile wie überhaupt um die Strategie antiimperialistischer Politik in Lateinamerika nachweisen. Diese Auseinandersetzung drehte sich nicht nur um die Etappenbestimmung der revolutionären Entwicklung Lateinamerikas und um die damit verknüpfte Frage möglicher und notwendiger Bündnisse, sondern zugespitzt um die Politik der Regierung Allende und der durch sie initiierten Entwicklung. Dieser sprach Frank — durchaus in Konsequenz seiner Theorien — jegliche revolutionäre Qualität ab. Allende treibe, so Frank, lediglich eine reformistische Politik, wie sie vor ihm schon zahlreiche andere kleinbürgerliche Regierungen in Lateinamerika vergeblich versucht hätten. Daß Frank sich damit in Widerspruch auch zu den strategischen Lehren des Kampfes in Vietnam setzte, schien ihm selbst nicht bewußt zu sein.

Einmütige Zustimmung auf seiten aller Seminarteilnehmer fanden demgegenüber die Ausführungen eines nordvietnamesischen Delegierten, der gegen Ende der Diskussionen der Politik der Nixon-Regierung vorwarf, die Pariser Vietnamgespräche zu sabotieren, dafür den Krieg in Indochina erneut zu intensivieren und die Bombenangriffe auf die DRV wiederum zu verstärken.

Jürgen Harrer

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

17 *Ehrler* Kleine Geschichte der deutschen Spaltung. 250 S. DM 9,80
18 *Schwamborn* Handbuch für Kriegsdienstverweigerer. 200 S. DM 9,80
19 *Boris u. a.* Chile auf dem Weg zum Sozialismus. 320 S. DM 9,80
20 *Werner* (Hrsg.) Christen und Revolution. 150 S. DM 9,80
21 *Schuon* Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik. 264 S. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Notwendige innenpolitische Folgerungen aus den Ostverträgen

Von Paul Neuhöffer

Seit dem 3. Juni 1972, dem Tage des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Bonn, sind die Verträge von Moskau und Warschau geltendes, die Vertragsstaaten bindendes Recht. Eine Tatsache von außerordentlicher Bedeutung, die zum Wendepunkt der gesamten europäischen Nachkriegsgeschichte und womöglich im Weltmaßstab zu einem entscheidenden Schritt auf dem Wege der endgültigen Einstellung des Kalten Krieges zwischen West und Ost werden kann. Die Verträge schaffen jedenfalls hierfür erstmals in Europa die reale Voraussetzung, und es ist ihre erklärte Absicht, auf unserem Kontinent den Weg zur Umwandlung des bisherigen feindlichen Gegeneinanders von West und Ost in ein koexistentielles Miteinander freizumachen.

Jedem ist freilich inzwischen auch klar, daß mit der formellen Vertragsratifizierung noch keineswegs die beabsichtigten positiven Entwicklungen im Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion und zu Polen und damit die von ihnen erwarteten Fortschritte im gesamteuropäischen Entspannungsprozeß gesichert sind. Zu deutlich trat in der Bundesrepublik in den Vertragsauseinandersetzungen zwischen Regierungskoalition und CDU/CSU zutage, daß sich letztere nahezu ausschließlich in Rücksicht auf den übermächtigen Erwartungsdruck aller westlichen Verbündeten und also aus bloßer Furcht vor einer auf die Dauer nicht durchzuhaltenden Isolierung dazu herbeiließ, ihren bis zuletzt trotzig in die Tür gestellten Fuß schließlich beiseitezuziehen und die Verträge, ohne ihnen allerdings auch nur mit einer einzigen Stimme zu Hilfe zu kommen, passieren zu lassen, und daß mit diesem taktischen Entschluß nicht im geringsten eine innere Abkehr dieser Partei von ihrer grundsätzlichen Zielstellung einer Änderung der Nachkriegsgrenzen im Osten und von der zu dieser Zielstellung gehörenden Gesinnung des Kalten Krieges verbunden ist. Der springende Punkt oder die reale Voraussetzung für alle erhofften positiven Entwicklungen auf Grund der verabschiedeten Verträge ist jedoch, der Natur der Sache gemäß, die tatsächliche innere Abkehr der gesellschaftlichen und innenpolitischen Hauptkräfte der Bundesrepublik von expansionistischen Ambitionen. Es läßt sich immer nur soviel Frieden zwischen den Völkern herstellen, wie in ihnen an gegenseitiger Bereitschaft, einander in den bestehenden Grenzen leben zu lassen, auch wirklich vorhanden ist. Deshalb trägt der Wille der CDU/CSU und der hinter ihr stehenden, keineswegs schwachen ökonomischen und reaktionären politischen Kräfte, diese innere Bereitschaft in unserer Bevölkerung so wenig wie möglich um sich greifen zu lassen und den Geist des militanten innen- und außenpolitischen Antikommunismus in jeder Hinsicht am Leben zu erhalten, die Parolen vom „unverzichtbaren Rechtsstandpunkt" in bezug auf die Ostgebiete und vom „Selbstbestimmungsrecht" in bezug auf die DDR weiterhin unverändert zu propagieren und die Regierungspolitik möglichst sofort von der Vertragssubstanz zu entfernen und sie auf den Boden des ihr geradewegs entgegengesetzten Geistes der „Gemeinsamen Entschließung" des Bundestages hinüberzuziehen, selbstverständlich von vornherein große Verunsicherungen in den Fortgang des gesamteuropäischen Entspannungsprozesses.

Wenn es richtig ist, daß nach der Vertragsratifizierung alles davon abhängt, wie diese Verträge jetzt in der praktischen Politik gehandhabt werden, was aus ihnen

gemacht wird, ob von den Regierungen in der tagtäglichen Politik klare oder nur halbherzige Folgerungen aus ihnen gezogen werden, dann bedeutet dies für die Bundesrepublik, daß hier alles davon abhängt, welche Regierung in Zusammenhang mit welchen innenpolitischen Kräften — ob die bisherige Regierung Brandt/Scheel im Verbund mit sämtlichen demokratischen und entspannungswilligen Kräften des Landes, oder eine Regierung Strauß/Barzel in Verbund mit allen aggressiv-antikommunistischen, rechtsreaktionären und latent neonazistischen Kräften — in der nächsten Zeit über diese praktische Handhabung wird bestimmen können.

Willy Brandt hat am Abend nach der entscheidenden Abstimmung im Bundestag gesagt, daß mit dieser schwer erkämpften parlamentarischen Mehrheitsentscheidung für die Verträge ein „neuer Abschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik eingeleitet" worden sei und daß es nun allerdings darauf ankomme, die Verträge „mit Leben zu erfüllen". Den Inhalt der Verträge ernst zu nehmen, d. h. ihre politische Substanz von nun an wirklich in alle weitere eigene Politik einfließen zu lassen, das bedeutet und verlangt tatsächlich, einen völlig neuen Abschnitt in der Geschichte der bisherigen Politik der Bundesrepublik zu eröffnen. Dies aber wiederum ist nur möglich dadurch, daß man konsequent mit allem bricht, was in den vergangenen 25 Jahren an entgegengerichteten Stimmungen in unserem Lande bewußt hochgezüchtet wurde und teils institutionellen Charakter und juridische Form angenommen hat, teils in Gestalt aggressiv-antikommunistisch gestimmter politischer Kräfte heute das innenpolitische Haupthindernis für die Durchführung einer Verständigungspolitik mit dem Osten bildet und der Regierung zur akuten Gefahr zu werden droht.

Um welchen unerhört tiefgreifenden Umwandlungsprozeß es sich bei einem solchen innenpolitischen Lebendigmachen der Verträge aber letztendlich handelt, wird in seinen tatsächlichen Dimensionen erst sichtbar, wenn man sich vergegenwärtigt, worin für uns Deutsche die wirklich historische Bedeutung der Verträge von Moskau und Warschau liegt bzw. inwiefern sie eine solche Bedeutung gewinnen müßten, wenn man sie ernstnimmt.

Die Verträge beinhalten bekanntlich nicht mehr und nicht weniger als die gegenseitige Verpflichtung der Vertragsstaaten, die seit Kriegsende in Europa bestehenden Grenzen einschließlich der Oder-Neiße-Grenze und der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR nicht mehr in Frage zu stellen, über ihr gegenwärtiges Territorium hinaus keinerlei Gebietsansprüche gegen irgend jemanden mehr zu erheben und sich im übrigen in den gegenseitigen Beziehungen jeder Gewaltanwendung und auch jeder Drohung mit Gewaltanwendung zu enthalten. Für alle vernünftigen Menschen also nichts anderes als lauter Selbstverständlichkeiten — und doch die Aufhebung der politischen Grundlagen, auf denen das gesamte Staatswesen Bundesrepublik einmal errichtet worden war. Der Widerruf nämlich des ursprünglichen Selbstverständnisses dieser Staatsgründung als eines vorerst nur auf einem Teilgebiet seines eigentlichen Territoriums errichteten politischen Organismus, der sich von Anfang an das Ziel seiner eigenen Ausweitung über das gesamte Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches setzte und aus diesem Ziel überhaupt erst seine eigene Rechtfertigung gewann und in ihm seine raison d'être hatte.

Nichts aber war weniger verwunderlich und zugleich schicksalsbestimmender für die innere Entwicklung des neuen Staats, als daß auf dem Boden dieses antikommunistisch begründeten Vorsatzes zur eigenen territorialen Expansion im

Zeichen der roll-back-Strategien des ersten Nachkriegsjahrzehnts die Giftpilze des rasch aus dem braunen Hemd ins Freizeithemd des american way of life schlüpfenden Halb- und Dreiviertelnazismus, des unverhohlenen, seinen braunen Herkunftsgrund überhaupt nicht besonders kaschierenden Revanchismus in Gestalt von Landsmannschaften, Soldatenvereinen, SS-Traditionsverbänden und militanten Rechtsgruppen aller Art sowie ein von der Staatsspitze her systematisch emporgelobter und hochgefütterter, mit ein wenig Europaideologie und etwas GI-Lässigkeit eingesalbter und neulackierter Militarismus nur so emporschossen und gerade diese Kräfte oder die Träger gerade solcher Gesinnungen sich vor allen anderen die Anerkennung als erstrangige staatstragende Kräfte erwarben. Sie wurden als die zuverlässigsten Bürgen der militant-antikommunistisch verstandenen Freiheitsidee dieses Staates angesehen und waren in der Tat dessen letztendlich verläßlichste, also im Notfalle letztinstanzliche und somit wichtigsten inneren Säulen. Dem gleichen, seinerzeit in der ganzen westlichen Welt vorwiegend von der US-Diplomatie aktiv ausgebreiteten faulen Morastboden des Kalten Krieges entstiegen aber auch all die entscheidenden langfristigen Strategien und Bündnissysteme, in die sich die Bundesrepublik eingliederte. Und auf beides zusammen, auf die bewußt einseitige, weil offensiv-antiöstlich konzipierte Westbindung und, im Innern des Landes, auf diejenigen Kräfte, deren Mentalität dem Antikommunismus der Hitler- und Vor-Hitler-Jahre am meisten verbunden geblieben war, stützte das sich rasch restaurierende Großkapital der drei westlichen Zonen bzw. der späteren Bundesrepublik seine politische Herrschaft, indem es den neuen Staat auf diese Säulen stellte und ihn damit zuverlässig in der Hand hatte.

Was also, muß man sich fragen, geschieht nun jetzt oder hätte logischerweise zu geschehen, nachdem sich im Verlaufe einer über Jahre gehenden und über viele Stationen führenden Entwicklung nach und nach alle Verbündeten der Bundesrepublik vom Konzept der Vorbereitung auf die offene Konfrontation in Europa abgekehrt und dem Gedanken an ein Arrangement mit den sozialistischen Ländern Europas auf der Basis des territorialen status quo und der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zugewandt haben und schließlich auch die Bundesrepublik diese Umorientierung mitvollziehen und eben jetzt diese Verträge unterschreiben mußte? Mit dieser Unterschrift hat sie sich doch von den politischen Fundamenten, auf denen sie bisher ruhte, von der nach außen gewandten antiöstlichen Befreiungsidee wie im Innern von den Parteigängern und Claqueuren dieser Befreiungsidee abgesetzt. Sie hat damit eigentlich sowohl die aus ihrem antikommunistisch-expansionistischen Gründerselbstverständnis resultierenden außenpolitischen Verankerungen ihrer staatlichen Sicherheit in antisozialistischen Solidargemeinschaften wie ihre innere Abstützung auf die Kräfte des radikalen Antikommunismus und unversöhnlichen Irridentismus aufgegeben, steht jedenfalls mit ihrer erklärten künftigen Politik zu ihnen in Widerspruch. Die mit den Verträgen ausgesprochene Grenzanerkennung bedeutet jedenfalls nichts anderes als die Liquidation des expansionistischen Gründerselbstverständnisses der Bundesrepublik, damit aber sowohl die Aufhebung ihres bisherigen außenpolitischen Bündnisprinzips oder Sicherheitsbegriffs wie die Entlegalisierung ihrer bisherigen innenpolitischen Selbstabstützung. Für beides bedarf sie jetzt, wenn ihre künftige Politik tatsächlich dem Geist der Verträge entsprechen soll, neuer Maßstäbe.

Dabei ist klar, daß es nicht in erster Linie und jedenfalls nicht unter allen Umständen ihre bisherigen äußeren Bündnisbeziehungen sind, die sich auf dem mit der Vertragsunterschrift eingeschlagenen Wege als Hindernisse erweisen müssen. Denn Bündnissysteme können als Ganzes ihren politischen Inhalt ändern, und

dies wäre bei den von der Bundesrepublik in den ersten Jahren ihrer Gründung aus offensiv-antikommunistischer Intention mitbegründeten Paktsystemen in dem Maße vorstellbar, in dem sich die Majorität ihrer Einzelmitglieder selbst immer mehr am Entspannungsprozeß interessiert zeigt. Es ließe sich also für eine geraume Zeit durchaus ein Fortschreiten dieses Prozesses trotz vorerst weiterbestehender Paktsysteme solch ursprünglich antikommunistischen Charakters denken. Doch es gibt andere Dinge, die im Gegensatz hierzu ihrer Natur nach in keinerlei Übereinstimmung mit dem Gewaltverzichts- und Grenzanerkennungsgelöbnis der Verträge zu bringen sind, weil sie allein aus dem Willen zur Grenzveränderung leben, die bloße Artikulation dieses Willens und also die absolute Negation der Vertragssubstanz sind.

Dazu gehören ersichtlicherweise all diejenigen innerpolitischen Organisationen und offiziösen oder privaten Propagandainstitutionen, die die Aufrechterhaltung der Forderung nach Grenzrevisionen im Osten zu ihrem Verbands- oder Anstaltszweck haben, also in erster Linie die Vertriebenenverbände und die ihnen zugeordneten staatssubventionierten diversesten „Forschungsstellen", Dokumentationszentren und Jugendförderungswerke einschließlich ihrer in den meisten Bundesländern noch immer auf Grund einer zutiefst verlogenen Fiktion als Gewohnheitsrecht praktizierten Einflußbeteiligung an öffentlich-rechtlichen Körperschaften wie den Rundfunk- und Fernsehanstalten.

Dazu gehören des weiteren alle diejenigen politischen Gruppierungen, die sich einem jegliche politische Zusammenarbeit mit den östlichen Staaten ausschließenden und sie prinzipiell attackierenden hetzerischen Antisozialismus verschrieben haben und die Koexistenzidee programmatisch bekämpfen, also vor allem die in NPD, Aktion Widerstand und anderen aktivistischen Rechtsgruppierungen organisierten Träger einer antikommunistischen Todfeindideologie.

Dazu gehören ebenfalls die vielfältigst in unser geschriebenes Recht und in Behördenverordnungen und amtliche Sprachregelungen eingegangenen Manifestationen des Anspruchs der Bundesrepublik auf Gebiete außerhalb ihrer Grenzen.

Dazu gehören ebenso alle einen Anspruch auf die Ostgebiete suggerierenden Schulbuchdarstellungen und karthographischen Gebietsokkupationen innerhalb und außerhalb der Schulen, alle aus dem Geist solcher Okkupationsansprüche geborenen Straßen-, Festhallen-, Ausflugsdampferbenennungen und alle dummdreist-provokativen, mit keiner wirklichen Stadt, sondern mit dubiosen Vertriebenenfunktionären abgeschlossenen Städte-Patenschaften usw. usw.

Und nicht zuletzt gehört hierzu selbstverständlich auch alles, was in unserer Rüstung seiner Struktur und seinem Umfange nach von initiativer Gewaltanwendungsabsicht zeugt. Der mit den Verträgen rechtsverbindlich ausgesprochene Verzicht auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung, der Verzicht also auf „Politik der Stärke", rechtfertigt nichts an provokativer Waffenausstattung, offensiven Sandkastenspielen unserer Generalstäbler und maßloser Verschwendung von Steuergeldern für ehrgeizige Rüstungsprogramme, und der Bundesverteidigungsminister hat sich künftig auf NATO-Sitzungen nicht mehr, wie gerade soeben wieder geschehen, für noch höhere Rüstungskontingente der Bundesrepublik einzusetzen, sondern unter Hinweis auf den von uns unterschriebenen Gewaltverzicht um Verständnis dafür zu bitten, daß die Bundesrepublik ihrer Vertragsverpflichtung durch eine sichtliche Reduzierung ihres monströs überzogenen militärischen Arsenals und durch die eindeutige Umrüstung der Bundeswehr auf eine wirkliche Defensivtruppe Glaubwürdigkeit zu verleihen hat.

Es ist von unabweislicher Stringenz, daß eine Regierung, die ihre Unterschrift unter die Vertragstexte von Moskau und Warschau in aufrichtiger Gesinnung gesetzt hat, von Stund an keinen Pfennig mehr für die Unterstützung der Grenzrevisionsagitation der Vertriebenenverbände und die Aufrechterhaltung ihres organisatorischen Apparats ausgeben darf, sondern mit allen Mitteln dem Einfluß wie überhaupt der Existenz dieser Verbände entgegenzuwirken hat. Es ist in gleicher Weise von zwingender Logik, daß sie entschlossen darangehen muß, auch all denjenigen innenpolitischen Kräften jenseits des organisatorischen Rahmens der Vertriebenenverbände den Boden zu entziehen, die die antiöstliche Haßpropaganda des Kalten Krieges fortzusetzen gedenken und die Verständigungspolitik zu torpedieren oder zu sabotieren versuchen.

Einer nach der Vertragsunterzeichnung in diesem Sinne nach innen hin sichtbar initiativ werdenden Regierung wird man im einzelnen gern die Entscheidung über die Art ihres Vorgehens und die Wahl der anzuwendenden Mittel überlassen. Einer Regierung, die solche Initiativen von sich aus nicht entwickelt, wird die an den Verträgen und ihrer Durchführung genuin interessierte demokratische Bewegung in inserem Lande hingegen Anstöße geben müssen, indem sie in eigener Initiative diese lebensnotwendigen praktischen Schlußfolgerungen als Forderungen in die Öffentlichkeit trägt und die für die Ermöglichung aller weiteren Entspannungspolitik als Voraussetzung unerläßliche Offensive gegen die vertragsfeindliche antidemokratische Rechte gleichsam von unten her selbständig eröffnet. Die Rechte muß jetzt, nachdem die Verträge unterzeichnet sind, angegriffen und empfindlich geschwächt werden, oder sie wird demnächst ihrerseits die Regierung stürzen und die zu erhoffenden Früchte der eingeleiteten Politik zunichtemachen.

Indem aber das „Lebendigmachen der Verträge" evidenterweise nichts anderes bedeuten kann als Schwächung der expansionistisch gesonnenen, militant-antikommunistischen Rechtskräfte in unserem Lande vermittels eines entschiedenen innenpolitischen Kampfes gegen sie und vermittels vor allem auch des Abbaus der machtpolitischen, insbesondere militärischen Grundlagen für die Möglichkeit eines Zurückschwenkens auf aggressive Antiost-Strategien, tritt der außerordentliche Wandel der gesamten bisherigen politischen Innenstruktur der Bundesrepublik in den Blick, der in der Vertragspolitik perspektivisch veranlagt und von der Logik der Sache her schon vom Vertragsinhalt selbst intendiert ist. Denn eine Politik der Koexistenz läßt sich innenpolitisch schlechterdings nicht auf die koexistenzfeindliche politische Rechte stützen, und in dem Maße, in dem diese für eine koexistenzorientierte Regierung mithin nicht mehr als regierungstragende Kraft in Frage kommt, muß sich die Regierung notwendigerweise, wenn sie eine starke innenpolitische Trägerschaft behalten und nicht jederzeit vom Sturze bedroht sein will, zunehmend auf die koexistenzbejahenden Kräfte und damit auch notwendig zunehmend auf die entschieden demokratischen Kräfte des Landes stützen. Der Kampf für die innenpolitische Durchsetzung einer Politik der konstruktiven Koexistenz läßt sich auf Grund strenger objektiver Sachzusammenhänge in allen Teilen der Welt und erst recht in Europa und in der Bundesrepublik immer nur zusammen mit den demokratischen Bewegungen des jeweiligen Landes gewinnen, niemals aber in einem Zweifrontenkampf, weil angesichts der weltweiten Identität von offensiv-antikommunistischen (koexistenzfeindlichen) und antidemokratischen Kräften niemand zugleich die demokratische, sich für die Koexistenzpolitik engagierende Bewegung strangulieren und sich dann selber, isoliert von dieser Bewegung, gegenüber dem Ansturm der Rechtskräfte behaupten kann. So wenig, wie es (entgegen einem alten sozialdemokratischen Denkfehler) möglich ist, zugleich die demokratische Bewegung zu bekämpfen und die

Demokratie zu bewahren, so wenig ist es möglich, zugleich die mit dieser demokratischen Bewegung identischen entschiedensten innenpolitischen Parteigänger der Koexistenzpolitik zu bekämpfen und die Koexistenzpolitik gegen die Rechte dann doch behaupten und mit dieser Politik an der Macht bleiben zu können.

Offensiv zu werden gegen die Rechte in Übereinstimmung mit dem Potential aller demokratischen Kräfte des Landes (statt sich in eine absurde Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU gegen diese hineinmanövrieren zu lassen), ist also der Schlüssel zur innenpolitischen Durchsetzung der Vertragspolitik. Und eine solche Offensive sollte etwa nicht möglich sein? Wie denn, die Mehrheit unserer Bevölkerung wäre durch entschiedenes Auftreten der Regierung nicht dazu zu bringen, der in allen Stücken gegen die Zeit und die offenkundigsten Welttatsachen stehenden Rechten mit ihren völlig gescheiterten Rezepten den Rücken zu kehren? Haben sich CDU und CSU denn von ihrer programmatischen Krise seit dem Zerschellen des Adenauerschen Anti-Ost-Konzepts an der tatsächlichen Entwicklung der Kräfteverhältnisse inzwischen in irgendeiner Weise erholt? Wo sie bis heute als eigene Ideen nichts anderes anzubieten wissen als lauter schale Aufgüsse aus den alten Gifttöpfen des antikommunistischen Haßkanzlers und gescheiterten Befreiungsstrategen Adenauer? Als die CDU seinerzeit abgewirtschaftet hatte und in die Opposition mußte, war doch allenthalben schon sonnenklar, daß diese verknöcherte Schar von Kalten Kriegern unserem Lande in keiner internationalen, keiner nationalen, keiner kommunalen und keiner sozialen Frage mehr auch nur irgend etwas in dieser Zeit noch Praktikables zu offerieren hatte, daß es objektiv so nicht mehr weiterging, außenpolitisch nicht und im Inneren nicht, daß diese Partei 200 Milliarden Mark für Rüstungsanschaffungen vergeudet hatte, mit denen wir nichts anfangen können, während unser Land für das gleiche Geld den Anschluß an den internationalen technologischen Standard, die Lösung aller Probleme des Umweltschutzes, der Erneuerung unserer Infrastruktur im weitesten Sinne des Wortes geschafft hätte. Die „Große Gesellschaft", die Johnson dem Vietnamkrieg geopfert hat, hat in unserem Lande die CDU/CSU der bloßen Fata Morgana von Kriegsgelegenheiten und Chancen für Osteroberungen geopfert und uns damit zum Schlußlicht des zivilisatorischen Fortschritts der europäischen Länder in unserem Bildungswesen, im Gesundheitswesen usw. gemacht, während wir das Avantgardeland der Sozialeinrichtungen und zugleich des technischen Entwicklungsniveaus hätten sein können. Der Antiostkomplex hat uns zerfressen, bis wir selbst hager dastanden, und die CDU/CSU war es, die uns diesen Komplex eingepaukt hat, sie war der Zeremonienmeister unserer Verkümmerung, unserer bis zur Lächerlichkeit gehenden provinziellen Verbockung und Schildbürgerei!

Wie, damit ließe sich in der Bevölkerung keine erfolgreiche Offensive gegen Strauß und Barzel führen? Damit ließe sich die Rechte nicht in die Mauselöcher zurückjagen? Die Chancen, eine solche Offensive zu gewinnen, war im Gegenteil bei uns in der Bundesrepublik noch nie so gut wie jetzt, noch nie gab es die Möglichkeit, sie von so günstigen Voraussetzungen aus zu führen wie jetzt, nämlich von der Regierung her und gleichzeitig von unten her.

Stattdessen betont Willy Brandt die „Grundgemeinsamkeiten" mit der „Opposition", hat überhaupt fast nur noch das Wort „Gemeinsamkeit" im Munde, beruft sich auf Adenauer wie auf einen großen gemeinsamen Nationalhelden, dessen Erbe die SPD heute ebenso wie die CDU fortzusetzen bestrebt ist und läßt sich von daher dann von Barzel in die Enge treiben und hoffnungslos k.o.-argumentieren. Hier wird das ganze Dilemma einer sozialdemokratischen Parteiführung

sichtbar, die das Wohl des Großkapitals zu ihrer eigenen Sache gemacht hat und aus diesem Grunde in der Tat Anfang der sechziger Jahre offen auf die Grundpositionen der Adenauerschen Politik überging, gerade als diese ins Scheitern geriet, heute jedoch unter dem Zwang der objektiven Weltkonstellationen auf eine Bahn gedrängt worden ist, die ja an sich, weil und insofern sie den absoluten Bruch mit dem Adenauerschen Programm bringt, die Bahn ins Freie, der für unser Volk längst notwendige, endlich die ehrliche Umkehr zu Frieden und innenpolitischem Fortschritt signalisierende Weg wäre, doch eben von dieser sozialdemokratischen Führergarnitur, weil ihr das Bekenntnis zum traditionellen Herrschaftssystem zur eigenen Religion geworden ist, sie sich nur noch als dessen Hüter und Stütze versteht, nur unter schweren inneren Skrupeln, in ständigem Rekurs auf das Wohlwollen der Industrie und am Ende daher immer nur allenfalls halb gegangen wird. Aber so kann man die Rechte nicht besiegen und den Frieden nicht gewinnen. Doch es ist das Fatale an den integrierten Politikern der Sozialdemokratie, daß sie immer nur so und nicht anders über die Rechte siegen möchten (und somit dann immer letztlich verlieren), weil sie sich dem System und nicht der Demokratie als letztem Wert, der herrschenden Wirtschaftselite und nicht den breiten Schichten des Volkes als treue Diener verschrieben haben. Eine wirkliche historische Wende unserer unseligen hundertjährigen Geschichte wäre jetzt möglich, formell haben wir uns schon zu ihr bekannt, und um sie auch realiter zu vollziehen, bedürfte es nur der konsequenten Durchführung der Vertragspolitik auch hinsichtlich aller zu ihr gehörigen inneren Aspekte, der Loslösung also von Adenauers Hinterlassenschaft in jeder Hinsicht — aber am Gängelbande des Großkapitals bleibt dies alles für die SPD/FDP-Regierung tabu. Nur wie will sie dann gegen Strauß und Barzel bestehen?

Für die entschieden demokratischen Kräfte in unserem Lande ergibt sich hieraus mit geradezu arithmetischer Exaktheit, was sie selber zu tun haben. Sie können einerseits nicht dulden, daß den Rechten der Sturz der Regierung Brandt/Scheel gelingt und damit alles, was jetzt eingeleitet ist, soweit zurückgedreht würde, wie es weltpolitisch überhaupt möglich ist. Sie können andererseits dieser Regierung nicht den Gefallen tun, in Rücksicht auf deren selbstzerstörerisches Bemühen um Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU etwa ebenso wie sie selbst auf die offensive Darlegung der jetzt notwendig aus den Verträgen zu ziehenden innenpolitischen Konsequenzen zu verzichten und etwa gar deren Inhalt in seiner Auslegung ebenso wie die Regierung im Zwielicht zwischen „Gemeinsamer Erklärung" und tatsächlicher Substanz zu belassen.

Sie müssen vielmehr von sich aus alles das sagen und in der Öffentlichkeit ausbreiten, was eigentlich die Regierung jetzt dringend sagen und der ganzen Bevölkerung ins Bewußtsein bringen müßte. Sie müssen den offensiven Kampf gegen die Rechte auf all den Gebieten, in denen diese zur Vertragssubstanz konträr steht, von sich aus, aus der Initiative der demokratischen Bürger her, aufnehmen. und damit die Regierung zu eigenen Aktivitäten in dieser Richtung anstoßen.

Nur indem diese Offensive gegen die Rechte eröffnet wird, kann auch in Wahlen, ob sie vorzeitig oder am normalen Stichtage stattfinden, der CDU/CSU eine Niederlage beigebracht werden. Und an Gelegenheiten zu solchen Initiativen fehlt es jetzt wirklich nicht. In allen Städten und Wohngemeinden könnte beispielsweise aus der Initiative der Bürger heraus, von demokratischen Bürgerkomitees zur Verwirklichung der Verträge, ermittelt werden, wie viele Subventionen in den kommunalen Haushalten noch für die Vertriebenenverbände enthalten sind; eine Kampagne für die Streichung dieser Subventionen wegen ihres vertragswidrigen Charakters könnte außerordentlich populär werden (und natür-

lich hätten größere Komitees sich im gleichen Sinne auch der Landeshaushalte und des Bundeshaushalts anzunehmen). Gleichfalls aus demokratischer Bürgerinitiative können Schulbuchkommissionen gegründet werden, die sich der einen einzigen Aufgabe annehmen, gegen alles anzugehen, was in den Schulbüchern und sonstigen Lehrmaterialien dem Geist der Verträge und der in ihnen beschworenen Idee der Koexistenz ins Gesicht schlägt. Ähnliches ist in analoger Weise auf dem Gebiet der Behördensprache, der Gesetze, der Straßenbenennungen usw. möglich und notwendig. Es geht nicht mehr, daß Grenzansprüche in verhohlener oder unverhohlener Form propagiert oder wie etwas Selbstverständliches durch die behördliche Terminologie suggeriert werden, ohne daß sich lokale und überregionale Wachsamkeitskomitees der Bürger, bestehend aus engagierten Vertragsbefürwortern, sofort laut zu Worte melden und die Urheber solch illegal gewordener „Rechtsstandpunkte" zum Rückzug zwingen. Wir brauchen solche ständige demokratisch-initiative und offensive Aktivität der Vertragsbefürworter jetzt permanent in unserem Lande, wenn das Begonnene weitere Früchte tragen und Strauß gehindert werden soll, es wieder abzuwürgen. Und natürlich sollten und werden die auf der Vertragsbasis initiativ werdenden demokratischen Kräfte unseres Staates auch immer wieder darauf hinweisen, daß sich Friede und Abrüstung, nicht aber, wie es noch immer die Formel von Helmut Schmidt ist, Friede und Aufrüstung reimen.

Das Maß der offensiven Aktivität, das die demokratischen Kräfte in der nächsten Zeit im Interesse der Entspannung und der richtigen Anwendung der Verträge entwickeln, wird — und kann letztlich allein — darüber entscheiden, was wir morgen von den Verträgen haben werden, ob die Bundesrepublik außen- und innenpolitisch hinter ihnen zurückbleibt oder sich auf ihrer Basis und durch sie zu einem innerlich neuen Staatswesen voranentwickelt, das mindestens auf dem Wege ist, eine Demokratie zu werden, weil es den Quellgrund des extremsten Antidemokratismus in unserer Nachkriegsgeschichte, den gegen Osteuropa gerichteten Expansionismus, endgültig trockengelegt hat.

Zur gesamteuropäischen Kooperation

Von Wilfried v. Bredow

Ein seit vielen Jahren mit der Ost-West-Frage vertrauter Publizist in der Bundesrepublik Deutschland hat jüngst die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition als „die Kunst des Selbstverständlichen" bezeichnet [1]). Nun darf man sich nicht vorstellen, und die parlamentarischen Debatten vor der Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages haben das Gegenteil ja deutlich gemacht: das „Selbstverständliche" dieser Politik liege darin begründet, daß ihre Richtigkeit und ihr Sinn von jedermann eingesehen würden. Gewiß, und das verdient nach-

[1]) Peter Bender, Die Ostpolitik Willy Brandts oder Die Kunst des Selbstverständlichen, Reinbek 1972 (Rowohlt Taschenbuch, Bd. 1548).

haltige Beachtung: in der Bevölkerung wurde all das, was an der Ostpolitik von Brandt und Scheel zur Entspannung und Versöhnung mit den östlichen Nachbarn beiträgt, in zunehmendem Maße unterstützt. Unübersehbar wurde diese ohnehin bereits durch zahlreiche Meinungsumfragen bestätigte Unterstützungsbereitschaft, als das Konstruktive Mißtrauensvotum der Opposition gegen die sozialliberale Koalitionsregierung zur Debatte stand und sich überall im Lande Menschen aus allen Schichten zusammentaten, um mit spontanen Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen ihr Interesse am Weiterbestehen der jetzigen Regierung und an der Fortführung und Vertiefung ihrer Entspannungspolitik zu bekunden.

Wenn also die die Entspannung und den Ausgleich fördernde Substanz dieser Politik der rationalen Analyse wie selbstverständlich erscheint, so darf doch keineswegs übersehen werden, daß auch weiterhin Kräfte und von ihnen entwickelte Konzepte existieren, welche diese Substanz bedrohen, zumindest aber verwässern wollen. Auch das Selbstverständliche, so lautet wieder einmal die Schlußfolgerung, muß in der politischen Auseinandersetzung schwer erkämpft werden.

Dies vorausgesetzt, ergibt sich die in den zahlreichen Diskussionen in der Bundesrepublik Deutschland während der letzten Monate oft ein wenig vernachlässigte Folge-Frage, wie es denn nun *nach* der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau weitergehen soll. Es kommt ja relativ häufig vor, daß innerhalb langfristiger Prozesse das allgemeine Interesse aus verschiedenerlei Gründen sich auf einen wenn auch wichtigen, so doch nur knappen Abschnitt derart konzentriert, daß die größeren Perspektiven aus dem Blick zu gleiten drohen. Konkret gesprochen: wenn man sich aus einem übergeordneten Blickwinkel das Insgesamt der Annäherungs- und Kommunikationsprozesse zwischen Ost und West vor Augen hält, dann wird bald ersichtlich, daß die inner-bundesrepublikanische Diskussion über die Ostpolitik von Brandt und Scheel ein wenig provinziell erscheint. Denn im Grunde war und ist die Bundesrepublik Deutschland innerhalb dieser gesamten Entwicklung der internationalen Politik nicht mehr als ein Nachzügler. Ein lästiger zumal, dessen über lange Jahre hin intransigente Position etwa auf den Gebieten der Anerkennung existierender Grenzen oder der Abrüstung [2]) eine raschere Entwicklung verzögert hat. Zusammen mit den „Falken" im Pentagon und im Weißen Haus waren es in der Regel westdeutsche Politiker und Militärs, die gegen immer schwerer einzusehende „Bedrohungen" und zur Behebung immer imaginärerer Raketen- und Flugzeug-„Lücken" [3]) eine Intensivierung der Rüstungsanstrengungen forderten und teilweise auch durchsetzten.

Wenn nun der „Nachzügler" Bundesrepublik aufgeschlossen hat, so ist das nur zu begrüßen. Es wird ja übrigens auch überall und einhellig begrüßt; keine Regierung in Ost und West, die (unter Wahrung des Grundsatzes der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten) sich nicht in der einen oder anderen Form für die nach Osten gerichtete Entspannungspolitik der Bundesregierung ausgesprochen hätte. Wohin aber steuert die Entwicklung insgesamt? Ist es wirklich gerechtfertigt, vom „Ende des Kalten Krieges" und vom

---

[2]) Vgl. in diesem Zusammenhang die viel zu wenig bekannte Arbeit von Thomas Jansen, Abrüstung und Deutschland-Frage. Die Abrüstungsfrage als Problem der deutschen Außenpolitik, Mainz 1968 (Sozialwissenschaftliche Bibliothek, Bd. 1), bes. S. 190 f.

[3]) Vgl. neben vielen anderen an dieser Stelle erwähnenswerten Fakten die Geschichte von der Flugzeug-„Lücke", die 1966 in einer gemischten US-Bundeswehr-Luftwaffenstudie proklamiert wurde, obwohl sie gar nicht existierte: Alain C. Enthoven/K. Wayne Smith, How much is enough? Shaping the Defense Program, 1961—1969, New York/London 1971, S. 143 f.

Beginn einer Phase zu sprechen, die — nach der Übergangszeit der späten sechziger Jahre — in diesem Jahrzehnt zunehmend von der inter-systemaren Kooperation bestimmt wird? Es gibt Gegner dieser Anschauung, und einige ihrer Argumente sollen weiter unten näher beleuchtet werden. Löst man sich von der Vorstellung, daß politische Prognosen wie die eben formulierte nur dann richtig sind, wenn sie sozusagen von selbst eintreffen, interpretiert man sie stattdessen als mögliche, machbare, also durchsetzbare politische Programme, für die man eben politisch einstehen und kämpfen muß, dann erscheint die Prognose vom Übergang von der (bloßen) Konfrontation zur (antagonistischen) Kooperation im Ost-West-Verhältnis als eine sinnvolle, wenn nicht als die einzige sinnvolle Prognose für das nächste Jahrzehnt. Sie dient deshalb als Grundlage aller weiteren hier angestellten Überlegungen.

Es ist durchaus nicht voreilig zu behaupten, daß eine Reihe wichtiger Schritte auf diesem Feld der Ost-West-Kooperation bereits unternommen wurden. An dieser Stelle seien nur jene Bemühungen erwähnt, die, verbunden z. B. mit dem Namen der Pugwash-Konferenz, dazu geführt haben, daß einige Rüstungskontroll-Maßnahmen zwischen den Regierungen vereinbart wurden (Teststop-Abkommen, Non-Proliferations-Vertrag, ABM-Vertrag). In den letzten Jahren wurden zwischen den USA und der UdSSR die Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffensysteme erheblich intensiviert; ein erstes Abkommen ist unterzeichnet. Die über die Systemgrenzen hinweg konzipierte bilaterale Politik zwischen der UdSSR und Frankreich kann etliche Erfahrungen und Erfolge aufweisen, von denen zu lernen ist. Und schließlich ist den beteiligten Bevölkerungen und Regierungen gleichermaßen deutlich geworden, daß gemeinsame Probleme nicht nur ihrer Länder, sondern in weltweitem Ausmaß der vereinigten Anstrengungen aller bedarf, damit ebenfalls mögliche Weltkatastrophen (Hunger und Armut in der Dritten Welt, Verschmutzung der Ozeane und der Atmosphäre der Erde) verhindert werden können.

Trotz dieser Einsicht und trotz einiger wichtiger Erfahrungen auf dem Gebiete der inter-systemaren Kooperation sind ihre Möglichkeiten und Grenzen bis heute noch kaum angemessen erkannt und abgesteckt worden. Mir scheint, dies ist jedoch eine unumgängliche Voraussetzung für ihren Erfolg, denn falsche Erwartungen und Vorstellungen könnten auf diesem Feld der Politik nur zu leicht alles verderben.

Doch zunächst einmal gilt es, die Argumentation derjenigen aufzunehmen und kritisch zu überprüfen, die einer Politik des Westens das Wort reden, die im Grunde *ohne* Kooperation mit sozialistischen Ländern auszukommen verspricht. Es ist dies eine Konzeption, wie sie der Politik des Kalten Krieges und des Wettrüstens zugrunde lag, die also nicht auf Koexistenz, sondern auf Eindämmung und Austrocknung des Sozialismus abzielt. Die Tradition des Antikommunismus besaß vor allem in der westdeutschen Politik ihren festen Platz; überwunden ist sie noch lange nicht.

In den fünfziger Jahren konnte der angesehene Schweizer Ökonom Wilhelm Röpke den Osthandel als „Todfeindhandel" bezeichnen — geistige Widerspiegelung der zwar fehlgeschlagenen, aber doch den Aufbau Osteuropas stark verzögernden Embargo-Politik von USA und NATO [4]). Noch gegen Ende der sechziger Jahre hieß es in der Zusammenfassung einer aufgrund eines NATO-Stipendiums erstellten Studie über den Osthandel des Westens: „Während die Befürwor-

4) Vgl. Gunnar Adler-Karlsson, Der Fehlschlag. Zwanzig Jahre Wirtschaftskrieg zwischen Ost und West, Wien/Frankfurt/Zürich 1971.

ter des Handels mit kommunistischen Ländern in diesem Handel ein Mittel zu sehen glauben, die Spannungen zwischen Ost und West zu vermindern, den Kommunismus von innen ‚aufzuweichen' oder der Bevölkerung eine Erleichterung ihrer materiellen Lage zu verschaffen, sind die Gegner dieses Handels der Ansicht, daß im Zeichen ‚feindlicher Koexistenz' der Handel mit kommunistischen Ländern nicht nur instinktlos und verwerflich ist, sondern daß es auch gefährlich ist, die ökonomischen Schwierigkeiten der kommunistischen Volkswirtschaften immer wieder durch westliche Lieferungen zu beheben (...)" [5]). Keine Frage, der Autor neigte der zweiten Gruppierung zu. Solche Stimmen sind bis heute in der Bundesrepublik Deutschland nicht verstummt, sondern finden immer wieder Lautsprecher, z. B. in einer der größten Tageszeitungen, der „Welt". In einer ebenso ausführlichen wie oberflächlichen Studie findet der erstaunte Leser dieser Zeitung die Meinung vertreten, der Osthandel bringe bei wirtschaftlicher Betrachtung „überwiegend Nachteile" [6]) mit sich, und zwar sowohl mikroökonomisch wie makroökonomisch gesehen.

Auf dem Feld der Sicherheitspolitik trifft man auf eine ähnliche Variante dieses altväterlichen Antikommunismus, der sich nur ein wenig flexibler gibt. Danach wäre es ein Fehler, die Vorteile der gesamteuropäischen Zusammenarbeit und der damit erhöhten Sicherheit in diesem Raum zu überschätzen und den Zustand des Kalten Krieges in den fünfziger Jahren negativ zu sehen. „Tatsache ist aber, daß die Zukunft der Entspannungs-Politik schon längst begonnen hat: und zwar seit etwa zwanzig Jahren. Die dramatische Rhetorik, mit der das Konfrontationssystem abqualifiziert und eine neue Ära ost-westlicher Kooperation verkündet wird, läßt ein differenziertes Verständnis der neuesten Zeitgeschichte häufig vermissen. Wenn man einer längst überwundenen Spielart des Antikommunismus zu Recht vorgeworfen hat, die Verschiedenheit kommunistischer Bewegungen nicht zu sehen, so läßt die Apologetik progressiver Entspannungspolitik und des Konzepts einer Sicherheitskonferenz nicht selten den gleichen Mangel an nuancierter Betrachtungsweise erkennen: sie malt in grellen Farben das Schlachtgemälde einer schrecklichen Vergangenheit, vor dem die aktuelle Entspannungspolitik, erst recht aber die Kooperation im Rahmen einer Sicherheitskonferenz, in der Tat als das Werk großer Friedensmänner erscheint" [7]). Diese Einschätzung stammt von einem Politikwissenschaftler, der nicht nur die Historiographie über die CDU/CSU maßgeblich mitgestaltet hat, sondern auch ihr heutiges Verständnis der internationalen Politik mitformuliert.

Der Argumentations-Mechanismus ist klar: in süßen Schalmeien-Tönen wird von der harmonischen, sicheren Vergangenheit der Ost-West-Beziehungen gesungen, damit deren Verbesserung in Gegenwart und Zukunft überflüssig erscheint. Hier sind denn doch wohl die Akzente kräftig verschoben. Schon ein Blick auf die Militärbudgets zeigt, mit welch hohem Preis die Stabilität der letzten zwanzig Jahre erkauft wurde. Und kaum eine strategische Analyse der letzten Jahre versäumt die Feststellung, wie prekär das Gleichgewicht des Schreckens ist, wie labil diese vorgebliche Stabilität. Insbesondere in der Bundesrepublik erscheint diese Tatsache immer unabweisbarer [8]).

Die Bundesregierung unter Brandt und Scheel will Kooperation in Europa. Wenn man dies feststellt, darf man jedoch nicht übersehen, daß die eben skizzierte

[5]) Michael v. Berg, Die strategische Bedeutung des Ost-West-Handels im Rahmen der weltpolitischen Auseinandersetzung, Leiden 1966 (Atlantische Reihe, Bd. 5), S. 10.
[6]) Hans Hirsch, Die Verträge sind keine Chance für die Wirtschaft, in: „Die Welt" vom 2. 5. 1972.
[7]) Hans-Peter Schwarz, Entspannungs-Ideologie und europäische Realitäten, in: „Die politische Meinung", 17. Jg. 1972, H. 140, S. 11.
[8]) Vgl. in diesem Zusammenhang: Horst Afheldt, Christian Potyka, Utz-Peter Reich, Philipp Sonntag, Carl-Friedrich v. Weizsäcker, Durch Kriegsverhütung zum Krieg?, München 1972 (Reihe Hanser, Bd. 79).

Gegenargumentation wenigstens teilweise auch innerhalb der Regierungskoalition Gehör findet. Zum einen liegt das in der traurigen Tradition westdeutscher Politik begründet, politische Äußerungen und Handlungen sozialistischer Regierungen von vornherein mit äußerstem Mißtrauen zu perzipieren. Furcht und Mißtrauen belasten die Ost-West-Beziehungen bekanntlich in ganz außergewöhnlichem Maße. Zweitens sind die Diskussionen über die Vorteile der gesamteuropäischen Zusammenarbeit auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei noch nicht lange geführt worden. Und drittens schließlich ist auch und gerade innerhalb der SPD/FDP-Koalition noch kein in sich stimmiger und abgewogener Konsensus über die verschiedenen Teilstücke der Innen- und Außenpolitik erzielt worden.

Dennoch: mit der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau hat auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor aller Welt deutlich gemacht, daß sie bereit ist, an der Entspannungs- und Kooperationspolitik zwischen Ost und West zu partizipieren. Die Frage ist nun: wie sieht diese Politik aus? Auf welchen Gebieten kann sie vorangetrieben werden, was werden ihre Konsequenzen sein? Es soll an dieser Stelle nicht auf Detailfragen eingegangen werden. Welche Möglichkeiten sich etwa auf dem Gebiet der ökonomischen Kooperation ergeben (auch unter „rein wirtschaftlicher" Betrachtung), welche gemeinsamen Projekte auf dem Gebiet des Umweltschutzes oder dem des Wissenschafts- und Kulturaustausches in Angriff genommen und verwirklicht werden können, sind Probleme der jeweiligen Spezialisten. Von grundsätzlicher Bedeutung ist hingegen die Frage nach der Art der Kooperation zwischen Ost und West. Schon der inzwischen dafür üblich gewordene Begriff der „inter-systemaren" Kooperation [9]) weist darauf hin, daß zur Vermeidung falscher Erwartungen und Vorstellungen eine exaktere Definition dieser Zusammenarbeit nützlich ist.

Um zu dieser Definition zu gelangen, erscheint es sinnvoll, zunächst einen kurzen Blick auf die bereits arrangierten Ost-West-Kooperationen zu werfen. Die „Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion", von beiden Ländern am 30. Oktober 1971 anläßlich des Breschnew-Besuchs in Paris verabschiedet [10]), können hier als ein Muster angesehen werden. Die sowjetisch-französische Zusammenarbeit beruht nach diesem Dokument vor allem auf drei Prinzipien:

a) dem Grundsatz der gemeinsam definierten Interessen,
b) dem Grundsatz, daß die Kooperation nicht gegen Dritte gerichtet sein darf,
c) dem Grundsatz der ständigen gegenseitigen Information.

Die *Ziele* der Zusammenarbeit lassen sich in zwei Kategorien einteilen. Einmal geht es um die bi-polare Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Hier kann man inzwischen schon einige respektable Ergebnisse aufführen: die Zusammenarbeit bei der Einführung des Farbfernsehsystems „secam" zum Beispiel oder Kooperationen auf dem Gebiet der Ozeanographie, der Computertechnik, des Gesundheitsschutzes u. a. m.

Fast noch wichtiger als die bi-polare Kooperation zwischen der Sowjetunion und Frankreich ist jedoch die internationale Komponente dieser Beziehungen. An mehreren Stellen der „Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion" wird diese internationale Komponente betont, so, wenn

[9]) Vgl. z. B. Gerda Zellentin, Intersystemare Beziehungen in Europa. Bedingungen der Friedenssicherung, Leiden 1970 (European Aspects, Series C: Politics, Bd. 20).
[10]) In der BRD sind diese Prinzipien publiziert in: „Blätter", 12/71, S. 1318 ff.

darauf Bezug genommen wird, daß die politische Zusammenarbeit der beiden Länder, fußend auf der Respektierung der Bestimmungen der UNO-Charta, darauf abzielt, „in Konfliktherden zur Wiederherstellung des Friedens, ferner zur Milderung der internationalen Spannungen, zu einer Bereinigung der Streitfragen mit friedlichen Mitteln und zur wirtschaftlichen Entwicklung sowie zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Völker beizutragen." Und an einer anderen Stelle bekräftigen beide Partner, daß sie gemeinsam zur Lösung der nuklearen Abrüstung beitragen werden, damit die Spaltung der Welt in militärisch-politische Gruppierungen behoben werden und die UNO gemäß den Bestimmungen ihrer Charta eine größere Rolle spielen kann.

Die Sprache der Diplomatie, auch der Ost-West-Diplomatie, ist nun gewiß kein Instrument zur exakten Beschreibung von Differenzen und unterschiedlichen Interpretationen. Dennoch muß der Modell-Charakter der französisch-sowjetischen „Prinzipien der Zusammenarbeit" betont werden; dennoch kann der Öffentlichkeit niemand verbieten, dieses Dokument beim Wort zu nehmen und die Politik der Beteiligten daran zu messen. Es zeigt, daß die inter-systemare Kooperation zwischen Ost und West funktionieren kann, und es verspricht, daß von dieser inter-systemaren Kooperation Impulse ausgehen, um das internationale System friedlicher und sicherer zu machen.

Eine knappe Zwischen-Bilanz unserer Überlegungen sieht so aus: die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch die parlamentarischen Gremien der Bundesrepublik Deutschland hat gezeigt, daß entgegen dem Widerstand einer starken und formierten Opposition, die andere und, wie mir scheint, zweifelhafte Vorstellungen von der Zukunft der Ost-West-Beziehungen hat, auch die BRD dem Entspannungsprozeß in Europa nicht länger nachlaufen will. Jedoch wird man nicht behaupten können, daß die Argumentation der Gegner von mehr Ost-West-Zusammenarbeit innerhalb der politischen Auseinandersetzung der BRD kein Gewicht mehr hätte; hier wirken überkommene Einstellungen und Vorstellungen aus der Zeit des Kalten Krieges weiter, und etwas davon findet man sogar im Lager der jetzigen Koalitions-Regierung. Will man ihnen wirksam und überzeugend entgegentreten, muß man sich Gedanken darüber machen, wie denn nun die ost-westliche Zusammenarbeit in Europa konkret aussehen soll. Es gibt hier eine große Zahl von Vorschlägen zur ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit, auf die an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden soll. Die grundsätzlichere Frage scheint die nach der *Art* und den *Merkmalen* der Zusammenarbeit zu sein, die, wie der Begriff der „inter-systemaren" Kooperation ja auch deutlich macht, durch den Antagonismus der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen in ihrem Kern mitgeprägt wird. Wie diese Zusammenarbeit in der Sprache der Beteiligten definiert wird, konnten wir am Beispiel der französisch-sowjetischen Beziehungen erkennen [11]).

Wollen wir dies vertiefen, müssen wir uns die Frage vorlegen, in welchem Verhältnis bei solcher inter-systemaren Kooperation ihre politischen und ihre ökonomisch-technischen Elemente einander zugeordnet sind. Diese zunächst ein wenig abstrakt klingende Frage ist deshalb wichtig, weil die Antwort darauf einige Verwirrungen über die Art und Merkmale inter-systemarer Kooperation aus dem Wege räumen kann. Eine dieser falschen Ausdeutungen von Ost-West-Zusammenarbeit, die durchaus nicht selten anzutreffen ist, läßt sich nämlich

11) Ein jüngstes Beispiel für die mögliche gemeinsame Interpretation einer antagonistischen Kooperation stellt das in diesem Heft abgedruckte Dokument „Grundlagen der Zusammenarbeit" dar, daß anläßlich des Nixon-Besuches in Moskau unterzeichnet wurde.

dahingehend zusammenfassen, man müsse die Ost-West-Beziehungen entpolitisieren und entideologisieren, nur so könnten die gemeinsamen Sachfragen von entwickelten Industriestaaten gelöst werden. Man trifft diese Meinung häufig bei denjenigen, die ökonomische Zusammenarbeit zwischen Ost- und West-Europa aus Gründen der ökonomischen Rentabilität für lukrativ halten, sich, gröber gesprochen, davon ein hervorragendes Geschäft versprechen, im übrigen jedoch von der weltpolitischen Entwicklung nichts wissen wollen. Ich meine, hier wird verkannt, daß die ideologische Auseinandersetzung ein spezifisches Merkmal der Ost-West-Beziehungen ist und bleiben wird, Weder diejenigen, die von dieser Tatsache schlicht absehen wollen, noch diejenigen, die den Entideologisierungs-Prozeß mittels ökonomischer Zusammenarbeit bewußt und aktiv in Gang setzen wollen, werden in ihrem Verhalten dem Charakter der inter-systemaren Kooperation gerecht [12]). Und das heißt letztendlich, daß sie ihren Erfolg gefährden. Die Entpolitisierungs- und Entideologisierungs-Forderung ist also entweder utopisch oder strategisch, auf jeden Fall aber beruht sie auf einem Mißverständnis. In seiner Nähe ist ein anderes angesiedelt, das nämlich von der automatischen Verknüpfung zwischen der Häufigkeit von Beziehungen und ihrer Herzlichkeit. Ursprünglich von nordamerikanischen Soziologen auf dem Gebiet der Klein-Gruppen-Forschung aufgestellt (und bereits hier mehr als zweifelhaft, denn schließlich gäbe es nach dieser Formel ja keine unglücklichen Ehen), wurde dieser Mechanismus auch auf die Ebene der Beziehungen zwischen Gesellschaften transponiert. Je mehr Ost-West-Beziehungen entstehen, je zahlreicher die menschlichen Kontakte werden, je enger die ökonomischen Verflechtungen werden, um so besser ist der Friede gesichert. Dies ist gewiß nicht völlig falsch. Aber man muß nachdrücklich davor warnen, es für ganz oder auch nur halb richtig anzusehen. Eine selbstverständliche und automatische Verbindung von ökonomischer Kooperation und Friedenssicherung gibt es nicht [13]). Besonders nicht in den Ost-West-Beziehungen, wie sie sich heute und in absehbarer Zukunft darstellen. Inter-systemare Kooperation kann also nicht so angelegt sein, daß die beteiligten Gesellschaften dadurch einander ähnlicher gemacht werden sollen. Die qualitativen Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus dürfen nicht verwischt werden.

Wenn man innerhalb der inter-systemaren Kooperation ihre politischen und ihre ökonomischen Komponenten abwiegt, kommt man zu der eindeutigen Feststellung, daß die Politik vorrangig ist. Das bedeutet aber, daß der Erfolg dieser Zusammenarbeit in allererster Linie von der Politik der Beteiligten abhängt. Und genau hier ist abzumessen, mit welcher Energie und mit welcher Überzeugungskraft eine Regierung gesamt-europäische Kooperation anstrebt.

Die Perspektiven der ökonomischen und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in Europa werden dann heller und weiträumiger, wenn innerhalb der europäischen Politik die auf ein friedliches, gutnachbarliches, gleichberechtigtes Nebeneinander der Staaten gerichteten Komponenten sich durchsetzen werden. Deshalb ist die Europäische Sicherheitskonferenz als ein nächster Schritt so wichtig. Denn hier wird ein politisches Zeichen gesetzt, das zum Vorzeichen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit werden kann. Ohne die Sicherheitskonferenz läßt sich vor allem *ein* Problem nicht bezwingen: ich meine das Grundproblem der Abrüstung in Europa. Erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen in Europa wird es nur nach einer erfolgreichen

12 Eine nähere Beschreibung dieser Konzeption und ihrer Abgrenzung zu anderen finden sich bei: Wilfried v. Bredow, Konvergenztheorie oder antagonistische Kooperation, in: „liberal", 14. Jg. 1972, H. 4, S. 262—273.
13) In diesem Sinne auch: Gerhard Kade, Zusammenarbeit in Europa. Möglichkeiten und Grenzen, in: W. Fabian (Hrsg.), Plädoyers für eine Europäische Sicherheitskonferenz, München 1972, S. 69.

Sicherheitskonferenz geben. So richtig die Anschauung ist, daß Rüstungskontrolle und Abrüstung weltweite Probleme sind, die nur weltweit — und das heißt: auf der Ebene der UNO — gelöst werden können, so nachdrücklich muß man doch auf die Möglichkeit hinweisen, daß von bestimmten Regionen, zum Beispiel der europäischen, Impulse für eine solche weltweite Behandlung der Rüstungs-Problematik ausgehen können und ausgehen sollten. Wie das aussehen würde, ob und inwieweit Vorstellungen über ein Einfrieren der Rüstungen in Europa oder über atomwaffenfreie Zonen wieder aufgegriffen werden sollten, bleibt eine Frage an die Experten. Vorgegeben ist ihnen der Auftrag, politische Lösungen ausfindig zu machen. Denn bleiben sie aus, ist die Zukunft der Entspannung in Europa ungesichert. Das Wagnis der Kooperation darf aber kein Risiko der Kooperation werden. Das Gegenteil muß erreicht werden: daß, wer Kooperation wagt, für sein Land und die Bevölkerung darin gewinnt. Intersystemare Kooperation unter solchen Auspizien ist dann kein Wagnis, sondern die einzig richtige Politik.

Umrisse der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in Europa

Von Dshermen Gwischiani, Moskau

Im Zusammenhang mit der aktiven Erörterung der Probleme des Friedens und der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent werden die Umrisse der künftigen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in Europa immer deutlicher erkennbar: Die Voraussetzungen für die Einberufung einer gesamteuropäischen Beratung zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit sind heute günstig. Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit schafft ebenso wie die ökonomische eine stabile Basis der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer und politischer Ordnung, trägt zur Herstellung eines guten Einvernehmens und zur Festigung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den Ländern bei. Gleichzeitig hängen aber die wissenschaftlich-technischen Beziehungen, ihre konkreten Formen und Ergebnisse in bedeutendem Maße vom politischen Klima ab. Daher verknüpft die internationale Öffentlichkeit mit der Abhaltung einer gesamteuropäischen Beratung nicht nur die Hoffnungen auf Bildung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, sondern auch die Hoffnungen auf eine bedeutende Ausweitung der Zusammenarbeit der Länder in verschiedenen Richtungen.

Für Inhalt und Formen der internationalen wissenschaftlich-technischen Beziehungen sind in unserer Zeit die objektiven Forderungen der sich in der ganzen Welt entfaltenden wissenschaftlich-technischen Revolution wie auch die verstärkten Tendenzen der Internationalisierung der wirtschaftlichen Tätigkeit bestimmend. Die Rolle der Wissenschaft als Waffe der sozialökonomischen Wandlungen ist in der Gesellschaft durch ihren Einfluß auf die Technik rapid gestiegen. Im Zusammenhang mit der internationalen Arbeitsteilung in Wissenschaft, Technik und Produktion kommt der internationale Charakter der wissenschaftlichen Tätigkeit immer fühlbarer zum Ausdruck.

Die wissenschaftlich-technische Revolution setzte einige wissenschaftliche Komplexprobleme auf die Tagesordnung, deren Lösung die Interessen aller Länder und Völker berührt. Zu diesen Problemen gehören: Erschließung des Kosmos, Studium und Nutzung der Ressourcen des Weltozeans, Bildung eines Wetterdienstes, Schutz der Umwelt und rationelle Nutzung ihrer Ressourcen, Versorgung der Menschheit mit Lebensmitteln und Energie, Bekämpfung der Herz- und Gefäßerkrankungen, des Krebses und einiger anderer Krankheiten usw. Häufig überschreiten die Untersuchungen in bezug auf solche Probleme die Möglichkeiten einzelner Länder, sogar wenn diese ökonomisch und wissenschaftlich-technisch hochentwickelt sind. In solchen Fällen ist die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit die zweckmäßigste, manchmal sogar die einzig mögliche Form zur Durchführung der Untersuchungen.

Diese charakteristischen Zweige der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit führten dazu, daß sich die internationalen wissenschaftlich-technischen Beziehungen in einen organischen und dabei sehr bedeutenden Teil der heutigen internationalen Beziehungen verwandelten.

Wir wollen einige der wesentlichsten Voraussetzungen für die Entwicklung der gesamteuropäischen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit untersuchen. Das Entwicklungsniveau der europäischen Länder in ihrer Gesamtheit kann als sehr hoch bezeichnet werden. In den europäischen Ländern ist eine bedeutende Zahl von Wissenschaftlern tätig, es bestehen weltbekannte wissenschaftliche Schulen mit reichen wissenschaftlichen Traditionen. Der europäische Kontinent verfügt über qualifizierte Arbeitskräfte und zeichnet sich durch ein hochstehendes Bildungs- und Kulturniveau der Bevölkerung aus. Die verhältnismäßige Kompaktheit der geographischen Verteilung der Staaten auf dem Kontinent sowie die Gemeinsamkeit der Kulturtraditionen fördern die Herstellung von gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den Ländern. Außer den traditionellen Kulturbeziehungen sind es heute in immer größerem Maße die „materiellen" Beziehungen, die Europa umspannen: Transportverbindungen, energetische Linien, Systeme der Übermittlung von Informationen . . .

Im Zusammenhang mit dem hochstehenden Niveau der industriellen Entwicklung in Europa wird die Frage des Umweltschutzes immer aktueller. Die verhältnismäßig große Bevölkerungsdichte auf dem Kontinent sowie Industrialisierung und Urbanisierung führten zu einer Verarmung der Naturressourcen, vor allem des Bodens, der Wälder und des Süßwassers. Intensive Führung der Landwirtschaft, Auswürfe von Produktionsabfällen und andere Arten der Verschmutzung, Verwendung einiger Arten von Giftstoffen, unvernünftige Einmischung in die natürlichen Prozesse der Umwelt, Verletzung des ökologischen Gleichgewichts wie auch andere Formen der zerstörenden Einwirkung des Menschen auf die Umwelt sind natürlich an und für sich keine unausbleibliche Folge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hat dieses Problem lediglich ungewöhnlich zugespitzt. Als Folge des engen geographischen Zusammenhangs der europäischen Staaten müssen Wege zur Lösung dieses Problems in internationaler Zusammenarbeit gesucht werden, da sich eine Verschlechterung der natürlichen Umwelt in einem Lande auch auf andere Länder auswirkt. Europa, das in bezug auf die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit verschiedener Länder bereits über eine gewisse Erfahrung verfügt, kann diese Probleme durchaus lösen.

Die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der europäischen Länder wird sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Basis — im Rahmen internatio-

naler Organisationen — verwirklicht, unter denen der UNESCO, einer der bedeutendsten Sonderinstitutionen der UNO, ein bedeutender Platz zukommt.

Gewisse Erfolge in der Tätigkeit der internationalen Organisationen müssen wohl gewürdigt werden, doch darf gleichzeitig nicht unbeachtet bleiben, daß in ihrer Arbeit wesentliche Mängel und Beschränkungen bestehen. Am deutlichsten zeigt sich dieser Widerspruch in der Arbeit einer regionalen UNO-Körperschaft, der Wirtschaftskommission für Europa (ECE). Diese Kommission arbeitet an einigen Problemen der europäischen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. In ihrem Rahmen werden interfakultative Komplexprobleme der Energetik und der Wasserressourcen, Fragen der Automatisierung und wissenschaftlich-technischen Prognosen, des Kampfes gegen die Verunreinigung von Wasser und Luft wie auch andere Probleme studiert. Zweigkomitees der Kommission besprechen Fragen, die sich auf die Wahl und die effektivste Anwendung von rationellen Methoden für die ökonomische Entwicklung der europäischen Länder sowie die Nutzung neuer wissenschaftlicher und technischer Errungenschaften, besonders auf dem Gebiet des Eisenhüttenwesens, der Kohlenförderung, des Transportwesens und der Elektroenergie beziehen.

Wie interessant und nützlich aber die Ergebnisse der Arbeit dieser Kommission auch sein mögen, sie können dennoch keine gesamteuropäische Bedeutung erlangen, vor allem deshalb nicht, weil die Deutsche Demokratische Republik, eines der entwickeltesten Länder Europas und der ganzen Welt, zu ihrer Arbeit nicht herangezogen wird. Ohne die Teilnahme der DDR kann keine Frage, betreffe sie nun die Bildung eines gesamteuropäischen Systems der Wasserstraßen und Chausseen, das Problem eines einheitlichen energetischen Systems und die rationelle Nutzung der Naturressourcen usw., auch nur einigermaßen ersprießlich besprochen, geschweige denn gelöst werden. Es handelt sich hier nicht nur darum, daß Autostraßen, Überlandleitungen, Pipelines und Gasleitungen durch das Territorium der DDR verlaufen sollen. Die Hauptsache besteht in etwas anderem: die gesamteuropäische wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit kann sich nur unter den Bedingungen des realistischen Herangehens an jene Politik erfolgreich entwickeln, die die Anerkennung der DDR in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses in den Beziehungen zwischen den Ländern, der Zuversicht in die politische Stabilität und die Garantien einer friedlichen Entwicklung Europas ins Auge faßt.

Die gesamteuropäische Zusammenarbeit von Ländern mit unterschiedlichen sozialen Systemen ist nur unter den Bedingungen der völligen Gleichheit der Seiten, der Achtung der nationalen Interessen und des gegenseitigen Vorteils möglich. Beispiele für die Verwirklichung dieser Prinzipien sind die Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich sowie die Entwicklung der Beziehungen der UdSSR zu Italien und Österreich. Auf einer stabilen gutnachbarlichen Basis ist unsere Zusammenarbeit mit Finnland, Belgien und anderen Ländern aufgebaut.

Besonders charakteristisch ist die Entwicklung der sowjetisch-französischen Beziehungen. Auf der Basis von Regierungsabkommen arbeiteten sowjetische und französische Wissenschaftler das Farbfernsehsystem „SECAM 3" aus und führten es erfolgreich in die Praxis ein. Die gemeinsame Arbeit auf dem Gebiet der Untersuchung und Erschließung des Weltraums gestattete die Herstellung einer stabilen Funk- und Fernsprechverbindung zwischen Moskau und Paris. Im Teilchenbeschleuniger von Serpuchow, der in der Welt nichts Ebenbürtiges hat, wurden fundamentale wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiet der

hohen Energien mit Verwendung der französischen Wasserstoffblasenkammer „Mirabelle" begonnen.

Auch auf Gebieten wie Ozeanographie, Hydrologie, Biologie, Gesundheitsschutz, Anwendung der Computertechnik für die Planung und Steuerung der Produktion usw. zeitigen die gemeinsamen Arbeiten französischer und sowjetischer Wissenschaftler gute Ergebnisse.

Überaus verheißungsvoll entfaltet sich auch die ökonomische sowie wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der BRD. Die aufgrund der zwischen Leonid Breschnew und Willy Brandt auf der Krim getroffenen Vereinbarung gebildete gemischte sowjetisch-westdeutsche Kommission hielt vor kurzem in Bonn ihre erste Sitzung ab. Dabei wurden jene Gebiete der Zusammenarbeit besprochen, die hinsichtlich ihrer Entfaltung und Vertiefung die aussichtsreichsten sind. Die Seiten erklärten, daß sie beabsichtigen, die Möglichkeit der Zusammenarbeit beim Bau von bedeutenden Industriekomplexen wie auch bei der Produktion von verschiedenartigen Industrieerzeugnissen, einschließlich von Gütern des Massenbedarfs, zu studieren.

Es wurde beschlossen, daß jetzt auf der Basis der bereits bestehenden Kontakte der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zum Stadium der konkreten praktischen Verwirklichung übergegangen werden kann. Im Vordergrund soll dabei die Aktivierung des Austausches von technologischer Information, der Kontakte zwischen Forschungsinstituten stehen. Die Kommission sprach sich dafür aus, in der nächsten Zeit Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD aufzunehmen.

In diesen Beispielen widerspiegeln sich die Hauptprinzipien der Entwicklung der Beziehungen auf dem Gebiet der Oekonomik und Politik, des Handels, der Wissenschaft und Technik zwischen der Sowjetunion und dem Ausland, darunter auch mit den kapitalistischen Ländern, wie sie der 24. Parteitag der KPdSU verkündet hatte. ZK-Generalsekretär Breschnew hatte in seinem Bericht auf dem Parteitag erklärt: „Unsere prinzipielle Linie in den Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern ... besteht darin, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz konsequent und vollständig zu verwirklichen und für beide Seiten vorteilhafte Verbindungen zu entwickeln. Unsere Linie besteht darin, mit jenen Staaten, die dazu bereit sind, auf dem Gebiet der Festigung des Friedens zusammenzuarbeiten und dabei den Beziehungen mit ihnen maximal stabilen Charakter zu verleihen."

Das sind unseres Erachtens die unerläßlichen Voraussetzungen und Hauptbedingungen für die Verwirklichung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit. Nun wollen wir noch einen Blick in die nächste Zukunft werfen und uns ansehen, was für neue Möglichkeiten für Europa im System der gesamteuropäischen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit enthalten sind.

Vor allem sei die Tatsache erwähnt, daß sich in der internationalen Zusammenarbeit die deutliche Tendenz zur Entwicklung der Produktions- und Handelskooperation in Wechselwirkung mit der wissenschaftlich-technischen Kooperation erkennen läßt.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt führt zur raschen Ablösung des einen Erzeugnisses durch andere, vollkommenere und zu einer Zunahme von Erzeugnissen, für die bedeutende wissenschaftliche Arbeiten erforderlich sind,

wie auch zu einer ständigen Steigerung ihrer Qualität und Verbesserung der technisch-ökonomischen Kennwerte. Das erfordert bedeutende Ausgaben für wissenschaftliche Forschungs- sowie Projektierungs- und Konstruktionsarbeiten, für eine ständige Modernisierung der Produktion, die bei einer optimalen Entwicklung dieser Arbeiten für die meisten Länder Europas, einzeln genommen, zu kostspielig sind. Der Ausweg aus dieser Lage besteht in der Entwicklung der Spezialisierung und wissenschaftlich-technischen Produktionskooperierung. Daten der UNESCO zufolge entfallen derzeit in der Schweiz 62 % der Ausgaben für wissenschaftliche Forschungen auf die Chemie und den chemischen Maschinenbau, in den Niederlanden sind 36 % für die Elektronik, in Schweden 70 % für die Elektrotechnik bestimmt. Eine so straffe Spezialisierung zwingt diese Länder, die übrigen Aufgaben, vor denen nationale Ökonomik und Wissenschaften stehen, durch Kooperierung zu lösen.

Die Sowjetunion entwickelt im Grunde genommen alle Richtungen der Wissenschaft und Technik. Unser Land zählt mehr als eine Million Wissenschaftler, die alljährlichen Ausgaben für die Wissenschaft übersteigen 13 Mrd. Rubel. Wir könnten somit annehmen, daß wir der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit weniger bedürfen als viele andere Länder. Nichtsdestoweniger setzt sich die Sowjetunion konsequent für eine vernünftige Spezialisierung in der Wissenschaft ein.

Von der Festigung und Ausweitung der gesamteuropäischen Kooperierung werden alle Länder gewinnen. Die Kooperierung gestattet eine Beschleunigung des technischen Fortschritts und des ökonomischen Wachstums, sie wird zu einer Veredelung der Export- und Importstruktur beitragen, den operativen Charakter verbessern sowie die unmittelbaren Kontakte der Firmen, Institute und Organisationen verstärken.

Zu einer stabilen Basis der gesamteuropäischen Zusammenarbeit könnte die gemeinsame Ausarbeitung von wissenschaftlich-technischen Problemen im Rahmen großer Projekte, wie z. B. die Schaffung von einheitlichen energetischen und Transportsystemen oder die Organisierung von transkontinentalen Transporten, werden. Große Bedeutung hätte auch der Zusammenschluß der Bemühungen der Wissenschaftler Europas auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes.

Eine lebenswichtige Aufgabe für die Länder Europas ist die Lösung des Problems, das die rationelle Nutzung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt des Menschen betrifft. Dieses Problem umfaßt wichtigste Gebiete der Wissenschaft — Fragen, die sich auf die Ausarbeitung einer Technologie mit wenig oder gar keinen Abfällen beziehen, auf die Schaffung von vollkommenen Mitteln zur Bekämpfung von Verunreinigung der Natur, auf neue Arten landwirtschaftlicher Düngemittel und biologischer Mittel für die Bekämpfung landwirtschaftlicher Schädlinge usw. Hierher gehört auch die Organisierung von gemeinsamen Untersuchungen, die den Schutz des ökologischen Gleichgewichtes in der Natur, den Einfluß der Veränderungen in der Umwelt auf das Klima usw. betreffen. Zu einem wichtigen und vielversprechenden Gebiet der Zusammenarbeit könnte die rationelle Nutzung der Ressourcen der um Europa liegenden Meere werden.

So sehen wir die Probleme und Perspektiven der gesamteuropäischen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Welche Möglichkeiten bestehen, um diese Ideen zu realisieren? Wir bewerten die Zukunft optimistisch. Das neue

konstruktive Herangehen an die Lösung der aktuellen Probleme des Kontinents, das sich in Europa anbahnt und immer mehr festigt, ist ein gutes Fundament für diesen Optimismus. Die gesamteuropäische wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit gestattet eine Steigerung des wissenschaftlichen Potentials eines jeden Landes und Europas in seiner Gesamtheit und wird die wissenschaftlich-technische Spanne zwischen den einzelnen Ländern Europas reduzieren sowie das gute Einvernehmen und die Solidarität zwischen den Völkern Europas festigen.

Die Situation nach den Wahlen in Italien

Von Wilfrid Schilling, Oggebbio

I

Bevor wir die in Italien nach den Wahlen vom 7. und 8. Mai 1972 geschaffene politische Lage untersuchen, ist es zu deren besserem Verständnis nötig, auf die Vorgeschichte zurückzugreifen, das heißt auf die Situation, wie sie vor den Wahlen bestand. Ganz offensichtlich war es das Bestreben der Christdemokraten (DC), die politische Achse nach rechts zurückzudrehen. Auftakt dazu bildete im Dezember vergangenen Jahres die Wahl des neuen Präsidenten der Republik. Nach allerlei, der Demokratie sehr abträglichen Machinationen wurde dem Volk schließlich nach mehr als zwei Dutzend Wahlgängen mit den ausschlaggebenden Stimmen der MSI-Faschisten zum Heiligen Abend der Christdemokrat Giovanni Leone beschert; die traurige Tatsache der faschistischen Entscheidungshilfe wird von der christdemokratischen Regierungspartei in theatralischer Entrüstung bestritten. Doch stolz brüstet sich noch heute der Faschistenführer Almirante, daß er der Republik einen Präsidenten „geschenkt" habe.

Die Gelegenheit, sich der angeschlagenen Mitte/Links-Koalition zu entledigen, war nun günstig. Nachdem man sie in einem für die DC heiklen Moment aus der Taufe gehoben hatte, war sie zehn Jahre lang am Leben geblieben, auch wenn man von den geplanten Reformen mehr sprach als verwirklichte. Im Grunde ein Reformstückwerk, bei dem sich der zu große Antagonismus der ungleichen Partner auswirkte und bei dem der rechte Flügel der DC fortwährend den Bremser spielte. Man war eben der ganzen Sache überdrüssig, insbesondere der Divergenzen mit den Sozialisten, die mit ihrer These von den vorgeschobenen Gleichgewichten, mit anderen Worten von der zu den Kommunisten hin geöffneten Tür, den Unmut nicht nur der Mitte und der Rechten innerhalb der DC erregten, sondern auch die Seele der krankhaft antikommunistischen Sozialdemokraten ins Wallen brachten. Die Republikaner waren ohnehin immer nur mit halbem Herzen dabei und hatten schon früher ihre Minister aus der Regierung zurückgezogen. Mit dieser Unlust und Unfähigkeit der Regierungskoalition zu echten Entscheidungen wuchs das Gespenst der wirtschaftlichen Regression, und so blieb jede Reform, und war sie noch so heilig versprochen worden, im Effekt aus. Der Unmut des Volkes wurde geschürt, doch das Hin- und Hergezerre innerhalb der Regierungskoalition lähmte alles.

Sammlung Junge Wissenschaft

Friedhelm Nyssen
Schule im Kapitalismus
Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände im Felde der Schule
Studienausgabe. 175 Seiten, kart., DM 9,80

Wilfried v. Bredow
Der Primat militärischen Denkens
Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit
172 Seiten, glanzkart., DM 28,50

Hans Karl Rupp
Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer
Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den 50er Jahren
331 Seiten, glanzkart., DM 22,80

Hanno Möbius
Arbeiterliteratur in der BRD
Eine Analyse von Industriereportagen und Reportageromanen
103 Seiten, glanzkart., DM 11,80

Werner Treuheit
Sozialismus in Entwicklungsländern
Indonesien, Burma, Ägypten, Tansania, Westafrika
244 Seiten, glanzkart., DM 16,–

Willy Wyniger
Demokratie und Plan in der DDR
Probleme der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution
140 Seiten, glanzkart., DM 14,80

Lothar Peter
Literarische Intelligenz und Klassenkampf
„Die Aktion" 1911–1932
221 Seiten, glanzkart., DM 17,80

Roderich Wahsner
Erfassung und Integration als System
Militär- und Zivildienstpflicht in der BRD
ca. 280 Seiten, glanzkart., ca. DM 17,80

Bjørn Pätzoldt
Ausländerstudium in der BRD
Ein Beitrag zur Imperialismuskritik
ca. 190 Seiten, glanzkart., ca. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

In dieser Stagnation ließ der Republikaner La Malfa dann kaltblütig die Mitte/Links-Regierung platzen, indem er seine parlamentarische Unterstützung aufkündigte — in der Hoffnung, für seine Politik des „Mit-einem-Fuß-drinnen, Mit-dem-anderen-draußen" bei Neuwahlen fürstlich belohnt zu werden. Mit dem Einwand, daß für die Reformen die finanziellen Mittel fehlten, propagierte er eine „vernünftige Politik" des „Centro-Sinistra". Auf den Vorwurf, warum er denn nicht schon viel früher die Konsequenzen gezogen habe, antwortete er: „Wir haben immer von Zeit zu Zeit die Alarmglocke geläutet . . ." Doch zur hämischen Freude aller Konservativen und Rechten hatte La Malfa dabei das Sterbeglöckchen erwischt. Und damit wurde die durch die Präsidentenwahl vorgeschriebene formale Krise tatsächlich zur echten Krise.

Wieder wurde Colombo mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Er brachte keine zustande. An seine Stelle trat Andreotti mit einer geschäftsführenden Minderheitsregierung der DC und ließ den Präsidenten ein Jahr vor Beendigung der Legislaturperiode das Parlament auflösen. Zweifellos war das ein geschickter Schachzug, denn nun hatte die DC sämtliche Regierungshebel bei der Vorbereitung zu den Frühwahlen allein in der Hand. Routiniert im Ausüben der Macht, wußte sie diese ausgezeichnet zu gebrauchen. Man führte zum Beispiel den Bürgern wenige Tage vor der Wahl lang vermißte Polizeimassenaktionen gegen das zunehmende Verbrechertum vor, was sich als sehr geschickte, unterschwellige Wahlpropaganda erwies, die ihren Eindruck auf viele nicht verfehlte. Im Wahlkampf selbst stellte sich die DC das Fernziel, so viele Stimmen zu erhalten, daß sie endlich ungestört allein regieren könnte. Sie wollte also nicht nur an der Macht bleiben, sondern wollte diese auch möglichst mit keinem teilen, vor allem nicht mit den sehr lästigen Sozialisten (obwohl die linken Christdemokraten mit Donat-Cattin an der Spitze einer solchen Koalition weiterhin nicht abgeneigt waren). Das waren die heimlichen Wünsche von Andreotti und Parteisekretär Forlani — an deren Realisation sie selbst aber am wenigsten glauben konnten, denn die Alleinherrschaft einer einzigen Partei ist in Italien eine Chimäre. Das wissen auch die Christdemokraten. So verblieb ihnen als Nahziel eine Koalition der Mitte, mit den erprobt antikommunistischen Sozialdemokraten und den Republikanern. Auch einer weiteren Verschiebung nach rechts wäre man nicht abgeneigt gewesen, und so begann man zu diesem Zweck, eindeutig mit den Liberalen zu liebäugeln, ein Flirt, der von diesen heftig erwidert wurde, um Italien gemeinsam „vor dem Kommunismus zu retten".

II

Der Wahlkampf wurde unter dem Motto „Erneuerung des Landes" geführt. Nur das neue Programm dazu fehlte. Neben dem Motto „Erneuerung" lief die Absage an die Faschisten, die von der Furcht vor weiteren Einbußen an die „Nationale Rechte" diktiert war, denn mit begründeter Angst gedachte man der üblen Erfahrungen bei den sizilianischen Regionalwahlen vom Sommer 1971, bei denen die DC eine nicht unbeträchtliche Stimmenzahl an die MSI verloren hatte. Doch der politische Hauptprogrammpunkt in der Propaganda der DC war und blieb der Antikommunismus, mit dem man einen vermuteten Rechtstrend auffangen wollte.

Es lohnt sich, einen Blick auf die Wahlprognosen der Experten zu werfen. Sie sagten in seltener Einmütigkeit den Faschisten einen starken Zuwachs voraus, der zwischen 10 und 16 % der Wählerstimmen schwankte, so daß sich die soge-

nannte „Nationale Rechte", bestehend aus MSI und den Überresten der antiquierten Monarchisten, bereits als sicherer Sieger wähnte. Der DC wurde ein fühlbarer Rückgang prophezeit — bis zu zwei Millionen Stimmen Verlust. (Tatsächlich waren die Christdemokraten selbst nach der Wahl am meisten davon überrascht, daß sie sich nicht nur gehalten hatten, sondern ihren Wählerbestand nach der sizilianischen Schlappe von 1971 sogar leicht verbessern konnten.) Somit hatte die rigoros antikommunistische Wahlpropaganda letztlich doch ihre Früchte getragen. Wahlpsychologisch wäre das so zu erklären: Zweifellos beabsichtigten ursprünglich viele Wähler, der DC diesmal für ihre schwankende und finassierende Politik eine eindeutige Absage zu erteilen. Doch von der massiven Propaganda behämmert, scheuten sie am Abstimmungstag die in den schwärzesten Farben ausgemalten Folgen und gaben damit der DC noch einmal jene Chance, um die sie so heiß gebuhlt hatte. Generell zog man also einem großen Unbekannten einfachheitshalber das alte, aber bekannte Übel vor.

III

Einen nicht zu unterschätzenden negativen Faktor stellt seit Jahren die systematische Erzeugung von Spannung durch demokratiefeindliche Kräfte verschiedener Provenienz dar. Es handelt sich um wahre Attentate auf die Demokratie, begangen zu dem Zweck, Verwirrung zu stiften, Haß und Gewalt an die Stelle der geistigen Auseinandersetzung zu rücken. Nutznießer dieser Aktionen sind einzig die Propheten der „Ordnung", die Schreier nach der „starken Hand", die sich davon den Rechtsruck der Obristen versprechen oder ihn begünstigen wollen. Daß die nun seit Jahren nicht abreißende Kette dieser kriminellen Attentate, angefangen vom Blutbad in der Mailänder Landwirtschaftsbank bis hin zum Fall Feltrinelli, offiziell nie aufgeklärt werden konnte, hat nicht zur Verminderung dieser Spannung beigetragen. Im Gegenteil haben verbrecherische anonyme Kräfte sofort nach den Wahlen mit der Ermordung des Mailänder Polizeikommissars Dr. Calabresi einen neuen Schlag gegen die Demokratie geführt, um die erwähnte Spannung aufrechtzuerhalten. Wem diese kriminellen Attentate letzten Endes nutzen, liegt für jeden denkenden Menschen klar auf der Hand.

IV

Um auf die Wahlen zurückzukommen: Die Ergebnisse können als bekannt vorausgesetzt werden (vgl. „Chronik des Monats Mai" in diesem Heft). Auf den ersten Blick schien die DC ihr Nahziel erreicht zu haben. Eine spätere Nachprüfung ergab, daß dem nicht so war. Zwar hatte die DC ihren Bestand gehalten und die befürchteten Einbußen nicht erlitten — aber war das ein Sieg? Die oberflächliche Betrachtung der Wahlergebnisse verführt leicht zur Ansicht, die politische Landschaft habe sich kaum verändert und im Grunde bleibe alles beim alten. Doch in Wirklichkeit hat eine Polarisation der Fronten stattgefunden, und verschiedene der DC genehme Partner sind schwer gerupft aus den Wahlen hervorgegangen. Beispielsweise sind die Liberalen, auf die von der DC so starke Hoffnungen gesetzt worden waren, auf die Hälfte zusammengeschrumpft; ebenso wurden die Sozialdemokraten schwer angeschlagen. Der einzige „Gewinner" war die Partei des Alarmklinglers La Malfa, die Republikaner, die ihren Stand von 2,2 auf 2,9 % verbessern konnten. (Bei Anwendung der bundesdeutschen Fünf-Prozent-Klausel wären sie samt den Liberalen auf der Strecke geblieben, während sich die Sozialdemokraten mit ihren 5,1 % eben noch hätten retten können.)

Die für die DC und ihre Regierungspläne so unangenehmen Sozialisten haben mit 9,6 % Stimmenanteil ihre Position überraschend gut gehalten. Das bedeutet, daß um die DC herum eine gewisse Leere entstanden ist, was ihr den „Sieg" weniger schmackhaft macht, denn mit wem könnte man sich in dieser Situation verbünden, da ja mit 38,8 % nicht allein regiert werden kann?

Die sogenannte „Nationale Rechte" blieb mit 8,7 % weit hinter ihren bombastischen Aspirationen zurück; MSI und Monarchisten zusammengenommen haben sich nicht wesentlich vorschieben können, vor allem nicht im Norden. Im unterentwickelten Süden kamen Almirantes Blut- und Bodenparolen unter dem aufnahmebereiten und politisch unerfahrenen Subproletariat besser an. Als Blutspender fungierten hier wieder einmal die Liberalen.

Die PCI kann ihr Abschneiden mit über 27 % als einen großen Erfolg verbuchen, besonders unter dem Gesichtspunkt einer Rekordwahlbeteiligung von 93,1 %. Sie gewann 1,1 Millionen Stimmen dazu, und so haben neun Millionen Italiener trotz aller Verteufelungen kommunistisch gestimmt. Die mit der PSIUP (Sozialproletarier) für die Senatswahlen eingegangene Listenverbindung stellte sich als weniger glücklich heraus, und jetzt spricht man davon, daß diese Partei aufgrund des Wahlergebnisses ihre Selbstauflösung vorbereiten wolle. Obwohl sie für die Kammer noch 600 000 Stimmen aufbringen konnte, bleibt sie dort ohne Vertretung.

Die Splittergruppen wie „Manifesto" und andere Linksradikale waren den Christdemokraten äußerst willkommen, denn man hoffte, daß sie die Kommunisten schwächen würden. Aber auch wohlwollend gehätschelt und propagandistisch aufgebläht haben diese Gruppen Schiffbruch erlitten; davon werden sie sich kaum wieder erholen können. Immerhin haben, wie der kommunistische Parteisekretär Berlinguer feststellte, 40 % aller Italiener links gewählt. Vor allem die jugendlichen Erstwähler entschieden sich mit weitem Abstand für die PCI, und dies ist nicht nur für den gesamtpolitischen Trend unter der Jugend von Bedeutung, sondern stellt auch eine Absage an die eifernden, anarchistisch beeinflußten Grüppchen von Pseudo-Revolutionären dar.

V

Zu welchen Folgerungen arithmetischer Natur führen nun die angeführten Ergebnisse in bezug auf die Regierungsneubildung? Die DC hat die von ihr angestrebte, beherrschende Zentralposition nicht erreicht.

Potentielle Lösung Nr. 1 in dieser Lage wäre für die DC die Zentrumskoalition. Die dafür in Frage kommenden Parteien (DC, Sozialdemokraten, Liberale und Republikaner) haben eine Mehrheit von 51,2 % erreicht, was, an den Ergebnissen von 1968 gemessen, einem Rückgang von 3 % entspricht. In der Verteilung der Abgeordnetensitze in der Kammer sieht das etwas günstiger aus, weil aufgrund des proportionalen Wahlsystems die zehn Sitze des leer ausgegangenen PSIUP auf die übrigen Parteien verteilt werden; davon 3 an die DC. Diese Koalition würde mit 334 Abgeordneten bei einer notwendigen Mehrheit von 316 eine sehr knappe Regierungsbasis bilden, die um so prekärer wäre, als der linke Flügel der DC absolut nicht immer linientreu ist und eine gewisse Zahl von „Heckenschützen" aufweist, die bei wichtigen Entscheidungen querschießen.

Lösung 2: Wiederauflage der alten Mitte/Links-Koalition mit DC, Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikanern, die über eine Marge von 371 Abgeordneten gegen 256 Oppositionelle verfügen würde.

Lösung 3: Drei-Parteien-Koalition, eine verkleinerte Ausgabe der Mitte/Links-Kombination mit Christdemokraten, Sozialisten und Sozialdemokraten, die bei 53,5 % mit 357 Abgeordneten gegen 270 Abgeordnete der Opposition gebildet werden könnte.

Lösung 4: Mitte/Rechts-Koalition (51,4 %), bestehend aus Christdemokraten, Liberalen und Faschisten, mit einer Mehrheit von ungefähr 344 Abgeordneten gegen 283 der Opposition. Doch ist diese „unmögliche" und für die Demokratie unzumutbare Regierung von vornherein fast auszuschließen — eine Lösung, welche die DC weder sich noch dem Land zumuten kann, weil sie den direkten Weg zum Selbstmord der Demokratie bedeuten würde. Verbleiben also praktisch die drei erstgenannten Möglichkeiten für die DC, um zu einer regierungsfähigen Mehrheit zu kommen. Das ist für die „Sieger" kein Honiglecken, denn genau hier beginnen die Schwierigkeiten.

Zum Verlaufe des routinierten Taktierens wird man auch die Zentrumskarte spielen, wobei allerdings der christdemokratische Polit-Stratege und Parteisekretär Forlani bereits einzusehen beginnt, daß diese Karte nicht so leicht sticht, wie man es gehofft hatte. Doch er beharrt weiter auf dem konservativen Standpunkt und damit auf der Lösung 1, soweit sich das aus seiner Haltung herauslesen läßt. Auf Umwegen soll sie interimistisch realisiert werden, bis sich die DC bei einem Parteikongreß im Oktober (!) darüber klarwerden kann, was nun eigentlich geschehen soll. In der Substanz also nichts anderes als eine „Abwarteregierung", im Volksmund auch spöttisch „Parkplatz"- oder „Badestrandregierung" genannt, die, von der DC gestellt, parlamentarisch und theoretisch von Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberalen und Republikanern abgestützt werden soll. Das bedeutet, die brennenden Probleme des Landes wie immer auf die lange Bank zu schieben, was der in einer Krise steckenden Demokratie keineswegs zuträglich sein kann. Die programmatische Lösung der Probleme wird den rein politischen Überlegungen untergeordnet, die sich, wie zu allen Zeiten, von einem knöchernen Antikommunismus nähren. Forlani sprach in diesem Zusammenhang von einer „Festigung des demokratischen Lagers, von der Bereitschaft der Begegnung und Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte", womit er die Ausdehnung der Regierungsplattform nach rechts zu den Liberalen meint. Allerdings mußte er auch zugeben, daß die Niederlagen der Liberalen und Sozialdemokraten die Regierungsbildung, wie sie der DC vorschwebt, keineswegs erleichtere, weil die Stoßkraft der PCI ungebrochen sei. Derselben Meinung, mit anderen Worten, ist auch der Chef des FIAT-Monopolkonzerns, Agnelli: „Die Regierungsbasis muß so breit wie nur möglich sein. A priori sollte niemand davon ausgeschlossen werden, die beiden totalitären Parteien natürlich ausgenommen ..." (Gemeint sind vor allem die Kommunisten, die getreu dem derzeitigen DC-Sprachgebrauch mit den Faschisten kurzerhand in einen Topf geschmissen werden.)

Wie man sieht, wird die ganze Politik, die die Christdemokraten zu treiben gedenken, vom nackten Antagonismus zur PCI bestimmt, was Forlani folgendermaßen formuliert: „Die DC kann ihren Charakter als große demokratische Kraft, welche die Mehrheit aller Wähler auf sich vereinigt, die die kommunistische Ideologie ablehnen, nicht verleugnen."

VI

Wie schwierig es sein wird, eine einigermaßen stabile Regierung überhaupt auf die Beine zu bringen, zeigt auch die strikte Ablehnung der von der DC vor der Wahl aus der Regierung herauskatapultierten Sozialisten, die jetzt dazu ausersehen sind, der DC bei geplanter Verschiebung der politischen Achse zur Mitte hin als Handlanger zu dienen. Dem Nein des sozialistischen Parteisekretärs Mancini folgte ein zweites Nein von de Martino, das sogar in einem Dokument der Parteiführung niedergelegt wurde. De Martino meint, daß die Zentrumslösung einen schweren politischen Irrtum darstelle, der die Gefahr einer Öffnung nach rechts in sich berge. Die Sozialisten lehnen den „Zentrismus" und ebenso die Hypothese einer Fünferkoalition mit den Liberalen, deren Programm mit dem der Sozialisten unvereinbar sei, in jeder Form ab. Ein weiteres Nein der Sozialisten gilt der Absicht der DC, mit Übergangsregierungen zu operieren. Sie verlangen von der DC Klarheit darüber, welche Art von Regierung sie überhaupt zu bilden beabsichtige. Und eben diese Klarheit fehlt der DC vollkommen; denn andererseits mißtraut man den Sozialisten in bezug auf ihre Haltung den Kommunisten gegenüber und verlangt deshalb die Rücknahme der These des „vorgeschobenen Gleichgewichts", mit anderen Worten eine enge Abgrenzung zu den Kommunisten hin, was man schlicht als „Autonomie" bezeichnet.

Es scheint unmöglich zu sein, alle diese Widersprüche unter einen Hut zu bringen und gleichzeitig den Problemen des Landes gerecht zu werden. Selbst wenn es gelänge, bliebe es ein Experiment, zum Schaden der Demokratie und bestimmt nicht von langer Lebensdauer. Die DC hat sich in eine politische Sackgasse hineinmanövriert. Wird es ihr gelingen, gegen die linken vierzig Prozent des Wählervolkes anzugehen, denen an einem Mehr von Reformen und sozialer Gerechtigkeit im Interesse aller gelegen ist? Das Volk hat nicht mehr viel Vertrauen, denn es genügt nicht, von Reformen zu sprechen, man muß sie in die Tat umsetzen. Die Krise, in der sich die Demokratie in Italien befindet, hat aller Voraussicht nach ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht. Und zu allem rückt nun auch wieder die überflüssige Auseinandersetzung um das Plebiszit zur Abschaffung der Ehescheidung näher, das Italien in zwei Blöcke zerreißen wird und zu neuen Spannungen führt. So schlagen die Versäumnisse der Konservativen unbarmherzig auf alle zurück. Angesichts dieses Durcheinanders darf es nicht verwundern, daß bereits von einer Wiederholung der Wahlen innerhalb eines Jahres gesprochen wird. Eine Lösung, die keine Lösung sein kann, sondern nur ein neuerliches Ausweichen.

VII

Indessen verschlimmert sich die italienische Wirtschaftskrise. Die Krankheit, die sie seit langem befallen hat, ist sowohl struktureller als auch politischer Natur. Die Wirtschaft leidet an einem Mangel an Nachfrage, dem nur durch neue Antriebsfaktoren innerhalb einer langfristigen Planung beizukommen wäre. Diese Faktoren heißen Reformen und immer wieder Reformen. Als Vernebelung der Lage spricht man von einer Besserung auf einigen Sektoren, von Zeichen der Wiederbelebung, kurzum vom Silberstreifchen am Horizont. Doch die präzise Entscheidung bleibt aus, und die unendlichen Diskussionen, ob nun den Reformen oder der Konjunktur der Vorrang zustehe, sind müßig und führen zu nichts. Wenn La Malfa und mit ihm die christdemokratischen Konservativen von sogenannten „vernünftigen" Reformen sprechen, ist damit der Vorrang der Wieder-

ankurbelung „der Wirtschaft" vor den Reformen (Gesundheitswesen, Süden, Landwirtschaft, Schule, Steuern, Vollbeschäftigung, Pensionen usw.) gemeint. Diese Frage der Reformen, mit der ein modernes Italien steht und fällt, würde aller Wahrscheinlichkeit nach durch eine Zentrumsregierung noch viel lascher behandelt werden als durch die verflossene Mitte/Links-Koalition, nämlich gar nicht. Nicht umsonst wurde von konservativer DC-Seite während des Wahlkampfes ein „Streikgesetz" erwähnt ...

So lag den Mai-Wahlen 1972 eine grundsätzliche Entscheidung des italienischen Wählers zugrunde, nämlich, ob das Land weiterhin auf frühkapitalistische Weise verwaltet werden soll (zur spätkapitalistischen hat es aus vielen Gründen nie gereicht; allenfalls handelt es sich um neokapitalistischen Firnis, unter dem ein archaischer Kapitalismus verborgen sitzt); ob eine Hälfte der anderen ihr System der Kapitalanhäufung und der Verwaltung der Wirtschaft aufzwingen und den ihr bequemen Status quo aufrechterhalten darf, oder ob man nicht endlich über den Weg der Reformen zu einer sinnvollen Demokratie vorstoßen sollte. Vierzig Prozent der Wähler haben sich bewußt für den letzteren Weg entschieden. Und damit sind wir wieder bei den Barrieren, die von den Christdemokraten so eifrig gegen die Kommunisten aufgebaut worden sind. Das offizielle „Feindbild", das die DC-Führung, allen voran die Konservativen Andreotti und Parteisekretär Forlani, während des Wahlkampfes entwarf und offenbar auch hinterher beizubehalten gedenkt, ist mit allen nur möglichen Ressentiments aufgeladen worden. Man sieht die Kommunisten nicht, wie sie wirklich sind, sondern, wie man sie sehen will; in der üblichen Schwarz-Weiß-Manier. Das impliziert eine so sterile Nur-Abwehr, daß alle Funktionen und schöpferischen Impulse einer lebendigen Demokratie in eine Art von Adenauerschem Polit-Starrkrampf verfallen, und während draußen in der Welt von Entspannung gesprochen wird, pflegt man die Spannung im eigenen Haus.

Über dieses Phänomen hat der bekannte italienische Publizist Giorgio Bocca, ein Nichtkommunist, in den Spalten der bürgerlichen linkskatholischen Tageszeitung „Il Giorno" ein ebenso präzises wie beherzigenswertes Urteil abgegeben: „Problem Numero eins ist, zu wissen, ob wir weiter damit fortfahren wollen, in der Kommunistischen Partei und neun Millionen Italienern eine Opposition zu haben, die seit dem Mai 1947 verfassungsmäßig besteht, dabei aber andauernd erklären, daß sie für uns nicht existiere und daß wir sie als Schande empfänden. Wer ein bißchen von Geschichte und Wirtschaft versteht, kann nur mitleidig lächeln, wenn er von den italienischen Kommunisten wie von Fremden reden hört, die drohend vor den Toren der italienischen Demokratie stehen, die man ihnen im letzten Moment vor der Nase zugeschlagen hat. Ob sie nun so bedrohlich sind oder nicht, das ist Ansichtssache; sicher ist, daß sie tatsächlich nicht außerhalb der Demokratie stehen, sondern innerhalb: mit den Kommunisten zusammen waren wir im Widerstand, mit ihnen zusammen haben wir die Verfassung und die Republik geschaffen; mit ihnen in der Opposition den Wiederaufbau, die wirtschaftliche Expansion und das Centro-Sinistra. Sie sind eine Minderheit, gewiß, aber es handelt sich um eine besondere Minderheit von besonderem Zuschnitt; tun wir doch bitte nicht so, als seien sie nicht vorhanden, und tun wir nicht so, als ob wir nicht in irgendeiner Weise alles mit ihnen durchdiskutieren müssen, vom gewerkschaftlichen Kampf bis zur Außenpolitik ... Ein weiteres Problem ist, rechtzeitig die Faschisierung des Staates aufzuhalten, die vielleicht noch nicht so weit fortgeschritten ist, wie befürchtet wurde, die aber zweifellos ernste Symptome aufweist ..."

In der Tat ist es schwer vorstellbar, wie man den sterilen Schwebezustand eines unvollkommenen Zweiparteiensystems, auf das die italienische Situation praktisch hinausläuft, noch länger aufrecht zu erhalten gedenkt, ohne daß die Demokratie noch größere Schäden erleidet und der faschistischen Reaktion in die Hände gespielt wird, wo der Obrist im Hintergrund lauert. Die schwere Verantwortung dafür liegt bei der DC, die endlich ohne macchiavellistische Winkelzüge die nötigen Konsequenzen aus der verfahrenen Lage ziehen sollte.

Zur Rüstungs- und Militärpolitik der Regierung Brandt/Scheel

Von Rainer Rilling und Hartmut Sychla

Aus der sich in den letzten Monaten verschärfenden Diskussion über gesellschafts- und außenpolitische Fragen ist der Bereich der Militär- und Rüstungspolitik nahezu völlig ausgeklammert worden. Mit der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau sind heute entscheidende Voraussetzungen für eine Neugestaltung der internationalen Beziehungen in Europa gegeben. Von seiten der Bundesrepublik Deutschland muß im Mittelpunkt einer solchen Neugestaltung vor allem eine Revision ihrer bisherigen Militär- und Rüstungspolitik stehen, die zur Entwicklung von Beziehungen, die nicht auf der Drohung oder Anwendung militärischer Gewalt beruhen, in Widerspruch steht. Um die Chancen einer solchen notwendigen Revision beurteilen zu können, werden im folgenden die Entwicklung der Militär- und Rüstungsausgaben und der Rüstungsindustrie sowie die Rüstungspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung kritisch untersucht. Dies erscheint um so dringender, als die Übereinstimmung der CDU/CSU mit der Militär- und Rüstungspolitik der Regierungskoalition außerordentlich weit geht; der CDU-Verteidigungsexperte Klepsch etwa bescheinigt ihr „eine kontinuierliche Fortsetzung der von Adenauer und Strauß eingeleiteten und geprägten, von v. Hassel und Schröder weitergeführten Sicherheitspolitik" [1]). Fand so auf der einen Seite die parlamentarische Opposition nicht statt, so hat auf der anderen Seite paradoxerweise die realistischere Außenpolitik der Bundesregierung gegenüber den sozialistischen Staaten dazu beigetragen, die aufflackernde Kritik an der Militär- und Rüstungspolitik in den Regierungsparteien selbst zeitweise verstummen zu lassen.

I. Die Entwicklung der Militär- und Rüstungsausgaben

Wenn es in der Öffentlichkeit um die Ausgaben geht, die in Bundeswehr, Rüstung und Kriegsvorbereitung investiert werden, dann werden die Bundesregierung und das BMVtdg nicht müde, die tatsächliche Höhe der Ausgaben zu verschleiern und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft zu verniedlichen. Immer wieder taucht dabei das „Argument" auf, die Sozialausgaben des Bundes seien ja schließlich höher als die Verteidigungsausgaben, ebenso die Aufwendungen von Bund, Ländern und Gemeinden für die Bildung [2]). Um noch zusätzlich die Bereitschaft der Regierung für soziale Verbesserungen und innere Reformen zu dokumentieren, wird stets auf die prozentual vergleichbar niedrigen Steigerungs-

[1]) „Der Spiegel", 21/1970, S. 33.
[2]) Vgl. z. B. Weißbuch 1971/72 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr. Dt. Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/2920, Bonn Dez. 1971, S. 165 f.

raten des Verteidigungshaushalts verwiesen. Die Demagogie dieser Behauptungen liegt nicht nur darin, daß jeweils nur ein Teil des Verteidigungsetats, nämlich der Einzelplan 14 des Bundeshaushaltes, mit den gesamten Bildungs- bzw. Sozialausgaben verglichen wird, sondern auch darin, daß die verschiedenen Ausgangsgrößen und die absoluten Größenordnungen stets verschwiegen werden.

Es kann jedoch auch allgemein von einer Eindämmung der Militär- und Rüstungsausgaben keine Rede sein. Von 1965—1970 betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Militärausgaben zwar nur 1,8 % gegenüber 11,9 % für den Zeitraum 1955—1965; für die Jahre 1971—1975 ist jedoch nach der Planung der SPD/FDP-Regierung wieder eine starke Zunahme der Wachstumsrate auf durchschnittlich 5,9 % vorgesehen [3]). Andere Bereiche wie Bildung und Wissenschaft, Gesundheit und Sport dagegen haben zwar höhere, aber in der Tendenz fallende Wachstumsraten [4]). Dieser für die gegenwärtige Ausgabenpolitik bezeichnende Trend wird bestätigt durch einen Vergleich der Finanzplanungen der SPD/FDP-Regierung aus den Jahren 1970/71 mit dem von der damaligen SPD/CDU-Koalition 1968 bekanntgegebenen Finanzrahmen für den Einzelplan 14 des Bundeshaushaltsplanes (BMVtdg) [5]).

(In Mrd. DM)	*1970*	*1971*	*1972*	*1973*	*1974*	*1975*
Finanzplanungen						
1. September 1968	*19,8*	*20,4*	*21,1*			
2. Januar 1970	*20,3*	*21,0*	*21,8*	*22,1*		
3. Juli 1970		*21,7*	*22,7*	*23,0*	*23,8*	
4. September 1971			*24,2*	*25,0*	*25,7*	*26,7*

Im Vergleich zu der Finanzplanung der Großen Koalition bescherte also jede Neuauflage der Mittelfristigen Finanzplanung durch die gegenwärtige Bundesregierung eine Erhöhung der Planziffern und tatsächlichen Ausgaben. Während die Bundesregierung im Etat des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft 1972 gerade 1,2 Mrd. DM mehr veranschlagte, als in der ehemaligen Finanzplanung der Großen Koalition vorgesehen war, sind die ursprünglichen Ansätze im Etat des BMVtdg um 3,13 Mrd. DM gesteigert worden.

Mit dem Haushalt des BMVtdg für das Jahr 1972 liegt der größte Militäretat vor uns, den eine deutsche Regierung jemals in Friedenszeiten verabschiedete [6]); während die erste von der Bundesregierung veranschlagte Planung von Januar 1970 für 1972 eine Steigerung des Militäretats um 3,6 % vorsah, ist nun mit 11 % die höchste Steigerung des Rüstungsetats seit 1963 erreicht. Auch relativ haben die Militärausgaben wieder einen größeren Anteil am Bundeshaushalt, der 1972 insgesamt nur um 8,4 % angehoben wurde. Noch auf der Frühjahrstagung der NATO-Verteidigungsminister 1969 waren ganz entgegengesetzte Vorstellungen über das Verhältnis von Verteidigungs- und Gesamthaushalt laut geworden: „Bei der Beschlußfassung kamen die Verteidigungsminister überein, unter den gegebenen Umständen auf eine Erhöhung der eigenen Wehrausgaben hinzuwirken. Die Konferenzteilnehmer stellten jedoch gleichzeitig fest, daß die ‚angemessene' Steigerung der Verteidigungsbudgets geringer sein sollte als das

3) BMWF, Finanzbericht 1972, Bonn 1971, S. 124.
4) Ebenda. Die Wachstumsraten für Bildung und Wissenschaft 1971—1975 liegen bei 19,7 % gegenüber 25,8 für 1955—1965, bei Gesundheit und Sport sind es 20,5 % gegenüber 23,2 %.
5) Vgl. Wehr und Wirtschaft (WuW), 2/1970, S. 72; Weißbuch 1970 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, Bonn 1970, S. 190 f.; „Wehrdienst" (W), 321/1971, Beilage, S. 1; Weißbuch 1971/72, S. 164; Pressedienst des BMBW 16/1970 S. 137; „Handelsblatt" v. 4. 10. 1971. Die entsprechenden Ansätze der Finanzplanungen für den Etat 1972 des Bundesministeriums für Wissenschaft und Bildung lauten: 4,000,0 Mrd. DM, 4,137,3; 5,658,4; 5,234,4.
6) Im Vorkriegshaushalt 1938/39 betrugen die Ausgaben für Wehrmacht und Rüstung 18,4 Mrd. RM; vgl. Ruth Andexel, Imperialismus-Staatsfinanzen, Rüstung, Krieg, Berlin (DDR) 1968, S. 110, Tabelle 22.

Wachstum der Gesamthaushalte" [7]). Während der jetzt beschlossene Haushalt des BMVtdg um 2,6 % stärker steigt als der Bundeshaushalt, sah die Finanzplanung der Bundesregierung vom Januar 1970 noch ein um 2,3 % geringeres Wachstum des Militäretats vor.

Unter diesen Voraussetzungen verwundert nicht, daß das Unternehmerorgan „Handelsblatt" Helmut Schmidt für den Militäretat 1972 den Ehrentitel „der große Sieger" verlieh [8]). Mit dem Rekordhaushalt für 1972 ist jedoch die tatsächliche Höhe der Militär- und Rüstungsausgaben noch nicht erfaßt, auch wenn sich offizielle Stellen in ihren Angaben fast ausschließlich auf den Einzelplan 14 des Bundeshaushaltsplanes (BMVtdg) beziehen. Es zeichnet sich nämlich die Tendenz ab, in steigendem Maße Rüstungskosten aus dem Einzelplan 14 auszugliedern und in anderen Sparten des Bundeshaushalts unterzubringen, um niedrige Militärausgaben vorzutäuschen [8a]). So stehen im Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung) 1972 500 Mio. DM für militärische Beschaffungen zur Verfügung, die für Phantom F-4F, Transporthubschrauber und Flugzeugschutzbauten ausgegeben werden sollen. Nach der 5. Finanzplanung vom September 1971 sollen es 1973 schon 1,5 Mrd. DM und 1975 gar 2,4 Mrd. DM sein, die aus dem Einzelplan 60 für militärische Zwecke verwandt werden können [9]). Selbst die folgende Aufstellung „nach NATO-Kriterien" im Weißbuch 1971/72, welche die Berlin-Hilfe miteinbezieht, da diese „von der Bundesrepublik auch im Verteidigungsinteresse der freien Welt geleistet wird" [10]), geht von der erwähnten Verschleierungstaktik nicht ab:

Einzelpläne		*Ausgaben für 1972 in Mio. DM*
14	*Verteidigung*	*24 219,0*
33	*Militärruhegehälter*	*2 018,5*
35	*Verteidigungslasten*	*700,9*
05	*Militärhilfe und NATO-Zivilhaushalt*	*101,1*
60	*Berlin-Hilfe*	*4 530,5*
	Milit. Beschaffungen und Devisenausgleich mit Großbritannien	*610,0*
02	*Wehrbeauftragter*	*1,7*
06	*Bundesgrenzschutz*	*506,5*
	Summe	*32 688,2*

Von den militärischen Ausgaben, die bei dieser Aufstellung noch fehlen, seien hier nur die drei wichtigsten genannt:

1) Im Weißbuch werden zwar die Aufgaben der sogenannten Zivilverteidigung hervorgehoben („Zivilverteidigung hat vor allem die Aufgaben, Staats- und Regierungsgewalt aufrechtzuerhalten, ... Instandsetzungsleistungen für lebens- und verteidigungswichtige Objekte zu gewährleisten, die Streitkräfte unmittelbar zu unterstützen" [11])), die Kosten dieser zivilen Kriegsvorbereitung sind in dieser

7) Wehrkunde (Wk), 7/1969, S. 378. Bewußt irreführend behauptet das neue Weißbuch (S. 153): „Wie in allen westlichen Staaten sinkt der Anteil des Verteidigungshaushalts am Gesamthaushalt", ohne auf das überproportionale Wachstum 1971/72 hinzuweisen.
8) „Handelsblatt" v. 13. 9. 1971. Auch die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" frohlockte am 12. 10. 1971: „Für den gesamten Verteidigungsbereich wird bereits 1972 ... mehr Geld zur Verfügung gestellt, als in der letzten Finanzplanung für 1974 vorgesehen war." BMVtdg.-Minister Schmidt bezeichnete laut „Frankfurter Rundschau" v. 11. 9. 1971 „das Ergebnis als einen für sein Ressort tragbaren Kompromiß"
8a) „Das Verteidigungsressort will diese Mittel im Einzelplan 60 belassen und nicht umschichten, da daraus möglicherweise Kritiker den realen Verteidigungshaushalt als zu hoch bezeichnen würden" (WuW 4/1972, S. 160).
9) W, 331/1971, S. 2. Wegen des USA-Devisenausgleichs kommen 1973 noch 300 Mio. DM hinzu.
10) Weißbuch 1971/72, S. 167.
11) Weißbuch 1971/72, S. 35.

Aufstellung jedoch ebensowenig enthalten wie die Ausgaben für den zivilen Ersatzdienst.

2) Nach dem im Dezember 1971 abgeschlossenen zweijährigen Devisenausgleichsabkommen mit den USA hat die BRD 6,65 Mrd. DM an die USA zu bezahlen. Da 1,75 Mrd. DM von den in den USA befindlichen Rüstungskonten I und II bezahlt und weitere 2,1 Mrd. DM als Bundesbankkredit bzw. Zinsvergünstigung vergeben werden, entsteht zwar keine zusätzliche Belastung des Haushalts 1972; will man jedoch die absolute Größe der faktischen Ausgaben für militärische Zwecke im Jahre 1972 ermitteln, sind diese Beträge anzurechnen (1972 = ca. 1,9 Mrd. DM)

3) Für den Fall, daß es im Laufe des Jahres 1972 zu einer Freigabe des Eventualhaushaltes kommt, kann das BMVtdg zusätzlich Beschaffungsaufträge in der Bau- und Rüstungsindustrie in Höhe von einer Mrd. DM tätigen.

Zivilverteidigung	*0,532 Mrd. DM*
Ziviler Ersatzdienst	*0,072 Mrd. DM*
Devisenausgleich USA	*ca. 1,9 Mrd. DM*
Eventualhaushalt	*1,0 Mrd. DM*
Angaben Weißbuch (s.o.)	*32,688 Mrd. DM*
Rüstungskosten 1972	*36,192 Mrd. DM*

Nicht berücksichtigt in dieser Rechnung sind z. B. „wesentliche fiskalische Verluste, die dadurch entstehen, daß Liegenschaften von einer Flächengröße von ca. 190 000 ha den Stationierungsstreitkräften zur kostenlosen Nutzung überlassen" [12]) werden. Nicht berücksichtigt sind ebenso die Ausgaben für verschiedene Organisationen, die mehr oder weniger direkt zur Absicherung und Stärkung gerade der militärischen Komponente der „inneren Sicherheit" beitragen: Bereitschaftspolizei, Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz oder Bundesnachrichtendienst; diese Ausgaben liegen 1972 bei knapp einer Viertel Mrd. DM, wobei die Ausgaben der Länder nicht einberechnet werden [12a]). Rund ein Drittel der militärisch relevanten Ausgaben sind damit an den verschiedensten Stellen des Bundesetats veranschlagt. Die Demagogie des Weißbuches 1971/72 („Die Ausgaben des Bundes für Sozialzwecke ... sind größer als die des Verteidigungshaushalts" [13])) ist deshalb schwer durchschaubar. Tatsächlich zeigt ein Blick auf die Entwicklung der Militär- und Sozialausgaben in den letzten Jahren, wo die tatsächlichen Prioritäten auch der SPD/FDP-Bundesregierung liegen. 1971 wie 1972 lagen die Sozialausgaben des Bundes mit 29,97 bzw. 31,88 Mrd. DM beträchtlich unter den Militärausgaben. Weiterhin stiegen zwischen 1968 und 1972 die Sozialausgaben wesentlich langsamer als die Militärausgaben [13a]). In diesem Zeitraum fiel der Anteil der Sozialausgaben am Bundeshaushalt von 32 % auf 29,9 %, während der Anteil der Militärausgaben (NATO-Kriterien) von 28 % auf 30,7 % anstieg — also von 23 auf fast 33 Mrd. DM. Eine bewußte Irreführung stellt auch die Behauptung des Weißbuchs 1971/72 dar, die Bildungs- und Wissenschaftsausgaben überstiegen die Militärausgaben „erheblich" [14]). Gleich irrefüh-

[12]) WuW 9/1971 S. 409. Unberücksichtigt bleiben in dieser Aufstellung die Förderung der Luftfahrttechnik sowie der Raum-Luftfahrt- und Raketenprogramme durch das BMWF und das BMBW, die zumindest teilweise militärisch relevant ist. Vor allem ist hier die beträchtliche Finanzierung der Fraunhofer-Gesellschaft und der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt durch das BMBW zu erwähnen.
[12a]) Vgl. „Handelsblatt" v. 24.—25. 3. 1972. Diese Ausgaben steigen rapide: von 1969 bis 1971 um über 150 %! Mit 37,4 Mio. DM hat die Bundesregierung allein für den Verfassungsschutz eine doppelt so große Etaterhöhung in diesen 5 Jahren durchgesetzt wie alle vorhergehenden Regierungen zwischen 1952 und 1968 (18,5 Mio. DM)!"
[13]) Weißbuch 1971/72, S. 165.
[14]) Weißbuch 1971/72, S. 166. Es heißt im Weißbuch, daß 1971 von den Gesamtausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden „35,7 Mrd. DM (14,7 %) für Bildung und Wissenschaft und 21,5 Mrd. DM (8,7 %) für Verteidigung" ausgegeben wurden (S. 166); die Rüstungskosten 1971 lagen aber beträchtlich über der 30-Mrd.-Grenze.

rend ist ebenfalls die Feststellung der Bundesregierung, die Militärausgaben hätten 1971 Anteile von 21,8 % am Bundeshaushalt und von 11,8 % an den Ausgaben von Bund und Ländern gemeinsam gehabt; tatsächlich dienten 1971 rund 16 % der Ausgaben von Bund und Ländern militärischen Zwecken. Der Anteil der Militärausgaben an den Ausgaben des Bundes wächst nach einer ersten Schätzung von 1971 30,5 % auf ca. 33 % in 1972. Die Bürger keines anderen NATO-Staates — die USA ausgenommen — müssen ähnliche Summen für ihre „Verteidigung" aufbringen [15]).

Das im Weißbuch 1971/72 abgedruckte NATO-Dokument ISM (71) vom 30. Juni 1971 über die Entwicklung des prozentualen Anteils der Militärausgaben an den Staatsausgaben der NATO-Staaten (ohne Gebietskörperschaften) bestätigt diese Vorreiterrolle der BRD in der NATO [16]).

Prozentualer Anteil der Verteidigungsausgaben an den Staatsausgaben ohne Gebietskörperschaften:

NATO-Land	*1968*	*1969*	*1970*	*1971*
Belgien	*10,6*	*10,3*	*10,4*	*10,0*
Dänemark	*10,4*	*9,6*	*8,3*	*8,4*
BRD	*28,2*	*29,4*	*29,7*	*30,1*
Frankreich	*21,7*	*21,1*	*20,5*	—
Griechenland	*21,1*	*21,8*	*20,8*	*19,7*
Großbritannien	*20,1*	*18,0*	*19,3*	*19,5*
Italien	*11,9*	*10,1*	*11,0*	*10,4*
Kanada	*17,9*	*17,0*	*15,8*	—
Luxemburg	*3,5*	*3,5*	*3,5*	*3,4*
Niederlande	*13,5*	*13,8*	*13,4*	*12,8*
Norwegen	*17,8*	*16,3*	*15,0*	*14,7*
Portugal	*42,4*	*38,5*	*39,7*	*37,4*
Türkei	*23,5*	*20,9*	*18,3*	*15,7*
USA	*43,7*	*40,6*	*36,0*	*34,0*

Zweierlei geht aus dieser Tabelle hervor:

1) Nur die zwei in Afrika und Indochina Kriege führenden NATO-Staaten USA und Portugal investieren einen höheren Anteil an ihren Staatsausgaben in den militärischen Bereich als die BRD.

2) Während von 1968—1971 in allen (!) NATO-Staaten die entsprechenden Anteile kontinuierlich und z. T. sogar bis zu einem Drittel zurückgingen, nahm in der BRD als dem einzigen NATO-Staat der Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben zu. Mit dem horrenden Militäretat 1972 wird sich diese Entwicklung fortsetzen. Die Entwicklung des Militäretats der BRD verläuft jedoch nicht nur völlig konträr im Vergleich zu allen anderen NATO-Staaten, die ihre Ausgabenanteile für nichtmilitärische Zwecke erhöhen. Während 1971 die BRD ca. 12,1 % der gesamten öffentlichen Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in den Militärsektor investierte, war in der UdSSR als der stärksten sozialistischen Militärmacht im selben Jahr der Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt „mit 11,1 % der niedrigste seit vielen Jahren" [17]). Während in der BRD 1972 der Militäretat überproportional zunimmt, bleibt in der UdSSR

15) Nach NATO-Kriterien lagen 1971 die militärischen Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung bei 458,— DM (Weißbuch 1971/72 S. 170). 1972 werden die Militärausgaben pro Kopf der Bevölkerung bei ca. 600,— DM, pro Erwerbstätigem bei über 1300,— DM im Jahr liegen.
16) Weißbuch 1971/72, S. 171.
17) „Handelsblatt" v. 10. 12. 1970. Der Anteil der BRD ist berechnet nach Weißbuch 1971/72, S. 166 f. (ohne USA-Devisenausgleich, mit Zivilverteidigungskosten).

das Verteidigungsbudget auf demselben Stand wie 1971, so daß der Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt 1972 auf 10,3 % sinken wird. Es ist ganz offensichtlich, daß vor allem von der jetzigen Regierungskoalition in den letzten Jahren den Militärs und Rüstungsindustriellen finanzielle Mittel in einer Größenordnung zur Verfügung gestellt wurden, die — gemessen an den Möglichkeiten der einzelnen Länder — innerhalb der NATO im wahrsten Sinne des Wortes einmalig ist. Die bereits unter den früheren CDU-Verteidigungsministern unternommenen Anstrengungen, auch finanzpolitisch die Voraussetzungen für eine politisch-militärisch dominante Stellung der BRD unter den europäischen NATO-Staaten im NATO-Bündnis zu schaffen und zu garantieren, werden unter dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister noch intensiver fortgesetzt, als es die CDU/CSU dereinst für möglich hielt. Welche politischen Dimensionen diese Finanzpolitik hat, kann an der Verschiebung der Militärausgaben innerhalb der NATO im letzten Jahrzehnt demonstriert werden: während 1962 die USA 19 Mrd. Dollar und die europäischen Staaten 17,4 Mrd. Dollar im Rahmen ihrer Allianzverpflichtungen ausgaben, werden 1972 die USA nur noch 14 Mrd. Dollar, die europäischen NATO-Alliierten dagegen 28 Mrd. Dollar für militärische Zwecke ausgeben. Diese große Verschiebung der Finanzierungsanteile zeigt das veränderte Kräfteverhältnis in der NATO, das sich vor allem zugunsten der BRD verschoben hat, die in den letzten Jahren als Vorreiter einer solchen Neuverteilung der Rüstungskosten aufgetreten ist und den Löwenanteil der zusätzlichen Ausgaben übernommen hat. Innerhalb der NATO hat die BRD unter diesem finanzpolitischen Aspekt noch nie eine solche starke Position einnehmen können. Zahlreiche finanziell ambitiöse Projekte auf dem Bildungs-, Wissenschafts- oder Gesundheitsbereich sind dieser Hochrüstung bereits zum Opfer gefallen.

Um diese Politik ideologisch abzusichern, wird nicht nur die tatsächliche Höhe der Militär- und Rüstungsausgaben verschleiert, sondern auch unter dem Aspekt der Verwendung die spezifischen Auswirkungen dieser Ausgaben auf die Volkswirtschaft und die Rüstungsindustrie herabgespielt und die Bedeutung der Rüstungsindustrie verharmlost.

II. Die Entwicklung der Rüstungsindustrie
Die Rüstungsausgaben unter der SPD/FDP-Regierung

Ein Beispiel für solch stetes Bemühen, die Bedeutung der Rüstungsindustrie herunterzuspielen, gibt Helmut Schmidt. „Der Anteil", erklärte er etwa im August 1971, „den die spezifisch auf Rüstung, Entwicklung und Rüstungsproduktion gerichtete Industrie in Deutschland an der Gesamtproduktion der Wirtschaft besitzt, ist für westliche Staaten, auch für östliche, ungewöhnlich klein" [18]). Noch weiter ging der Präsident der Beschaffungsbehörde „Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung" (BWB), Karl Berthold Suhle. Er behauptete im Frühjahr 1970 schlichtweg, daß „es in der Bundesrepublik keine Rüstungsindustrie gibt" [19]). Um den Nachweis für solche Behauptungen führen zu können, wird immer wieder auf drei Punkte verwiesen:

1) Der „große Auslandsanteil" an den Beschaffungsaufträgen der BRD, der „sich aus der liberalen, auf weltweiten Wettbewerb bedachten Handelspolitik der Bundesregierung" [20]) ergebe, lasse den Rüstungsunternehmen der BRD nur relativ wenig Aufträge. Tatsächlich aber ist der Inlandsanteil an den Aufträgen der Bundeswehr von 1957: 39,4 % auf 77,3 % 1969 angestiegen und dürfte 1972 über der 80 %-Grenze liegen. Der Inlandsanteil am Gesamtvolumen der Rüstungsaufträge ist also seit Bestehen der Bundeswehr kontinuierlich gestiegen [21]).

[18]) „Süddeutsche Zeitung" v. 31. 7. 1971.
[19]) „Wehrtechnik", 4/1970, S. 124.
[20]) Weißbuch 1971/72, S. 149.
[21]) Vgl. E. W. Mommsen, Friedenspolitik und Sicherheit in Europa, in: Bulletin v. 6. 10. 1970, S. 1378.

2) Weiter wird — vor allem seit der Regierungsübernahme durch die SPD/FDP-Koalition — darauf verwiesen, daß innerhalb des Militäretats die militärischen Beschaffungsausgaben und andere investive Ausgaben kontinuierlich absinken und 1972 nur noch 29,1 % der Gesamtausgaben des BMVtdg ausmachen sollen. Bewußt wird dabei zunächst verschwiegen, daß es sich hier um einen allgemeinen Trend handelt, der für die Militärausgaben in sozialistischen wie kapitalistischen Staaten charakteristisch ist. Wenn daher in der BRD die investiven Ausgaben, die vor allem der Rüstungsindustrie zugute kommen, zugunsten der Personal- oder Betriebsausgaben eingeschränkt werden, so ist das keineswegs auf eine spezifische Rüstungspolitik der SPD/FDP-Regierung zurückzuführen [21a]). Zudem wird sich dieser Trend in den nächsten Jahren verlangsamen und zeitweilig umkehren; schon Mitte 1970 hatte das BMVtdg lakonisch festgestellt: „Mit einer Steigerung des Rüstungsbedarfs der Bundeswehr nach 1975 muß gerechnet werden" [22]). Der Abwärtstrend der investiven Ausgaben jedoch wird im Weißbuch 1971/72 besonders hervorgehoben, um damit indirekt die geringe Bedeutung der Rüstungsindustrie zu „beweisen" und zugleich die in Angriff genommenen sozialen Reformen in der Bundeswehr zu betonen. Die investiven Ausgaben im Jahr 1971 werden auf 7,36 Mrd. DM beziffert, von denen 4,1 Mrd. DM auf militärische Beschaffungen, auf Kriegsforschung und -entwicklung 1,4 Mrd. DM und der Rest auf Baumaßnahmen u. a. entfallen [23]). Nicht zu den investiven Ausgaben zählt das BMVtdg die sogenannten sächlichen Verwaltungsausgaben (z. B. Betriebsstoffe, Verpflegung u. ä. — insgesamt 2,3 Mrd. DM) und die als Materialerhaltung deklarierten Kosten von Ersatzteilen, Reparaturen und Instandsetzung (rd. 1,9 Mrd. DM). Obwohl im Grunde genommen alle Ausgaben des BVMtdg. mit Ausnahme der Personalkosten eine auf die Anforderungen der Rüstung ausgerichtete Produktion erfordern und damit zum Aufbau beträchtlicher Kapazitäten veranlaßten, wollen wir uns hier auf ein Problem beschränken. Ein gewiß unverdächtiger Zeuge, der Bundeswehrhauptmann und Lehrer an der Luftwaffen-Offiziersschule in München-Neubiberg A. Mechtersheimer betont in einem Aufsatz, daß entgegen den Behauptungen des Schmidtschen Weißbuches die Materialerhaltungskosten durchaus spezifische Rüstungskapazitäten schaffen und daher als „verteidigungsinvestive" Ausgaben aufzufassen sind. Er schreibt zur Materialerhaltung im Bereich Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät (für die 1971 810 Mio. DM angesetzt waren, womit sich das Verhältnis von Materialerhaltungs- und Beschaffungsausgaben auf diesem Gebiet wie 2:3 verhält): „Eine modern ausgerüstete Luftwaffe ist nicht in der Lage, ihr Fluggerät allein mit truppeneigenen Mitteln zu warten. Schon aus diesem Grund wäre für die Instandsetzung und Wartung der rund 1600 Flugzeuge und 700 Hubschrauber eine nationale Luftfahrtindustrie erforderlich" [24]). Momentan entfallen bei den großen Luftrüstungskonzernen 5—25 % der Umsätze auf die Wartung und Instandsetzung [25]).

[21a]) Ein Vergleich der Investitionsprogramme der Bundesregierung vom Januar 1971 und März 1972 zeigt vielmehr, daß die Ansätze für rüstungsinvestive Ausgaben angehoben wurden:

Jahr	1971	1972	1973	1974	1975
Programm Januar 71	7,07	8,16	8,44	9,38	—
Programm März 72	8,02	9,60	9,29	9,82	10,41

(In Mrd. DM; die Ausgaben 1972 des Programms vom März 1972 einschl. Eventualhaushalt; vgl. WuW/4/1972, S. 160, Drucksache VI/1688 6. Dt. Bundestag S. 15.)

[22]) Wk, 8/1970, S. 433.

[23]) Vgl. Weißbuch 1971/72, S. 154 f.

[24]) A. Mechtersheimer, Der militärisch-industrielle Komplex in den USA und in der BRD, Beilage zu „Das Parlament", B 28/71 v. 10. 7. 1971, S. 15. Vgl. auch Bundeshaushaltsplan 1971, Bonn o. J., S. 2498. Andere Vertreter der Bundeswehr heben hervor, „daß aus den Materialbetriebskosten etwa 80 % in die Industrie zurückfließen und dort zu einer kontinuierlichen Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten beitragen („Handelsblatt" v. 21.—22. 1. 1972).

[25]) Ein Viertel des Konzernumsatzes der Dornier AG (drittgrößter Luftrüstungskonzern der BRD) entfiel 1970 auf die Betreuung; vgl. „Handelsblatt" v. 24./25. 9. 1971. Bis 1971 gingen über 1500 Starfighter durch die Industrie-Instandsetzung und Überholung; über 20 000 Nachrüstungssätze mußten geliefert werden; vgl. „Wehrtechnik" 8/1971 S. 307.

3) Das neue Weißbuch bietet noch einen weiteren Beleg für die angebliche ökonomische Bedeutungslosigkeit der Rüstungsproduktion. Danach wurden 1970 für Rüstungszwecke „knapp 5,5 Mrd. DM ausgegeben; diese Summe ist, gemessen am Gesamtumsatz der Industrie von etwa 520 Mrd. DM, mit rund einem Prozent minimal" [26]). Wer so argumentiert, verschleiert gleich dreifach. Zunächst werden hier die Rüstungsausgaben auf den industriellen Gesamtumsatz bezogen, in dem ja aufgrund der vorgelagerten Zulieferungen rund 50 % Vorleistungen (also Doppelzählungen) enthalten sind; damit wird der Anteil der Rüstungsproduktion an der industriellen Wertschöpfung halbiert. Wenn weiterhin aus den staatlichen inländischen Rüstungsausgaben die Größe der Rüstungsproduktion ermittelt werden soll, bleibt vor allem die Exportproduktion auf Rechnung anderer NATO-Staaten und verschiedener Länder der Dritten Welt unberücksichtigt. Insgesamt hat der Waffenexport der BRD-Rüstungsindustrie inzwischen die Milliardengrenze weit überschritten. Schließlich ist aber auch die angegebene Summe von 5,5 Mrd. DM für 1970 zu niedrig. Die beträchtlichen investiven Ausgaben im Rahmen der Zivilverteidigung werden hier ebensowenig berücksichtigt wie die investiven Ausgaben für den Bundesgrenzschutz, für die militärische Infrastruktur und für die entsprechenden Bauvorhaben [27]). Ebensowenig wird berücksichtigt, daß für die militärischen Beschaffungen im Ausland kompensierende Exportleistungen zu erbringen sind. Angesichts dieser Verschleierungstaktik verwundert es nicht, wenn im Gegensatz zu den Angaben der Weißbücher die Finanzberichte der Bundesregierung wesentlich höhere Beträge nennen: danach sollten 1970 und 1971 Aufträge für 6,5 Mrd. DM bzw. 8,4 Mrd. DM in die Rüstungsindustrie fließen [28]). Staatssekretär Mommsen bezifferte gar das Auftragsvolumen der Bundeswehr auf 9,2 Mrd. DM bereits für das Jahr 1969 [29]). Unter Bezugnahme auf den Bundeshaushaltsplan 1971 ergibt sich folgende Rechnung:

Rüstungsaufträge 1971 (geschätzt)

Verwendung		*investive Ausgaben in Mio. DM (gerund.)*
14	*Militärische Beschaff., Anlagen und Materialerhaltung*	*8 436*
	Ausgaben für Investitionen	*608*
	Zuschüsse und Zuweisungen u. a. für Baumaßnahmen der Länder und Gemeinden zugunsten der Bundeswehr, Übungsschäden, Forschungsinstitute und NATO-Infrastruktur	*530*
05	*NATO-Ausrüstungshilfe*	*70*
06	*Ziv. Bevölkerungsschutz, ‚Selbstschutz', Beschaffungen für die Länderpolizeien,*	*35*
	Bundesgrenzschutz	*106*
36	*Zivile Verteidigung*	*260*
	Summe	*10 045*

26) Weißbuch 1971/72, S. 149.
27) An den gesamten Bauausgaben des Bundes ist das BMVtdg. mit 18 % beteiligt und bestreitet damit 1,5 % des gesamten Bauvolumens der BRD; vgl. E. W. Mommsen, Wehrtechnik ist Spitzentechnik, in: Soldat und Technik, 9/1970, S. 480.
28) Vgl. BMF, Finanzbericht 1971, Bonn 1970, S. 137: BMWF, Finanzbericht 1972, Bonn 1971, S. 139. Ähnlich widersprüchliche Angaben bietet das Weißbuch 1970: auf S. 147 betragen die inländischen Rüstungsausgaben des Jahres 1969 5,308 Mrd. DM, auf S. 149 sind es schon 272 Mio. DM mehr!
29) E. W. Mommsen, Friedenspolitik, S. 1378. Nach Angaben des BWB wurden von 1966 bis 1969 im Jahresdurchschnitt 1,4 Mio. Bundeswehraufträge im Wert von 7,9 Mrd. DM (ohne Bauaufträge) vergeben; vgl. „Wehrtechnik", 1/1971, S. 8. Ein anderer Versuch, den Stellenwert der gesamten (und damit auch der investiven) Militärausgaben zu verniedlichen, ist die Behauptung des Weißbuches 1971, daß der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt „von 1963—1970 eine sinkende Tendenz (hatte) — von 6,5 % im

Dieser Betrag liegt um rund 2,7 Mrd. DM über den entsprechenden Angaben des Weißbuches.

Insgesamt ergibt die Ausgabenpolitik der SPD/FDP-Regierung folgendes Bild: Obwohl in der BRD „der Mittelbedarf für steigende Rüstungskosten" noch extremer als in anderen kapitalistischen Staaten Europas „mit Forderungen an die öffentlichen Haushalte für soziale Sicherung, Bildung, Verkehr und Gesundheit (konkurriert)" [30]), hat die Bundesregierung keine Verkleinerung des Militäretats zugunsten der Finanzierung notwendiger Infrastrukturreformen eingeleitet. Allein im Rahmen des Einzelplans 14 sollen von 1970—1975 rund 150 Mrd. DM für militärische Zwecke ausgegeben werden. Die Herausbildung dieser „Konkurrenz der Ansprüche" (Weißbuch 1971/72) ist ja Ergebnis sowohl der dem Kapitalismus notwendig immanenten disproportionalen Entwicklung als auch der politischen Strategie der westdeutschen herrschenden Klasse in den fünfziger und sechziger Jahren, über massive Hochrüstung und bewußte Vernachlässigung nur langfristig amortisierbarer Investitionen (z. B. im Bildungssektor) das politische Ziel des „rollback" der sozialistischen Staaten zu verwirklichen. Das Scheitern dieser Frontalstrategie erfordert eine Umstellung auf eine langfristige Auseinandersetzung mit den sozialistischen Staaten. Diese Umstellung wurde Mitte der sechziger Jahre eingeleitet und fiel zeitlich zusammen mit dem Versuch, die bereits erreichten ökonomischen und politisch-militärischen Positionen der BRD in Westeuropa und in der NATO beschleunigt auszubauen. Angesichts der unveränderten prinzipiellen Frontstellung gegenüber den sozialistischen Staaten und der Tatsache, daß Westdeutschland gegenwärtig nach den Worten des Pariser „Combat" „seine Rolle in der NATO dermaßen (verstärkt), daß es zu ihrem wahren Führer in Europa wird" [31]), wäre es im Interesse der Bundesregierung natürlich „töricht, Entspannung zu wollen und zugleich den militärischen Schutz der eigenen Existenz zu vernachlässigen" [32]). In der Konsequenz dieser Einstellung kann aber auch die notwendige forcierte Entwicklung der Infrastruktur nicht vermittels einer substantiellen Beschneidung des Militäretats finanziert werden, sondern nur über eine Kürzung der Lohnfonds der Arbeiterklasse. Die Steuerpolitik der Bundesregierung und ihre Haltung in den Tarifauseinandersetzungen 1970/71 zeigen, daß die Bundesregierung diesen Weg eingeschlagen hat.

Es bleibt jedoch abzuwarten, ob sich der von Schmidt vertretene Kurs auch nur mittelfristig durchhalten läßt. Auch von der finanzpolitischen Seite her setzt der von ihm durchgesetzte Kurs einer im Verhältnis zu den anderen NATO-Staaten ungewöhnlichen Expansion der Militärausgaben dem Versuch einer Aufhebung der krassesten Disproportionen enge Grenzen. In der Forderung des Weißbuches 1971/72, ein „womöglich stabileres, zumindest aber billigeres System der Sicherheit zu schaffen" [33]), drückt sich diese schwierige Situation aus.

Die Entwicklung der Rüstungsindustrie

Unter Einschluß der Aufträge ausländischer Staaten dürften 1972 mindestens 11—12 Mrd. DM in die westdeutsche Rüstungsindustrie fließen. Der Anteil der

Jahre 1963 auf 4,3 % im Jahre 1970" (Weißbuch 1971/72, S. 168). Diese Entwicklung resultiert aus den besonderen Bedingungen des sprunghaften Aufbaus der Bundeswehr; 1961 z. B. lag der Anteil bei 4,9 %, 1972 wird er vermutlich bei 4,6—4,7 % gegenüber 4,3 % in 1970 liegen. Im Herbst 1970 freilich erklärte das BMVtdg.: „Ziel jeder vernünftigen Politik muß sein, daß Rüstungshaushalte möglichst unterproportional wachsen" (Wk, 91970, S. 483).

30) Weißbuch 1971/72, S. 5.

31) „Combat" v. 3. 12. 1970, zit. n. Autorenkollektiv, Militär-Industrie-Komplex in der BRD, Berlin 1971, S. 36.

32) Weißbuch 1971/72, S. 6.

33) Weißbuch 1971/72, S. 9.

Rüstungsproduktion an der industriellen Gesamtproduktion der BRD dürfte also nicht bei 1—2 % liegen, wie Militärs, Bundesregierung und Industrielle behaupten, sondern bei ca. 5 %. Die Zahl der in der Rüstungsindustrie Beschäftigten kann auf ca. 600 000 geschätzt werden [34]; im militärischen Bereich und in der Rüstungsindustrie sind gegenwärtig zusammen knapp 1,4 Mio. Arbeiter, Angestellte und Beamte beschäftigt, d. h. über 5 % der Erwerbstätigen der BRD [35]. Bis 1970 wurde zudem noch im Rahmen der Zivilverteidigung eine „große Helferschaft" von über 600 000 Personen „erfaßt, organisiert, ausgerüstet und — von Jahr zu Jahr besser ausgebildet" [36]. Was die Rüstungsindustrie betrifft, so haben hier in den letzten Jahren die wissenschaftlich-technisch fortgeschrittenen Industriezweige ihren Anteil am Rüstungsgeschäft rapide ausgeweitet, wie die Verteilung der Rüstungsausgaben beweist [37]:

Verteilung der Rüstungsausgaben

	Verteilung der Ausgaben in %	
	bis 1963	*1969*
Industriezweig		
Elektronik, Feinmechanik, Optik	*10,0*	*22,8*
Flugzeugindustrie	*11,8*	*19,8*
Metallverarbeitende Industrie	*24,8*	*12,6*
Chemische Industrie	—	*12,4*
Kfz.- u. Zubehörindustrie	*20,2*	*10,0*
Schiffbau	*8,5*	*5,2*

Elektro- und Elektronikindustrie

Zum Zentrum der Rüstungsindustrie in der BRD hat sich in den letzten Jahren die Elektro- und Elektronikindustrie entwickelt. 5—10 % der Produktion dieses Industriezweiges besteht aus Rüstungsgütern [38]. Schon 1969 gingen direkte Rüstungsaufträge in Höhe von 1,27 Mrd. DM in die Elektroindustrie, und es gibt kein Großprojekt, an dem sie nicht beteiligt wäre. Die herausragende Rolle spielt die eng mit der Deutschen Bank verflochtene Siemens AG, das zweitgrößte Industrieunternehmen der BRD. Rund 10 % der direkten Aufträge des Bundes erhält Siemens, das seine Aktivitäten im Rüstungssektor im wesentlichen auf vier Bereiche konzentriert: zunächst ist Siemens über einen umfassenden Kooperationsvertrag und eine Kapitalbeteiligung von 8,35 % mit dem größten Flugzeug- und Raketenkonzern der BRD, der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) verbunden. Zusammen mit allen anderen rüstungsorientierten Elektronikfirmen von Bedeutung trägt Siemens die Elektronik-System Gesellschaft mbH, der die Systemführung elektronischer Gesamtsysteme für Flugzeuge obliegt. Für die elektronische Ausrüstung des MRCA-Kampfflugzeugs liierte sich Siemens mit dem US-Rüstungskonzern Garret Corp. Im Marinebereich als der zweiten Interessensphäre des Konzerns ist Siemens an der sechsgrößten Werft der BRD, Blohm & Voß, mit 12,5 % beteiligt und trägt zusammen mit fünf anderen Elektro-Konzernen eine Planungs- und Betreuungsfirma für Schiffswaffensysteme. Auch an der elektronischen Ausrüstung der Landstreitkräfte ist Siemens beteiligt

34) Die Schätzungen schwanken zwischen 200 000 und 700 000; vgl. H. D. Klingemann, Wirtschaftliche und soziale Probleme der Auf- und Abrüstung, in: R. König (Hrsg.), Beiträge zur Militärsoziologie, Köln/Opladen 1968, S. 244; H. Regling, Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung, Hamburg 1970, S. 108; K. Engelhardt, Expansion der westdeutschen Rüstungsindustrie, in: „Militärwesen", 6/1970, S. 850; ders., Umfang, Struktur und Entwicklungstendenzen wichtiger Bereiche der westdeutschen Rüstungsindustrie, in: DWI-Berichte, 10/1970, S. 20.

35) Für die Streitkräfte der NATO-Alliierten in der BRD arbeiten 120 000 meist westdeutsche Arbeiter und Angestellte, die Bundeswehr beschäftigt 177 000 Zivilpersonen; vgl. Weißbuch 1971/72, S. 21, 98.

36) So der niedersächsische Innenminister Lehners in: Wk, 4/1970, S. 170.

37) Vgl. K. Engelhardt, Umfang, S. 21.

38) Vgl. W, 274/1970, S. 4 (Beilage).

(vor allem Panzerelektronik). Zusammen mit AEG und der Zuse KG gründete der Konzern schließlich jüngst eine Gesellschaft zur Planung, Steuerung und Betreuung von militärischen Informations- und Datenverarbeitungssystemen, die diesen Bereich für die ganze Bundeswehr abdecken soll [39]). Auch die von dem US-Konzern General Electric beherrschte AEG-Telefunken, die ebenfalls zu den zehn größten Industrieunternehmen der BRD gehört, hat vor allem in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ihr Rüstungsgeschäft stark ausgeweitet. Nachdem sie bereits Anfang der sechziger Jahre mit US-Rüstungskonzernen (Bendix, General Electric und Hughes Aircraft) die Teldix GmbH und die Elekluft GmbH für militärische Flugzeug- und Raketenelektronik gegründet hatte und über die Eltro GmbH, die „GUF" und die „ESG" sich zusätzlich an der Planung, Entwicklung und Produktion von Navigationssystemen, Flugzeug- und Flugkörperelektronik beteiligte, gelang ihr 1967 mit dem NADGE-Projekt der Einbruch in den westeuropäischen Rüstungsmarkt. NADGE „ist das bisher größte militärische Elektronikprojekt für Europa" [40]); an diesem Projekt eines NATO-Luft-Frühwarnsystems im Werte von 1,2 Mrd. DM sind über 315 Firmen in ganz Europa und in den USA beteiligt. Mit ca. 20 % konnte sich die AEG hinter dem amerikanischen Konsortiumsführer Hughes Aircraft den größten Produktionsanteil sichern. Im Oktober 1970 gründete das NADGE-Konsortium ein weiteres mächtiges internationales Konsortium unter dem Namen „Eutronic", das den Luftverteidigungsbedarf der NATO decken soll. Der zweite Schwerpunkt der Rüstungsinteressen der AEG liegt wie bei Siemens im Marinesektor. AEG ist mit knapp 20 % an der größten westdeutschen Werft HDW beteiligt, die u. a. vor allem U-Boote produziert; weiter gründete sie mit drei anderen Firmen eine Planungsgesellschaft für Unterwasserregelanlagen (z. B. Torpedos). Die bedeutende Position der AEG zeigt sich darin, daß sie 1971 Generalauftragnehmer für den größten Beschaffungsauftrag in diesem Bereich — 10 S-Boote 143 — im Wert von 800—900 Mio. DM wurde. Ähnlich wie Siemens ist die AEG auch für die Landstreitkräfte (Panzerelektronik) tätig. Insgesamt wird dieser bedeutendste Rüstungsmarkt der BRD von rund zehn Konzernen beherrscht; hinzu kommen IBM, Honeywell, Kollsmann, Litton, SEL (alle USA), BBC (Schweiz), Robert Bosch GmbH und Rohde & Schwarz (BRD), wobei AEG und Siemens den Löwenanteil auf sich vereinigen. Die Rüstungsmonopole in der Elektroindustrie haben ein außerordentlich breites Forschungs- und Produktionsspektrum und nehmen als typische Koproduzenten an der Ausrüstung aller drei Teilstreitkräfte gleichermaßen teil. Dem entspricht eine enge Verbindung der Konzerne untereinander durch Kapitalbeteiligungen, Kooperations- oder Lizenzabkommen.

Luftfahrtindustrie

Im Gegensatz zur Elektroindustrie sind die Konzerne des zweiten großen Zentrums der westdeutschen Rüstungsindustrie, der Luftfahrtindustrie, zu mindestens 80 % von den Aufträgen des BMVtdg. abhängig. Die Waffen- und Munitionsindustrie ausgenommen, ist kein anderer Industriezweig der BRD so total militarisiert; hier wurden seit 1958 1955 Flugzeuge (davon 527 Kampfflugzeuge und 251 Transportflugzeuge), 140 000 Panzerabwehrraketen und eine unbekannte Anzahl von Hawk- und Sidewinder-Raketen produziert [41]). Nachdem sich Mitte der sechziger Jahre der Rüstungsmarkt noch auf rund ein Dutzend Unternehmen aufteilte, wird er nun nach einem in der BRD einmaligen Konzentrationsprozeß von

[39]) Vgl. W, 311/1971 (Beilage); W 268/1970, S. 3; „Flug-Revue", 9/1969, S. 24; Autorenkollektiv, Militär-Industrie-Komplex in der BRD, DWI-Forschungsheft 3/1971, S. 21; Autorenkollektiv, Rüstungszentrum München, München 1971, S. 51 f.; R. Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970, S. 131 f.; die drei letztgenannten Schriften haben die Entwicklung der Rüstungsindustrie detailliert analysiert und werden im folgenden nicht mehr gesondert aufgeführt.
[40]) „Flug-Revue", 4/1969, S. 18.
[41]) Vgl. „Wehrtechnik", 8/1971, S. 306.

drei Monopolen beherrscht: der MBB, der Konzerngruppe VFW-Fokker und der MTU. Gemessen an diesen drei Unternehmen sind die KHD (Triebwerke) und die Dornier AG relativ unbedeutend. In dem gesamten Industriezweig waren 1970 ca. 62 000 Personen nahezu ausschließlich in der Rüstungsproduktion beschäftigt. Unter Berücksichtigung der Ausrüstungs- und Zuliefererkonzerne lag der Gesamtumsatz 1970 bei ca. 3,2 Mrd. DM. MBB, VFW-Fokker und die Dornier AG hielten schon 1968 96 % des Gesamtkapitals des westdeutschen Luftfahrtbaus; 97 % der Forschungs- und Entwicklungskapazität und 94 % aller Beschäftigten des Flugzeugbaus waren in diesen drei Konzernen zusammengefaßt [42]). Auf dem ebenfalls zu diesem Industriezweig zählenden Triebswerksektor besitzt das gemeinsame Tochterunternehmen der MAN und der Daimler-Benz AG MTU eine sogar für die hochkonzentrierte Rüstungsindustrie bemerkenswerte Monopolstellung: der „Marktanteil von MTU am deutschen Triebwerkbau liegt zwischen 80 und 90 Prozent" [43]). Von den 6500 Beschäftigten der Triebwerkindustrie arbeiten allein 5000 bei MTU, die nahezu ausschließlich von Aufträgen des BVMtdg lebt [44]).

Insgesamt kann zur Entwicklung des Rüstungskapitals in diesen zwei Industriezweigen gesagt werden:

1) Auf Kosten der konventionellen Rüstung dehnt sich die Rüstungsproduktion in diesen Zweigen rapide aus und orientiert sich vor allem in der Elektroindustrie (aber auch bei MTU und MBB) zunehmend an den „Bedürfnissen" aller Teilstreitkräfte.

2) Darin spiegelt sich eine militärstrategische und -ökonomische Konzeption wider, die auf die Bereitstellung der Mittel für eine umfassende, lückenlose Kriegführung orientiert ist und zugleich versucht, die Anforderungen und Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution in eine entsprechende Konzeption zu integrieren [45]).

3) Der Monopolisierungsgrad in der Luftfahrt- und Elektroindustrie ist außerordentlich hoch. Insgesamt wird der Rüstungsmarkt von fünf Rüstungsmonopolen beherrscht (AEG, Siemens, MBB, MTU, VFW-Fokker); die restlichen Marktanteile entfallen im wesentlichen auf zehn weitere Unternehmen. Alle größeren Rüstungskonzerne sind mit großen Kapital- oder Finanzgruppen liiert oder werden von ihnen kontrolliert; dabei spielt die Deutsche Bank eine herausragende Rolle (Siemens, VFW-Fokker, MBB, MTU), ebenso ist der Einfluß US-amerikanischer Konzerne bedeutend. Unter dem Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution wird dabei die Entwicklung komplexer Forschungs-, Produktions- und Finanzgebilde, die über die Grenzen des Industriezweiges hinausgreifen (ein Beispiel ist MBB), rasch voranschreiten.

Konventionelle Rüstungsindustrie

Doch auch, wenn sich aufgrund der technischen Revolutionierung des Militär-

42) Zu diesen Unternehmen einige Stichworte. MBB hatte 1970/1 bei 21 000 Beschäftigten einen Umsatz von 1,1 Mrd. DM. 1970 entfielen 87,6 % seines Geschäftsvolumens auf den nahezu ausschließlich militärischen Flugzeugbau und auf die militärische Forschung. Sein Stammkapital von 62,3 Mio. DM (1971) teilt sich wie folgt auf: Familie Blohm 24,85 %; Messerschmitt 21,3 %; Bölkow 13,4 %; Boeing Comp. (USA) 8,9 %; SNIAS (Frankreich) 8,9 %; Siemens 8,35 %; A. Thyssen AG 8,35 %; Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung 5,95 %. VFW-Fokker hatte 1970 20 300 Beschäftigte und einen Umsatz von ca. 950 Mio. DM; die Firma ist zu fast 90 % vom BMVtdg. abhängig. Am Kapital der deutsch-holländischen Zentralgesellschaft sind beteiligt (1970): Northrop Corp. 20 %; Krupp 17,55 %; United Aircraft 13,2 %; Hanseatische Industriebeteiligungsgesellschaft (an der SEL zu 30 % beteiligt ist) 13,2 %; holländische, belgische und Schweizer Banken mit gut 30 %; die holländische Werkzeugmaschinenfabrik VMF mit ca. 10 % und die Firma Heinkel mit 6,05 %. Die Dornier AG schließlich erzielte 1970 bei über 7000 Beschäftigten 387 Mio. DM Umsatz und ist in Familienbesitz (vgl. „Flug-Revue", 4/1969, S. 20 u. 6/1969, S. 24; „Handelsblatt" v. 17. 11. 1970; 24. 4. 1971; 25. 6. 1971; 28. 7. 1971; 24. 9. 1971).

43) „Handelsblatt" v. 17. 2. 1971.

44) Zusammen mit KHD war und ist die MTU an allen bedeutenden Projekten der Flugzeugindustrie und des Panzerbaus beteiligt; sie ist aber auch im Marinesektor tätig.

45) Dies zeigt auch die Verteilung der Forschungsmittel des BMVtdg.: die Gesamtausgaben stiegen von 1962—1969 um das Zweieinhalbfache, die Ausgaben im Elektroniksektor jedoch nahmen um das Sechsfache zu.

wesens der Anteil der „konventionellen" Rüstung verringert hat, ist er doch keineswegs bedeutungslos geworden. Die Fahrzeugindustrie als ein solcher „konventioneller" Zweig hat gegenwärtig einen Rüstungsumsatz von 5—10 % und ist außerordentlich hoch konzentriert. Auf der einen Seite steht die von Flick, Quandt und der Deutschen Bank beherrschte Daimler-Benz AG, die seit 1960 über die Hälfte aller von der Bundeswehr bestellten Fahrzeuge produzierte [46]). Auf der anderen Seite steht das Firmenkartell Krupp, MAN, KHD und Rheinstahl, das 1971 den Löwenanteil an einem der größten Beschaffungsvorhaben in der Geschichte der Bundeswehr (die Fahrzeug-Folgegeneration der Mittelklasse, Auftragswert 4 Mrd. DM) erhielt [47]).

Auch der Panzerbau wird von drei Monopolen kontrolliert: von Krupp, Flick und Rheinstahl. Eine Sonderstellung nimmt hier die zu über 95 % von Flick beherrschte Krauss-Maffei AG ein, die in den letzten 4 Jahren zum größten Panzerproduzenten Westeuropas avancierte. Der Rüstungsanteil am Firmenumsatz liegt über 50 %; durch das 5-Mrd.-DM-Geschäft mit dem Leopard-Kampfpanzer, für den Krauss-Maffei 3700 Bestellungen notieren konnte und der inzwischen bereits in 5 NATO-Länder exportiert wurde, konnte Krauss-Maffei seinen Umsatz zwischen 1968 und 1970 mehr als verdoppeln (von 322,4 auf 663,3 Mio. DM) und seine Exportquote von 37,6 % auf 72,2 % steigern. Krauss-Maffei wird ebenfalls den Kampfpanzer der „siebziger Jahre", den Leopard II, bauen, der pro Stück 1,8 Mrd. DM (Leopard I: 1,2 Mrd. DM) kosten wird; bereits jetzt richtet sich der Blick auf den Leopard III, der kurz vor 1990 zum Einsatz kommen soll [48]). Derlei vorausblickende Planung schöpft nicht nur bei dem Flick-Konzern Krauss-Maffei aus jahrzehntealter Erfahrung darüber, wie Kriege vorbereitet und durchgeführt werden. Auch bei Rheinstahl (Umsatzanteil der Rüstung 10 %) hält die Berufung auf die Kriegsproduktion für die faschistische Wehrmacht als Qualitätsausweis her [49]). Das momentan wichtigste Rüstungsprojekt von Rheinstahl ist das 1,8-1 Mrd.-DM-Programm „Schützenpanzer ‚Marder'" und der dazugehörende Panzermörser (Stückzahl 2171); weiter baut Rheinstahl 6 U-Boote à 45,8 Mio. DM und ist stark im Exportgeschäft engagiert. Ein Drittel der Schützenpanzer wird von der Kruppschen Atlas MaK Maschinenbau GmbH gefertigt (militärischer Produktionsanteil ca. 40 %), die auch Schiffsmotoren produziert und erst vor wenigen Monaten einen Auftrag über 105 Brücken-Panzer Leopard I im Werte von 105 Mio. DM verbuchen konnte.

Bezeichnend für die enge Verflechtung des westdeutschen Rüstungskapitals ist, daß Flick und Krupp, die den größten Teil der Panzerproduktion der BRD kontrollieren, zusammen mit der Quandt-Gruppe und dem Röchling-Konzern auch die westdeutsche Waffen- und Munitionsindustrie fast völlig beherrschen, die zu 80—90 % von Aufträgen des BMVtdg. abhängt. Die bedeutendsten Unternehmen

---

46) Das „Handelsblatt" v. 15. 3. 1971 schrieb dazu: „Daimler-Benz ist von der Bundeswehr bisher mehr als reichlich bedacht worden. Die Firma baut sämtliche Motoren für die Panzer vom Typ ‚Leopard' und ‚Marder' und eine stattliche Anzahl von Schiffsmotoren."

47) Dieser Milliardenauftrag wurde vom BMVtdg. als Hebel und Katalysator der Monopolisierung benutzt: die zwei Konkurrenten haben sich „auf die Anregung des BMVtdg. bereit erklärt, künftig an dem Gesamtprojekt der Rad-Kfz-Folgegeneration gemeinsam weiterzuarbeiten" (Wk, 4/1971, S. 216). Zum folgenden vgl. „Handelsblatt" v. 28. 6. 1971, „Frankfurter Rundschau" v. 29. 6. 1971 sowie WuW 7—7/1971, S. 347.

48) Schon letztes Jahr wurde begonnen, für den Leopard III u. a. „die militärstrategische und operative Prognose (1980—2000), eine Umwelt-Prognose, eine Bedrohungs-Prognose ... sowie eine technische Entwicklungs-Prognose" auszuarbeiten (W, 329/1971, S. 2).

49) Anläßlich der Übergabe des ersten „Marder"-Schützenpanzers erklärte der ehemalige CDU-Wirtschaftsminister und jetzige Rheinstahl-Aufsichtsratsvorsitzende Schmücker in Kassel: „... ist doch dieser ehemalige Henschel-Betrieb geradezu historischer Boden für den Panzerbau. Zurückreichend bis zu den Kriegstypen Panther und Tiger wurden Entwicklung und Bau solcher Fahrzeuge hier unentwegt gepflegt, nur unterbrochen durch die besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit." Sein technischer Direktor erläuterte das Selbstverständnis der nachfaschistischen Generation der Rüstungsindustriellen noch näher: sie seien „eigentlich ... die Nachkommen der Leute, die schon im vergangenen Krieg diese Fahrzeuge gebaut haben. Und die technischen Kenntnisse sind uns aus dieser Zeit noch geläufig" (W. Menningen, Waffen für die Welt? Sendung ARD v. 14. 7. 1971).

sind die Rheinmetall GmbH (Röchling), die Diehl AG, die Firmen Dynamit Nobel AG und Sauer & Sohn (beide Flick), Wasag Chemie und Nitrochemie GmbH (beide Krupp) sowie Industriewerke Karlsruhe Augsburg AG und die Mauser-Werke (beide Quandt). Die stärkste Position in diesem Industriezweig nimmt die Rheinmetall GmbH ein, die gerne darauf verweist, seit ihrer Gründung im Mai 1889 immer wieder „erfolgreich" im Rüstungsgeschäft tätig gewesen zu sein [50]). Die von Röchling beherrschte Rheinmetall-Gruppe hat 6300 Beschäftigte und einen Umsatz von 586 Mio. DM (1970), von dem mindestens 60 % auf das Rüstungsgeschäft entfallen. „Was an Waffen und Munition in der Bundesrepublik zu entwickeln ist", erklärte der Vorstandsvorsitzende Caesar 1971, „kann Rheinmetall machen. Wir sind als einzige Firma darin allround." Rheinmetall sei „von Kleinpatronen bis zum Mariner-Schlingerstand für alles an Waffen- und Munitionsentwicklung ansprechbar" [51]). Rheinmetall ist praktisch an allen Panzerprogrammen der BRD beteiligt und hat Ende 1970 mit der Gründung einer gemeinsamen Entwicklungsgesellschaft für Turm- und Waffenanlagen zusammen mit der Wegmann & Co, Waggonfabrik die Forschungs- und Entwicklungskapazität in diesem Bereich monopolisiert. Unter den anderen Produzenten in der Waffen- und Munitionsindustrie ragen noch die Firmengruppe Diehl (Rüstungsumsatz 1970 ca. 250 Mio. DM), Dynamit Nobel und die Industriewerke Karlsruhe Augsburg hervor. Einen vergleichbar hohen Grad der Monopolisierung, wie er in den bisher betrachteten Industriezweigen beobachtet werden kann, findet man auch in der Werft- und Schiffbauindustrie als dem letzten Bereich „konventioneller" Rüstung, der in der Rüstungsproduktion eine Rolle spielt. Klingemann schätzt, daß von 1956—66 ungefähr 11 % des Umsatzes der Werftindustrie auf Rüstungsaufträge entfielen [52]); diese Quote dürfte sich in den letzten Jahren verringert haben und wird gegenwärtig wieder ansteigen. Das Zentrum der Rüstungsproduktion ist die Howaldtwerke Deutsche Werft AG (HDW), an deren Kapital der Bund, der Haniel-Konzern und die AEG maßgeblich beteiligt sind. Zur Entwicklung dieser viertgrößten Werftgruppe der Welt konstatierte jüngst die „Frankfurter Rundschau", „daß heute die Kieler Howaldtwerke auf dem besten Wege sind, sich zu einer U-Boot-Waffenschmiede für die Welt zu entwickeln" [53]). Der Auftragsbestand des Konzerns, dessen Vorstandsmitglieder „den Bau von U-Booten als einen Schwerpunkt ... und nicht als Füll- oder Nebenbeschäftigung" [54]) betrachten, belief sich Ende September 1971 auf 28 U-Boote im Werte von 901 Mio. DM. Davon sind 18 Boote für die Bundesmarine bestimmt, weitere 10 Boote gehen u. a. nach Argentinien und Griechenland in den Export. Ebenfalls im U-Boot-Geschäft stehen die Atlas-MaK Maschinenbau (Krupp) und vor allem die Rheinstahl-Nordseewerke, die bisher an Norwegen 15 U-Boote lieferte und auch für die Bundesmarine produziert. Auch im Schiffbau — vorwiegend kleinere und mittlere Einheiten wie Transporter und Minenleger (Blohm & Voss) oder Schnellboote (AEG) — und in der Ausrüstung (Elektronik, Raketen) für die Marine spielen die westdeutschen Rüstungskonzerne eine international immer größere Rolle.

Zusammenfassend sollen hier folgende Kennzeichen der Rüstungsindustrie der BRD hervorgehoben werden:

50) Schon 1901 belieferte der Konzern England, Norwegen und die USA. Im Ersten Weltkrieg schnellte die Zahl der Beschäftigten von 8000 auf 48 000; bereits 1925 wurden erneut Waffenentwicklungen begonnen, und bis 1945 entwickelte sich Rheinmetall zu einer der größten Waffenschmieden des faschistischen Deutschlands, für die 1945 80 000 Arbeiter und Angestellte arbeiten mußten. Noch heute rühmen Bundeswehrzeitschriften die Qualität der Rheinmetall-Produkte; vgl. „Soldat und Technik", 12/1970, S. 709. Bedauernd heißt es dort auch zur Zeit nach 1945: „Langsam erst gelang es, aus zurückkehrenden ehemaligen Mitarbeitern wieder eine Kernmannschaft zu bilden, mit der die nötigen Grundlagen der neuen Waffenfertigung gelegt werden konnten" (S. 708).
51) Vgl. „Die Welt" v. 13. 7. 1971; „Süddeutsche Zeitung" v. 13. 7. 1971.
52) Klingemann, Probleme, S. 258.
53) „Frankfurter Rundschau" v. 29. 9. 1971.
54) „Handelsblatt" v. 29. 9. 1971.

1) Der Anteil des Rüstungskapitals am industriellen Gesamtumsatz (bzw. der Anteil der Rüstungsproduktion an der industriellen Gesamtproduktion) und die Zahl der in der Rüstungsindustrie Beschäftigten lassen sich zwar mangels statistischer Unterlagen nur schätzen [55]), sie dürften aber geringer sein als in England und Frankreich.

2) Besonders charakteristisch ist jedoch der — verglichen mit anderen Sektoren der Wirtschaft — außerordentlich hohe Grad der Konzentration des Rüstungskapitals und der Rüstungsproduktion in der BRD. Der größte Teil der Rüstungsproduktion findet in rund 30 Unternehmen statt, die im Besitz von knapp einem Dutzend Finanzgruppen und Großkapitale sind (Siemens, Krupp, Flick, AEG, Thyssen, Quandt, Haniel, Rheinstahl, Röchling, Klöckner). Fast alle Konzerne spielten eine führende Rolle in der faschistischen Rüstungswirtschaft. Vor allem seit 1965/67 haben sich über eine staatlich vermittelte rasche Akkumulation des Kapitals, das Eindringen in neue Produktionsbereiche und die Kooperation und Verflechtung von Konzernen ganz unterschiedlicher Produktionsstruktur Rüstungsmonopole herausgebildet, die innerhalb des westdeutschen Kapitals eine ökonomische Macht repräsentieren, wie sie allein aus der Größe des Rüstungsumsatzes bzw. der Rüstungsproduktion nicht erkennbar ist.

3) Die besonderen Ursachen dieses raschen Monopolisierungsprozesses liegen darin, daß in allen Phasen des Reproduktionsprozesses in diesem Industriezweig mit Hilfe staatlicher Regulierungsmaßnahmen besonders günstige Bedingungen für die kontinuierliche Erzielung hoher Profite gegeben waren und ebenso aufgrund der militärstrategischen und -ökonomischen Konzeption die Entwicklung der Wissenschaft für militärische Zwecke Vorrang hatte, deren breite Anwendung zur notwendigen Bedingung des Kapitalverwertungsprozesses wird.

4) Die Existenz von reinen „Waffenschmieden" ist nicht charakteristisch für das BRD-Rüstungskapital. Eine starke regionale Konzentration der Rüstungskapazitäten — vor allem in Bayern und Bremen — ist dadurch jedoch nicht ausgeschlossen.

Expansion des BRD-Rüstungskapitals

Aufgrund des Koalitionscharakters des modernen Krieges besteht innerhalb der NATO der objektive Zwang, innerhalb der Mitgliedstaaten ein bestimmtes Minimum an Rüstungskapazität und im Bündnis eine Vereinheitlichung der Ausrüstung zu erreichen. Das erste Erfordernis diente westdeutschen Militärs und Industriellen lange Zeit als Argument zur Begründung der Remilitarisierung der Wirtschaft. Durch internationale Rüstungskooperation vor allem mit dem US-Rüstungskapital und — eng damit verbunden — den Aufbau eigener Forschungs- und Produktionskapazitäten hoffte das westdeutsche Rüstungskapital, das Monopol der US-amerikanischen, englischen und französischen Rüstungskonzerne auf dem NATO-Rüstungsmarkt zu brechen, mittelfristig eine „gleichberechtigte" und langfristig eine superiore Position im internationalen Rüstungsgeschäft zu erlangen und damit auch eine materielle Basis für traditionelle Hegemonieansprüche schaffen zu können. In diese Etappe des Übergangs von der „gleichberechtigten" zur superioren Rüstungskooperation ist das westdeutsche Rüstungskapital in der 2. Hälfte der sechziger Jahre eingetreten.

Die gegenwärtige internationale Aktivität des westdeutschen Rüstungskapitals zeichnet sich vor allem aus durch

[55]) Daher forderte die 8. Bundesjugendkonferenz des DGB im November 1971 die Bundesregierung zu Recht auf, „genaue Statistiken über die Zahl der in der westdeutschen Rüstungsindustrie Beschäftigten zu veröffentlichen" („Solidarität", 1/1972, S. 17).

a) einen relativ umfangreichen Waffenexport,

b) die Beteiligung an bi- oder multilateralen Forschungs- und Produktionsprojekten als „gleichberechtigter Partner" oder in dominierender Stellung,

c) die Institutionalisierung der Rüstungskooperation auf NATO-Ebene.

Rüstungsexport

Bislang wurden 51 Staaten vor allem in Europa und Afrika mit westdeutschen Rüstungsgütern beliefert. Zwar hält die Bundesregierung wie ihre Vorgängerinnen die durchaus vorhandenen Angaben über den westdeutschen kommerziellen Rüstungsexport weiterhin unter Verschluß, doch kann geschätzt werden, daß bis 1967 jährlich Rüstungsgüter im Werte von 300—400 Mio. DM exportiert wurden [56]). Seit 1967 sind die Rüstungsexporte stark angewachsen, ohne jedoch bislang in französische oder US-amerikanische Größenordnungen hineingewachsen zu sein. Der Anteil des Rüstungsexports am Gesamtexport betrug 1968 0,3 %, 1970 0,5 % und dürfte inzwischen knapp unter 1 % liegen [57]). Zur Politik der Bundesregierung erklärt das „Weißbuch 1971/72": „Die Bundesregierung ... will den Kriegswaffenhandel einschränken. Der Export von Kriegswaffen in Länder außerhalb der NATO ... soll grundsätzlich unterbleiben. Die Ausfuhr sonstiger Rüstungsgüter ist beschränkt" [58]). Derlei Erklärungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die BRD-Rüstungsexporte keineswegs unbedeutend sind. Bei einzelnen Waffensystemen (z. B. Panzer, U-Boote) decken BRD-Konzerne inzwischen den NATO-weiten Markt (ohne USA) ab; die Bundesregierung hat den Export von Rüstungsgütern nach Griechenland und — wenn auch „sehr beschränkt" — nach Portugal ermöglicht und die Unterstützung der türkischen Militärdiktatur durch Lieferung von Rüstungsgütern massiv forciert [59]). Auch der Export von militärischen Ausrüstungsgütern in Nicht-NATO-Staaten ist weiterhin möglich und wird praktiziert [60]), wobei sich das Schwergewicht der Exporte auf „weiches Gerät" verlagert — z. B. Kraftfahrzeuge, Fernmeldegerät o. ä. Das entspricht der seit Mitte der 60er Jahre gewandelten Strategie der westdeutschen Militärhilfe, sich auf den Aufbau polizeiähnlicher „Sicherungskräfte" in den Ländern der Dritten Welt zu konzentrieren, deren Hauptfunktion die Bekämpfung nationaler Befreiungsbewegungen ist. Die vorhandenen restriktiven Regelungen verlieren zudem an Wert, da sie — zumindest in der Tendenz — durch Lizenzen, Koproduktion mit ausländischen Rüstungskonzernen oder Eigenproduktion in

56) Vgl. dazu H. Haftendorn, Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Düsseldorf 1971, bes. S. 35—61; U. Albrecht, B. A. Sommer, Deutsche Waffen für die Dritte Welt, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 72 f.

57) Vgl. Weißbuch 1970, S. 157 ff.; E. W. Mommsen, Wehrtechnik ist Spitzentechnik, in: „Soldat und Technik", 9/1970, S. 481.

58) Weißbuch 1971/72, S. 149. Regierungssprecher Wechmar erklärte, man wolle „helfen, Abrüstungsmaßnahmen zu fördern", (Sendung des Hessischen Rundfunks am 16. 6. 1971).

59) So setzte sich die Bundesregierung stark für den Export von vier U-Booten der HDW-Werft nach Griechenland ein; gegenwärtig werden Rüstungslieferungen in Höhe von 45 Mio. DM an Griechenland angestrebt (vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 29. 2. 1972). Die Militärhilfe für die Türkei wurde auf 100 Mio. DM erhöht, was der westdeutschen Rüstungsindustrie Aufträge in Höhe von 50 Mio. DM einbringt.

60) Dabei ist zu unterscheiden: der private kommerzielle Rüstungsexport geht keineswegs, wie oftmals behauptet wird, nur in NATO-Staaten. Erst im Juli 1971 genehmigte die Bundesregierung den Export von Flugzeugteilen im Werte von ca. 10 Mio. DM nach Brasilien durch MBB und Dornier (vgl. W 320/1971, S. 3); in Thailand wird gegenwärtig von der Maschinenfabrik Heckler & Koch eine Waffenfabrik für 53 Mio. DM gebaut, in der automatische Gewehre und MG's produziert werden sollen. Neuerdings wurde bekannt, daß „in Rüstungs-Exportfragen die Länder Schweiz, Schweden, Australien, Neuseeland und Japan den NATO-Ländern praktisch gleichgestellt sind" (W 352/1972, S. 3), so daß im Gegensatz zu den Behauptungen des Weißbuches 1971/72 (S. 149) in absehbarer Zeit diese Länder mit Kriegswaffen beliefert werden. Der private Rüstungsexport im Rahmen der militärischen Ausrüstungshilfe geht 1972 weiter; hier profitiert die Rüstungsindustrie von Abkommen mit Äthiopien, Ghana, Mali, Somalia, Tunesien, Jemen, Kenia, Marokko, Niger, Togo, Tschad und Iran. Gegenüber 9 Ländern hatte die BRD 1972 Liefer-Verpflichtungen in Höhe von 21,3 Mio. DM aus früheren Abkommen, mit 5 afrikanischen Ländern sollen 1972 Material-Lieferungen im Werte von 19,5 Mio. DM vereinbart werden. Die Militärische Ausrüstungshilfe verfolgt eindeutig politische Ziele: im Norden Afrikas unterstützt die BRD Marokko und Tunesien wegen ihrer neutral/positiven Haltung gegenüber Israel; weiter südlich unterstützt sie die ehemaligen Kolonialmächte England (Kenia, Ghana) und Frankreich (Mali, Niger, Togo, Tschad), die z. T. Unterdrückungskriege gegen nationale Befreiungsbewegungen führen (dasselbe gilt für die Unterstützung Äthiopiens); der dritte Schwerpunkt liegt in der Unterstützung Portugals.

ausländischen Tochtergesellschaften von der westdeutschen Rüstungsindustrie unterlaufen werden [61]).

Rüstungskooperation

Der Schwerpunkt der Rüstungskooperation in der NATO liegt gegenwärtig bei der Durchführung bi- oder multilateraler Großprojekte. Das „volumenmäßig absolut größte Gemeinschaftsprojekt" [62]), das die NATO jemals in Angriff genommen hat, ist das MRCA-Flugzeug, das von der BRD, England und Italien gegenwärtig entwickelt und produziert wird. Die Gesamtkosten des Flugzeugs werden bei ca. 36 Mrd. DM liegen. Im Konkurrenzkampf um das MRCA-Projekt, das „größte technologische Programm in Europa seit Christi Geburt" (Schmidt), ist es der westdeutschen Rüstungsindustrie gelungen, sich den größten Produktionsanteil zu sichern; gegen die um das Fünffache größere englische Luftfahrtindustrie konnte der MBB-Konzern die Systemführung des Projekts an sich reißen. Die italienischen Fiat-Werke und die British Aircraft Corporation müssen sich mit einer untergeordneten Rolle zufrieden geben [63]). Für die Avionik (Flugelektronik) des MRCA-Flugzeugs wurde die englisch-deutsch-italienische Avionica-Systems Engineering GmbH gegründet, in der mit der ESG eine Gesellschaft vertreten ist, die fast sämtliche Entwicklungspotenzen der westdeutschen Elektronikrüstungsfirmen zusammenfaßt. Wenn „erwartet (wird), daß rund 50 % der Avionik in der BRD gebaut werden" [64]), zeigt sich auch hier die dominierende Stellung des BRD-Rüstungskapitals in diesem größten NATO-Projekt, an dem über 2000 Firmen teilnehmen. Neben dem zentralen MRCA-Projekt fallen vor allem noch verschiedene Raketenwaffen und 200 Erdkampfflugzeuge Alpha-Jet ins Gewicht, die von Dornier gebaut werden (Gesamtkosten 710 Mio. DM). Zwar sind die Formen der Rüstungskooperation sehr vielfältig und reichen von Zuliefererbeziehungen und Programmabstimmungen bis zu gemeinsamen Forschungs- und Produktionsvorhaben; das regelmäßige Ergebnis der internationalen Rüstungskooperation ist jedoch einerseits die Beschleunigung des Monopolisierungsprozesses auf nationaler Ebene [65]) und andererseits die Begründung relativ stabiler Zusammenarbeitsverhältnisse auf internationaler Ebene und die Herausbildung

---

61) So vergab MBB eine Lizenz an den US-Rüstungskonzern Boeing für den Hubschrauber BO-105, der aus Mitteln des Wirtschaftsministeriums fast vollständig finanziert wurde und regelmäßig als „ziviler" Hubschrauber bezeichnet wird; der Hubschrauber ist jedoch auch „zur Verwendung für militärische Zwecke" („Flug-Revue", 7/1969, S. 20) geeignet und soll in den USA in die Ausschreibung um einen Marinehubschrauber gehen. Boeing teilte mit, daß für den BO-105 Vorbestellungen und Optionen u. a. aus Südamerika und der Republik Südafrika vorliegen; vgl. WuW, 5/1971, S. 261. Ausländische Produktionsstätten besitzt z. B. Rheinstahl (Henschel Engineering Antwerpen) in Holland; Dynamit Nobel (Flick) als einer der größten westdeutschen Munitionsproduzenten hat im Dezember 1971 mit holländischen Konzernen zwei Unternehmen in Holland gegründet (vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 20. 12. 1971); die Industrie-Werke Karlsruhe sollen ca. 80 der Anteile an der niederländischen Munitionsfabrik „De Kruithorn" besitzen, deren Waffen u. a. nach Vietnam geliefert worden sein sollen. Eine Umgehung der Exportrestriktionen zeichnet sich auch im Falle des von Dornier und Dassault-Bréguet (Frankreich) gebauten Alpha-Jet ab: „Da Bonn sich am Rüstungsexport außerhalb der NATO nicht beteiligt", heißt es in WuW 3/1972 S. 109, „wird eine französische Handelsgesellschaft den Export übernehmen. Die Geschäfte werden damit prestigemäßig der französischen Flugzeugindustrie zugeschrieben werden, was jedoch die deutsche Flugzeugindustrie kaum beunruhigen dürfte." Der MBB-Konzern schließlich besitzt eine Kapitalbeteiligung von 13,5 % an dem spanischen Rüstungskonzern Construcciones Aeronauticas S.A. in Madrid. Unterstützt von der Bundesregierung und der Regierung Spaniens, entwickelte MBB mit der CASA das Flugzeug CASA 212, das im Mai 1971 seinen Jungfernflug hatte. „Die CASA 212 . . . ist für zivile und militärische Einsätze ausgelegt. Ihre Reichweite beträgt . . . 1900 Kilometer" (WuW 5/1971, S. 261).

62) E. W. Mommsen, Die Zusammenarbeit des Westens in der Rüstung, in: „Soldat und Technik", 11/1970, S. 610.

63) Zur Stellung des westdeutschen Rüstungskapitals im MRCA-Projekt, das als Versuch angesehen wird, „das quasi-Monopol der amerikanischen Rüstungsindustrie am europäischen, wenn nicht am Weltmarkt zu brechen" (WuW, 2/1970, S. 73), vermerkt das Sprachrohr der Rüstungsindustrie „Wehr und Wirtschaft": „Der Anteil der deutschen Industrie am Gesamtprojekt kann nur als außerordentlich vorteilhaft bezeichnet werden, sowohl was die Zellen- wie die Triebwerksbauer anbelangt. In der Tat wird die ‚Panavia' (MRCA — d. Verf.) für die deutsche Luftfahrtindustrie eine grundsätzliche Bedeutung erlangen, denn bisher war sie noch niemals an einem ähnlichen Großprojekt so weit mitentscheidend beteiligt wie hier" (WuW 7—8/1969, S. 373).

64) „Soldat und Technik", 5/1970, S. 274.

65) Das MRCA-Projekt war ein wesentlicher Grund für die Fusion von Bölkow und Messerschmitt Mitte 1968 und die Beteiligung von Siemens an dem entstandenen MBB-Konzern, vgl. WuW, 1/1969, S. 26, und „Industriekurier" v. 31. 7. 1969.

internationaler Rüstungskartelle [66]). Will man die Bedeutung der bi- oder multilateralen Kooperation auf dem Rüstungssektor jedoch real einschätzen, muß darauf hingewiesen werden, daß die Rüstungszusammenarbeit bisher nur auf Teilgebieten praktiziert wird, wo die Größe und der Umfang einzelner Projekte die Möglichkeiten der nationalen Rüstungsindustrien übersteigen und sich das gemeinsame „Sicherheitsinteresse" gegenüber konkurrierenden Teilinteressen einzelner Monopole, Monopolgruppen oder Staaten durchsetzt. Die kapitalistische Anarchie macht natürlich auch vor dem Militärwesen nicht halt. H. H. J. Labohm, Mitglied der ständigen Delegation Hollands beim NATO-Rat, wies erst jüngst auf 15 größere Waffenentwicklungen hin, bei denen es zu parallelen oder gar mehrfachen Entwicklungen innerhalb der NATO gekommen ist. Angesichts dieser Liste, die nach Labohm „keineswegs erschöpfend" ist, schließt er nüchtern, daß „ein beträchtlicher Teil der früheren, derzeitigen und künftigen Ausgaben für diese Vorhaben als reine Geldverschwendung angesehen werden" muß [67]). Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums ist Rüstungsproduktion ohnehin, da sie weder produktiv noch individuell (substantiell) konsumiert werden kann. Konkurrenzgebundene Parallelarbeit wie auch die bi- oder multilaterale Rüstungskooperation potenzieren diese Verschwendung jedoch noch obendrein. Der Hinweis, daß durch die Rüstungskooperation der Aufbau weiterer nationaler Rüstungskapazitäten verhindert und den steigenden Kosten moderner Waffensysteme entgegengewirkt werden könne, entspringt natürlich einem offensichtlichen Rechtfertigungsinteresse. Tatsächlich werden damit die Kosten der Expansion des westdeutschen Rüstungskapitals internationalisiert und den Werktätigen weiterer Staaten aufgebürdet, soweit das westdeutsche Rüstungskapital wie etwa beim MRCA-Projekt bereits eine dominierende Position innehat. Zusätzlich aber noch werden durch die bilaterale Waffenentwicklung die Gesamtkosten eines Waffensystems um 20—30 % in die Höhe getrieben [68]).

NIAG

In den letzten Jahren wird verstärkt versucht, die Rüstungskooperation über den Rahmen der bi- oder multilateralen, instabilen Zusammenarbeit hinauszuheben und zentral auf NATO-Ebene zu organisieren. Drei Jahre nach der Einrichtung einer zentralen Konferenz der NATO-Rüstungsdirektoren wurde 1969 als offizielles industrielles Beratergremium (Mommsen) die NATO-Industrial-Advisory-Group (NIAG) gegründet. Damit hat das Rüstungskapital seinen Einfluß auf die immer gewichtiger werdende NATO-Rüstungsplanung institutionalisiert und den Grundstock für eine engere Verschmelzung rüstungsindustrieller und militärpolitischer Interessen auf NATO-weiter Ebene gelegt. In der NIAG werden gegenwärtig neben „Grundsatzfragen der internationalen Zusammenarbeit" vor allem „Spezialprobleme der Elektronik und der Luftfahrttechnik ... bearbeitet, die in den Jahren nach 1975" aktuell werden [69]). Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) betont, daß die westdeutsche „Industrie ... mit ihren Experten in allen Gremien — z. T. federführend — tätig" [70]) ist. Durch diese „z. T. federführende" Tätigkeit können die westdeutschen Rüstungskonzerne ihren Einfluß auf die militär- und rüstungspolitische NATO-Planung weiter steigern, zumal sich die Tätigkeit der Konzernvertreter in der „Beratergruppe" keineswegs auf das

66) Das MRCA-Konsortium BAC, Fiat, MBB, das zur Durchführung des Projekts die Panavia Aircraft GmbH gegründet hatte, kündigte bereits im September 1970 eine Vertiefung der Kooperation an, die bislang auf MRCA beschränkt gewesen war; vgl. WuW, 9/1970, S. 463.
67) H. H. J. Labohm, Die Rüstungszusammenarbeit innerhalb der NATO und die technologische Lücke, in: Wk, 8/1970, S. 402.
68) Vgl. Wk, 5/1971, S. 234.
69) Jahresbericht des BDI 1969/1970, S. 138.
70) Jahresbericht des BDI 1970/1971, S. 128. Das westdeutsche Rüstungskapital war 1970 vertreten durch Knieper (VFW-Fokker), Diehl (Diehl-Werke), Pabst (MBB), Hoffmann (Siemens bzw. Zentralverband der elektrotechnischen Industrie) und Zenzinger (BDI), vgl. W, 247/1970, S. 3.

„Beraten" beschränkt [71]). Die Bedeutung der NIAG wird angesichts der von der gegenwärtigen Bundesregierung betriebenen Verstärkung des europäischen Rüstungs- und Militärpotentials und der Intensivierung der Arbeit in der „Euro-Group" zweifellos zunehmen, und die Möglichkeiten, eine von den NATO-Führungsstäben und dem international organisierten Rüstungskapital vorprogrammierte Militär- und Rüstungspolitik über nationale Parlamente einer Kontrolle zu unterwerfen, werden weiter abnehmen. Die Entwicklung der nationalen Rüstungspolitik und -organisation und Fragen des westdeutschen Militär-Industrie-Komplexes müssen daher gesondert behandelt werden.

(Fortsetzung folgt)

Über Werdegang, Aktivitäten und Ansichten des Rainer Barzel (II)*)

Von Hans-Dieter Bamberg

„Die Achtung der Institutionen, das Sichtbarmachen von Amt und Dienst müssen, wie ich meine, ebenso betont werden wie die Überlegenheit des Rechtes und der staatlichen Objektivität gegenüber jedweder gesellschaftlichen Macht und die Sinnhaftigkeit und gerechte Verteilung aller verlangten Opfer" (Rainer Barzel 1962) [212a]).

„Die Folge wäre ein Klimaumschwung, der in alle Bereiche des öffentlichen Lebens — von der Hochschule bis in die Börsen — ausstrahlen würde. Er läßt sich durch folgende Stichworte charakterisieren: Betonung von ‚Law and order'; Konsolidierung des angeschlagenen marktwirtschaftlichen Selbstverständnisses; Akzeptierung von Privateigentum und persönlicher Freiheit" (die „Wirtschaftswoche/Der Volkswirt" über eine Regierung Barzel) [212b]).

VIII

In offensichtlicher Anlehnung an korporative Ständestaatsauffassungen bezeichnet Barzel Mensch, Familie und Eigentum als „die gesunden Pfeiler unserer Ordnung" [213]). Eigentum als Ordnungs- und Herrschaftsfaktor in Form der privaten Verfügung über Produktionsmittel und die damit arbeitenden Menschen ist dabei das Herzstück. Durchgängig findet man bei Barzel alles, was dieses Herrschaftsmittel tangieren könnte, in den düstersten Farben gemalt. 1958 nahm er unter mehrmaliger Betonung seiner Beheimatung „im christlichen Lager" zum Thema „Wohlfahrtsstaat gegen Versorgungsstaat" [214]) das Wort. Äußerlich imponierend, zitiert er diffus konservative bis faschistoide Staatsrechtler und christliche Reaktionäre, denen ein Sozialstaat, soweit er über obrigkeitliche Armen-

*) Vgl. Heft 4/72.

71) Nach Mommsen haben die NIAG-Vertreter keineswegs nur auf Anforderung sich zu bestimmten Fragen gutachtlich zu äußern, sondern sie sollen zugleich beschränkte Vollmachten und Mittel zur Erarbeitung von Vorschlägen für neue Waffensysteme und den dazugehörigen militärischen Forderungen erhalten; vgl. Mommsen, Friedenspolitik, S. 1381.

212a) Barzel 1962, zit. nach Urs Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1969, S. 108.

212b) Zit. nach „Berliner Extradienst", 19. 4. 1972, S. 4.

213) R. B., Die gesellschaftspolitische Zielsetzung der CDU (Anm. 127), S. 104.

214) R. B., Wohlfahrtsstaat gegen Versorgungsstaat, in: Die politische Meinung, 30 (1958), S. 40 ff.

pflege hinausgeht, nicht behagt. Die christlichen Stimmen, die seiner antisozialen Haltung entsprechen, gibt Dr. Barzel jeweils als die einzigen Tendenzen in den Kirchen aus und setzt sie mit den Prinzipien der CDU gleich. Der große Gegner sei die SPD, die „eindeutig versorgungsstaatlich orientiert ist, also sich an einem Leitbild orientiert, das nicht in Einklang steht mit der christlichen Soziallehre". Barzel vergißt bei der Aufzählung der „kollektivistischen" SPD-Programmpunkte auch nicht, daß sie damals die „gesamte Atomwirtschaft" als Sache der öffentlichen Hand ansah; die Konsequenz, daß nach dem CDU-Ideologen selbst das Atombomben-Herstellen eine Sache freier Profitwirtschaft sein solle, ist zwar abenteuerlich, aber nicht leicht von der Hand zu weisen. SPD-Vorstellungen, daß auch die Wirtschaft irgendwie demokratischen Einflüssen zugänglich sein müsse, rügt Barzel als „obrigkeitsstaatlich" und hält dem ein Zitat westdeutscher Bischöfe entgegen, demzufolge die Wirtschaft „Sache der Wirtschaft selbst" sei, d. h. nur die Unternehmer, denen die Wirtschaft ja gehört, etwas angeht und nicht die Lohn- und Gehaltsabhängigen, die das Risiko tragen. An anderer Stelle reflektierte Barzel den Zusammenhang von Antikommunismus und christdemokratischer Sozialpolitik [215]: „Indem wir eine Politik machen, die der Freiheit der Person und ihrer Entfaltung dient, die Familie fördert, das Eigentum breiter (!) streut, die Subsidiarität des Staates beachtet und so fort, errichten wir nicht nur eine gute Sozialordnung, sondern bauen damit zugleich wesentliche Barrieren gegen den Kommunismus", allerdings nur „hinter einem Damm auch militärischer Sicherheit".

Barzels Gesellschaftsvorstellungen sind schlicht und werden von ihm mit der Monotonie einer Gebetsmühle wiederholt: „Ballung fördert leicht Vermassung" [216]). Privatisierung ist gut; der Mensch soll unpolitisch leben, in abgeschlossenen Familien („Keimzelle der Gesellschaft" [217]); jeder soll etwas Eigentum haben [218]), damit er sich mit dem großen identifiziert, das als Privatsache auch in der Form des Produktiveigentums unbehelligt von jeder Mitsprache der Betroffenen und des Staates bleiben muß, denn der stehe über allem [219]). Planung und Lenkung sei ein „Abbau der Freiheit" [220]), was für die kleine radikale Minderheit der Unternehmenseigner selbstverständlich zutrifft. Der gleiche Barzel untersteht sich, der SPD/FPD-Regierung vorzuwerfen, ihr sei die „Konjunktur entglitten" [221]) — suggerierend, daß es einer Regierung im Kapitalismus gelingen könnte, die Investitionsentscheidungen der Unternehmer zu beherrschen.

Die Konflikte zwischen Menschen in der Gesellschaft werden bei ihm zu Ereignissen der Natur; ihre Beschreibung ist klinisch-organhaft. Ein Satz aus seinem Frühwerk [222]), der als Ablehnung jeglicher Mitbestimmung derer in der Wirtschaft anzusehen ist, die sie durch ihre Arbeit konstituieren, könnte mit leichter redaktioneller Änderung einem Kommentar des NS-Gesetzes zur „Ordnung der nationalen Arbeit" von 1934 entnommen sein: „Es ist eine Forderung des Naturrechts, daß der Leiter des Betriebes seine Angestellten nicht nur für seine Zwecke arbeiten läßt, sondern daß er sich über die Ausnutzung hinaus um seine Angestellten sorgt. Und umgekehrt verlangt die Natur seitens der Angestellten Verständnis und Sorge um Betrieb und Brotherrn. — Diese wechselseitige Sorge ist das Kennzeichen jeder gesunden Gemeinschaft."

---

215) R. B., Antikommunismus — sozialer Fortschritt, in: Sozialer Fortschritt, 6/1963, S. 125 ff.
216) R. B., Gesellschaftspolitik im „Atomzeitalter" (Anm. 154), S. 41.
217) Ebd.
218) Vg. ebd., S. 41 f.
219) Vgl. ebd., S. 42.
220) Ebd.
221) Zit. nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 23. 11. 1971.
222) R. B., Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien (Anm. 13), S. 9.

Besser, als ein satirisches Organ klerikale Propaganda zugunsten des Großkapitals imitieren könnte, liefert Barzel ernsthaft das Original: „Zum harmonischen Verhältnis zwischen den Klassen weist die (!) christliche Lehre den Armen und den Reichen, wie den Arbeitsherren und den Arbeitern ihre Aufgabe zu." „Auch wenn der Arbeiter dem Arbeitsherrn dient, bleiben beide vor Gott und der Ewigkeit gleich; nur die Tugend unterscheidet sie. Hier sei an das schöne Wort von Augustinus erinnert, daß die Befehlenden in Wahrheit denen dienen, die ihnen gehorchen" [223]). Das sind keine Jugendsünden; auch in seinem späteren Werk taucht die organologische Vorstellung vom „Betrieb als Sozialkörper" auf; dazu die unabdingbare „Freiheit der Entscheidung der Unternehmensleitung (!)", wozu die zu nichts verpflichtende „Fürsorgepflicht des Unternehmers" komme [224]). Damit ist Mitbestimmung der Betroffenen über relevante Wirtschaftsprozesse nicht zu vereinbaren, und wenn, dann nur bei Kastration anderer wichtiger Arbeitnehmerrechte: „Für mein Gefühl verträgt sich mehr Mitbestimmung auf keinen Fall mit Streik und Aussperrung" [225]). An anderer Stelle fiel Rainer Barzel gegen die Mitbestimmung ein, daß die Industrie Angst bekomme, wenn zu Belegschaftsaktien noch weitere Mitbestimmungsrechte kämen. Er verweist deshalb freudig auf „vermehrtes Miteigentum" [226]). Die Praxis zeigt immer wieder, was es mit den sozialen Tönen der CDU/CSU auf sich hat. Die Barzel-Mannschaft („Anwalt des Humanum" [227])) lehnte das Städtebauförderungsgesetz, das Mieterschutzgesetz und das novellierte Betriebsverfassungsgesetz ab (letzteres vor allem, weil sie ihr Konzept der noch weiteren Zersplitterung der Arbeitnehmersolidarität nicht erreichte), wobei im Falle BVG der linke Flügel gerade auch deshalb dafür sein durfte, damit die CDU-Funktionäre bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 1972 kräftig mitmischen konnten. Die Stoßrichtung machte CDU-Sprecher Weiskirch Mitte Januar mit einer massiven Einmischung in die Betriebsratswahlen deutlich, als er gegen die kommunistischen Kollegen zur „Solidarität der Demokraten" aufrief. Die Funktion des „sozialen" Flügels bei der Unternehmerpartei wurde von Kurt Schumacher [228]) schon 1946 durchschaut: „Die Linke dieser Partei liefert das agitatorische Vokabularium, und die Rechte macht die Politik." Laut Rainer Barzel sind die Prinzipien der „Sozialen Marktwirtschaft" und der „Sozialen Partnerschaft' „bewährt" [229]), und wir sind „im Sozialen die erste Nation der Welt" [230]) — was schon durch einen flüchtigen Blick auf unser Gesundheitswesen und z. B. auf die Ausstattung mit Kindergärten als faustdicker Unsinn entlarvt wird. Weiter behauptet Barzel, die Einkommen klafften immer weniger auseinander [231]) und die „‚Proletarität' (sei) nur noch ein psychologischer Rest" [232]). Der Widerspruch zu von ihm selbst notierten Fakten setzt Barzel nicht in Verlegenheit, sei es die Prognose fortschreitender Konzentration, seien es systembedingte Krisen: 273 000 Arbeitslose im Bergbau in zehn Jahren [233]); Bankrott von 15 % der Bauernhöfe [234]); 121 000 verschwundene Handwerksbetriebe [235]). Sind diese Zahlen vermutlich richtig, so gibt es offenbar auch Zwänge, kurzerhand Falschmeldungen zu verbreiten: „So ergibt sich" für die Jahre 1958 bis 1963 „ein Anstieg des Bruttoeinkommens um 71 % und ein Anstieg des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um

223) Ebd., S. 139, 140.
224) R. B., Auf dem Wege in die Neue Wirklichkeit (Anm. 108), S. 204.
225) Ebd.
226) R. B., Die gesellschaftspolitische Zielsetzung der CDU (Anm. 127), S. 106 f.
227) R. B., Auf dem Wege in die Neue Wirklichkeit (Anm. 108), S. 218.
228) Kurt Schumacher, Turmwächter der Demokratie, Bd. II, Westberlin 1953/54, S. 325.
229) R. B., Gesichtspunkte eines Deutschen (Anm. 79), S. 14.
230) Ebd., S. 56.
231) Vgl. ebd., S. 74, 80.
232) Ebd., S. 86.
233) Vgl. ebd., S. 54.
234) Vgl. ebd.
235) Vgl. ebd.

42 %" [236]). Tatsächlich ist die Lohnquote für die Gruppe der abhängig Beschäftigten konstant geblieben, was heißt, daß sie unter Berücksichtigung ihres gestiegenen zahlenmäßigen Anteils an der Gesamtheit der Erwerbstätigen (eine andere Umschreibung übrigens der von Barzel so strikt abgelehnten Proletarisierung), der heute bei 84 % liegt, gefallen ist und die Schere zwischen den Unternehmerprofiten und den Löhnen und Gehältern weiter aufklafft. Ähnlich unbekümmert ging Barzel in seiner Bundestagsrede zur Ablehnung der Novellierung des BVG mit der Realität um, als er vorgab, „daß es in der Bundesrepublik Deutschland mehr Mitbestimmung gibt als anderswo sonst in der Welt" [237]). Diese Behauptung wird schon dadurch widerlegt, daß es selbst in der gewiß nicht unternehmerfeindlichen Montanunion kein Land gibt, in dem gerichtsnotorisch die Aussperrung nicht nur nicht verboten, sondern sogar dem Streik rechtlich gleichgestellt ist („Kampfparität").

Bedenklich ist aber für Barzel anderes: Die „Sozialbelastung der Arbeitnehmerverdienste" stimmt „nachdenklich" [238]). Der ganze Sozialkram scheint für Barzel ein unchristliches Ding zu sein, wofür er in praktischer Ökumene einen führenden Protestanten zu Hilfe nimmt: „Martin Luther stand ganz in der christlichen Tradition, als er der staatlichen Ordnung die Kompetenz der Fürsorge bestritt und diese Dinge zur Sache der persönlichen Nächstenliebe erklärte" [239]). Bleibt auch für Barzel die Frage, warum wohl Lohn- und Gehaltsabhängige CDU/CSU wählen, obwohl sie nichts von ihr zu erwarten haben. Er findet da einen Trost wie auch einen Lückenbüßer, für den Gottlose ihn beneiden dürften: „Wir sagen uns ganz einfach, Gott hat uns für heute gewollt. Er gibt uns auch heute die Kraft, und das auch für morgen" [240]).

Möglicherweise ist soetwas eher für den Hausgebrauch. Zur Manipulation der Massen produziert der erste Mann der „Volkspartei" einen ganzen Krämerladen von Versprechungen, die sich — ganz abgesehen vom Wollen — schon innerhalb der Aufzählung widersprechen. Bei der folgenden Liste sei davon abgesehen, daß Barzel es konstant abgelehnt hat, die Steuern auf Kosten der Höchstverdienenden zu erhöhen, woher allein Mittel kommen können, den Unteren etwas zu geben und Sozialinvestitionen zu finanzieren: „Vieles haben wir getan, weiteres bleibt zu tun. Es gibt noch viel zu tun für die Alten, für die Hausfrau wie für die erwerbstätige Frau, für die Jugend, für die Bildung und den beruflichen Aufstieg, für den Sport, für die Bauern, den Mittelstand, die freien Berufe, für die Arbeiter, für die Familie, die Eigentumsstreuung, die Gesundheit. Die Struktur unserer Gesellschaft kann und muß soziologisch wie geographisch noch ausgewogener, die *neue Wirklichkeit* kann und muß noch menschlicher werden." Und dann wieder das Preislied auf den CDU-Staat: „Uns ist es gelungen zu tun, wovon Sozialisten träumen: Die Proletarität ist überwunden in Deutschland. Wo es sie noch gibt, herrschen Kommunisten. Unsere sozialen Leistungen können sich sehen lassen. Wir stehen an der Spitze der Welt" [241]). Auf einen kurzen Nenner gebracht, ergibt sich aus Barzels gesellschaftspolitischen Vorstellungen folgende nicht überraschende Identität mit dem innenpolitischen Konzept der herrschenden Kräfte in der CDU/CSU [242]): 1) Unein-

---

236) R. B., Die gesellschaftspolitische Zielsetzung der CDU (Anm. 127), S. 95.
237) Zit. nach Das Parlament, 20. 11. 1971, S. 7.
238) R. B., Gesichtspunkte eines Deutschen (Anm. 79), S. 82.
239) Ebd., S. 84.
240) R. B., Die junge Generation gestaltet ihre Zukunft (Anm. 6), S. 23.
241) R. B., Auf dem Wege in die Neue Wirklichkeit (Anm. 108), S. 199, 200.
242) Vgl. hierzu auch Klaus Hoeft/Harry Köhler, Die Formierung der CDU. Vom 18. zum 19. Parteitag, in: dokumentation der zeit, Berlin, 1/1972, S. 8 ff.

geschränktes Bekenntnis zum Privateigentum an Produktionsmitteln und der ungehinderten „Initiative" der Kapitaleigner; 2) Frontstellung gegen Demokratisierung und Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen (auf dem Saarbrücker Parteitag argwöhnte der Vorsitzende, wer „Demokratisierung" rufe, wolle wohl etwa „Volksdemokratie"); 3) Forderung noch stärkerer Repressivmittel gegen alle oppositionellen demokratischen und sozialistischen Kräfte, gekoppelt mit Angriffen auf den heutigen angeblich „schlappen Staat" (Barzel). Das taktische Vorgehen dürfte sich so zusammenfassen lassen: 1) Aktivierung der Ideologien von law-and-order und 2) der volksgemeinschaftlichen ‚Sozialpartnerschaft'; 3) Anpreisung der CDU/CSU als Partei der „seriösen Reformen" (Strauß); 4) Herausstellung der Christenunion als Partei für die sozial Schwachen (demagogische Renten- und Familienförderungsvorschläge); 5) besondere Manipulierungsanstrengungen in bezug auf die Jugend.

IX

Barzels durchgehende außenpolitische Linie läßt sich auf die brutale Formel bringen, die er selbst 1959 geprägt hat[243]): Die „Seinsverletzung" durch die sozialistische Ordnung der UdSSR („Zwangsgesellschaft") sei vergleichbar mit der des „Atomkrieges". Wer hier konsequent zu Ende denkt, kann sich nur wundern, daß wir in den Zeiten des völligen Übergewichts der CDU/CSU noch relativ glimpflich davongekommen sind ... Erschreckend auch ein anderes Eingeständnis: „Ich bin lieber der letzte Kalte Krieger in Deutschland als der erste Kapitulant" [244]). Der Antikommunismus dürfte neben seinem militanten Rechtskatholizismus — beide bedingen sich wahrscheinlich gegenseitig — sein zweiter Fixpunkt sein, von dem her sich vieles in Propaganda und politischer Praxis aufschlüsselt. Bis heute ist auch ein Grundsatz von Barzel durchgehalten worden, der zwar bei der entgegenstehenden Realität abstruse Begründungsschemata erfordert, sich andererseits aber als massenagitatorisch einfach und — jedenfalls bis noch vor einiger Zeit in weitem Maße — effektiv erwies: Was auch immer die UdSSR tut, es muß als friedensgefährdend und den Bestand der BRD, des Westens und des christlichen Abendlandes angreifend interpretiert werden. Selbst als die Sowjetunion vor sechs Jahren den Ausbruch eines Krieges zwischen Indien und Pakistan verhinderte, konnte das Dr. Barzel nichts anhaben, der das Abkommen von Taschkent (lt. Barzel „Beschwichtigung") solchermaßen denunzierte [246]): „Eine als friedliches Rußland getarnte Sowjetunion als weltpolitischer Schiedsrichter — Gott bewahre uns und alle Europäer (!) vor solcher Art ‚herrlichen Zeiten'." Barzel knüpft an die Greuelpropaganda u. a. der Faschisten an, die Kommunisten mit Vorliebe die Zerschlagung der Familie und Vaterlandsverrat vorzuwerfen pflegt: „Die Kraft der Familie, der Religion, der Nation bleibt" [247]). Die Agitationskette schnurrt mit Präzision ab: Obwohl „uns plumper Antikommunismus nicht gut zu Gesicht steht", es aber in unserem Interesse liege, daß aus der UdSSR wieder Rußland werde [248]), zumal ja die „deutsche Frage ein epochales Problem" sei [249]), muß sich viel ändern, damit es nicht bei der traurig-vorläufigen Feststellung bleibt: „Noch haben wir es mit der Sowjetunion und nicht mit Rußland zu tun" [250]).

Nicht immer demonstriert Barzel seinen Antikommunismus so plump wie etwa

243) R. B., Gesellschaftspolitik im „Atomzeitalter" (Anm. 154), S. 36.
244) Zit. bei Hirsch, Die Blutlinie (Anm. 48), S. 183.
246) R. B., Sowjetunion oder Rußland, in: Politik. Vierteljahresschrift des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, 2/1966, S. 3.
247) R. B., Sowjetunion oder Rußland (Anm. 255), S. 6.
248) Vgl. ebd., S. 5.
249) Ebd., S. 7.
250) Ebd., S. 6.

Strauß. In der Form mag er sich konziliant geben, in der Sache nicht, wie es gerade die wegen angeblicher Anbiederungen an die UdSSR, die damals in der CDU-Führung stark kritisiert wurden, vieldiskutierte Washingtoner Rede vom 17. 6. 1966 [251]) zeigt. Barzel hatte darin für den Fall eines wiedervereinigten Deutschlands die Möglichkeit einer sowjetischen Truppenstationierung angedeutet, was verunsicherte Primitivdenker der CDU/CSU als Vorgabe an den Todfeind mißverstanden. Von vielen wurden wegen der spektakulären Barzel-Denkspiele die wichtigsten Sätze der Rede überlesen, die in selten so komprimierter Brutalität das kriminelle US-„Engagement" in Südostasien, die Prinzipien kapitalistischer Profitwirtschaft und die darwinistische Gebrauchsphilosophie des Christen Barzel mit dem „unseligen Hang zum tremolierenden Pathos" [252]) auf den Begriff bringen: „Wir wissen, was wir Vietnam, was wir auch dem Dollar schuldig sind. Für beides gilt Rücksicht und Hilfe. Beides — für uns — allein durch friedliches Tun" [253]).

Das außerordentliche Credo des Rainer Barzel ist durch territorialen Revisionismus, politischen Nationalismus und den offensiven Versuch der dauernden Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten gekennzeichnet. Drei Sätze aus seinem letzten Buch [254]) zu diesen Prioritäten: „Wir leben in einer Welt, die Ruhe haben will, weil sie Frieden braucht; die zu dem Glauben neigt, der Status quo könne dies auf Dauer gewährleisten. Unsere Politik ist aber so anspruchsvoll, Veränderungen zu wollen, ja wollen zu müssen." „Man sagt, wirtschaftlich und sozial seien wir ein Riese, politisch ein Zwerg. Diese Aussage ist bitter, sie ist übertrieben, aber sie hat leider einen wahren Kern. Auf die Dauer ist es nicht gut, ökonomisch in der Spitzengruppe der Welt und politisch knapp im Mittelfeld zu sein." „Die deutsche Politik muß in Mittel- und Osteuropa aktiv tätig sein. Wir wollen überall in Europa und auch dort präsent sein, wo Kommunisten regieren."

Barzel hat sich nie festgelegt, auf welche Weise er den territorialen Status quo in Europa verändern will; er vermied es z. B. auch, in dem längeren innerparteilichen Streit zwischen „Gaullisten" und „Atlantikern" eindeutig Stellung zu beziehen. Noch variabler ist Barzel in eher technischen Verfahrensfragen; festgelegt ist er nur, soweit das Prinzip der militärischen Drohstärke betroffen ist. Da läßt er sich von niemandem übertreffen — auch, was die Atombombe angeht. In der Debatte über die Regierungserklärung Anfang Dezember 1965 forderte Barzel unter gedämpftem Trommelwirbel die Bombe für Westeuropa: „Unsere Sicherheit erfordert — unbeschadet der besonderen Rechte der USA — die Teilhabe am nuklearen Entscheidungsprozeß und dessen Voraussetzungen. Wir bleiben bereit und interessiert, uns an einer relevanten atlantischen nuklearen Organisation zu beteiligen" [255]). Seit Barzel in die mittlere Führungsschicht der CDU/CSU aufgestiegen war, also bald nach seinem Einzug in den Bundestag, hat er eine Außenpolitik verfochten, die „von dem Streben nach der Anullierung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und der Wiedererringung verlorengegangener Machtpositionen, auch um den Preis eines nuklearen Vernichtungskrieges, diktiert" war [256]). Diesem Geist gemäß lobte er die hinhaltend-ablehnende Taktik Bundeskanzler Kiesingers gegenüber dem Atomsperrvertrag, weil so „mitteleuropäische Fragen" „im weltpolitischen Dialog" eine Rolle spielten und das eine Möglichkeit sei, „die deutsche Frage" „in den weltpolitischen Dialog"

251) Vgl. R. B., Rede in Washington (Anm. 45), S. 404 ff.
252) Rolf Zundel, Rainer Barzel — neuer Kanzlerkandidat, in: Die Zeit, 18. 9. 1970, S. 2.
253) R. B., Rede in Washington (Anm. 45), S. 406.
254) R. B., Gesichtspunkte eines Deutschen (Anm. 79), S. 18, 106, 222.
255) Zit. nach Seeliger (Anm. 7), S. 98 f.
256) „Dokumentation der Zeit", H. 330 (1965), S. 27.

einzuführen [257]). Klar ist auch immer wieder bei Barzel wie bei der CSU/CDU: „Wir wollen im Dienst der Freiheit und Europas dem Status quo widerstehen und ihn überwinden. Wir wollen gemeinsam einwirken auf die Realitäten im kommunistisch beherrschten Teil Europas" [258]). Später bekräftigte er das und gefiel sich ausdrücklich als weltpolitischer Störenfried [259]): „Wir müssen dies tun. Und dies in einer Welt, die Ruhe will, wenig Aufregung und am liebsten — seien wir ehrlich — wenig Veränderung."

Vorerst schlägt Barzel ökonomische und ideologische Störmanöver vor, um die Feinde aus dem Osten sturmreif zu machen: „Die deutsche Politik muß in Mittel- und Osteuropa aktiv tätig sein, wo Kommunisten regieren ... Ich stimme Prof. Brzezinski zu, wenn er die Zielvorstellung mit den Worten ‚von der Konfrontation zur Kooperation' umschreibt" [260]).

Betrachten wir nun im einzelnen Barzels Vorstellungen über die außenpolitischen Beziehungen der BRD. Zunächst zur UdSSR. In Kritik am damaligen Bundesaußenminister Brandt, der von Schritten zur Normalisierung gesprochen hatte, machte Barzel klar, daß es für ihn so etwas überhaupt nicht geben wird, weil die Beziehung zur UdSSR „ohne Lösung der deutschen Frage (im Sinne der CDU/CSU, d. Verf.) nicht als ‚normalisiert' betrachtet werden könne und dürfe" [261])! Dafür verlangt er Vertrauen von der Sowjetunion: „Sagen, was ist, und sagen, was gemeint und gewollt ist, — allein das gibt Vertrauen" [262])! Darauf folgt weiter in der Pose des Staatsmanns, dem man Porzellan-Zerschlagen einfach nicht zutrauen soll: „Die deutsch-sowjetischen Beziehungen sind im übrigen zu wichtig, als daß irgendwer hier oder dort sie ins wahl- und parteipolitische Spiel bringen sollte" [263])! Nichtsdestotrotz paßt Barzel die ganze Entspannung nicht; denn mit der Normalisierung der Beziehungen der BRD zu den sozialistischen Staaten und insbesondere zur UdSSR schwindet ein in parteichristlichen Wahlkämpfen ungemein hilfreicher angeblich aggressiver Popanz, der auch gegen innere CDU-Gegner zu deren Schaden aufgeputzt werden konnte. Vor einer Normalisierung müsse zudem erst das kapitalistische Kleineuropa geeinigt sein, sagt Barzel: „Die gegenwärtige Bundesregierung sollte nicht übersehen, daß ihre stürmische Ostpolitik um so sicherer in die Sackgasse führen wird, als die notwendige Basis dieser Politik, geordnete Verhältnisse im freien Europa, nicht sichergestellt ist" [264]).

Barzels „Alternative zur Ostpolitik ... heißt Grenzen aufmachen und nicht zementieren" [265]), was sich für den Normalbürger nicht schlecht anhört, für den mit Völkerrecht und der Geschichte der internationalen Politik Vertrauten allerdings sehr [266]). Noch eindeutiger dürfte die Assoziation an eine bei den Nationalsozialisten beliebte außenpolitische Methode bei folgender Barzel-Forderung sein: „Wer von ganz Europa spricht und das friedlich meint, der muß ein gesichertes und wirksames Volksgruppenrecht herbeiführen" [267]).

Auch im Falle der Volksrepublik Polen nimmt Barzel zunächst übel, daß er es dort mit Kommunisten zu tun hat, und weiter, daß sie zu keinen Änderungen der durch die deutschen Aggressionen entstandenen territorialen Ergebnisse des

257) R. B., in: „Deutschland-Union-Dienst", 31. 7. 1969, S. 3.
258) R. B. auf dem Parteitag der CDU in Düsseldorf, 31. 3. 1965.
259) R. B., Rede vor dem Hamburger Überseeclub, zit. n. dpa vom 20. 2. 1967.
260) R. B., Gesichtspunkte eines Deutschen (Anm. 79), S. 222.
261) R. B., in: „Deutschland-Union-Dienst", 31. 7. 1969, S. 4.
262) Ebd.
263) Ebd.
264) R. B., in: „Deutschland-Union-Dienst", 25. 11. 1969, S. 5.
265) R. B., Rede auf dem Parteitag der CSU in München (Anm. 210), S. 20.
266) Vgl. Karl D. Bredthauer, Zur Lage der CDU/CSU nach den Parteitagen, in: „Blätter", 11/1971, S. 1123.
267) R. B., in: Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode, 82. Sitzung, 15. 12. 1966, S. 3711.

Zweiten Weltkrieges bereit sind. „Sicher sind es Realitäten, daß die Polen dort sitzen und Ulbricht da ist, aber ich stimme Erhard zu, wenn er sagt, dies seien Realitäten wie Krankheiten, die man nicht durch Anerkennen, sondern durch Überwinden heilen müsse" [268]). Parteichrist Barzel streift dann die Moral, was sich immer gut ausnimmt — das naheliegende Argument nämlich, daß schließlich Deutschland den Krieg begann und dafür zahlen muß. Das sei eine „nicht zu Ende durchgedachte" Ethik. „Es ist ein Bezahlen des deutschen Schicksals mit dem Schicksal von anderen — nämlich von 17 Millionen, die in der Zone sitzen, und mit dem Rechtsanspruch und dem Eigentum derer, die jenseits von Oder und Neiße noch Ansprüche haben." Der Jesuitenschüler verbindet so Moral, Geschäft und Politik; möglicherweise klingt das nur für Nichtchristen etwas brutal. Im gleichen Aufsatz kommt noch ein typisches Beispiel solcher Moral vor: „Übertrieben (!) große Weizenlieferungen aus dem Westen" in sozialistische Staaten seien gefährlich, weil sie dortige Desintegrationstendenzen „wieder zu stören imstande wären."

In den USA teilte der Jurist Barzel 1966 mit: „Unsere Position in der Grenzfrage entspricht internationalem Recht" — als ob Potsdam nicht gewesen sei und die auch von den Westalliierten akzeptierte Umsiedlung von 1945 ein wieder umkehrbarer Tageseinfall. Nach dem Juristen meldete sich zum gleichen Thema der Christ, der es zum Melodrama macht: „Gerne hätten zum Beispiel die heimatvertriebenen deutschen Katholiken in diesem Jahr in Polen mit den Polen zur Mutter Gottes gebetet und den Dialog des Verzeihens, des Verstehens, der Versöhnung begonnen. Nicht einmal die katholischen Bischöfe durften einreisen. Den Kommunisten liegt nichts an Versöhnung" [269]). So weiß es Barzel. Wir dürfen daran erinnern, daß der deutsche Episkopat den Polen-Feldzug von 1939 unterstützte und in wesentlichen Teilen gegen die Verträge von Moskau und Warschau vehement ankämpfte, die nach Meinung des sogenannten katholischen Vertriebenenbischofs mit Ethik nichts zu tun hätten. Ein im übrigen recht zurückhaltender Kritiker Barzels [270]) brachte vor vier Jahren dessen Polenpolitik auf folgenden gefährlichen Begriff: „Was nun die polnische Westgrenze anbetrifft, so will Ritter Rainer nicht etwa nach Osten reiten; vielmehr ist er entschlossen, mit uns ‚in Neuland vorzustoßen'." Anfang 1971, bei Barzels eigenem „Vorstoß ins Neuland", wurde es peinlich genug. Da sagte der Mann aus dem Land, das das polnische Volk überfallen, ausgeplündert und seine besten Söhne ermordet hat, in Warschau (zu einem polnischen Chefredakteur): „Sagen Sie denen, auf die es ankommt: die Lage der Deutschen in Deutschland muß anders werden" [271]). Die Phrase von den Deutschen in Deutschland war Barzel also selbst in Warschau nicht zu dumm. Wenn sich die Volksrepublik Polen in die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten einmischte, würde das zwar nur dem entsprechen, was Politiker wie Barzel in bezug auf die sozialistischen Staaten dauernd tun — es ist aber auszuschließen. Interessiert war die Volksrepublik allerdings daran, was der Repräsentant der großen westdeutschen Rechtspartei zu den sie angehenden Fragen zu sagen hatte. Es war nichts Neues: Den Vertrag von Warschau spielte Barzel dadurch herunter, daß Vertrag von „vertragen" komme, was ja das Wichtigste sei, und die Vergangenheit bearbeitete er im Stile einer Unbekümmertheit, die bei redlichen Konservativen Kopfschütteln ernten muß.

Hauptziel von Barzels Außenpolitik ist schließlich, „die deutsche Frage offen-

268) R. B., Europapolitik und Wiedervereinigung (Anm. 113), S. 242.
269) R. B., Rede in Washington (Anm. 45), S. 411.
270) Kabeh, Barzels Gesichtspunkte. Ein Buch vom deutschen Wesen, in: Stuttgarter Zeitung, 17. 8. 1968.
271) Zit. nach Jürgen Wahl, Warschauer Impression. Mit Rainer Barzel in der polnischen Hauptstadt, in: Rheinischer Merkur, 29. 1. 1971.

zulassen" [272]), was die Liquidierung der DDR mit Hilfe der Westallianz — und auch mit militärischen Drohungen und mit dem Versuch der Isolierung der DDR von den anderen sozialistischen Staaten bedeutet: „Wer Pankow überwinden will, der muß in Brüssel, der muß in Paris ebenso vorankommen wie in Washington und London. Aber auch in Moskau und Warschau" [273]). Die Mittel für solche Politik nennt Barzel nach der obligarotischen Parallelisierung des Faschismus mit dem Sozialismus in der DDR [274]) und vor einem Streiflicht auf positive Erscheinungen selbst dort („trotz des Zwangs zur Jugendweihe wächst die Zahl junger Kirchgänger" [275]): „Die Wiedervereinigung an sich ist erreichbar, wenn wir ... dieses Ziel gemeinsam mit unseren Verbündeten erstreben, wenn wir ein Bündel interessanter politischer, ökonomischer und auch militärischer Ratschläge schnüren, wenn wir es dann auf den Tisch legen mit der Kraft der Gemeinsamkeit der westlichen Welt" [276]). Gottseidank können hier Kraftworte noch nicht wieder zu Politik werden; beim folgenden Barzel-Spruch dürfte ungute Assoziationen diese Notwendigkeit noch mehr unterstreichen: „Ein vaterlandsloser Schwächling, wer nicht leidet unter der Spaltung des Landes ..." [277]).

Eine Normalisierung des Verhältnisses zur DDR wird von den Barzel-Männern strikt verworfen: „Eine Anerkennung würde ... eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands bewirken" [278]). Denn die „Geschäftsgrundlage" (Barzel) aller CDU-Politik war es nach Barzels Worten, „das Gebilde Zone", das die Sowjetunion „DDR" nenne — selbst die DDR-Verfassung erscheint bei Barzel als „Verfassung" [279]) — rückgängig zu machen [280]). US-Honoratioren teilte er 1966 auch mit: „Die Zone kann aus sich gar nichts. Was sie kann, vermag sie durch die Rote Armee." Und: „Die Zone ist ein Zulieferbetrieb für die Sowjets." Wieso ein jämmerlicher Zulieferbetrieb, der mit Waffengewalt am Produzieren gehalten wird, zehntgrößte Industrienation der Welt sein kann, das durften Barzel-Zuhörer freilich nicht fragen. Auch nicht, wie solche Sprüche zu genau entgegengesetzten von christlich-demokratischen Wahlkämpfern passen, daß die DDR von der Sowjetunion auch heute noch bis zum Geht-nicht-mehr ausgebeutet würde. Es ist müßig, hier nach Logik zu fragen. Auch die Verfolgung der Barzel-Äußerungen dazu bis heute bringt nichts Erhellendes. Seine letzte spektakuläre Aktion zur „deutschen Frage" kam als Auftakt des Landtagswahlkampfes in Baden-Württemberg. Barzels „Stufenplan" für DDR-Verhandlungen [281]), bei dessen Annahme er auch eine andere Einstellung der Parteichristen zum Moskauer und Warschauer Vertrag in Aussicht stellte (und damit indirekt zu den Westberlin-Vereinbarungen), ist eine neue Variante der Ablehnung der Souveränität der DDR, wenn er sie darin auch zum ersten Male als „Realität" anerkannnte. (Typisch allerdings für Barzel, daß er wenige Tage später die DDR wieder mit An- und Abführungszeichen schmückte [282]). Die geforderten „Freizügigkeiten" sind blanke Demagogie, da man genau weiß, welches Ziel Barzel damit verfolgt. Über sie kann auch nicht vor vertraglichen Vereinbarungen mit der DDR über das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander gesprochen werden — „verhandelt" schon gar nicht, weil kein souveräner Staat mit einem anderen über die Beschränkung seiner inneren Entscheidungsfreiheit Verträge abschließt —, was Barzel genau weiß.

272) R. B., Die Rolle der Opposition (Anm. 106), S. 31.
273) R. B., Europäische und deutsche Einheit, in: Politik, 2/1965, S. 20.
274) Vgl. ebd.
275) Ebd., S. 22.
276) Ebd., S. 21.
277) R. B., Die junge Generation gestaltet ihre Zukunft (Anm. 6), S. 19.
278) R. B., in: „Deutschland-Union-Dienst", 26. 3. 1969, S. 1.
279) R. B., in: ebd., 9. 6. 1969, S. 4.
280) Zitate außerhalb der Paranthese aus Barzels Washingtoner Rede (Anm. 45), S. 408.
281) Vgl. „Frankfurter Rundschau", 5. 1. 1972.
282) Vgl. ebd., 14. 1. 1972, S. 2.

Im Gefolge von Strauß sind Barzel und die Führungsgruppen der CDU gegen die Normalisierung der Beziehungen zur DDR und den anderen sozialistischen Staaten und also auch gegen den Geist der Verträge von Moskau und Warschau, gegen das Westberlin-Abkommen der vier Großmächte und eine europäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (ESK). Barzels beliebig ausfüllbare — und darum auch nie erfüllbare — Leerformel von der Verbesserung der Lage „der Deutschen in Deutschland" tut ihm gute Dienste, um die Obstruktionspolitik der Unionschristen günstig verkaufen zu können. Es gibt auch offenere Worte. Im Dezember 1969 wärmte Barzel das Schlagwort „Erfüllungspolitik" der Weimarer Rechtsradikalen auf: „In der Ostpolitik ist die Bundesregierung dabei, die bekannten Forderungen der Sowjetunion zu erfüllen. Ich sehe nirgendwo eine Stelle, an der die Bundesregierung eine Gegenleistung verlangt" [283]).

Aus Moskau, wo Barzel denkbar schlecht wirkte, sowohl was seine Vorbereitung wie Gebote der Höflichkeit [284]) wie auch das korrekte Einhalten völkerrechtlicher Grundsätze betrifft (die DDR nannte Barzel dort „unser Land" [285])), brachte er dann Ende 1971 mit, was vorher ohnehin beschlossene Sache war: die Ablehnung des Vertrages. Seine Partei werde „eine einstimmige negative Haltung" in Bundestag und Bundesrat einnehmen, wenn nicht seine irrationalen und oft wechselnden Bedingungen eingehalten werden. Freilich ist jetzt auch die CDU gezwungen, wie schon — mit bemerkenswerten Ausnahmen übrigens — bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an Bundeskanzler Brandt sichtbar wurde, verbal eine Politik des Ausgleichs und der Versöhnung zu befürworten. Auch die finstere Russenhetze zieht immer weniger, nachdem man weiß, daß die Mehrheit der Bundesbürger Frieden und sichere Grenzen mit den sozialistischen Staaten haben will [286]). So wurden im CDU/CSU-Fraktionsbeschluß nach Barzels Moskau-Tour „die Zielsetzungen der sowjetischen Politik noch nie so positiv bewertet" [287]). Sogar halten will sich die Barzel-Partei an gegen ihren Willen geschlossene Verträge, unternimmt aber gleichzeitig alles, ihren Inhalt auszuhöhlen. Nach dem Scheitern des blanken ‚Nein' war die Taktik zunächst, mit immer neuen und höhergeschraubten Bedingungen die Ratifikation zu verzögern, die Verträge zu verwässern. War es zunächst die „Lage der Deutschen in Deutschland", wozu Barzel auch die Lage der Menschen in Leipzig zählte und worüber es ein BRD-Mitspracherecht geben soll [288]), erzählte er dann landauf landab, er werde als Oppositionsführer nicht genügend informiert, obwohl er gewiß von den Regierungsgeschäften mehr erfährt [289]) als jemals eine CDU-Regierung die Opposition wissen ließ [290]), und darauf, der Warschauer Vertrag brauche eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag, welche unsinnige Grundgesetzauslegung auch von sonst gleichgesinnten Juristen verworfen wird [291]). Einmal forderte er Interpretationen von allen Seiten zum Vertragstext, ein anderes Mal erklärte er

---

283) Zit. nach Goyke (Anm. 7), S. 24.
284) Vgl. Erich Kuby, Mit Nobel und Zobel, in: Stern, 19. 12. 1971, S. 20.
285) Nach ebd. Vgl. zum Moskau-Trip Barzels auch Josef Riedmiller, Große Posen vor Lenin und Ikonen, in: Süddeutsche Zeitung, 13. 12. 1971, S. 5; Heinz Hoffmann, Barzels Mitbringsel von der Moskwa, in: Die Zeit, 17. 12. 1971.
286) Vgl. „Stern", 31. 10. 1971, S. 63 (48 % für den Moskauer Vertrag); ebd., 5. 12. 1971, S. 172; „Berliner-Extra-Dienst", 18. 12. 1971, S. 2 (48 % für die beiden Ostverträge); „Frankfurter Rundschau", 28. 12. 1971, S. 1; dpa, 2. 1. 1972; „Süddeutsche Zeitung", 22./23. 1. 1972, S. 2 (56 % für die Ostpolitik der Bundesregierung).
287) Rolf Zundel, Barzels Nein in Watte, in: „Die Zeit", 24. 12. 1971, S. 4.
288) So R. B. in der Appel-Runde im ZDF am 25. 11. 1971.
289) Zur ausführlichen und regelmäßigen außenpolitischen Unterrichtung Barzels durch die Bundesregierung vgl. die Nachweise bei Heino Kaack/Reinhold Roth, Die außenpolitische Führungselite der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", 15. 1. 1972, S. 47.
290) Vgl. Volkmar Hoffmann, Adenauer unterrichtete nicht mal das Kabinett, in: „Frankfurter Rundschau", 18. 12. 1971, S. 3.
291) Vgl. Edzard Schmidt-Jortzig, Der verfassungsrechtliche Gehalt des Warschauer Vertrages vom 7. 12. 1970 und seine völkerrechtlichen Bezüge, in: „Der Staat", 3/1971, S. 311 ff.

Interpretationen für unwichtig, weil es auf den Text allein ankomme — nicht nur hier ist bereits beim Beschreiben einer Barzel-Taktik diese wahrscheinlich schon veraltet. Später pokerte der Oppositionschef höher und ließ sich eine angeblich lebenswichtige Anerkennung der EWG und des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen (bis hin zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, die freilich durch den Moskauer Vertrag bis auf den Verzicht von Gewalt weder im einen noch im anderen Sinne berührt wird [292]) durch die UdSSR einfallen und produzierte dann seinen „Stufenplan" zur Zurückdrängung der Souveränität der DDR. Im Zusammenhang mit der ‚EWG-Anerkennung' ist es nicht uninteressant, sich eine Barzel-Äußerung aus dem Jahre 1963 in Erinnerung zu rufen. Damals sprach er sich dafür aus, daß die EWG kompetent würde, Handelsverträge abzuschließen, stellte aber zugleich die Frage, was denn sei, wenn „dann die Kommunisten der EWG den RGW" als Vertragspartner gegenüberstellten [293]). Laut Barzel wäre das eine üble Sache, weil dann nicht die machtvolle EWG die sozialistischen Länder einzeln gegeneinander ausspielen könne, zum Schaden des Sozialismus: „Würden wir in diese Lage geraten, wären wir in derselben politischen Situation wie beim Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschau, der Zementierung der deutschen Spaltung. Und auch deshalb müssen wir bis dahin alles pflegen und fördern, was das Bilaterale so stark macht, damit wir die Hoffnung haben können, dann auch noch bilateral spielen zu können. Das ist unser Interesse."

Auch heute kommt noch hier und da die offen nationalistische Demagogie von Rainer Candidus Barzel durch, die er im allgemeinen zugunsten eines mehr staatsmännischen Images stärker unter Kontrolle nimmt. Im Katharinensaal des Kreml, wo Kossygin und Brandt am 12. August 1970 den Vertrag von Moskau unterzeichneten, plauderte er naßforsch: „Keine besonderen Gefühle. Ich bin ja auch in Versailles gewesen" [294]). Damit schloß er sich der deutsch-nationalen Propaganda an, wie sie schon lange vorher vom „Bayernkurier" übers rechtsextreme „Deutschland-Magazin" und zahlreiche „christlich"-konservative Blätter bis hin zur „Deutschen National-Zeitung" (ähnlich übrigens auch der frühere Vatikan-Botschafter Berger [295])) verbreitet wurde. Fest stand jedenfalls auch für Staatsmann Barzel: „Wir alle in der Union haben gegen diesen Vertrag und gegen diese Politik entscheidende Bedenken. Das heißt in der deutschen Sprache: Bedenken, die entscheiden. Und das ist die einstimmige Meinung" [296]). Am 24. Januar 1972 hatte sich die CDU endgültig auf die Ablehnung der Verträge von Moskau und Warschau festgelegt [297]).

Ebenfalls lehnte die Barzel-Union das Westberlin-Abkommen der vier Alliierten ab — Erleichterungen für die Menschen, oft genug gefordert, sind diesen Parteichristen offenbar nur als Forderungen wichtig, die sich politisch ausschlachten lassen; Panik bricht aus, wenn sie erfüllt werden: „die Bundespräsenz wird gemindert, die der Sowjetunion wird vermehrt" [298]). Aber das ist wiederum nur für den Außengebrauch. Schließlich weiß man, daß z. B. die Westberliner Industrie dem sowjetischen Generalkonsulat applaudiert, weil sie dadurch direkte Gesprächspartner für Ostgeschäfte vor der Tür hat.

Die Christenunion war in einer komplizierten außenpolitischen Lage, weil sie

[292]) Zu seinem Bedauern gelang es Barzel in Moskau nicht, etwas zu hören, das er als ein „Moskauer Wiedervereinigungsverbot" hätte auslegen und -walzen können. Vgl. „Der Spiegel", 20. 12. 1971, S. 23.
[293]) R. B., Europapolitik und Wiedervereinigung (Anm. 113), S. 245.
[294]) Zit. nach Hermann Schreiber, „Ich bin ja auch in Versailles gewesen", in: „Der Spiegel", 20. 12. 1971
[295]) Vgl. ebd., 27. 12. 1971, S. 31.
[296]) Nach „Die Zeit", 10. 12. 1971, S. 2.
[297]) Vgl. „Frankfurter Rundschau", 25. 1. 1972; „Die Welt", 25. 1. 1972.
[298]) R. B. nach „Die Zeit", 10. 12. 1971, S. 2.

all das als Vorleistung an den Bolschewismus bezeichnet, was selbst Richard Nixon und Edward Heath gutheißen, die auch ein Barzel seiner Wählerschar nicht als fellow travellers in Moskaus Diensten vorstellen kann. Ihr Nein zu den Ostverträgen setzt sie auch in Gegensatz zur NATO und ist „derzeit die stärkste Belastung für das westliche Bündnis" [299]), weil es die zunehmende Desintegration des Westpaktes fördert. Aber auch dazu hat man sich schon frühzeitig kluge Gedanken gemacht. Barzel-Freund Dieter Cycon sagte es in der „Welt" [300]): Zwar seien die Ostverträge von vorn bis hinten schlecht und verwerflich, doch sei ihre Faktizität für das „komplizierte Geflecht der internationalen Beziehungen" bereits konstitutiv geworden. Die bei vollständiger Ablehnung entstehende „Doppelkrise" der Union gegenüber Osten und Westen würde sie kaum meistern. Deshalb müßte die CDU im Prinzip ja sagen, aber so hohe Zusatzforderungen stellen (die faktisch auf neue Verträge hinauslaufen), daß dann bei einer Krise nicht die BRD, sondern die UdSSR vor der „Weltöffentlichkeit" als „Friedensstörer" dastände.

Ein anderes Aktionsfeld der außenpolitischen Konfrontationspolitik Barzels betrifft die Ablehnung der Europäischen Sicherheitskonferenz. Sie sei zwar „eine Konzeption, zu der ich grundsätzlich ja sage. Zu der ich freilich nein sagen würde, wenn sie nur die Absicht verbergen sollte, die vorhandenen Institutionen des freien Europas auszuhöhlen, zu untergraben und zu überwinden" [301]). Als die Konferenz noch weit entfernt war, hatte Barzel sie noch positiver gesehen und als Vorbedingung nur die Aufgabe des Widerstands der UdSSR gegen „volle Beziehungen mit allen Staaten Mittel- und Osteuropas" und „ein innerdeutsches Gespräch" genannt [302]). Die Taktik des Ja-, Jein- und Neinsagens plauderte er offen aus: „Eine Zeitlang war es im Westen möglich, das Nein zu einer solchen Konferenz mit der Forderung zu begründen, die USA und Kanada müßten dabei sein. — Inzwischen ist klar, daß die verantwortlichen Kommunisten, welche diese Konferenz wollen, die Teilnahme dieser beiden für die Sicherheit Europas wesentlichen Staaten nicht mehr ablehnen" [303]). Die Entspannungsgegner mußten sich also neue Argumente für die ohnehin klare Ablehnung einfallen lassen. Am leichtesten war da der Gegenvorschlag, daraus ein unverbindliches round-table-Gespräch nach dem „Modell des Regensburger Reichstages" [304]) zu machen und gemeinsamen Waren- und Zahlungsverkehr zu fordern [305]), was man ja bei Annahme immer noch durch unannehmbare Vorbedingungen höherschrauben kann. Man sieht auch nicht, weshalb eine Politik, die sich klar zum Prinzip militärischer Stärke bekennt, eine solche Konferenz gebrauchen könnte: „Wir erstreben eine europäische Friedensordnung. Ein europäisches Sicherheitssystem ist nur ein Teilaspekt, aber eine wichtige Sache. Wie die Dinge liegen, beruht unsere Sicherheit auf unserem Bündnis" [306]). „Die fundamentalste Bedingung der europäischen Sicherheit ist — wie die Dinge liegen — die unverminderte Anzahl und die Schlagkraft der Truppen der USA in Mitteleuropa" [307]). Unter einem „europäischen Sicherheitssystem" versteht Rainer Barzel endlich die juristische Festschreibung von „Spannung, Teilung, Rivalität und Gegensatz" [308]). Als sein Weihnachtsgeschenk für die UdSSR und deren Mitwirkungsbereitschaft an einer umfassenden Regelung für Sicherheit und friedlicher Zu-

299) Günter Gaus, Die Anerkennung der DDR, in: „Der Spiegel", 6. 12. 1971, S. 24.
300) „Die Welt", 15. 11. 1971.
301) R. B., in: „Die Zeit", 10. 12. 1971, S. 2.
302) R. B., Interview, in: „Süddeutsche Zeitung", 2./3. 8. 1969, S. 8.
303) R. B., in: „Deutschland-Union-Dienst", 8. 12. 1969, S. 1.
304) R. B., in: ebd., S. 4.
305) Vgl. ebd.
306) R. B., in: „Deutschland-Union-Dienst", 9. 6. 1969, S. 2.
307) Ebd.
308) Ebd.

sammenarbeit in Europa stellte Barzel 1971 die Dinge auf den Kopf und stellte dieses Konzept als „sowjetische Propaganda" hin, die letztlich dem Ziel einer friedens- und entspannungsfeindlichen sowjetischen „Penetrationspolitik" gegen Westeuropa diene [309]).

Eine Analyse der CDU-Europapolitik anhand der Absichtserklärungen und der praktischen Politik ihres Vorsitzenden Barzel ergibt, daß die eben zitierten starken Worte eher die eigene Position als die der Sowjetunion charakterisieren: eine Konfrontationspolitik des kapitalistischen Westeuropa gegen die sozialistischen Staaten Europas. Dazu soll die „Integration" vorangetrieben werden, dazu sollen weitere Staaten einbezogen werden. 1969 fand es Barzel [310]) „fundamental uneuropäisch, nicht einmal Gespräche mit den Beitrittswilligen aufzunehmen" [311]). Der Zweck ist dabei nicht nur ökonomischer, sondern vor allem politisch-militärischer Art: „Die EWG führt nicht automatisch zur so dringend notwendigen politischen Zusammenarbeit der Europäer. Das bedarf eines neuen, eigenen Impulses" [312]). Und wenn sich das kapitalistische Europa nicht politisch einig sei, „geht die Weltpolitik an uns vorbei" und sogar „gegen uns" [313]). So meint Barzel auch immer nur Westeuropa, wenn er von Integrations- und Zusammenarbeitsplänen spricht: „Die Vereinigung des freien Europa ist die Lebens- und Friedensbasis für alle Menschen dieses Kontinents" [314]). Das betont er auch mit Hinweis auf die technologisch höherentwickelten USA: „Wir alle brauchen Europa. Diese Politik ist ohne Alternative!" [315]) Leicht herzustellen ist für Barzel die Verbindung der Westeuropa-Idee zu den klassischen Zielen des CDU-Staates. Er betonte einmal, „daß europäische Integration und Wiedervereinigung Deutschlands zwei Seiten derselben Medaille sind; daß beide Ziele zugleich im Grundgesetz angesprochen sind" [316]). Dazu würden sich durch den Eintritt Großbritanniens in die EWG „als Partner der USA auch die Positionen gegenüber dem Osten generell und in der deutschen Frage speziell verbessern". Gegenüber den sozialistischen Staaten schlägt er in vornehmer Zurückhaltung allgemein „kultivierte Aktivität" und speziell die Unterstützung „kommunismusimmanenter Kritik" vor, damit diese Länder vom Sozialismus abgebracht, auseinanderdividiert und geschwächt werden können.

1967 forderte Dr. Rainer Barzel [317]), daß der Atomsperrvertrag eine westeuropäische „Atommacht" nicht verhindern dürfe — also klar seine Ablehnung. Vier Tage vorher hatte er in einem Fernsehinterview vorgegeben, daß bei Unterzeichnung dieses Vertrages die Vollbeschäftigung nicht mehr gewährleistet sei. Man sieht, daß Barzel nicht wählerisch ist, wenn es gilt, den neuen und alten Nationalismus des „Europa"-Gedankens mit allerlei Rationalisierungen zu verdecken. Die vordergründigen Argumentationen für die vereinigten kapitalistischen Staaten von Westeuropa wechseln bei ihm und seinen Mitstreitern schneller als die Jahre, was nicht heißt, daß die dahinterstehende Konzeption nicht ernstzunehmen ist. Seine agitatorischen Gruselstücke sind es nur unter dem Gesichtspunkt der Verängstigung und Verdummung von Wählern und CDU-Hintersassen, denen er z. B. seinerzeit die Notwendigkeit der europäischen Einigung mit der „Aggressivität Rot-Chinas" näherzubringen suchte [318]).

309) R. B. in der französischen Zeitschrift „Preuves". Vgl. „Frankfurter Rundschau", 23. 12. 1971, S. 2.
310) R. B., in: „Deutschland-Union-Dienst", 14. 7. 1969.
311) R. B. wiederholte seine sprachliche Neuschöpfung ebd., 8. 12. 1969, S. 1.
312) R. B., in: ebd., 14. 7. 1969, S. 2, und fast wörtlich übereinstimmend 25. 11. 1969, S. 3.
313) R. B., in: ebd., 14. 7. 1969, S. 2.
314) R. B., in: ebd., 25. 11. 1969, S. 2.
315) R. B., in: ebd., S. 4.
316) R. B., Europapolitik und Wiedervereinigung (Anm. 113), S. 237.
317) Nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 20. 2. 1967.
318) R. B., Auf dem Wege in die Neue Wirklichkeit (Anm. 108), S. 215.

X

Die politische Persönlichkeit Barzels wird aus seinem Werdegang und der dargestellten Programmatik sichtbar; hier soll kurz zusammengefaßt werden. Der Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes (seit 1969), zuerst halblinks und klerikal, dann rechtsaußen und klerikal, darauf in einer Mittelposition in der CDU, heute wieder rechtsaußen, „gehört zu der Gruppe katholischer Politiker, die sich alljährlich am Bußtag im rheinischen Dominikanerkloster Walberberg zur ideologischen Ausrichtung treffen" [319]).Über das und seinen militanten Antikommunismus hinaus und über das Bestreben, die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse effektiv zu konservieren und selbst dabei einer der wesentlichen Macher zu sein, sind bei Barzel keine Leitprinzipien zu entdecken. Für die „Zeit" [320]) war er „ein Karriere-Mann, ein militanter Politiker, der geborene Manager, humorlos, kalt, berechnend ..." In der CDU sprach man sinnig vom „Barzel von Schirach" und dem „Felix Krull der Politik". Für Heinrich Böll gehört er zu den „auf Adenauer synchronisierten" „vier großen Grinsern" (dazu: Strauß, Dufhues, Jäger), welche „Menschenverächter" „zur Nihilisierung der Demokratie" beitragen [321]). Max von der Grün [322]) nannte seine „Arroganz" „peinlich", seine Rolle die eines Schauspielers, der ab und zu einen Auftritt haben muß, und seine Phrasendrescherei nach „Oberlehrerart" „widerlich". Ein SPD-Informationsdienst [323]) schulte Funktionäre mit folgender Charakteristik des Vorsitzenden: „Herr Barzel ist ein Opportunist ohne politische Grundsätze ... Barzel gilt als arbeitnehmerfeindlich. Nur ein ganz kleiner Bruchteil unserer Bevölkerung glaubt ihm, etwas für Arbeiter und Angestellte tun zu wollen. Er ist abhängig von Strauß. Er polemisiert. Er hört sich gern reden und ist maßlos ehrgeizig. Man kann ihm nicht trauen. Ein Kohl-Anhänger hat es in Anlehnung an Kennedys Wahlkampf gegen Nixon so gesagt: ‚Würden Sie von Barzel einen Gebrauchtwagen kaufen?' Die CDU hat in Bremen die Quittung für Barzels Wahl bekommen." Das populäre Bild vom autoritären Radfahrer charakterisiert unseres Erachtens Barzel am besten. Im Wahlkampf fehlte 1965 „niemals der Hinweis auf das große Vorbild Kennedys, ‚dem ich damals als gesamtdeutscher Minister bei seinem Besuch in Berlin nahe, sehr nahe sein konnte.' " [324]). 1966 sah sich die CDU übel behandelt, als Alexander Mitscherlich im Fernsehen [325]) ihren jungen Helden mit Hilfe psychoanalytischer Kategorien untersuchte.

Was den Inhalt betrifft bei Barzels Reden und Wirken, so ist da immer wenig Konkretes auszumachen, wie wir gesehen haben — auf keinen Fall Konkretes für das Wohl der Mehrheit des Volkes, der abhängig Arbeitenden. Mit dieser Einschränkung ist der Charakterisierung des „Banausen" durch Augstein [326]) zuzustimmen: „Bis jetzt hat er nichts anderes betrieben ... als seine Karriere. Keinen Gedanken hat er in die politische Diskussion gebracht, der nicht entbehrlich gewesen wäre, keine Richtlinie gegen Widerstand durchgezogen, keine irgendwie bemerkenswerte Rede gehalten, wohl aber jedes Entweder-Oder in ein Sowohl-Als-Auch umfrisiert." Als „Mann des Jahres" des „Stern" antwortete er

319) Goyke (Anm. 7), S. 23.
320) Zit. nach Seeliger (Anm. 7), S. 10.
321) Nach „Der Spiegel", 49/1965.
322) Max von der Grün, Halbzeit oder die arme CDU/CSU, in: „Spontan", 12/1971, S. 20 f.
323) „intern", zit. nach „Der Spiegel", 25. 10. 1971, S. 24.
324) Nach „Süddeutsche Zeitung", 16. 9. 1965.
325) Report (ARD), teilweise nachgedruckt in: „Die Zeit", 18. 3. 1966.
326) Rudolf Augstein, Wäre Barzel denn richtig?, in: „Der Spiegel", 21. 2. 1966, S. 19.

auf die Frage, ob er die Macht liebe: „Es geht mir nicht um die Macht. Es geht mir um die Wirkung. Ich will Dinge durchsetzen, die ich für gut und für richtig halte" [327]). Aus allem, was Barzel sagt, ist aber als konsistent nur die Interpretation von „gut und richtig" zu gewinnen, derzufolge es gut ist, daß die Deutschnationalen die BRD beherrschen, und richtig, daß Rainer Barzel ihren Kurs bestimmt, daß also im Grunde Barzels „Engagement vorwiegend Funktion seiner Karriere" ist [328]).

Barzel ist der Rollenspieler par excellence genannt worden, der keine Masken trägt, weil er sie entbehren kann. „Denn sein Gesicht paßt immer" [329]). Seine Phrasen passen immer und nie: „Eine ausgezeichnete fundamentale Frage, wahrlich einer Antwort würdig" [330]). Insofern ist er kein Sondertyp in einer Gesellschaft, die viele Barzels hat: „Sie wirken als Breitwand-Helden in einer Welt, der sie mit Erfolg ein neues Bedürfnis vermitteln: Härte mit Herz" [331]).

Sprache verrät, und die Inhaltlosigkeit der Sprache, die „Verflüchtigung in rein ätherische Gefilde höchster Sinnentleerung", das „Reden in tautologisch sich selbst bestätigenden Sätzen" [332]), entspricht einer Politik, die abgesehen von ihren grundsätzlichen Klassenpositionen unberechenbar ist. Ein Bonner Beobachter [333]), der der CDU nahesteht, charakterisierte Barzel als „Meister der Unverbindlichkeiten, der meist mehrfach auslegbaren politischen Phrase, die viel und gar nichts besagen kann. Seine Sprache ist glatt und gleitend, gefüllt mit Formeln des Ausgleichs."

Einem Sprachanalytiker [334]) fiel Barzels dichotomisches Welt- und Gesellschaftsbild auf, das die Menschen nach oben und unten und mehr noch nach gut und böse einteilt. Sein oftmals verwendetes „Wir" identifiziere Christentum, Regierung (das war 1965), Volk, CDU und Staat mit allen guten Werten [335]); die Gewerkschaften tauchen eher als Störenfriede auf, und das Gegenteil des Guten und Wahren wird unter „Sozialismus" oder „Kommunismus" vereinnahmt: Inbegriffe des Bösen, Unbekannten, Dämonischen und Aggressiven [336]), welche Schablonen um so brauchbarer sind, als sie zwar regelmäßig mit militärischen Termini eingeführt werden [337]), aber „vieldeutig und undifferenziert" bleiben [338]). Barzels Sprachmuster sind nicht der Gesellschaft als Menschenwerk angemessen, sondern organologisch-naturhaft-klinischer, bestenfalls militärischer Art [339]), sein Geschichtsverständnis ist schicksalhaft, als werde Geschichte von höheren und undurchschaubaren Mächten gesteuert [340]). Hell aber strahle aus Chaos, Sozialismus und Anarchie das „Reizwort" [341]) „Freiheit": „Auf innenpolitischem Gebiet steht ... (es) für die Freiheit der Unternehmer, die durch die Sozialisten bedroht ist. Die unternehmerische Freiheit wird ausdrücklich als Teil der westlichen Freiheit eingegliedert, damit wird sie rhetorisch unangreifbar gemacht" [342]).

327) Nach: „Stern", 1/1966.
328) „Der Spiegel", 17. 4. 1963, S. 21.
329) Hermann Schreiber, Der junge Mann und das Mehr, in: ebd., 21. 3. 1966, S. 47.
330) Zit. nach J. Gundlach, Der Wahlkampfstil des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden, in: „Die Welt", 10. 9. 1969, S. 6.
331) Hans-Joachim Noack, Ein bißchen Kommissar und ein bißchen Jesus People, in: „Frankfurter Rundschau", 6. 10. 1971, S. 3.
332) So in bezug auf Barzel Hans-Gerd Schumann, Die ideologische Handhabung der Sprache: Technokratischer und revolutionärer Jargon in der Bundesrepublik, in: Lothar Romain, Gotthart Schwarz (Hrsg.), Abschied von der autoritären Demokratie? Die Bundesrepublik im Übergang, München 1970, S. 168 ff. (183).
333) Rudolf Strauch, Barzel macht's möglich, zit. nach Christian Götz, Prototyp des politischen Managers, in: „solidarität", 10/1970, S. 159 ff.
334) Zimmermann, Die politische Rede (Anm. 108).
335) Vgl. ebd., S. 28 f., 38, 99.
336) Vgl. ebd., S. 40 ff.
337) Vgl. ebd., S. 42.
338) Ebd., S. 44.
339) Vgl. ebd., S. 59 f.
340) Vgl. ebd., S. 49 f.
341) Ebd., S. 47.
342) Ebd., S. 46.

afrika heute

in der deutschen und internationalen Politik

Afrika heute — wirtschaftlicher und politischer Hinterhof eines Groß-Europas?

Namibia-Uran. Cabora Bassa-Geschäft. Rhodesien-Separatismus. Befriedigung durch Apartheid. Und Söldner. Und Entwicklungshilfe. Und das Einpressen in das dirigierte Kalkül des Weltmarktes und seine Arbeitsteilungen.

Oder:
„China in Afrika"? Disziplinierung. Kulturrevolution. Udjamaa.
Also: Antirassismus, Antiimperialismus, Dekolonisation.
Also: Nationale Selbstartikulation. Vielleicht sogar — Revolutionäre Gewalt?

Stellen SIE sich der Diskussion!

Wir bieten Ihnen ein Forum dafür. Und die Hintergrundinformation. Alle 14 Tage neu: überblicken Sie die wichtigsten Ereignisse und ihre Resonanz.

Unser Standpunkt?

afrika heute veröffentlichte exklusiv:
die Stellungnahme der VDW *) zu Cabora Bassa. Rassismus auf der Olympiade: 1936 applaus — 1968 skandal — 1 9 7 2 ??

afrika heute liegt im Blickpunkt dieses Europa von morgen. Und umgekehrt. Welche Perspektive Sie auch wählen.

Darüber schreiben wir ein politisches Magazin. 14tägig. Zweimal im Monat übersehen Sie die politischen Ereignisse und ihre Resonanz. In Afrika. Und in Europa. Bei uns.

Berichte ... Interviews ... Background ... Medienanalysen ... Buchbesprechungen ... Und anderes.

Schreiben Sie uns.

afrika heute, Redaktion, 53 Bonn, Markt 10—12. Ruf (02221) 63 12 77/8
Jahresabonnement (26 Hefte) DM 60,—
Studenten, Lehrlinge, Schüler, Wehrpflichtige DM 30,—.

*) Vereinigung deutscher Wissenschaftler, Hamburg.

Die Schlußfolgerung, Barzel am besten dadurch gerecht zu werden, wenn man ihn als Exponenten der westdeutschen Rechtskräfte interpretiert, dürfte einleuchten. 1950 noch wandte er sich gegen betontes Nationalbewußtsein [343]), 1952 verurteilte er „Nationalismus" und „nationalistische Instinkte" [344]). Aber 1962 war das endgültig anders: Gerade „nach christlichem Verständnis" müsse das „bei vielen in unserem Volk unterentwickelte National- und Staatsbewußtsein" gestärkt werden [345]). Vor allem durch die Verstärkung nationaler Symbole und staatlicher Machtbefugnisse. Das Herausschieben von Barzels endgültiger Nominierung zum Kanzlerkandidaten durch Strauß zeigte klar, wo die stärksten Barzel-Stützen anzusiedeln sind [346]). Zum Jahresende 1971 war er schon völlig auf der vorher von ihm eine Zeitlang gemiedenen Rechtsaußenposition des politischen Spektrums in der BRD und behauptete, durch die Ostpolitik der Bundesregierung würden „wesentliche deutsche Interessen vernachlässigt" und die Beziehungen zu den Westmächten verschlechtert („Keime eines gefährlichen Mißtrauens"). Die CDU wolle, auch wegen der verfehlten Wirtschaftspolitik, daß 1972 die westdeutsche Politik „wieder Boden unter die Füße bekommt" [347]). Dabei weiß Barzel, daß weder diese noch sonstige Regierungen im System der kapitalistischen ‚Marktwirtschaft' für Preise, Investitionen und Inflationen kompetent waren oder sind und seine Kassandra-Rufe insoweit geradezu die Funktion haben, unternehmerische Preiserhöhungen und teilweise auch Investitionsstreiks zu provozieren und der sozialliberalen Koalition zur Last zu legen. Ähnlich dazu etwas später Barzels Dummenfang mit dem Verdacht, Kräfte in der sozialliberalen Koalition schürten die schleichende Inflation, um damit das System der sozialen Marktwirtschaft überwinden zu wollen [348]). Ein paar simple Überlegungen ergeben, daß nur die großen Sachwertbesitzer an inflationären Entwicklungen profitieren — genau die also, deren Interessen die Barzel-Partei vertritt.

Barzel fand es noch 1969 „eine beleidigende Unterstellung, zu sagen, wir versuchten Rechtsradikale noch rechts zu überholen" [349]). Es kann aber keinen Zweifel daran geben, daß bei einer Kanzlerschaft Barzels ein verschärfter Rechtskurs die Gesellschaft der BRD noch mehr in Beherrschte und Herrschende, in Reiche und Minderbemittelte trennen würde; daß es mit den zaghaften Versuchen einer emanzipatorischen Bildungsreform vollends vorbei wäre; daß die Schere zwischen privatem Reichtum in wenigen Händen und öffentlicher Armut zu Lasten der Mehrheit des Volkes noch weiter würde. Geradezu halsbrecherisch für unser Land wäre die Rückkehr der extremen Rechtskräfte zur Regierung in außenpolitischer Hinsicht, war es doch schon immer ein Charakteristikum der deutschen Rechten, nicht nur nationalistische Politik auf Kosten anderer zu treiben, sondern dabei auch noch die realen Kräfteverhältnisse falsch einzuschätzen. In der theoretischen Zeitschrift der SPD [350]) wurde kürzlich dargelegt, „daß es keine Gemeinsamkeit mit der ideologischen Plattform der restaurativen Kräfte geben kann". Es wäre angesichts der Kräfteverhältnisse innerhalb der SPD illusorisch, dieses Statement wörtlich auf die Innenpolitik zu beziehen, die von der SPD derzeit erwartet werden kann; die Verwässerung der von den Rechtskräften inszenierten Konfrontation auf außenpolitischem Gebiet

343) Vgl. R. B., Souveränität und Freiheit (Anm. 201).
344) R. B., Die deutschen Parteien (Anm. 135).
345) R. B., „Mater et magistra" (Anm. 115).
346) Vgl. Bredthauer (Anm. 277), S. 1118 ff.; Conrad Taler, Das Verhältnis der CSU zur CDU, in: „Neue Rundschau", 2/1971, S. 338 ff. Zur demütigenden Hinhaltetaktik des anderen Vorsitzenden vgl. bes. Carl-Christian Kaiser, Weiter im Wartestand, in: „Die Zeit", 12. 11. 1971.
347) Zit. nach „Frankfurter Rundschau", 31. 12. 1971, S. 2.
348) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 24. 1. 1972, S. 1.
349) Barzel-Interview, in: „Süddeutsche Zeitung", 2./3. 8. 1969, S. 8.
350) Editorial, in: „Die Neue Gesellschaft", 11/1971, S. 684.

würde jedoch die SPD als eine Alternative vollends unglaubwürdig machen. Im Zusammenhang mit der Feststellung, daß die „Nazizeitung" des Dr. Frey aus München Strauß mit Recht als einen der Ihren sehe und der CSU-Führer nach Hitler die expansive außenpolitische Tradition Wilhelms II. fortsetze, heißt es in der zitierten Ausgabe der „Neuen Gesellschaft" [351]) über die Rechtskräfte in den Unionsparteien: „Natürlich wird bei jeder Gelegenheit gegen die ‚Auswüchse' des Hitlerismus Stellung genommen. Man hüllt sich sogar ... in ein ‚prosemitisches' Mäntelchen und besitzt die Unverfrorenheit, im Ausland das Gerücht zu verbreiten, die sozialliberale Regierung sei antisemitisch und antiisraelisch eingestellt. In Wirklichkeit aber geht es Franz Josef Strauß und Dregger und Werner Marx und Axel Cäsar Springer, zum Teil aber auch Rainer Candidus Barzel, um die Konzeption einer Deutschlandpolitik, die dieses Volk zweimal in furchtbare Katastrophen trieb."
Jedem potentiellen Barzel-Wähler sollte das klargemacht werden, vor allem den christlichen Arbeitnehmern, die als Christen und als Lohn- und Gehaltsabhängige mit diesem Mann, seinem Programm und seinen Interessen nichts gemeinsam, aber vieles zu verlieren haben.

XI

Diese Arbeit wurde vor der Bundestagsdebatte um die Ratifizierung der Ostverträge abgeschlossen. Aufgrund der Ereignisse seit Ende April sei — am Tage der Zustimmung des Bundestages zu den Verträgen der BRD mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen (17. Mai 1972) — ein Nachwort angefügt. Sie zeigen, wie heterogen, gefährlich und taktisch klug die Kräfte der Rechtsunion CDU/CSU sind, wie wenig kalkulierbar deren Vorgehensweise und wie schwankend darin die Stellung Barzels ist.

Die komplizierte Lage der CDU/CSU, aus ökonomischen Gründen für die Ostverträge zu sein, aus politischen dagegen, wurde seit dem Frühjahr 1972 weiter dadurch verschärft, daß auch die Staaten der NATO unverhohlen Druck zugunsten der Verträge ausübten, daß die Westberliner — zumal nach den Erfahrungen der Besuchs- und Reiseerlaubnisse durch die Regierung der DDR — bei einer Ablehnung der Verträge der CDU/CSU den Rücken gekehrt hätten und daß sich schließlich, unübersehbar nach dem mißglückten Kanzlersturz, Kräfte der Basis formierten, um den Mehrheitswillen der BRD-Bevölkerung nach Ausgleich mit den sozialistischen Staaten zum Ausdruck zu bringen.

In der Person Barzels kulminierten diese Probleme. Als Integrationssymbol und Hauptdarsteller des Wahlvereins der bürgerlich-konservativ-rechtsradikalen Christenunion mußte er zwischen „So nicht" und „Anders vielleicht doch" schwanken; als Kanzler in Hoffnung mußte er vermeiden, bei Regierungsantritt vor einem außenpolitischen Scherbenhaufen und innenpolitischer Unglaubwürdigkeit zu stehen. Trotz einigen Erfolgen beim Umpolen der „Gewissen" von Abgeordneten der Koalitionsparteien schlug die eleganteste Lösung fehl: Kanzlersturz, einige Reisen Barzels, einige „neue" Interpretationen und dann die Ratifizierung der Verträge. Die dann sich ergebende Möglichkeit hat Barzel bis zum Umfallen ausgenutzt (wobei sich zeigte, daß er nicht der „durchtrainierte Kämpfer" ist, als den ihn die „Welt" noch am 6. Oktober 1971 feierte — wiewohl in CDU-Kreisen geargwöhnt wurde, daß selbst sein mitleiderweckendes Beinahe-Zusammenbrechen Taktik gewesen sei): das geschäftige Suchen nach „Gemeinsamkeit",

351) Leo Bauer, Die Herausforderung oder Wie schwach ist die Sozialdemokratie?, in: „Die Neue Gesellschaft, 11/1971, S. 687.

das bei Deutschnationalen immer dann beginnt, wenn sie selbst in einer Krise sind. Obwohl die Verträge seit zwei Jahren bekannt waren, wurde dem Volk und besonders dem CDU/CSU-Fußvolk eine intensive Beschäftigung mit jedem Komma vorgegaukelt, damit ein Ja der CDU/CSU aus dem Geruch des „Umfallens", hierzulande oft als Kurzbezeichnung für Lernfähigkeit gebraucht, kommen sollte.

Am Ende dieser von Strauß forcierten, von Barzel mitgemachten Taktik stellten sich mehrere Verlierer heraus (während innenpolitisch-wahltaktisch das Rechtskartell unter Führung der CDU/CSU, personifiziert durch Strauß, gewonnen hat), wozu neben der Glaubwürdigkeit des Parlamentarismus in der BRD (das Schicksal wichtiger politischer Vorhaben hing ja u. a. vom „Gewissen" einiger Überläufer ab) und des Ansehens der westdeutschen Außenpolitik auch Barzel selbst gehörte. Er war weder physisch, noch auch psychisch und taktisch in der Lage, Integrationsfigur der Unionsparteien zu sein oder auch nur zu spielen. Die Flügel dieser Parteien sind weiter denn je voneinander entfernt, einig nur im Negativen, dem Sturz der sozialliberalen Koalition und der Verhinderung von demokratischen Reformen. Die CSU-Drohungen auf Ausweitung auf die gesamte BRD und Westberlin werden schon so offen debattiert, daß Springers „Welt" einen Tag vor der letzten Lesung der Ostverträge (16. Mai) langatmig zur Zurückhaltung mahnte. Barzels Gegner scheinen z. Z. die CSU, die in der Nacht vor der Bundestagsabstimmung die Stimmenthaltung der Mehrheit der Unionsabgeordneten mit der Drohung auf Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft erzwang, aber auch der liberale Flügel der CDU (besonders die Abgeordneten aus Hamburg) und große Teile der Sozialausschüsse zu sein, die vor der Öffentlichkeit beispiellos unglaubwürdig wurden, weil sie erst ihr Ja ankündigten und dann zu dem meistdiskutierten politischen Problem der letzten Jahre keine Meinung mehr haben durften. Es ist nicht mehr sicher, ob Barzel Kanzlerkandidat bleibt. Strauß gab Barzels Kanzlerkandidatur bekannt, Stücklen und Strauß machten die Öffentlichkeit mit dem Mißtrauensvotum gegen Kanzler Brandt vertraut. Die CSU und der rechte CDU-Flügel könnten Barzel in relativ kurzer Zeit auch wieder soweit herunterwirtschaften, daß ein neuer Kandidat — standfester, publikumswirksamer und noch Strauß-höriger als der angeschlagene Barzel — noch rechtzeitig aufgebaut werden kann. Schröder und Stoltenberg scheinen ins Auge gefaßt zu sein, auch Dregger käme in Frage. Ohne Risiko arbeitet dabei lediglich Strauß, der warten kann, bis das von ihm produzierte Chaos sich soweit entwickelt hat, daß er selbst als starker Mann unausweichlich wird.

Umfrage zur Hochschulpolitik (I)

In der Hochschul- und Wissenschaftspolitik gewinnen Kräfte der Gegenreform in alarmierendem Ausmaß an Boden. Der Hochschulgesetzentwurf des bayerischen Kultusministers Prof. Hans Maier beispielsweise und die abrupte Abwahl von Prof. Gerald Grünwald als Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz sind besonders deutliche Symptome dafür, daß die Gegner demokratischer Reformen jetzt die Zeit für reif halten, zur Offensive überzugehen. Auf den Wogen unreflektierter law and order-Stimmungen gelingt es der Gegenreform — mit dem „Bund Freiheit der Wissenschaft" (vgl. „Blätter" 2/71, S. 148—157) als

einem festen organisatorischen Kern — Tatsachen im Sinne der CDU/CSU zu schaffen. Die Kräfte der demokratischen Reform zeigen sich gegenüber dieser Rechtsformierung zersplittert, vielfach von inneren Kontroversen absorbiert und ohne eine klare Konzeption, die die Einigung aller demokratischen Reformkräfte auf jetzt anstehende Aufgabenstellungen ermöglicht. Ein realisierbares Reformkonzept setzt eine konstruktive Diskussion voraus.
In dieser Ausgabe beginnen wir mit dem Abdruck erster Beiträge zu einer hochschulpolitischen Umfrage der „Blätter", die in den nächsten Heften fortgesetzt werden soll. D. Red.

Dr. Rolf Rendtorff, Professor für Alttestamentliche Theologie, Rektor der Universität Heidelberg

Für die gegenwärtige Diskussion über die Reform der Hochschulen ist es kennzeichnend, daß vielfach von Gegnern eines konsequenten Reformkurses, wie er an einigen Stellen in Ansätzen erkennbar geworden ist, der Eindruck zu erwecken versucht wird, als müßte die Durchführung der „wirklichen" Reformen gegenüber falschen, überzogenen Reformforderungen sichergestellt werden. Es heißt, es ginge um „realistische Reformen", um Reformen „ohne ideologische Träumereien" — um einige Formulierungen aufzugreifen, wie sie im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg verwendet worden sind. Diese Haltung ist teilweise so ausgeprägt, daß bei der Vorlage von Entwürfen zur Hochschulreform schon gar nicht mehr der Versuch gemacht wird, die angestrebten Reformen inhaltlich zu bestimmen, sondern daß man sich im wesentlichen damit begnügt, sich gegen für falsch gehaltene Reformvorstellungen abzugrenzen, wie es etwa in der Begründung zum Hochschulgesetzentwurf für Bayern geschieht. Dabei wird häufig das Reformvokabular okkupiert, um damit den eigenen Vorstellungen einen reformerischen Anstrich zu geben.

In dieser Situation erscheint es mir dringend nötig, hinter die vordergründige Diskussion um Paritätenmodelle, Quoren, Fachaufsicht, Autonomie, Gesamthochschule — und wie die Reizwörter sonst heißen mögen — zurückzufragen nach den grundlegenden Vorstellungen, die die verschiedenen Positionen in dieser Auseinandersetzung bestimmen. Ich will versuchen, dazu einige Überlegungen beizusteuern, die nicht den Anspruch erheben, die Probleme allseitig und erschöpfend zu behandeln.

Für diese Diskussion spielt der Begriff der „Demokratisierung" zweifellos eine gewichtige Rolle. Er ist sehr schnell dadurch diskreditiert worden, daß man von einer „falsch verstandenen" Demokratisierung gesprochen oder behauptet hat, daß der Begriff auf die Strukturprobleme der Universität überhaupt nicht anwendbar sei. Dies wird u. a. damit begründet, daß die Voraussetzung für eine wirkliche Demokratisierung in der Gleichbehandlung der Stimmen aller im demokratischen Prozeß Abstimmungsberechtigten zu sehen sei und daß dieser Grundsatz für die Universität keinesfalls angewendet werden könne. In der Tat ist die Forderung „one man one vote" in der Diskussion um die deutsche Hochschulreform auch niemals erhoben worden. Aber die Diskussion um die sachgemäße Anwendbarkeit des Begriffes „Demokratisierung" lenkt doch nur von dem eigentlichen Problem ab. Es ist ohne weiteres erkennbar und deutlich, was der Begriff der Demokratisierung leisten sollte. Er ist in die Diskussion eingeführt worden als Gegenbegriff zur bisherigen Struktur der Universität, die man demgegenüber als hierarchisch bezeichnen muß. Bis zum Inkrafttreten der ersten Hochschulgesetze waren in allen deutschen Universitäten die Entscheidungen dem zahlen-

mäßig sehr kleinen Kreis der privilegierten Lehrstuhlinhaber, der „Ordinarien", vorbehalten. Der Begriff der Demokratisierung bedeutet zunächst nichts anderes als die Ablösung dieses Prinzips durch die Mitwirkung aller an der Universität Tätigen — der Lehrenden, der Lernenden und der anderen Mitarbeiter der Universität — an allen wichtigen Entscheidungen. Die grundsätzliche Frage ist nach wie vor, ob man dies wirklich will. M. E. kann aber keine Konzeption, die nicht konsequent von diesem Grundsatz ausgeht, als ein ernstzunehmender Beitrag zur Hochschulreform betrachtet werden. Der terminologische Streit ist demgegenüber von untergeordneter Bedeutung.

Es ist denn auch erkennbar, daß namhafte Gegner einer grundlegenden Hochschulreform eben diesen Grundsatz verneinen. Eine Reihe von verfassungsgerichtlichen Klagen gegen die Hochschulgesetze der Länder bestreiten die Rechtmäßigkeit der neuen Zusammensetzung von Universitätsgremien mit der Berufung auf Artikel 5 Abs. 3 des Grundgesetzes. Sie gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß die dort verankerte Freiheit von Forschung und Lehre als Individualrecht der Hochschullehrer zu verstehen sei, die dann auch häufig als „Träger des Grundrechtes der Freiheit von Forschung und Lehre" bezeichnet werden. Von einer solchen Auffassung aus ist natürlich jede Mitentscheidung von Personen, die nicht selbst als Forscher im traditionellen Sinne oder als akademische Lehrer tätig sind, über Angelegenheiten von Forschung und Lehre abzulehnen. M. E. haben viele der einschränkenden Bestimmungen in der Mitwirkungsfrage in Hochschulgesetzen und Gesetzentwürfen letzten Endes diese Wurzel. Deshalb bedarf die Frage, ob Artikel 5 Abs. 3 GG tatsächlich ein Individualrecht in diesem Sinne begründet, und vor allem, ob damit ein Recht außer gegenüber den Eingriffen des Staates auch gegenüber Dritten begründet wird, einer grundsätzlichen Klärung. Dazu hat im Rahmen der Westdeutschen Rektorenkonferenz Peter Schneider (Mainz) einen wichtigen Beitrag geleistet (abgedruckt in: Westdeutsche Rektorenkonferenz. Dokumente zur Hochschulreform XVI/1971, S. 51—66).

Dabei hat sich in den letzten Jahren eine interessante Verschiebung ergeben: Zunächst waren die privilegierten Entscheidungsträger an den Universitäten nur die Ordinarien. Das hatte zur Folge, daß gerade die „Nichtordinarien", d. h. die habilitierten Hochschullehrer, die nicht Lehrstuhlinhaber waren, besonders engagiert für neue, „demokratische" Strukturen an der Universität eingetreten sind. Nachdem nun eine Entwicklung erkennbar wird und teilweise schon eingetreten ist, die die Unterscheidung zwischen den Lehrstuhlinhabern und den übrigen Hochschullehrern hinsichtlich ihrer akademischen Rechte weitgehend aufhebt, sind viele Vertreter dieser Gruppe in das andere Lager übergegangen und verteidigen nun gemeinsam mit den Ordinarien die neugewonnenen Privilegien. Dabei wird vielfach der Anschein erweckt, als ob mit dieser Ausweitung der Gruppe der Hochschullehrer bereits ein Stück Hochschulreform vollzogen worden sei. In Wirklichkeit hat aber diese Verschiebung einen wesentlichen Beitrag zur Polarisierung innerhalb der Universitäten geleistet. Denn die Gruppe der um ihre Privilegien Kämpfenden ist nun erheblich größer geworden und bildet einen sehr gewichtigen Block innerhalb der Universität.

Einer solchen Analyse wird häufig entgegengehalten, daß es gar nicht um die Verteidigung von „Privilegien" gehe, da viele Angehörige dieser Gruppe gar keine besäßen. Das scheint auf den ersten Blick richtig zu sein, sofern man unter Privilegien die Machtstellung der Ordinarien alter Art versteht, die sich in der Herrschaft über große Institute und Kliniken und teilweise auch in erheblichen zusätzlichen finanziellen Einkünften ausdrückte und auch heute noch weithin aus-

drückt. Verfolgt man aber die Diskussion im einzelnen, etwa auch die bescheidenen Ansätze zu Versuchen einer Studienreform, so wird deutlich, daß vielfach gerade die Privilegien im Bereich der Lehre besonders hartnäckig verteidigt werden, d. h. das Recht des Hochschullehrers, Inhalt und Methode seiner Lehrveranstaltungen frei selbst bestimmen zu können, ohne daß irgendein Gremium der akademischen Selbstverwaltung dabei mitzureden hätte. Das gleiche gilt für die Forschung. Viele Hochschullehrer betrachten es als ihr freies Recht, ihren Forschungen innerhalb der Universität nachzugehen, ohne darüber irgendeine Rechenschaft ablegen zu müssen.

Gerade hier wird aber ein wesentlicher Gesichtspunkt der Demokratisierung erkennbar. Forschung und Lehre sind eine Aufgabe der Universität im ganzen. Die Gremien der akademischen Selbstverwaltung müssen die Verantwortung für ihre sachgerechte Durchführung tragen. Es kann deshalb in diesem Bereich nichts geben, was nicht grundsätzlich vor den zuständigen Gremien offenzulegen und vor ihnen zu verantworten ist. Auch hier geht es zunächst wieder um die Anerkennung dieses Grundsatzes. Jede Diskussion über Einschränkung von Mitwirkungsrechten der Vertreter bestimmter Gruppen in den Gremien bei der Entscheidung über bestimmte Fragen entbehrt so lange der Grundlage, als diese Grundsatzentscheidung nicht getroffen worden ist. Wenn der eben aufgestellte Grundsatz anerkannt wird, muß es möglich sein, Regelungen zu finden, die eine unsachgemäße Einschränkung der Tätigkeit der Hochschullehrer in Forschung und Lehre verhindern.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Diskussion über die Autonomie der Universität. Sie galt bislang in besonders hohem Maße als ein essentieller Bestandteil des Selbstverständnisses der Universität, und es bestand Einigkeit darüber, daß sie unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben müsse. In jüngster Zeit ist aber auch innerhalb der Universität immer häufiger und immer lauter der Ruf nach einer Verstärkung der staatlichen Aufsicht über die Universitäten zu hören, der einen Verlust an Autonomie zur Folge haben muß. Dabei ist zweifellos einer der Gründe für diesen Ruf nach dem Staat, daß viele Hochschullehrer die berechtigte Erwartung hegen, daß die Kultusbehörden geneigt sein würden, die vermeintlichen Rechte der Hochschullehrer gegenüber den Gremien der akademischen Selbstverwaltung zu schützen. Dies gilt jedenfalls für die Länder, in denen von staatlicher Seite eine betont konservative Hochschulpolitik getrieben wird, wie es in meinem eigenen Erfahrungsbereich in Baden-Württemberg der Fall ist. Man rechnet aber offenbar generell damit, den Staat gegen allzu weitgehende Reformvorstellungen innerhalb der Universität auf seiner Seite zu haben. (Selbstverständlich ist dies nur ein Teilaspekt der Problematik der Autonomie der Universität, die noch sehr viel weiterreichende grundsätzliche Fragen aufwirft.)

Ich habe mich in den vorstehenden Überlegungen auf diesen Aspekt der Reformdiskussion konzentriert, weil ich sowohl aus den theoretischen Debatten wie aus der praktischen Erfahrung immer wieder den Eindruck gewonnen habe, daß in der Tat die Frage der Privilegien der Hochschullehrer im oben ausgeführten Sinne einer der Kernpunkte der ganzen Diskussion ist. Vielfach wird einer grundlegenden Strukturveränderung der Universität nur halbherzig zugestimmt, und es werden sofort wieder einschränkende Bestimmungen eingebaut, um diese Privilegien nicht zu gefährden. Andererseits ist deutlich erkennbar, daß überall dort, wo diese grundsätzliche Frage auch von Hochschullehrern im Sinne einer konsequenten Demokratisierung entschieden worden ist, sich die Fragen der Durchführung

der Reform und der Praktikabilität ihrer Anwendung sehr viel leichter lösen lassen und daß die Diskussion darüber mit größerer Gelassenheit geführt werden kann.

Gerade darin zeigt sich aber noch einmal, daß der Begriff der Demokratisierung in der Tat ein zentrales Problem trifft. Ein wirklich demokratisches Verständnis der Gestaltung des Wissenschaftsbetriebes in Forschung und Lehre an der Universität ist mit der Verteidigung von Privilegien einer bestimmten Gruppe unvereinbar. Dies gilt auch und gerade dann, wenn zur Verteidigung der Sonderrechte der Hochschullehrer die höhere „Sachkompetenz" ins Feld geführt wird. Niemand wird bestreiten können und wollen, daß es in einem so komplizierten Bereich wie dem der Wissenschaft unterschiedliche sachliche Kompetenzen gibt und daß diese ihren angemessenen Niederschlag im Vollzug von Entscheidungen über Angelegenheiten der Forschung und Lehre finden müssen. Die entscheidende Frage ist aber die, ob man mit dem Argument der Sachkompetenz den Aufbau demokratischer Strukturen verhindern will, oder ob man sich darum bemühen will, innerhalb demokratischer Strukturen der Sachkompetenz die angemessene Geltung zu verschaffen. Solange man das erstere versucht, kann es nicht zum Aufbau demokratischer Strukturen in der Universität kommen. Es ist dann auch nicht möglich, das Zusammenwirken verschiedener Gruppen innerhalb demokratischer Strukturen wirklich zu erproben und Erfahrungen damit zu gewinnen. Die Diskreditierung der Reformansätze geschieht in aller Regel von einem Standpunkt aus, der sich noch vor dem Versuch der Durchführung einer demokratischen Reform befindet.

Schließlich führt diese Verhinderung auch dazu, daß sich der emanzipatorische Charakter der Wissenschaft nicht entfalten kann. Solange in den wesentlichen Fragen von Forschung und Lehre die Mitentscheidung aller nicht gewährleistet ist, kann es auch niemals zu einer wirklich intensiven Mitberatung kommen, die erst dazu führen könnte, die Probleme der Wissenschaft in der kritischen und autoritätsfreien Weise in der Universität zur Diskussion zu stellen, wie es unerläßlich wäre, um die Wissenschaft freizusetzen von der Bevormundung durch sachfremde Herrschaft. Sachkompetenz und Sachautorität müssen sich im Prozeß der Wissenschaft und auch in den Entscheidungen über die Gestaltung der wissenschaftlichen Arbeit an der Universität innerhalb demokratischer Gremien durchsetzen. Sie dürfen nicht für sich eine institutionalisierte Autorität in Anspruch nehmen, die die eigentlichen Sachfragen demokratischer Diskussion und Kontrolle entzieht.

Gerade wenn man die Diskussion über die Strukturfragen der Hochschulen unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, wird deutlich, daß grundlegend verschiedene Ansätze die Herausarbeitung angemessener Strukturen verhindern. Man wird deshalb im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht damit rechnen dürfen, daß an irgendeiner Stelle die Strukturen der Universität in konsequenter Weise nach demokratischen Gesichtspunkten gestaltet werden. (Ob das Bremer Experiment gelingen wird, muß sich erst noch zeigen.) Diese Einsicht darf aber nicht zur Resignation führen. Vielmehr müssen sich die zur Reform bereiten und entschlossenen Kräfte immer wieder mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß in den Hochschulgesetzen und in den Satzungen der Universitäten die Grundsätze der Demokratisierung soweit wie irgend möglich erfüllt werden, um jedenfalls schrittweise den Weg zu einer demokratischen Neugestaltung unserer Hochschulen zu bahnen.

Uwe Wesel, Professor für Römisches und Bürgerliches Recht, Vizepräsident der Freien Universität Berlin

„Es spricht nicht für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse, wenn solche Grundsätze zur Demokratisierung der Hochschule einen fast utopischen Eindruck hinterlassen", schrieb 1961 der SDS in seiner Denkschrift über die „Hochschule in der Demokratie". Vier Jahre später begann in Berlin die Studentenrevolte und im Juni 1967 an fast allen anderen deutschen Universitäten ein Umbruch im Denken, der nach zwei weiteren Jahren der Demokratisierung an den Hochschulen zum entscheidenden Durchbruch verholfen hat.

Die Universität vor diesen verschiedenen Versuchen der Demokratisierung war immer noch die von Wilhelm v. Humboldt 1809 in Berlin gegründete Allgemeine Lehranstalt, eine Einrichtung des frühen Liberalismus. Sie sollte sich damals in doppelter Weise von der Universität des 18. Jahrhunderts unterscheiden. Sie war gegründet gegen das mittelalterliche „Zunftwesen", wie Humboldt es nannte, gegen die Einschränkung der Freiheit des einzelnen durch Gruppenzwang im Inneren der Universität und gegen die Tendenz des absolutistischen Staates der Aufklärungszeit, die Universitäten zu Fachschulen für die Ausbildung von akademisch gebildeten Staatsdienern zu machen, also gegen die Einschränkung der Freiheit, die dem einzelnen in der Universität von außen, vom Staat her drohte. Mit anderen Worten: Sie war gerichtet gegen die von innen her drohende Erstarrung in scholastisch-traditioneller Gelehrsamkeit und gegen die von außen drohende Verschulung, also gegen die Entwicklung einerseits zur Akademie, an der nicht mehr gelehrt, und andererseits zur Fachschule, an der nicht mehr geforscht wird. Das institutionelle Mittel gegen beide Gefahren war die von Humboldt geforderte und durchgesetzte Einheit von Forschung und Lehre. Und die institutionelle Sicherung für die Freiheit des einzelnen war die Figur des ordentlichen öffentlichen Professors, der einsam im Innern der Universität und frei von äußeren Einwirkungen mehr als einhundertfünfzig Jahre lang — und zum Teil in großartiger Weise — die deutsche Wissenschaft bestimmt hat. Einsamkeit und Freiheit des ordentlichen Professors, Autonomie der Universität, Einheit von Forschung und Lehre. Das war Humboldts Universität, eine imponierende Konstruktion.

Eine imponierende Konstruktion des frühen Liberalismus, deren Erfolg darin begründet lag, daß sie völlig im Einklang stand mit den Interessen des auch politisch erstarkten Bürgertums. Der Liberalismus, dem sie entsprach, war — und ist noch immer — die politische Theorie des Kapitalismus, die wichtigste Rechtfertigung der bürgerlichen Gesellschaft. Die Humboldtsche Universität stimmte zu Beginn ihrer Entwicklung in vollendeter Weise überein mit den Interessen der künftig herrschenden Klasse. In der Frühzeit des Kapitalismus genügte eine kleine Zahl von akademisch gebildeten Geistes- und Naturwissenschaftlern, Ärzten und Juristen für die Erfüllung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft.

Mit der zunehmenden Industrialisierung aber wurde die Universität direkt und indirekt immer stärker auch in den Produktionsprozeß eingegliedert, Wissenschaft zur Produktivkraft. Sie übernahm einerseits in der Lehre fast ausschließlich die Aufgabe der Berufsausbildung, des von Humboldt abgelehnten Brotstudiums, und wurde andererseits durch direkt von der Industrie finanzierte Auftragsforschung und indirekt, in letzter Zeit durch öffentlich besonders geförderte Schwerpunktprogramme, in den technischen Prozeß der Wirtschaft einbezogen. Der Kapitalismus hatte sich verändert durch wachsende Industrialisierung und

durch den anhaltenden Prozeß der Kapitalkonzentration. Der Bedarf an akademisch ausgebildetem Personal in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft war ständig gestiegen. Die Universität dagegen hatte sich in ihrer Struktur nicht verändert. Sie stand immer noch auf der Stufe eines mittleren Familienbetriebs der fünfziger Jahre im letzten Jahrhundert.

Dementsprechend funktionierte sie auch. Besonders in der Lehre war sie nicht mehr in der Lage, ihre Aufgabe quantitativ und qualitativ zu erfüllen. Der „output" ließ zu wünschen übrig, obwohl der „input" ständig stieg. Häufig war sie nur durch staatliche Prüfungsordnungen in den Staatsexamensfächern gezwungen worden, sich auf die veränderten Anforderungen der Gesellschaft einzustellen. Und in manchen Fällen hatte sie auch das nur zögernd und unvollkommen getan. Wissenschaft war frühliberale Privatangelegenheit des Wissenschaftlers geblieben, verursacht auch durch die gleichbleibende Verfassung der Universität. Die Studienreform wurde nicht durchgeführt, weil sie nicht im Interesse derjenigen lag, die Wissenschaft — nach der überholten Verfassung der Universität zu Recht — als ihre Privatangelegenheit ansehen konnten. Mit anderen Worten: Die Universität Humboldts entsprach nicht mehr den Interessen des inzwischen hochentwickelten Kapitalismus. Deshalb haben die Studenten mit ihrer Forderung nach einer Reform der Hochschulverfassung Erfolg gehabt.

Die Interessen der Studenten, die den Anlaß gegeben haben, und des Staates, der die Strukturreform durchgeführt hat, sind in gewisser Weise die gleichen gewesen: Beide wollten über die Veränderung der Struktur der Hochschule erreichen eine Veränderung der Inhalte der Wissenschaft. Ganz klar war das schon 1962 vom VDS in seinem Gutachten „Studenten und die neue Universität" formuliert worden: Ziel der Hochschulreform ist die Studienreform (und, müßte man ergänzen, die Forschungsreform). Aber diese Gemeinsamkeit bestand von vornherein nur partiell.

Der Staat, der die Interessen der kapitalistisch organisierten Wirtschaft vertreten muß, war daran interessiert, die Studiengänge zu modernisieren, in Einklang zu bringen mit den Anforderungen der Praxis in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, so wie sie im Moment beschaffen ist. Man nennt das gemeinhin das technokratische Element der Hochschul- und Studienreform. Die Studenten verfolgten darüber hinaus noch ein anderes Ziel. Ihnen ging es nicht nur darum, die Lehre — und damit auch die Forschung — heranzuführen an den Status quo der Gegenwart. Sie wollten und wollen erreichen, daß die Wissenschaft die totale Entpolitisierung überwindet, die sie im Verlauf des 19. Jahrhunderts besonders durch die Entwicklung des Positivismus erleiden mußte und die dann auch die Universität in die Katastrophe des Faschismus geführt hatte. Sie wollten im übrigen erreichen, daß die Wissenschaft ihre gesellschaftliche und politische Funktion nicht nur wieder erkennt, sondern auch innovativ wahrnimmt mit dem Ziel der Überwindung der kapitalistischen Verfassung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Man kann dieses Ziel das demokratische Element der Hochschul- und Studienreform nennen.

Untrennbar sind hier die Ziele des technokratischen und demokratischen Elements miteinander verflochten. Es ist dies das Problem der Innovation. Auch eine technokratische Hochschul- und Studienreform kann nicht auf Innovationen verzichten. Sie versucht nur, den Kreis derjenigen, die innovativ tätig sind, möglichst klein zu halten. Anders eine demokratische Reform. Und auch die Ziele sind selbstverständlich vom Ansatz her völlig verschieden, im Einzelfall aber nicht

klar zu trennen. Hier und hier allein liegt die Chance der demokratischen Hochschul- und Studienreform.

Diese Demokratisierung ist die große Chance der Wissenschaft, die damit für die Zukunft wieder die Aufgabe erhalten kann, die Veränderung der Gesellschaft in ähnlicher Weise vorzubereiten, wie es die Wissenschaft in der Zeit der Aufklärung für die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft getan hat. Diese Aufgabe kann sie aber nur erfüllen, wenn von allen Seiten die Regeln der Verfassung eingehalten werden, vom Staat und von der Wissenschaft. Vom Staat, indem er es unterläßt, in verfassungswidriger Weise einzugreifen in die Autonomie der Universität, die ihr gerade zum Zweck der Ermöglichung von Innovationen zustehen muß. Von der Wissenschaft, indem sie sich nicht verselbständigt von den außerwissenschaftlichen, gesellschaftlichen Kräften. Das heißt im übrigen auch, daß ein sozialistisches Studium, wie es heute noch teilweise von studentischen Organisationen gefordert wird, von dieser Universität in dieser Gesellschaft nicht durchgeführt werden kann und darf. Ein sozialistisches Studium dieser Art geht aus von einem Theorie-Praxis-Verständnis, das seine Wurzeln in einer wissenschaftlichen splendid isolation hat.

Die Strukturreform der Hochschulen wird seit einiger Zeit durch verschiedene und in verschiedener Weise starke Gruppen gefährdet, die sich im wesentlichen aus Hochschullehrern zusammensetzen. 1968 unterschrieben mehr als 1500 von ihnen das Marburger Manifest, das im wesentlichen schon die Argumente enthält, mit denen auch die heute tätigen Gruppen arbeiten. 1969 wurde die Berliner Notgemeinschaft gegründet, 1970 der Bund Freiheit der Wissenschaft und 1971 die Berliner Liberale Aktion. Ihre Argumente sind die Gefahr einer kommunistischen Unterwanderung der Universität und die Gefahr allgemeinen Sinkens akademischer Leistung. Im wesentlichen argumentieren sie auf der frühliberalen und vorindustriellen Position der Humboldtschen Universität. Objektiv widersprechen sie also den Interessen der hochindustrialisierten und inzwischen viel weiter entwickelten kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Objektiv stehen sie auf dem Niveau des mittleren Familienbetriebs aus der Mitte des letzten Jahrhunderts. Aber durch die Mobilisierung des besonders in den frühen fünfziger Jahren neu belebten Antikommunismus droht jetzt die Gefahr, daß die Organe des Staates und der Wirtschaft zu Maßnahmen gedrängt werden, die sowohl den technokratischen Notwendigkeiten als auch den demokratischen Zielen schweren Schaden zufügen können, wenn die Strukturreform mindestens teilweise wieder rückgängig gemacht werden sollte.

Diese Strukturreformen haben bekanntlich im wesentlichen drei Neuerungen gebracht: Präsidialsystem, Einheitsverwaltung und Demokratisierung. Besonders das letztere, die Mitbestimmungsfrage, ist im Visier der Gegenreformation, und bekanntlich neigt sogar die sozialdemokratische Parteiführung in Bonn dazu, hier beim Erlaß des Hochschulrahmengesetzes Konzessionen zu machen, ohne daß stärkerer Widerstand aus den Reihen der Gewerkschaften zu erwarten ist.

Es gehört zu den vielen und möglicherweise wirklich nur dialektisch aufzulösenden Widersprüchen unseres gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, daß eine Gruppe mit derart veralteten Interessen und Ideen, mit Ideen und Argumenten, deren intellektuelles Niveau verblüffend niedrig ist, unter Hinweis auf die Gefahr des Sinkens von akademischen standards die Öffentlichkeit mobilisieren und in rückläufige Entwicklungen drängen kann, ohne selbst je in ihrer Argumentation diesen standards entsprochen zu haben.

Es gehört ebenfalls zu den besonders im Kampf um die Hochschulreform zu beobachtenden Widersprüchen in unserer Gesellschaft, daß es dieser auf frühliberalem Niveau argumentierenden Gruppe des öfteren gelungen ist, selbst den Staat zum Verfassungsfeind zu machen. Sie hat es fertig gebracht durch Mobilisierung jener alten antikommunistischen Emotionen. Statt darauf offensiv zu antworten — wie es zum Beispiel der Bremer Senat in der letzten Bürgerschaftswahl getan hat —, lassen sich staatliche Organe in der Regel so lange in diese antikommunistische Ecke treiben, bis ihnen nichts mehr übrig bleibt, als — mehr oder weniger bewußt — unter Bruch der Verfassung Grundrechte der Universität und einzelner ihrer Mitglieder zu verletzen. Das hat sich ja nun der Berliner Senat auch erwartungsgemäß und rechtskräftig im Fall des Verbots der drei germanistischen Lehrveranstaltungen an der Freien Universität vom Verwaltungsgericht und Oberverwaltungsgericht bestätigen lassen müssen. Oder man läßt sich hinreißen, in unübersehbar großer Zahl Grundrechte zu gefährden und Angst zu verbreiten, wie es geschehen ist durch die Ende Januar 1972 in Bonn gefaßten Beschlüsse über die Einstellung von sogenannten Radikalen im öffentlichen Dienst.

Diejenigen, die in den Universitäten die Aufgabe der Durchführung von Strukturreformen übernommen haben, sind bisher ohne große Resonanz in der Öffentlichkeit geblieben. Es gibt dafür viele Ursachen. Zum Teil liegt es daran, daß sie selbst mit dem Anspruch aufgetreten sind, unter Betonung des demokratischen Elements Wege zu einer Veränderung der Gesellschaft zu finden, die von ihrer Öffentlichkeit nicht gewünscht wird. Es liegt u. a. aber auch daran, daß es bisher nicht gelungen ist, der Öffentlichkeit klar zu machen, daß es keinen anderen Weg gibt, um auch den Interessen unserer gegenwärtigen Gesellschaft gerecht zu werden, keinen anderen Weg als den dieser notwendigen partiellen Koppelung von technokratischen und demokratischen Elementen der Hochschulreform.

Der Erfolg dieser frühliberalen Organisationen, besonders der Berliner Notgemeinschaft und des Bundes Freiheit der Wissenschaft, beruht nicht in der Darstellung von objektiven Interessen unserer gegenwärtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung. Im Gegenteil. Es handelt sich um veraltete Ideen, deren Wirksamkeit in erster Linie durch außerordentlich geschicktes Ausnützen verschiedener Vorurteilte bedingt ist, unter anderem auch dadurch, daß die dort tätigen Herren sich in der ernsthaften Arbeit an ihren Universitäten außerordentlich zurückhalten. Deshalb ist anzunehmen, daß ihre nicht ungefährliche Tätigkeit neutralisiert werden kann, wenn eine andere, alle westdeutschen Universitäten umfassende Organisation die Aufgabe übernimmt, die Öffentlichkeit über die Arbeit an der Strukturreform der Hochschule zu unterrichten. Diese Organisation müßte es auch übernehmen, Vorschläge zu erarbeiten für die äußere und innere Neugliederung der einzelnen Studiengänge. Denn hier wird sich letztlich erweisen, ob dieser Versuch einer Reformation der Universität an Haupt und Gliedern gelingen wird, tam in capite quam in membris, um mit dem Bischof Durandus zu sprechen. Und damit nicht nur ein Bischof zitiert wird, soll hier auch noch ein alter preußischer Außenminister zu Worte kommen. Otto v. Manteuffel hat am 8. Januar 1851 über drohende progressive Entwicklungen in der Beamtenschaft vor der Ersten Kammer folgendes gesagt: „Ja, meine Herren, ich erkenne eine solche Revolution für sehr gefährlich, gerade weil man sich dabei in Schlafrock und Pantoffeln beteiligen kann, während der Barrikadenkämpfer wenigstens den Mut haben muß, seine Person zu exponieren."

Fernseh-Spalte

SPIONAGESCHNULZE

Das angebliche Dokumentarspiel „Die Rote Kapelle" (vgl. auch „Blätter" 5/72) hat gewiß seine Schuldigkeit getan. Als perfekte Spionageschnulze füllte es das konsumorientierte Sonntagabendprogramm immerhin siebenmal. Dank der enormen „Sehbeteiligung" (die gelegentlich sogar die „Shiloh Ranch" hinter sich ließ) weiß nun die halbe Bundesrepublik, daß sich doch tatsächlich mitten im Kriege deutsche Volksgenossen an Moskau verkauften, daß Schulze-Boysen so etwas wie ein verspäteter Karl Moor gewesen sein muß, Mildred Harnack eine naive Gans, Adam Kuckhoff ein schwächlicher Intellektueller (den seine Frau Greta zum Bekenntniskommunisten *modellierte*), — daß die nationalsozialistische Abwehr aus cleveren Gentlemen bestand und die sowjetische Zentrale aus Deppen. Letzterer Meinung gab auch Regisseur Wirth Ausdruck: „Das Besondere, das Faszinierende an diesem Geschehen jedoch ist: Nicht e i n Spion wurde hier zum Doppelagenten, wie gehabt — hier wurde eine ganze Funklinie, die Zentrale der Roten Kapelle, von der Gestapo ‚umgedreht'!" Und Moskau ahnte nichts.

Und so kristallisierte sich ganz eindeutig eine recht üble Geschichte heraus: liederlich und verantwortungslos dem zeitgeschichtlichen Auftrag gegenüber, völlig verfälscht in den Proportionen, die authentischen Figuren kinogerecht manipulierend, politisch geschmacklos. Der deutsche und internationale Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist hierzulande gerade genug verunglimpft und verdrängt worden. Die jüngere Generation weiß so gut wie nichts davon. Es ist mir nicht um Polemik zu tun, wenn ich diese aufwendige Produktion als subtile Denunziation bezeichne. Und kotzübel wird's einem, wenn man liest, was der Regisseur quasi als Resümee verkündet: „Das Ende vom Lied: Die großen Spione, die ‚Profis', leben heute noch — auch Trepper. Die kleinen Leute aber wurden alle aufgehängt." Dieses „— auch Trepper" disqualifiziert den Mann, der die ganze Serie inszeniert hat, mehr als sein offenkundiger Hang zum kunstgewerblichen Verschnitt der historischen Wahrheit. Das erklärt auch, warum Trepper — nachdem er seinem Bewacher entkommen konnte — von der Bild(schirm)fläche verschwunden ist. Tatsächlich wurde er weder „umgedreht", noch vegetierte er passiv wie ein Clochard im moralischen Untergrund seines angeblichen „Verrats". Aber dieser Teil der Geschichte wurde genau so unterschlagen wie zahlreiche andere Fakten, Ereignisse, Zusammenhänge. Was nicht ins Bild paßte, wurde schlicht eliminiert.

Es gibt ein Buch von Gilles Perrault: „Auf den Spuren der Roten Kapelle" (deutsch bei Rowohlt). Unter Abzug aller Vorbehalte dürfte es die einzige bislang deutschsprachig vorliegende Chronik der Trepper-Organisation sein, die aus dem moralischen Geiste des antifaschistischen Widerstandes geschrieben wurde. Mag auch manche Interpretation problematisch sein: wäre die Fernsehserie nach diesem Buch konzipiert worden, so wüßten jetzt Millionen eine Menge mehr und sehr vieles besser. Perrault schreibt einmal: „Mit groben Strichen zeichnen die ehemaligen Abwehr- und Gestapoleute bösartige Karikaturen." Manches in diesem „Dokumentarspiel" mutet wie eine Kopie solcher Karikaturen an. Und weil es uns am meisten angeht, hier noch ein Befund Perraults: „... was sagt der deutsche Widerstand — der offiziell anerkannte — zu dem Berliner Kreis? Man lehnt ihn ab. Es ist richtig, daß diese Widerstandsgruppen eher rechts standen, während Schulze-Boysen wirklich zur Linken gehörte ..."

Nun ist hier kein Platz für Analysen, und so verbieten es Gründe der Fairneß, die politischen (und ideologischen) Motive der Widerstandskreise gegeneinander auszuspielen. Zudem müßte da ein ganz anderes Kapitel aufgeschlagen werden. Denn die schlampige Politkrimi-Serie der ARD manövrierte das Widerstandsmotiv so sehr in den Hintergrund, daß kaum mehr blieb als eine weitere Variante vom subversiven Agententreiben, was natürlich — bei Licht besehen — eine unentschuldbare (und zudem tendenziöse) Art bewußter Irreführung ist.

E. H. Wahl

Bücher

Historisch-soziologische Analyse als politische Aufklärungsarbeit

Reinhard Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus — Faschismus. Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg 1971, 190 S., 3,80 DM.

Der Autor versucht, an Hand von Grundkategorien marxistischer Gesellschafts- und Geschichtswissenschaft die Kontinuität bürgerlicher Herrschaft, verstanden als Absicherung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, zwischen den historischen Erscheinungsformen Liberalismus und Faschismus aufzuweisen, dabei aber auch die spezifischen Differenzen zu akzentuieren. Der ökonomische Aufstieg der Bourgeoisie in Westeuropa sowie ihre geistige und politische Offensive in Aufklärung und Revolution sind durch historische Belege exakt abgeleitet und anschaulich dargestellt. In diesem Kontext referiert Kühnl Genese und Selbstverständnis der bürgerlich-liberalen Ideologie. Er zeigt, warum das Weltbild des klassischen Liberalismus zunächst eine progressive Funktion erfüllt. Im Kampf gegen feudalabsolutistische Herrschaft, die zur Fessel der Entwicklung der Produktivkräfte wird, hat die bürgerliche Bewegung ihre historische Mission. Allerdings sind Inkonsequenzen und Widersprüche auch in dieser Aufstiegsphase schon angelegt: Freiheit und Gleichheit sind Kategorien, die in der bürgerlichen Revolution zunächst die Interessen aller unterdrückten Klassen auf den Begriff bringen, aber nach Etablierung der Bourgeoisie als herrschender Klasse zur Defensivideologie werden, d. h. zur Absicherung der Herrschaft und Verschleierung sozialer Ungleichheit gegenüber dem erstarkenden Proletariat.

In einem Exkurs zur deutschen Sonderentwicklung wird konstatiert, daß hier das Bürgertum zum Imperialismus übergeht, ohne zuvor eine siegreiche liberale Phase durchlaufen zu haben.

Der für die theoretische und aktuell politische Diskussion interessantere zweite Teil des Buches beschäftigt sich mit der Krise der bürgerlichen Gesellschaft in ihrem monopolkapitalistisch-imperialistischen Stadium und mit der aus ihr resultierenden faschistischen Herrschaftsform, insbesondere mit der nationalsozialistisch-deutschen Ausprägung.

Wie der Buchtitel schon andeutet, lehnt Kühnl jede Form von Totalitarismustheorie ab, die durch Gleichsetzung des Faschismus mit dem Kommunismus jede Gemeinsamkeit von bürgerlich-liberaler und faschistischer Herrschaft zu eliminieren sucht. Dieser in Faschismustheorie gekleideten prokapitalistischen Ideologie sagt Kühnl den Kampf an. Er analysiert die Struktur der sozialen Basis des Faschismus und seine Ideologie; diese diente dazu, die durch sozialökonomische Krisensituationen und hierdurch bedingte soziale Deklassierungsprozesse hervorbrechenden Aggressionen zu kanalisieren und vorrangig im Sinne der herrschenden Klasse einzusetzen. Den Kern der Kühnlschen Faschismustheorie bildet die detaillierte Untersuchung des Bündnisses zwischen faschistischer Massenpartei und ihrer Exekutive auf der einen und den sozialen Oberklassen auf der anderen Seite. In dem so charakterisierten Herrschaftssystem des faschistischen Staates ergeben sich durch Interessenkonflikte zwischen den Bündnispartnern sowie durch innere Fraktionierung vielseitige Divergenzen und Verflechtungen.

Vorausgestellt ist ein Kapitel über die Bedingungen für Aufstieg und Sieg des Nationalsozialismus. Für die zwanziger Jahre sieht Kühnl noch kein politisch relevantes Bündnis zwischen Herrschenden und NSDAP, die noch weitgehend in der Rolle einer politischen Sekte verharrt. Ihre eminente Bedeutung zur Absicherung der Herrschaft des Kapitals erhält sie nach dem Versagen der bürgerlichen Parteien und dem hiermit verschränkten Anwachsen zur Massenpartei. Doch Kühnl geht nicht nur auf die Kräfte ein, die den Faschismus begünstigen, sondern auch auf die, die ihn bekämpften. Er rekurriert auf Fehler in der Politik der deutschen Arbeiterbewegung (Sozialfaschismustheorie der KPD und Totalitarismustheorie der SPD),

die, durch Spaltung geschwächt, den Sieg der faschistischen Reaktion nicht verhindern konnte. Im Zusammenhang hiermit kommt der Autor zu folgender, auch für heute gültigen strategischen Anweisung: „Eine realistische antifaschistische Strategie hat also davon auszugehen, daß die Linke ein elementares Interesse an der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus haben und daß sie im Augenblick der Bedrohung durch den Faschismus nach einem Bündnis aller antifaschistischen Kräfte streben muß, die an der Bewahrung der bürgerlichen Demokratie interessiert sind. Denn diese ist die fundamentale Voraussetzung für die legale Existenz der Arbeiterbewegung — und damit auch die Bedingung für eine potentielle Weiterentwicklung zur sozialistischen Demokratie" (114).

Für den Bereich der Mobilisierung, Organisation und Lenkung der Massen durch die faschistische Exekutive versucht Kühnl Resultate psychoanalytischer Studien über den Faschismus (Reich, Fromm) einzuarbeiten, bleibt jedoch bei der Heranziehung der autoritären Charakterstruktur in ihren sadistischen und masochistischen psychischen Ausformungen stehen und gelangt nicht zu einer konsequent sozialwissenschaftlich-marxistischen Ableitung und Gewichtung dieses Charakters und seiner konkret politischen Relevanz. Die Arbeiten der linken Freudianer, denen partieller Erklärungswert nicht abgestritten werden kann, müßten bei ihrer Fruchtbarmachung für marxistische Gesellschaftstheorie einer konsequent materialistischen Kritik unterworfen werden.

Kühnl steht mit seiner Faschismus-Analyse, die allen Erklärungsversuchen bürgerlicher Geschichtswissenschaft an Aussagekraft weit überlegen ist, innerhalb der marxistischen Diskussion zwischen August Thalheimers „Bonapartismustheorie" (die, 1930 am Beispiel des italienischen Faschismus

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

entwickelt, die Verselbständigung der faschistischen Exekutivgewalt und Vernichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie stark hervorhebt) und der „Agententheorie" der III. Kommunistischen Internationale (Dimitroff), in der die NS-Exekutive lediglich als Instrument des Finanzkapitals ohne jede eigenständige politische Dezisionsgewalt bestimmt wird.

In einem abschließenden Kapitel diskutiert Kühnl die Problematik des Faschismus nach 1945. Er warnt davor, ihn als in seiner Epoche mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges abgeschlossen zu betrachten und somit blind zu werden gegenüber faschistischen Tendenzen in der Gegenwart. Zugleich plädiert er dafür, in der aktuellen politischen Diskussion dem Faschismusbegriff nicht seine Schärfe zu nehmen, indem Regime wie in Spanien, Portugal oder Griechenland als faschistisch bezeichnet werden. Kühnl will sie reaktionäre Militärdiktaturen nennen, die allerdings tendenziell sich faschistische Herrschaftsmethoden aneignen. Die akuteste Gefahr eines drohenden Faschismus wird in den USA gesehen. Hiermit widerspricht Kühnl Alff und auch Mansilla, die in neuesten Publikationen sich optimistisch hinsichtlich der Wirkung faschistischer Ideologie äußern: für sie ist der Faschismus keine mögliche Form bürgerlicher Herrschaft in der Gegenwart.

Die Gesamtbeurteilung dieses Taschenbuches muß die Frage nach seiner Funktionserfüllung in bezug auf den angesprochenen Leserkreis positiv beantworten: es richtet sich in seiner verständlichen und stringenten Argumentation im Schwerpunkt nicht an marxistische Faschismus- oder materialistische Geschichtstheoretiker, sondern erhält seine politische Breitenwirkung gerade bei bürgerlichen Leserschichten durch Aufklärungsarbeit über grundlegende sozialökonomische und historische Zusammenhänge der kapitalistischen Entwicklung in Westeuropa und Deutschland.

Burkhard Rosenau

Äthiopiens afrikanischer Feudalismus

Robert L. Hess, Ethiopia. The Modernization of Autocracy. Aus der Reihe: Africa in the Modern World; Hrsg. G. M. Carter. Cornell University Press, Ithaca und London 1970.

Die bisherige Äthiopien-Forschung dürfte kaum in der Lage sein, eine Grundlage für Antworten auf äthiopische Fragen zu geben. Denn ihre — Hess vorläufig ausgenommen — letzten Produkte waren entweder eine chronologische Datenhäufung, die das Bild einer von Individuen beherrschten Geschichte ergibt (Beispiel: Greenfield, Ethiopia. A New Political History) oder eine von jeder materiellen Basis abgehobene Untersuchung von Ideologien und Mentalitäten (Levine, Wax and Gold) oder eine ebenso losgelöste Beschreibung von Institutionen (Clapham, Haile Selassie's Government) oder schließlich eine Mischung von alledem (Perham, The Government of Ethiopia). Außer von den Verbänden äthiopischer Studenten in Europa und Nordamerika ist ein geschlossenes theoretisches Konzept an den Gegenstand Äthiopien noch nicht herangetragen worden.

Wenn auch die Monographie von Hess ihre Theorie schon im Untertitel ankündigt, die der Modernisierung nämlich, setzt sie die obige Serie doch nur fort. Sicher erfährt man hier einige Tatsachen über das Land, das mit 23 Mill. Einwohnern zu den Schlüsselländern Afrikas zählt, doch sind die Dychothomie „traditional-modern" und der Zentralisationsbegriff der Modernisierungstheorie viel zu formal, als daß sie Ursachen und Zusammenhänge offenlegen könnten. Erklärt werden soll bei Hess die Monarchie, also die Form der politischen Herrschaft, die in Äthiopien seit gut zwei Jahrtausenden, wenn auch mit Unterbrechungen, vorherrscht. Den Schlüssel zum Verständnis ihres wechselnden Schicksals sieht Hess nicht in konkreten historischen Situationen und gesellschaftlichen Entwicklungen, sondern im Mythos, der die herrschende Dynastie umgibt. Jener als historisch unhaltbar aufgegebenen Legende, die äthiopischen Kaiser hin bis zum heutigen Haile Selassie I. entstammten der Verbindung König Salomons mit der Königin von Saba, erkennt Hess weit mehr zu als bloße Legitimierung der Herrschaft als gottgewollte, da David der Stammvater des Herrschergeschlechts sei — er sieht in ihr vielmehr eine reale Grundlage von Ansprüchen auf den kaiserlichen Thron. So interessieren ihn nicht die sozioökonomischen Voraussetzungen der Monarchie wie etwa die Existenz eines vom Mehrprodukt der bäuerlichen Arbeit lebenden Adels, er fragt nicht, warum dieser entstehen konnte, und

unterdrückt so die wichtige Tatsache, daß Äthiopien als einziges afrikanisches Land schon seit Jahrhunderten den Pflug kennt und daß u. a. die damit erhöhte Produktivität die Entstehung eines Landadels begünstigte, der für Staatsämter frei war. Beiläufig nur spricht Hess von einem „semifeudalen" System, ohne den nun wirklich nicht eindeutigen Begriff des Feudalismus zu klären. Dabei wäre es auch von einigem theoretischen Interesse, zu prüfen, wieweit Äthiopien einem dem europäischen ähnlichen Feudalismus je hatte — einen klaren Begriff davon einmal vorausgesetzt. Die Produktionsweise der äthiopischen Bauern soll seit undenklichen Zeiten nahezu unverändert sein, während „über ihnen" an die Marxschen „Stürme der politischen Wolkenregion" gemahnende Kämpfe um die kaiserliche Herrschaft tobten — was läge da näher, als die Marxsche Kategorie der Asiatischen Produktionsweise wenigstens versuchsweise auf Äthiopien anzuwenden?

Der für das heutige Äthiopien entscheidende Prozeß seiner Geschichte, die Mitte des 19. Jahrhunderts wiedereinsetzende Zentralisierung der politischen Herrschaft, entgleitet dem Ansatz von Hess total. Wenn sich aus der damaligen Zersplitterung der politischen Macht heraus ein Bandenführer ohne besonderen dynastischen Hintergrund durchsetzen und als Teodros II. Kaiser werden konnte, müßte nach dem Zustand des damaligen Regionaladels gefragt werden. Wenn sich der Nachfolger Teodros', Yohannes IV., gegen seine Rivalen behaupten konnte, weil er einfach mehr von den für Äthiopien relativ neuen Feuerwaffen besaß — warum dann war er in dieser Position? Feuerwaffen fallen doch nicht vom Himmel und mußten auch damals bezahlt werden.

So sehr auch historische „Zufälle" mitgespielt haben mögen, wohl kaum zufällig war der Zentralisationsprozeß selbst. Nach seinen objektiven Voraussetzungen und nach der Klasse, die ein Interesse an ihm hatte, sucht Hess auch nicht. Zwar konstatiert er rein phänomenologisch die Vorboten des europäischen Imperialismus wie Forschungsreisende, Missionare, Kaufleute und ein steigendes direkt imperialistisches Interesse an Äthiopien. Nicht jedoch wird untersucht, ob die daraus folgende Notwendigkeit, das Land verteidigungsbereiter zu machen und also mehr zu zentralisieren, den Bedürfnissen des angeblich auf seinen lokalen Interessen beharrenden Adels nicht doch entsprach.

Der Interessenkonflikt zwischen zentralisierendem Kaiser und regionalem Adel, der das Buch wie ein roter Faden durchzieht, ist in Wirklichkeit eher ein Widerspruch innerhalb einer Klasse, des Adels, ausgedrückt besonders in den regelmäßigen Nachfolgekämpfen nach dem Tod eines Kaisers. Hess selbst enthüllt das ungewollt mit dem auf Haile Selassie bezogenen Satz: „The Emperor intended that modernization serve as a means to political stability." Haile Selassie war und ist nur Vollstrecker einer vor 100 Jahren begonnenen Entwicklung, die aber ökonomische Machtverhältnisse nie angetastet hat. Denn „the old nobility has retained its prestige and social position", und auch politisch ist sie nicht entmachtet — die sich seit Jahren hinziehende Groteske der Versuche einer Landreform beweist es eindeutig genug.

Neelsen, K.
Wirtschaftsgeschichte der BRD. Ein Grundriß.
Bln: VEB Dt. Verl. d. Wissenschaften 1971. 318 S. Kunstleder. DM 19,80.
Politische Ökonomie — Kapitalismus. Anschauungsmaterial — Aus d. Russ. 2. Aufl.
Bln: Dietz 1972. 160 S. Broschiert. DM 7,80.

Klaus, G.
Semiotik und Erkenntnistheorie. 3. unveränd. Aufl.
Bln: VEB Dt. Verl. d. Wissenschaften 1972. 182 S. Broschiert. DM 9,50.

Gossweiler, K.
Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914—1932. Bln: VEB Dt. Verlag d. Wissenschaften 1971. 423 S. Leinen. DM 41,80.

BRÜCKEN-VERLAG GMBH
4 Düsseldorf - Postfach 1928

Was modernisiert wurde in Äthiopien, zumindest im Erscheinungsbild, ist der Herrschaftsapparat, also Verwaltung und Armee. Das ermöglicht es in erster Linie dem Adel, allmählich aus der historisch überfälligen Rolle feudaler Landlords in die einer ebenso privilegierten und entwicklungshemmenden Bürokratie und, zögernd zwar noch, eines modern produzierenden Großgrundbesitzertums hineinzuwachsen. Fraglich ist allerdings auch hier, ob tatsächlich, d. h. inhaltlich, „semifeudale" durch „bürokratische" Institutionen ersetzt wurden, denn persönliche Loyalität dem Kaiser gegenüber zählt auch heute noch mehr als anonyme gegenüber dem Staat.

Immer wieder gerät Hess mit seiner Sichtweise der Modernisierung ins Nichtssagende, wenn nicht Falsche. So unterstellt er dem Kaiser, einem Individuum, ganze soziale Gruppen geschaffen zu haben. Und was soll eine Aussage wie die, daß der Kaiser den gesamten „decision-making process" in der Hand habe, solange nicht weitergefragt wird, im Interesse welcher Klasse er entscheidet?

Eine Interpretation der von Hess gegebenen Zahlen und Daten zur äthiopischen Wirtschaft macht klar, was Modernisierung in Äthiopien bedeutet. Zwischen 1959 und 1969 stieg die landwirtschaftliche Gesamtproduktion um fast 30 %, die Pro-Kopf-Produktion immerhin um 8 %, doch „despite the increase in agricultural production, there has been no appreciable change in the economic status of the Ethiopian farmer in the past decade". In den veröffentlichten Haushaltsausgaben lag „Verteidigung" mit 17 % an der Spitze vor dem Budget des Innenministeriums, dessen 10 % zu einem großen Teil für Beamtengehälter gebraucht werden dürften. Die erste Sorge des Kaisers und seiner Regierung ist also, und wie sollte es anders sein, die der Selbsterhaltung.

Zu einseitig ist Hess' Verständnis der milizähnlichen Territorialarmee, die sich hauptsächlich aus jungen Bauern zusammensetzt — nämlich als Gegengewicht zur regulären Armee. Sollte Haile Selassie mit der Territorialarmee nicht eher die Konsequenzen aus den Lehren gezogen haben, die ihm die Bauernrebellen gaben, die 1968/69 in den Provinzen Bale und Gojjam aus Protest gegen neue Steuerfestsetzungsmethoden stattfanden? Denn zumindest objektiv waren diese eher Klassenkämpfe als Konflikte zwischen traditionalen und modernen Kräften, wie Hess es sieht.

Auch die Analyse der heutigen politischen Herrschaft in Äthiopien müßte die Verhältnisse miteinbeziehen, unter denen noch heute ca. 90 % seiner Bevölkerung ihre Daseinsgrundlage finden: die Landbesitzverhältnisse. Hess begnügt sich, auf 1½ Seiten, mit einigen Hinweisen; zur Erkenntnis von Widersprüchen bzw. Loyalitäten, die sich aus den Produktionsverhältnissen ergeben, und ihrer Verbindung über den Landadel zur monarchischen Spitze kommt er nicht. Relativ viel Raum widmet er den sehr wenigen Arbeitern, während die Funktionen des ausländischen Kapitals, der inländischen Händlerschicht, der umfangreichen Prostitution unerwähnt bleiben.

Kein Wunder, daß der Putschversuch der „Imperial Bodyguard" (1960) da etwas im Raum hängen bleibt. Hess überbetont persönliche Frustrationen einzelner Beteiligter, kommt aber auch nicht an der Erkenntnis vorbei, daß bei vielen von ihnen ein klares Bewußtsein der politischen Verhältnisse die Motivation zu der Erhebung ergab.

Wenig einzuwenden gibt es gegen die Darstellung der äthiopischen Studentenbewegung. Klar wird vor allem, wie es ihr immer mehr gelang, die äthiopischen Zustände theoretisch richtig zu erfassen, und sie sich folgerichtig zu einer Organisation mit sozialistischen Zielen entwickelte. Ebenso konsequent versuchen die marxistischen äthiopischen Studenten, ihr richtiges politisches Bewußtsein den Massen zu vermitteln, und d. h. in erster Linie den Bauern. Ein Instrument dafür ist der „National Service", der jeden Studenten verpflichtet, ein Jahr lang als Lehrer auf dem Land zu arbeiten. Immerhin brachten sie über diesen Kanal die Schüler so weit, daß sie etliche hundert amerikanische „Peace-Corps"-Lehrer als Agenten eines Kulturimperialismus erkannten und so eindeutig ablehnten, daß diese zurückgezogen wurden. Die nachfolgenden Philippinos waren allerdings ein fast gleichwertiger Ersatz. Unvollständig und verharmlosend bleibt Hess' Rekonstruktion der Ereignisse, die sich Ende 1969 in Addis Abeba abspielten: nachdem Tilahun Gizaw, der Präsident des äthiopischen Studentenverbandes, auf offe-

ner Straße ermordet worden war und daraufhin Schüler und Studenten eine Trauer- und Protestdemonstration veranstalten wollten, wurden sie im Campus eingeschlossen. Was dann folgte, ist nur als Massaker richtig erfaßt; Polizei und „Bodyguard" ermordeten nicht drei, wie Hess behauptet, sondern mindestens 25 Demonstranten. Auch unterschlägt er die Wochen vorher in Presse und Rundfunk begonnene Hetzkampagne gegen die Studenten, die erkennen ließ, daß die Regierung eine systematische Zerschlagung der Studentenbewegung plante.

In Hess' ausführlicher Behandlung von Haile Selassies Außenpolitik schließlich ist es schon beachtlich, wie er es schafft, sie in eine neutralistische umzudeuten — ungeachtet der amerikanischen Berater in vielen Behörden, ungeachtet der das Land vermessenden „US-Mapping-Mission", ungeachtet besonders der Kagnew-Station bei Asmara, einer der wichtigsten amerikanischen Stützpunkte außerhalb der USA.

Volker Janßen

Die Haltlosigkeit der Konvergenztheorie

Herbert Meißner, Konvergenztheorie und Realität. Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/Main 1971, 243 S., br. 7,50 DM.

Die beachtlichen Fortschritte, die während der vergangenen Jahre in der marxistischen Diskussion über die Konvergenztheorie erzielt wurden, versetzten einen Autor wie Meißner zwar in die Lage, häufig nurmehr rekapitulieren zu müssen, was an kritischen Fundamentalbegriffen bereits erarbeitet wurde. Daß dieser Umstand seinen — außer Günther Roses Studien übrigens einzig holistischen — Versuch zur gesellschaftstheoretischen Offensive gegen aktuelle Konvergenz-Spekulationen jedoch keineswegs überflüssig macht, vermag der Autor politisch zu begründen und wissenschaftlich zu erhärten. Was an der vorliegenden Arbeit auf den ersten Blick am meisten besticht, ist die stringente Argumentation, die nur in krassen Bezugsfällen hinter polemische und apodiktische Sentenzen zurücktritt, ist ferner der beständige Aufweis der ideologiegeschichtlichen Kontexte, der eine klare politische Funktionsbestimmung ermöglicht, und es ist dies nicht zuletzt eine überzeugende Systematik.

Eingangs gibt Meißner einen nützlichen historischen Überblick über die Etappen und Formen der Umdispositionen, zu denen sich die bürgerliche Gesellschaftstheorie durch die fortschreitende Entwicklung von Theorie und Praxis des Sozialismus veranlaßt sah. Als wichtigste Situationen dieses ideologischen Wandlungsprozesses können die intellektuelle „Marxtöterei" (10), die langjährige Gültigkeit der Zusammenbruchsprognostik und der spätere Rückzug auf defensive Positionen gelten: wurde das Sowjetsystem während seiner ersten Konsolidierungsphase noch als ökonomische und politische Absurdität betrachtet (11), so gab es nach dem Industrialisierungsprozeß keine hinreichenden Gründe mehr, an seiner Funktionsfähigkeit zu zweifeln. Nunmehr mußte sich die bürgerliche Theorie auf den Systemvergleich zurückziehen und zunächst die ökonomische, dann — als auch diese Position zerfiel — die politische Überlegenheit der Gesellschaftsformation im Kapitalismus betonen (12). Nachdem die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges noch einmal Perspektiven für eine ideologische Offensive eröffneten, die dann im Zeichen des doktrinären und missionarischen Antikommunismus auch stattfand (14 f.) und die in ihren Grundzügen bis heute nachwirkt, schien um die Mitte der fünfziger Jahre wiederum ein gradueller Aggressivitätsverzicht angezeigt: die Totalitarismustheorie modifizierte den grobschlächtigen Antikommunismus, ohne jedoch dessen Grundpositionen preiszugeben. Da in dieser Theorie neben dem antisozialistischen Moment bereits ein gewisses Maß an pro-kapitalistischem Zweckoptimismus enthalten war, scheint es nicht ganz plausibel, warum Meißner auf eine Analyse der Totalitarismuskonzeption verzichtet. Denn er begibt sich dadurch einer zusätzlichen Möglichkeit, die genetischen Umstände dieser ideologischen Doppelfunktion aufzuklären, die — wie er zutreffend erläutert — zum instrumentellen Hauptkriterium der in den folgenden Jahren entwickelten sozialwissenschaftlichen Doktrin von der „modernen Industriegesellschaft" wurde (17).

Dieser Konzeption widmet Meißner besondere Aufmerksamkeit, weil er sie für die Grundlage hält, auf der die Konvergenztheorie aufbaute (21). Als markantesten

und politisch wohl auch einflußreichsten Protagonisten dieser Theorie präsentiert der Verfasser W. W. Rostow: er referiert dessen Schema wirtschaftlicher Wachstumsstadien (27 ff.), um zu zeigen, daß die Industriegesellschafts-Ideologie auf der Basis durchaus realer Daten der wissenschaftlich-technischen Revolution, aber in völliger Abstraktion von den sozioökonomischen Strukturen jeweiliger Gesellschaftsordnungen einen von der Technik diktierten Zwang industriewirtschaftlicher Organisation herausstellt (25). Dabei hat Meißner völlig recht, wenn er Rostows Konzeption im Unterschied zu manchen bisherigen Analysen historisch-typologisch gegen die Konvergenztheorie abgrenzt: denn das gleichsam systemtranszendierende Kostüm der Wachstumstheorie war einzig auf den Kapitalismus zugeschnitten, die Positionen des vulgären Antikommunismus darin noch keineswegs geräumt.

Erst die Konvergenztheorie, die den gewandelten strategischen Problemen gegen Ende der fünfziger Jahre gerecht werden sollte und die sich in der Verwendung des Begriffs der Industriegesellschaft mit einer Konzeption von der Rostow'schen Art berührte (44), stellte die Frage nach den zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten des sozialistischen Systems und nach den Wechselbeziehungen der beiden Systeme im Verfolg der jeweiligen Transformationsprozesse. Von den Vertretern der Konvergenztheorie — allen voran Raymond Aron (45 f.) — wurden diese Fragen derart beantwortet, daß man die mit dem gleichartigen Vergesellschaftungsgrad der Produktion tatsächlich aufgetretenen gemeinsamen Merkmale beider Systeme zum Anlaß nahm, um einen eigendynamischen wechselseitigen Assimilationsprozeß mit dem Ziel der letztendlichen Struktur-Identität zu prognostizieren (42 f.).

Indem er die ökonomischen und soziologischen Begründungen der Konvergenztheorie seziert, gelingt es Meißner, deren empirische Haltlosigkeit nachzuweisen und sinnfällig zu demonstrieren, daß diese Theorie entgegen ihrem äußeren Schein eben nicht die Annäherung der beiden Systeme, sondern die Erosion des einen, nämlich des sozialistischen, Systems meint (108, 176, 199). Alle diese Behauptungen der Konvergenztheorie haben einen gemeinsamen Nenner: sie gehen stillschweigend davon aus, daß die gesellschaftliche Entwicklung unmittelbar von der technisch-ökonomischen Entwicklung bestimmt wird, ohne das dazwischentretende systembestimmende Moment der Produktionsverhältnisse zu berücksichtigen (88).

Ob es sich nun um die Managertheorie handelt, die vordergründig an der Trennung von Kapitaleigentum und -funktion festmacht, um die Irrelevanz der Eigentumsverhältnisse zu erweisen (52 ff.), ob die oberflächliche Analyse der regulativen und zentralistischen Staatsfunktion im Kapitalismus einen umgekehrt-parallelen Tatbestand zur Dezentralisierung und Liberalisierung im Sozialismus suggerieren soll (64 ff.), oder ob die Thesen der Nivellierung der Einkommensunterschiede und der Diffusion der einzelbetrieblichen Leitungsfunktionen die Konvergenztheorie stützen (75 ff.): es sind durchweg instruktive Beispiele dafür, daß diese Theorie dem kapitalistischen System eine progressive Eigenschaft zuerkennt, während sie den Sozialismus als in der Rückbildung begriffen sieht.

Wie die Konvergenztheorie derart zur früheren antisozialistischen Zusammenbruchsprognostik zurückkehrt, demonstriert Meißner auch an ihren soziologischen Begründungsmustern. Dazu gehören unter anderem die Fiktion der „Technostruktur", die J. K. Galbraith auf der Basis durchaus realistischer Einsichten in die zunehmende Verwissenschaftlichung der Produktion entwickelte (101 ff.), und die Theorie der Entideologisierung im „nachindustriellen", kybernetischen Zeitalter, die auf einen eingeengten Ideologiebegriff verweist (116 ff.). (Sicherlich hätte Meißner in diesen beiden Kapiteln seine Schlußfolgerungen noch bündiger ziehen können, wenn er mit seiner Einzelargumentation konsequenter dem methodologischen Imperativ gefolgt wäre, der sich notwendig auch aus seiner differenzierenden Klassifikation von Industriegesellschafts- und Konvergenztheorie ergibt; so treten die konvergenztheoretischen Argumente, die sich aus der unausgesprochenen Kapitalismus-Apologie herleiten, gegenüber den Argumenten, die sich aus der vordergründig vergleichenden Analyse des Sozialismus ergeben, zu stark in den Vordergrund.)

Zwei weitere Thesen spielen eine zentrale Rolle im Begründungszusammenhang der Konvergenztheorie: es ist dies zum einen die immer wiederkehrende Vermutung, es

hätten sich im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution mit dem Bedeutungszuwachs der Intelligenz in beiden Systemen neue Stratifikationsmerkmale herausgebildet (130 ff.), und es ist dies zum anderen die Behauptung der schwindenden Virulenz von Klassenbewußtsein (160). Bei aller grundsätzlichen Anerkennung der Gegenposition, die Meißner hierzu einnimmt, fällt doch auf, daß er sie nicht in der gleichen argumentativen Dichte auszuweisen vermag, die ansonsten seine Arbeit charakterisiert. Hier scheint die empirische Basis, von der er ausgeht, zu brüchig, um apodiktische Aussagen vermeiden zu helfen.

Der Schlußteil der Schrift, der die gesellschaftliche Funktion der Konvergenztheorie zu bestimmen sucht, führt noch einmal auf historische Periodisierungsprobleme zurück. Dabei kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß die Konvergenztheorie als Medium der ideologischen Diversion — ein Tatbestand, den er im Gegensatz zum bisherigen Sprachgebrauch genauer begrifflich abklärt (164 ff.) — den unverhüllten Antikommunismus ablösen mußte, weil in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre deutlich wurde, daß die „Politik der Stärke" bereits im Ansatz gescheitert war (171). Diese exakte Terminierung gestattet es Meißner, gegen Rose zu polemisieren (174 ff.), der die Anfänge der Konvergenztheorie bis in den Zweiten Weltkrieg, genauer gesagt bis zur Entstehung des Mythos der „one world" zurückverfolgt, der von dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten für 1940, Wendell Willkie, in einem gleichnamigen Buch in die Welt gesetzt wurde. Zunächst mag diese Polemik stichhaltig erscheinen, da Meißner auf den Umstand verweisen kann, daß die bürgerliche Politik und Propaganda solange keine „aufgeklärte" Theorie wie die Konvergenztheorie benötigte, als sie noch vom baldigen Zusammenbruch und Untergang des Sozialismus ausgehen konnte (175). Diese Auffassung setzt allerdings — was die ideologischen Träger und die aktuellen Zielstellungen angeht — einen monolithischen Theoriebegriff voraus, gegen den sich der Autor ansonsten erfolgreich schützt. Wie es heute eine Kritik der Konvergenztheorie von den Positionen des Rechtsextremismus und Neoliberalismus her gibt — Meißner charakterisiert sie im vorletzten Kapitel zutreffend als Phänomen der ideologischen Verspätung (210 ff.) —, genauso existierten — vor allem im außenpolitischen Wirkungsbereich des New Deal — Programme, die bestimmte Elemente der Konvergenztheorie vorwegnahmen. Dazu gehörten vor allem Weltregierungs-Konzepte, die auf konvergenztheoretische Prämissen verwiesen waren, wenn anders nicht ihr hegemonial-politischer Gehalt in Erscheinung treten sollte.

Frank Niess

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Reinhard Kreckel, Soziologische Erkenntnis und Geschichte. Über Möglichkeit und Grenzen einer empirisch-analytischen Orientierung in den Humanwissenschaften. Westdeutscher Verlag, Opladen, 163 S., kart. 24,— DM (Beiträge zur soziologischen Forschung, Bd. 6).

Geschichte der politischen Ökonomie. Eine Einführung in Lebensbildern. Herausgegeben von H. C. Recktenwald. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, 750 S. mit Zeittafel, Register und 23 Bildtafeln, Ln. 22,— DM (Kröners Taschenausgabe, Bd. 427).

Rüdiger Lautmann, Soziologie vor den Toren der Jurisprudenz. Zur Kooperation der beiden Disziplinen. Verlag Kohlhammer, Stuttgart, 121 S., kart. 7,20 DM (Urban-Taschenbücher, Bd. 821).

Das politische System der Schweiz. Herausgegeben von Jürg Steiner. Piper Verlag, München, 244 S., kart. 19,80 DM (Piper Sozialwissenschaft, Bd. 5).

Walter Auerbach, Beiträge zur Sozialpolitik. Aufsätze und Vorträge von 1948—1970. Luchterhand Verlag, Neuwied, 310 S., Ln. 35,— DM.

Eduard Baumgarten, Gewissen und Macht. Abhandlungen und Vorlesungen 1933-1963. Ausgewählt und eingeleitet von Michael Sukale. Verlag Anton Hain, Meisenheim, XVIII, 364 S., br. 45,60 DM (Mannheimer sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 2).

Ernst H. Liebhart, Nationalismus in der Tagespresse 1949—1966. Studien zur Anwendung quantifizierender Inhaltsanalyse. Verlag Anton Hain, Meisenheim, XIV, 282 S., br. 38,50 DM (Kölner Beiträge zur Sozialforschung und angewandten Soziologie, Bd. 12).

Heidrun Abromeit, Das Politische in der Werbung. Westdeutscher Verlag, Opladen, 230 S., kart. 24,— DM, Ln. 36,— DM.

Dichtung — Sprache — Gesellschaft. Akten des IV. Internationalen Germanistenkongresses in Princeton. Redaktion: Hans-Gert Roloff. Athenäum Verlag, Frankfurt, 635 S., Ln. 86,— DM.

Ingrid Strohschneider-Kohrs, Literarische Struktur und geschichtlicher Wandel. Aufriß wissenschaftlicher und methodologischer Probleme. Wilhelm Fink Verlag, München, 32 S., kart. 3,80 DM.

Thomas Mann und die Tradition. Herausgegeben von Peter Pütz. Athenäum Verlag, Frankfurt, 288 S., kart. 28,— DM.

Günter Wallraff, Neue Reportagen,Untersuchungen und Lehrbeispiele. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 168 S., br. 12,— DM (Pocket, Bd. 34).

Geschichte und Zeitgeschichte

Robert Stupperich, Die Reformation in Deutschland. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 282 S. + beigefügte Faltkarten, br. 7,80 DM (DTV / Monographien zur Weltgeschichte / Bd. 3202).

Oscar J. Hammen, Die Roten 48er. Karl Marx und Friedrich Engels. Aus dem Englischen übertragen von Hans J. Thomas. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion Frankfurt, XII, 502 S., Linson 48,— DM. — Im gleichen Verlag erscheint: E. J. Feuchtwanger, Preussen. Mythos und Realität. Aus dem Englischen übertragen von Regina Pugmire (309 S. mit 4 Kt., Linson 29,— DM).

Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Herausgegeben von Eberhard Kolb. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 440 S., Ln. 38,— DM, br. 28,— DM (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 49).

Hans-Helmuth Knütter, Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik. Droste Verlag, Düsseldorf, 260 S., Ln. 28,— DM, Paperback 19,80 DM (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd. 4).

Helmut James Graf v. Moltke, Briefe. Bericht aus Deutschland. Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel (Neuauflage). Henssel Verlag, Berlin, 184 S., kart. 6,80 DM. — Die Neuauflage ist um einen Brief erweitert worden, den Moltke im Jahre 1943 von Schweden aus an den ihm befreundeten britischen Regierungsbeauftragten Lionel Curtis geschrieben hat.

Aktuelle Themen

Plädoyers für eine Europäische Sicherheitskonferenz. Herausgegeben von Walter Fabian. Hanser Verlag, München, 116 S., br. 5,80 DM (Reihe Hanser, Bd. 96).

„Ich war gern in Vietnam". Leutnant Calley berichtet. Aufgezeichnet von John Sack. Nachwort von Klaus Horn. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, 147 S., br. 3,80 DM (Fischer Bücherei, Bd. 988).

Siegfried Heiler / Horst Rinne, Eine Einführung in die Statistik. Verlag Anton Hain, Meisenheim, X, 132 S., br. 24,50 DM.

Urlich Baßeler, Finanzierungsrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, VII, 129 S., 11 Tabellen, kart. 30,— DM (Kieler Studien, Bd. 119). — Als Bd. 120 erscheint: Wolf Schäfer, Der Euro-Dollarmarkt (VIII, 92 S., kart. 25,— DM).

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Dokumente zum Zeitgeschehen

Grundsätze für die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA vom 29. Mai 1972

(Wortlaut)

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika sind,

geleitet von ihren Verpflichtungen aufgrund der Charta der Vereinten Nationen und dem Wunsche, die friedlichen Beziehungen zueinander zu stärken und diese Beziehungen auf eine möglichst feste Grundlage zu stellen;

aus der Erkenntnis heraus, daß es notwendig ist, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Kriegsgefahr zu beseitigen und Bedingungen zu schaffen, die die Verringerung der Spannungen auf der Welt und die Stärkung der allgemeinen Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit fördern;

aus der Überzeugung heraus, daß die Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und deren zum beiderseitigen Vorteil gereichende Entwicklung auf solchen Gebieten wie Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur diesen Zielen entsprechen und zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und einer sachlichen Zusammenarbeit beitragen werden, ohne in irgendeiner Weise die Interessen dritter Länder zu präjudizieren;

aus dem Bewußtsein heraus, daß diese Ziele den Interessen der Völker beider Länder entsprechen,

wie folgt übereingekommen:

1) Sie werden von dem gemeinsamen Schluß ausgehen, daß es im Nuklearzeitalter keine andere Alternative gibt, als die gegenseitigen Beziehungen auf der Grundlage einer friedlichen Koexistenz zu gestalten. Unterschiede in der Ideologie und in den Gesellschaftssystemen der UdSSR und der USA sind keine Hindernisse für die bilaterale Entwicklung normaler Beziehungen, die auf den Grundsätzen der Souveränität, der Gleichberechtigung, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und des beiderseitigen Vorteils beruhen.

2) Die UdSSR und die USA legen größten Wert darauf, das Entstehen von Situationen zu verhindern, die zu einer gefährlichen Verschlechterung ihrer Beziehungen führen könnten. Sie werden daher ihr Äußerstes tun, um militärische Konfrontationen zu vermeiden und den Ausbruch eines Nuklearkrieges zu verhindern. Sie werden in ihren gegenseitigen Beziehungen stets Zurückhaltung üben, und sie werden bereit sein, zu verhandeln und Meinungsverschiedenheiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Gespräche und Verhandlungen über offenstehende Fragen werden in einem Geiste der Gegenseitigkeit, des beiderseitigen Entgegenkommens und des beiderseitigen Vorteils geführt werden. Beide Seiten erkennen an, daß Bestrebungen, direkt oder indirekt einen einseitigen Vorteil auf Kosten des anderen zu erreichen, nicht im Einklang mit diesen Zielen stehen. Die Voraussetzungen für die Erhaltung und Stärkung friedlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA sind die Anerkennung der Sicherheitsinteressen der Vertragspartner auf der Basis des Grundsatzes der Gleichberechtigung und des Verzichts auf Anwendung oder Androhung von Gewalt.

3) Die UdSSR und die USA tragen wie andere Länder, die ständige Mitglieder des Weltsicherheitsrates sind, eine besondere Verantwortung, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, daß es nicht zu Konflikten oder Situationen kommt, die zur Erhöhung internationaler

Spannungen dienen würden. Demgemäß werden sie die Förderung von Bedingungen anstreben, unter denen alle Länder in Frieden und Sicherheit leben können und nicht Gegenstand einer Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten von außen werden.

4) Die UdSSR und die USA beabsichtigen, die Rechtsgrundlage für ihre gegenseitigen Beziehungen auszuweiten und die erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, damit bilaterale Abkommen, die sie geschlossen haben, und multilaterale Verträge und Abkommen, denen sie gemeinsam als Vertragspartner angehören, gewissenhaft durchgeführt werden.

5) Die UdSSR und die USA bekräftigen ihre Bereitschaft, die Praxis eines Gedankenaustausches über Probleme von beiderseitigem Interesse fortzusetzen und, wenn erforderlich, einen solchen Gedankenaustausch auf höchster Ebene, einschließlich von Treffen der führenden Männer beider Länder, zu führen.

Beide Regierungen begrüßen eine Zunahme produktiver Kontakte zwischen Vertretern der gesetzgebenden Körperschaften beider Länder und werden sie erleichtern.

6) Die Vertragspartner werden ihre Bemühungen fortsetzen, die Rüstungen sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Basis zu begrenzen. Sie werden weiterhin besondere Anstrengungen unternehmen, um die strategischen Rüstungen zu begrenzen. Wo immer möglich, werden sie konkrete Abkommen schließen, die der Erreichung dieser Ziele dienen.

Die UdSSR und die USA betrachten als das letztliche Ziel ihrer Bemühungen die Erreichung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung und die Errichtung eines wirksamen Systems der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit den Zielsetzungen und Grundsätzen der Vereinten Nationen.

7) Die UdSSR und die USA betrachten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen als ein wichtiges und notwendiges Element der Stärkung ihrer bilateralen Beziehungen und werden daher das Wachstum solcher Beziehungen fördern. Sie werden die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Organisationen und Unternehmen der beiden Länder und den Abschluß von geeigneten Vereinbarungen und Kontrakten — einschließlich langfristiger — erleichtern.

Beide Länder werden zur Verbesserung der See- und Luftverbindungen zwischen ihnen beitragen.

8) Beide Seiten betrachten es als angebracht und nützlich, gegenseitige Kontakte und Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technologie zu entwickeln. Wo angebracht, werden die UdSSR und die USA geeignete Abkommen schließen, die sich auf die konkrete Zusammenarbeit auf diesen Gebieten erstrecken.

9) Beide Seiten bekräftigen ihre Absicht, die kulturellen Beziehungen zueinander zu vertiefen und ein besseres Kennenlernen der kulturellen Werte des anderen zu unterstützen. Sie werden für die Schaffung verbesserter Bedingungen für einen Kulturaustausch und den Reiseverkehr sorgen.

10) Die UdSSR und die USA werden bestrebt sein, dafür zu sorgen, daß ihre Beziehungen und ihre Zusammenarbeit auf den obenerwähnten und auf anderen in ihrem beiderseitigen Interesse liegenden Gebieten auf fester und langfristiger Grundlage beruhen. Um diesen Bemühungen einen dauerhaften Charakter zu geben, werden sie auf allen Gebieten, wo dies durchführbar ist, gemeinsame Kommissionen oder andere gemeinsame Gremien einsetzen.

11) Die UdSSR und die USA erheben weder für sich selbst den Anspruch in der Weltpolitik auf irgendwelche besonderen Rechte oder Vorteile, noch würden sie einen solchen Anspruch von einer anderen Seite anerkennen. Sie erkennen die souveräne Gleichberechtigung aller Staaten an.

Die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen richtet sich nicht gegen irgendwelche dritten Länder oder deren Interessen.

12) Die in diesem Dokument dargelegten Grundsätze berühren nicht Verpflichtungen irgendwelcher Art, die von der UdSSR oder den USA in bezug auf andere Länder früher eingegangen worden sind.

Moskau, den 29. Mai 1972

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: Leonid I. Breschnew, Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU

Für die Vereinigten Staaten von Amerika: Richard Nixon, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung der ABM-Systeme vom 26. Mai 1972

(Wortlaut)

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika, nachfolgend als die Vertragspartner bezeichnet, sind

von der Prämisse ausgehend, daß ein Nuklearkrieg verheerende Folgen für die gesamte Menschheit haben würde;

aus der Erwägung heraus, daß wirksame Maßnahmen zur Begrenzung der ballistischen Raketenabwehrsysteme ein wesentlicher Faktor bei der Einschränkung des Wettrüstens mit strategischen Offensivwaffen sein und zu einer Verminderung der Gefahr des Ausbruchs eines Krieges mit Kernwaffen führen würden;

von der Prämisse ausgehend, daß die Begrenzung von ballistischen Raketenabwehrsystemen sowie bestimmte vereinbarte Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Offensivwaffen zur Schaffung günstigerer Bedingungen für weitere Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstung beitragen würden;

eingedenk ihrer Verpflichtungen gemäß Artikel VI des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen;

unter Betonung ihrer Absicht, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Einstellung des nuklearen Wettrüstens zu erreichen und wirksame Maßnahmen zur Reduzierung der strategischen Rüstung, zur nuklearen Abrüstung sowie zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu ergreifen;

aus dem Wunsche heraus, zur internationalen Entspannung und zur Stärkung des Vertrauens zwischen Staaten beizutragen,

wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL I: 1) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, die ballistischen Raketenabwehrsysteme (ABM) zu begrenzen und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Vertrages weitere Maßnahmen zu ergreifen.

2) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, keine ABM-Systeme für eine Verteidigung des Territoriums seines Landes zu dislozieren und keine Basis für eine solche Verteidigung einzurichten sowie keine ABM-Systeme zur Verteidigung eines einzelnen Gebietes zu dislozieren, ausgenommen wie dies in Artikel III dieses Vertrages vorgesehen ist.

ARTIKEL II: 1) Im Sinne dieses Vertrages ist ein ABM-System ein System zur Abwehr strategischer ballistischer Raketen oder ihrer Elemente in einer Flugbahn, das gegenwärtig besteht aus:

A) ABM-Abfangraketen; dies sind Abfangraketen, die für eine Rolle im Rahmen des

ABM konstruiert und disloziert worden sind, oder Raketen eines Typs, der auf ABM-Eigenschaften getestet worden ist.

B) ABM-Abschußvorrichtungen; dies sind Abschußvorrichtungen, die für den Start von ABM-Abfangraketen konstruiert und disloziert worden sind, und

C) ABM-Radareinrichtungen; dies sind Radareinrichtungen, die für eine Rolle im Rahmen des ABM konstruiert und disloziert worden sind, oder Einrichtungen, die auf ABM-Eigenschaften getestet worden sind.

2) Zu den ABM-System-Komponenten, die in Absatz 1 dieses Artikels aufgeführt sind, gehören solche, welche: a) einsatzbereit, b) im Bau, c) in der Erprobung sind, d) überholt, repariert oder umgebaut werden oder e) eingemottet sind.

ARTIKEL III: Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, keine ABM-Systeme oder ihre Komponenten zu dislozieren, ausgenommen:

A) Innerhalb eines ABM-System-Dislozierungsgebietes mit einem Radius von 150 Kilometern und dem Mittelpunkt in der Hauptstadt des Vertragspartners darf ein Vertragspartner dislozieren:

1) nicht mehr als 100 ABM-Abschußvorrichtungen und nicht mehr als 100 ABM-Abfangraketen an den Startplätzen, und

2) ABM-Radareinrichtungen innerhalb von nicht mehr als sechs ABM-Radarkomplexen, wobei das Gebiet jedes Komplexes kreisförmig sein muß und nur einen Durchmesser von höchstens drei Kilometern haben darf, und

B) innerhalb eines ABM-Dislozierungsgebietes, das einen Radius von 150 Kilometern hat und in dem ICBM-(Interkontinentalraketen-)Abschuß-Silos liegen, darf ein Vertragspartner dislozieren:

1) nicht mehr als 100 ABM-Abschußvorrichtungen und nicht mehr als 100 ABM-Abfangraketen an den Startplätzen;

2) zwei große ABM-Radareinrichtungen mit phasengesteuerter Richtwirkung, die im Wirkungsbereich mit entsprechenden ABM-Radareinrichtungen vergleichbar sind, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages in einem ABM-System-Dislozierungsgebiet, in dem ICBM-Abschuß-Silos liegen, einsatzbereit oder im Bau sind, und

3) nicht mehr als 18 ABM-Radareinrichtungen, von denen jede einen geringeren Wirkungsbereich haben muß als die kleinere der beiden oben genannten großen ABM-Radareinrichtungen mit phasengesteuerter Richtwirkung.

ARTIKEL IV: Die in Artikel III vorgesehenen Begrenzungen sollen nicht gelten für ABM-Systeme oder ihre Komponenten, die für die Entwicklung oder für Versuchszwecke verwandt werden und innerhalb gegenwärtiger oder zusätzlich vereinbarter Versuchsgebiete liegen. Jeder Vertragspartner darf nicht mehr als insgesamt 15 ABM-Abschußvorrichtungen in Versuchsgebieten besitzen.

ARTIKEL V: 1) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, keine ABM-Systeme oder Komponenten zu entwickeln, zu testen oder zu dislozieren, die seegestützt sind, luftgestützt sind, weltraumgestützt sind oder mobil landgestützt sind.

2) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, keine ABM-Abschußvorrichtungen zu entwickeln, zu testen oder zu dislozieren, von denen mehr als eine ABM-Abfangrakete zur gleichen Zeit von jeder Vorrichtung gestartet werden könnte, keine dislozierte Abschußvorrichtung dahingehend abzuändern, daß sie mit einer solchen Fähigkeit ausgestattet würde, und keine automatischen oder halbautomatischen oder ähnliche Systeme für die rasche Neuladung von ABM-Abschußvorrichtungen zu entwickeln, zu testen oder zu dislozieren.

ARTIKEL VI: Um die Garantie für die Wirksamkeit der Begrenzungen der ABM-Systeme

und ihrer Komponenten, wie sie in diesem Vertrag vorgesehen sind, zu fördern, verpflichtet sich jeder Vertragspartner:

A) Keinen Raketen, Abschußvorrichtungen oder Radareinrichtungen außer ABM-Abfangraketen, ABM-Abschußvorrichtungen oder ABM-Radareinrichtungen die Fähigkeit zu verleihen, strategischen ballistischen Raketen oder ihren Elementen in einer Flugbahn entgegenzuwirken und sie nicht auf ABM-Eigenschaften zu testen, und

B) in der Zukunft keine Radareinrichtungen für ein Frühwarnsystem gegen einen Angriff mit strategischen ballistischen Raketen zu dislozieren, mit Ausnahme an Plätzen entlang der Peripherie seines nationalen Territoriums und nach außen gerichtet.

ARTIKEL VII: Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Vertrages darf eine Modernisierung und ein Ersatz von ABM-Systemen oder ihrer Komponenten vorgenommen werden.

ARTIKEL VIII: ABM-Systeme oder ihre Komponenten über die Zahl hinaus oder außerhalb der Gebiete, wie in diesem Vertrag spezifiziert, ebenso wie ABM-Systeme oder ihre Komponenten, wie durch diesen Vertrag verboten, werden im Rahmen vereinbarter Verfahren innerhalb des kürzesten vereinbarten Zeitraums zerstört oder demontiert.

ARTIKEL IX: Um die Lebensfähigkeit und Wirksamkeit dieses Vertrages sicherzustellen, verpflichtet sich jeder Vertragspartner, keine ABM-Systeme oder Komponenten davon, wie sie durch diesen Vertrag begrenzt werden, nach anderen Staaten zu verbringen und sie nicht außerhalb seines nationalen Territoriums zu dislozieren.

ARTIKEL X: Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, keine internationalen Verpflichtungen einzugehen, die im Widerspruch zu diesem Vertrag stehen würden.

ARTIKEL XI: Die Vertragspartner verpflichten sich, aktive Verhandlungen über die Begrenzung von strategischen Offensivwaffen fortzusetzen.

ARTIKEL XII: 1) Zum Zwecke der Sicherstellung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrages wird jeder Vertragspartner ihm zur Verfügung stehende nationale technische Mittel der Verifizierung in einer Weise anwenden, die in Übereinstimung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts steht.

2) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, nicht in die nationalen technischen Mittel der Verifizierung des anderen Vertragspartners, der in Übereinstimmung mit Absatz 1 dieses Artikels handelt, einzugreifen.

3) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, keine absichtlichen Verschleierungsmaßnahmen anzuwenden, die die Verifizierung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrages durch nationale technische Mittel behindern. Diese Verpflichtung soll keine Änderung der gegenwärtigen Bau-, Montage-, Umwandlungs- oder Überholungsverfahren erfordern.

ARTIKEL XIII: 1) Zur Förderung der Zielsetzungen und Durchführung der Bestimmungen dieses Vertrages werden die Vertragspartner unverzüglich eine Ständige Beratende Kommission einsetzen und werden innerhalb dieses Rahmens:

A) Fragen erörtern, die die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen und damit in Beziehung stehende Situationen betreffen, die als nicht eindeutig erscheinen mögen;

B) auf freiwilliger Basis solche Informationen verfügbar machen, die der eine oder der andere Vertragspartner für notwendig erachtet, um ein Vertrauen in die Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen zu gewährleisten;

C) Fragen erörtern, die einen unbeabsichtigten Eingriff in die nationalen technischen Mittel der Verifizierung beinhalten;

D) etwaige Veränderungen in der strategischen Situation erörtern, die eine Auswirkung auf die Bestimmungen dieses Vertrages haben;

E) sich auf Verfahren und Daten für die Zerstörung oder die Demontage der ABM-Systeme oder ihrer Komponenten in den durch die Bestimmungen dieses Vertrages vorgesehenen Fällen einigen;

F) soweit angebracht mögliche Vorschläge für eine weitere Stärkung der Lebensfähigkeit dieses Vertrages erörtern, darunter auch Vorschläge für Vertragszusätze in Einklang mit den Bestimmungen dieses Vertrages;

G) soweit angebracht Vorschläge für weitere Maßnahmen erörtern, die auf eine Begrenzung der strategischen Rüstungen abzielen.

2) Die Vertragspartner werden auf dem Wege der Konsultationen Statuten für die Ständige Beratende Kommission aufstellen — und können sie, falls angebracht, durch Zusätze erweitern, die die Verfahrensweisen, die Zusammensetzung und andere relevante Angelegenheiten betreffen.

ARTIKEL XIV: 1) Jeder Vertragspartner kann Zusatzbestimmungen zu diesem Vertrag vorschlagen. Vereinbarte Zusätze sollen in Einklang mit den für das Inkrafttreten dieses Vertrages maßgeblichen Verfahren ihrerseits in Kraft treten.

2) Fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Vertrages — und danach in Abständen von jeweils fünf Jahren — werden die Vertragspartner zusammen eine Überprüfung dieses Vertrages vornehmen.

ARTIKEL XV: 1) Dieser Vertrag soll von unbegrenzter Dauer sein.

2) Jeder Vertragspartner soll in Ausübung seiner nationalen Souveränität das Recht haben, von diesem Vertrag zurückzutreten, wenn er zu der Entscheidung gelangt, daß außergewöhnliche Ereignisse, die im Zusammenhang mit dem Gegenstand dieses Vertrages stehen, seine höchsten Interessen gefährdet haben. Er soll dann dem anderen Vertragspartner sechs Monate vor dem Zurücktreten von dem Vertrag von seiner Entscheidung Kenntnis geben. Eine solche Bekundung soll eine Erklärung über die außergewöhnlichen Ereignisse einschließen, die der seine Absicht bekundende Vertragspartner als seine höchsten Interessen gefährdend ansieht.

ARTIKEL XVI: 1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung in Einklang mit den verfassungsmäßigen Verfahren jedes Vertragspartners. Der Vertrag soll am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

2) Dieser Vertrag soll gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen hinterlegt werden.

Gegeben in Moskau am 26. Mai 1972 in doppelter Ausfertigung in russischer und englischer Sprache, die beide in gleicher Weise authentisch sind.

Interimsabkommen zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung von Offensivwaffen vom 26. Mai 1972

(Wortlaut)

Am 26 Mai 1972 haben die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit den Vereinigten Staaten von Amerika ein Interimsabkommen über die Begrenzung von strategischen Offensivwaffen abgeschlossen, das vom Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, und vom Präsidenten der USA, Richard Nixon, unterzeichnet wurde. Das Abkommen hat folgenden Wortlaut:

Interimsabkommen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über bestimmte Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung von strategischen Offensivwaffen:

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika, nachfolgend als die Vertragspartner bezeichnet, sind

Kritische Sachbücher

Sergio Vilar
Die spanische Opposition

Aus dem Spanischen von J. Bender, 391 Seiten, Leinen DM 30,—, Studienausgabe DM 20,—.

Vilar, 1936 geb., Redakteur spanischer und französischer Literaturzeitschriften, zahlreiche Aufsätze, 1962 Umfrage unter spanischen Intellektuellen und Künstlern (veröffentlicht in New York) Buchveröffentlichungen in Spanien, 1969 Erstveröffentlichung der vorliegenden Interviews mit spanischen Oppositionellen in einem spanischen Exilverlag in Paris, italienische Ausgabe bei Feltrinelli, französische bei Denoël.

Inhalt: Einführung und chronologische Übersicht über die Entwicklung der Opposition seit dem Bürgerkrieg bis zur Gegenwart. Interviews: Die Linke — Das Zentrum — Die Rechte. Ökonomische, gewerkschaftliche und Erziehungsprogramme der Opposition. Politische Programme.

Igor S. Kon
Soziologie der Persönlichkeit

Aus dem Russischen von W. Hoepp, 488 Seiten, Leinen DM 19,80.

I. S. Kon, 1928 geb., seit 1956 Professor für Philosophie und Soziologie in Leningrad, leitet die Abteilung Geschichte der Soziologie am Institut für konkrete Sozialforschung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Inhalt: *Persönlichkeit und Gesellschaft* — Der Begriff Persönlichkeit — Persönlichkeit und soziale Rollen — Das Ich und das Selbstbewußtsein — Das Ich und die sozialen Rollen (Kommunikationsproblem) — Die Persönlichkeit als Produkt und Subjekt der gesellschaftlichen Beziehungen
Wie der Mensch zur Persönlichkeit wird — Entwicklungsstadien und Sozialisationsmechanismen — Die Herausbildung des Ichs beim Kind — Die Jugend sucht sich selber
Die Persönlichkeit in der Geschichte der Gesellschaft — in den vorkapitalistischen Formationen — Das Problem der „Freiheit der Persönlichkeit" — Staatsmonopolistischer Kapitalismus und die „Zerstörung der Persönlichkeit" — Glanz und Elend des bürgerlichen Individualismus
Der Kommunismus und das Problem der allseitigen Entwicklung der Persönlichkeit — Marxistischer Humanismus — Arbeit und Freiheit — Freiheit der Persönlichkeit und neuer Kollektivismus — Persönlichkeit und Kultur. Literatur, Register etc.

Pahl-Rugenstein

aus der Überzeugung heraus, daß der Vertrag über die Begrenzung der ballistischen Raketenabwehrsysteme (ABM) und dieses Interimsabkommen über bestimmte Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung von strategischen Offensivwaffen zur Schaffung günstigerer Bedingungen für aktive Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Rüstungen sowie zur internationalen Entspannung und zur Stärkung des Vertrauens zwischen Staaten beitragen werden;

unter Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen strategischen Offensiv- und Defensivwaffen;

eingedenk ihrer Verpflichtung gemäß Artikel VI des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen

wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL I: Die Vertragspartner verpflichten sich, nach dem 1. Juli 1972 nicht mehr mit dem Bau weiterer fester landgestützter Abschußvorrichtungen für ballistische Interkontinentalraketen (ICBM) zu beginnen.

ARTIKEL II: Die Vertragspartner verpflichten sich, keine landgestützten Abschlußvorrichtungen für leichte Interkontinentalraketen oder für Interkontinentalraketen älteren Typs, die vor 1964 disloziert wurden, zu landgestützten Abschußvorrichtungen für schwere Interkontinentalraketen von Typen, die danach disloziert wurden, umzubauen.

ARTIKEL III: Die Vertragspartner verpflichten sich, die Abschußvorrichtungen für Unterseeboot-gestützte ballistische Raketen (SLBM) und moderne ballistische Raketen-Unterseeboote auf die Zahl zu begrenzen, die am Tage der Unterzeichnung dieses Interimsabkommens einsatzbereit und im Bau befindlich waren, und darüber hinaus die Abschußvorrichtungen und Unterseeboote, die nach den von den Vertragspartnern festgelegten Verfahren als Ersatz für eine gleiche Anzahl von ICB-Abschußvorrichtungen älteren Typs, die vor 1964 disloziert wurden, oder für Abschußvorrichtungen auf älteren Unterseebooten gebaut wurden.

ARTIKEL IV: Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Interimsabkommens darf eine Modernisierung und ein Ersatz strategischer ballistischer Offensivraketen und von Abschußvorrichtungen, die von diesem Interimsabkommen erfaßt werden, vorgenommen werden.

ARTIKEL V: 1) Zum Zwecke der Sicherstellung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Interimsabkommens wird jeder Vertragspartner ihm zur Verfügung stehende nationale Mittel der Verifizierung in einer Weise anwenden, die in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts steht.

2) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, nicht in die nationalen technischen Mittel der Verifizierung des anderen Vertragspartners, der in Übereinstimmung mit Absatz 1 dieses Artikels handelt, einzugreifen.

3) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, keine absichtlichen Verschleierungsmaßnahmen anzuwenden, die die Verifizierung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Interimsabkommens durch nationale technische Mittel behindern. Diese Verpflichtung soll keine Änderungen der gegenwärtigen Bau-, Montage-, Umwandlungs- oder Überholverfahren erfordern.

ARTIKEL VI: Zur Förderung der Zielsetzungen und Durchführung der Bestimmungen dieses Interimsabkommens werden die Vertragspartner die Ständige Beratende Kommission benutzen, die gemäß Artikel XIII des Vertrages über die Begrenzung der ballistischen Raketenabwehrsysteme in Übereinstimmung mit den Bestimmungen jenes Artikels eingesetzt wurde.

ARTIKEL VII: Die Vertragspartner verpflichten sich, weiterhin aktive Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen zu führen. Die in diesem Interimsabkommen vorgesehenen Verpflichtungen sollen nicht den Umfang oder die Bedingungen

der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen präjudizieren, die im Verlaufe weiterer Verhandlungen ausgearbeitet werden mögen.

ARTIKEL VIII: 1) Dieses Interimsabkommen soll nach Austausch schriftlicher Annahmeerklärungen der beiden Vertragspartner in Kraft treten; dieser Austausch soll gleichzeitig mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden des Vertrages über die Begrenzung der ballistischen Raketenabwehrsysteme erfolgen.

2) Dieses Interimsabkommen soll für einen Zeitraum von fünf Jahren in Kraft bleiben, es sei denn, es wird zuvor durch ein Abkommen über vollständigere Maßnahmen zur Begrenzung strategischer Offensivwaffen ersetzt. Es ist das Ziel der Vertragspartner, weitere aktive Verhandlungen mit dem Zweck zu führen, ein solches Abkommen so bald wie möglich abzuschließen.

3) Jeder Vertragspartner soll in Ausübung seiner nationalen Souveränität das Recht haben, von diesem Interimsabkommen zurückzutreten, wenn er zu der Entscheidung gelangt, daß außergewöhnliche Ereignisse, die im Zusammenhang mit dem Gegenstand dieses Interimsabkommens stehen, seine höchsten Interessen gefährdet haben. Er soll dann dem anderen Vertragspartner sechs Monate vor dem Zurücktreten von diesem Interimsabkommen von seiner Entscheidung Kenntnis geben. Eine solche Bekundung soll eine Erklärung über die außergewöhnlichen Ereignisse einschließen, die der seine Absicht bekundende Vertragspartner als seine höchsten Interessen gefährdend ansieht.

Gegeben in Moskau am 26. Mai 1972 in doppelter Ausfertigung in russischer und englischer Sprache, die beide in gleicher Weise authentisch sind.

Protokoll zum Interimsabkommen zwischen der UdSSR und den USA vom 26. Mai 1972

(Wortlaut)

Protokoll zum Interimsabkommen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten über bestimmte Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung von strategischen Offensivwaffen:

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika, nachfolgend als die Vertragspartner bezeichnet, sind

gemäß dem Übereinkommen über bestimmte Begrenzungen hinsichtlich der Abschußvorrichtungen für Unterseeboot-gestützte ballistische Raketen und moderner ballistischer Raketen-Unterseeboote und über Verfahren des Ersatzes in dem Interimsabkommen

wie folgt übereingekommen:

Die Vertragspartner gehen davon aus, daß gemäß Artikel III des Interimsabkommens für die Zeitspanne, während der dieses Abkommen in Kraft bleibt:

die Vereinigten Staaten nicht mehr als 710 Abschußvorrichtungen für ballistische Raketen auf Unterseebooten (SLBM) und nicht mehr als 44 moderne ballistische Raketen-Unterseeboote haben dürfen. Die Sowjetunion darf nicht mehr als 950 Abschußvorrichtungen für ballistische Raketen auf Unterseebooten und nicht mehr als 62 moderne ballistische Raketen-Unterseeboote besitzen;

zusätzliche Abschußvorrichtungen für ballistische Raketen auf Unterseebooten bis zu dem oben genannten Stand in den USA — über 656 Abschußvorrichtungen für ballistische Raketen auf nuklear-angetriebenen Unterseebooten — und in der UdSSR — über 740 Abschußvorrichtungen für ballistische Raketen auf nuklear-angetriebenen Unterseebooten —, einsatzbereit und im Bau, können als Ersatz für eine gleiche Anzahl von Abschuß-

vorrichtungen für ballistische Raketen älterer Typen, die vor 1964 disloziert worden sind, oder Abschußvorrichtungen für ballistische Raketen auf älteren Unterseebooten einsatzbereit werden;

die Dislozierung von modernen SLBM auf einem Unterseeboot, gleichgültig welchen Typs, wird gegen den Gesamtstand der für die USA und die UdSSR erlaubten SLBM aufgerechnet.

Dieses Protokoll wird als integraler Bestandteil des Interimsabkommens betrachtet.

Für die Union der Sozialistischen Sowjeterepubliken: Der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU

Für die Vereinigten Staaten von Amerika: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

Entschließung von Bundestag und Bundesrat anläßlich der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau (Gemeinsame Erklärung)

(Wortlaut)

Am 17. Mai 1972 nahm der Deutsche Bundestag die Verträge der BRD mit der UdSSR und der VR Polen an. (Wortlaut der Verträge und mit ihnen im Zusammenhang stehender Dokumente in „Blätter" 9/70, S. 996 ff, Moskauer Vertrag, und 12/70, S. 1325 ff, Warschauer Vertrag.) In namentlicher Abstimmung sprachen sich je 248 Abgeordnete für beide Verträge aus. Gegen den Moskauer Vertrag wurden — bei 238 Enthaltungen — 10 Stimmen abgegeben, und zwar von den Abgeordneten Becher (CSU), Czaja (CDU), Gatzen (CDU), v. Guttenberg (CSU), Hermesdorf (CDU), Jaeger (CSU), Wittmann (CSU), Hupka (CDU), Zoglmann (Hospitant bei der CSU), v. Kühlmann (FDP). Gegen den Warschauer Vertrag stimmten — bei 230 Enthaltungen — folgende 17 Abgeordnete: Becher (CSU), Czaja (CDU), v. Guttenberg (CSU), Hermesdorf (CDU), Jaeger (CSU), Wittmann (CSU), Hupka (CDU), Zoglmann (Hospitant bei der CSU), v. Kühlmann (FDP), v. Fircks (CDU), Götz (CDU), Kalinke (CDU), Rock (CDU), Stahlberg (CDU), Storm (CDU), Windelen (CDU), Mende (CDU).

Im Anschluß an die Abstimmung über die Ostverträge wurde eine Entschließung des Bundestages zur Außenpolitik der BRD mit 491 Ja-Stimmen — bei 5 Stimmenthaltungen — verabschiedet (die Westberliner Stimmen wurden, da es sich um eine Entschließung handelte, mitgezählt).

Nachdem am 19. Mai 1972 auch der Bundesrat — bei Stimmenthaltung der 5 CDU/CSU-regierten Länder — die Ostverträge verabschiedet und einstimmig die außenpolitische Entschließung des Bundestages vom 17. Mai angenommen hatte, übergab Bundesaußenminister Scheel am gleichen Tag zunächst dem sowjetischen, dann dem britischen, dem französischen und dem amerikanischen Botschafter in Bonn den Text dieser Bundestagsentschließung. Entsprechend einer Vereinbarung der Beteiligten wurden keine Einzelheiten über die Übergabe der Entschließung bekanntgegeben.

Bereits am 8. Mai 1972 hatte der sowjetische Botschafter in Bonn, Falin, den Text der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 12. April 1972 zur Ratifizierung des Vertrags BRD—UdSSR im Obersten Sowjet an Bundesaußenminister Scheel übergeben. (Den Inhalt der Gromyko-Rede sowie Stimmen aus der Diskussion über diese Rede im Obersten Sowjet enthält die Broschüre „Die Diskussion des Moskauer Vertrages in der Sowjetunion", die beim Pahl-Rugenstein Verlag erhältlich ist.)

Während die CDU/CSU das Zustandekommen der gemeinsamen Entschließung im Bun-

destag und ihre Mitwirkung daran als ein Mittel versteht, das ihrer Politik Einfluß auf Interpretation und Geist der Ostverträge verschaffen soll, denen sie schließlich gleichwohl ihre Stimmen versagte, veröffentlichte die Bundesregierung zugleich mit dem Text der gemeinsamen außenpolitischen Entschließung vom 17. Mai Erläuterungen zu den einzelnen Punkten der Entschließung. Über die Funktion dieser Bundestagsresolution heißt es dort: „Die von den Fraktionen des Deutschen Bundestages im Parlament eingebrachte Entschließung, die von der Bundesregierung den Vertragspartnern übermittelt werden wird, dient dem Ziel, noch vorhandene Bedenken zu den Verträgen mit Moskau und Warschau zu zerstreuen und damit diesen wichtigen Vertragswerken eine breitere parlamentarische Zustimmung zu sichern. Sie ändert nichts an den sich aus den Verträgen ergebenden Rechten und Pflichten und steht in Übereinstimmung mit Geist und Buchstaben der Verträge" (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 74, vom 20. Mai 1972, S. 1059).
Die Rechtsauffassung der polnischen Seite hat Ministerpräsident Jaroszewicz folgendermaßen festgehalten: Für Polen kann einzig und allein der Text des Vertrages verbindlich sein, dessen Bestimmungen wir in gutem Willen zu verwirklichen bereit sind" („Neues Deutschland" v. 15. 5. 72). Zur Oder-Neiße-Grenze erklärte der polnische Außenminister Olszowski: „Ihre Anerkennung auch durch den zweiten deutschen Staat, die Bundesrepublik, schließt die Angelegenheit vom Gesichtspunkt des Potsdamer Abkommens her ab. Weitere Entscheidungen oder Akte in dieser Hinsicht sind nicht mehr notwendig und werden nie mehr notwendig sein" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 27. 5. 72) Zu den in der „einseitigen Bundestagsresolution enthaltenen Vorbehalten" erklärte Olszowski, sie hätten völkerrechtlich keinerlei „bindende Kraft" (vgl. Chronik des Monats Mai, S. 562 f. dieses Heftes). — Der Wortlaut der Entschließung:

Im Zusammenhang mit der Abstimmung über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. August 1970 und den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 erklärt der deutsche Bundestag:

1) Zu den maßgebenden Zielen unserer Außenpolitik gehört die Erhaltung des Friedens in Europa und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Die Verträge mit Moskau und Warschau, in denen die Vertragspartner feierlich und umfassend auf die Anwendung und Androhung von Gewalt verzichten, sollen diesen Zielen dienen. Sie sind wichtige Elemente des Modus vivendi, den die Bundesrepublik Deutschland mit ihren östlichen Nachbarn herstellen will.

2) Die Verpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland in den Verträgen eingegangen ist, hat sie im eigenen Namen auf sich genommen. Dabei gehen die Verträge von den heute tatsächlich bestehenden Grenzen aus, deren einseitige Änderung sie ausschließen. Die Verträge nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen.

3) Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung wird durch die Verträge nicht berührt. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland, die eine friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen anstrebt, steht nicht im Widerspruch zu den Verträgen, die die Lösung der deutschen Frage nicht präjudizieren. Mit der Forderung auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts erhebt die Bundesrepublik Deutschland keinen Gebiets- oder Grenzänderungsanspruch.

4) Der deutsche Bundestag stellt fest, daß die fortdauernde und uneingeschränkte Geltung des Deutschlandvertrages und der mit ihm verbundenen Abmachungen und Erklärungen von 1954 sowie die Fortgeltung des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 13. September 1955 geschlossenen Abkommens von den Verträgen nicht berührt wird.

5) Die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin werden durch die Verträge nicht berührt. Der deutsche Bundestag hält angesichts der Tatsache, daß die endgültige Regelung der deutschen Frage im

ganzen noch aussteht, den Fortbestand dieser Rechte und Verantwortlichkeiten für wesentlich.

6) Hinsichtlich der Bedeutung der Verträge verweist der deutsche Bundestag darüber hinaus auf die Denkschriften, die die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften zusammen mit den Vertragsgesetzen zum Moskauer und Warschauer Vertrag vorgelegt hat.

7) Die Bundesrepublik Deutschland steht fest im atlantischen Bündnis, auf dem ihre Sicherheit und ihre Freiheit nach wie vor beruhen.

8) Die Bundesrepublik Deutschland wird die Politik der europäischen Einigung zusammen mit ihren Partnern in der Gemeinschaft unbeirrt fortsetzen mit dem Ziel, die Gemeinschaft stufenweise zu einer politischen Union fortzuentwickeln. Die Bundesrepublik Deutschland geht dabei davon aus, daß die Sowjetunion und andere sozialistische Länder die Zusammenarbeit mit der EWG aufnehmen werden.

9) Die Bundesrepublik Deutschland bekräftigt ihren festen Willen, die Bindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland gemäß dem Vier-Mächte-Abkommen und den deutschen Zusatzvereinbarungen aufrechtzuerhalten und fortzuentwickeln. Sie wird auch in Zukunft für die Lebensfähigkeit der Stadt und das Wohlergehen ihrer Menschen Sorge tragen.

10) Die Bundesrepublik Deutschland tritt für die Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ein. Sie geht davon aus, daß die Prinzipien der Entspannung und der guten Nachbarschaft in vollem Maße auf das Verhältnis zwischen den Menschen und Institutionen in beiden Teilen Deutschlands Anwendung finden werden.

Erklärung des Forums der Öffentlichkeit für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in Brüssel vom 2. bis 5. Juni 1972

(Wortlaut)

Vom 2. bis 5. Juni 1972 tagte in Brüssel ein Forum der europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit (vgl. „Blätter" 12/71, S. 1326 ff. und 2/72, S. 221 f., Dokumente zur Vorbereitung des Forums), an dem sich Delegationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus 27 Ländern beteiligten. In Plenar- und Kommissionsberatungen fand ein breiter Informations- und Meinungsaustausch über die politischen Probleme der europäischen Sicherheit, über wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit statt. Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut des Abschlußdokuments, das von den Teilnehmern des Forums beschlossen wurde. D. Red.

Wir, die Teilnehmer an diesem Forum der Vertreter der öffentlichen Meinung, das vom 2. bis 5. Juni mit Vertretern aus allen Teilen Europas und vielen internationalen Organisationen in Brüssel getagt hat, wenden uns an die Völker, die Regierungen und an alle sozialen und politischen Gruppen und Bewegungen unseres Kontinents.

Eine nähere Betrachtung der derzeitigen Situation in Europa hat uns gezeigt, daß einerseits während dieser letzten Monate bedeutende Fortschritte auf dem Wege zur Entspannung zu verzeichnen waren, daß andererseits noch ernste Hindernisse und Widerstände zu überwinden sind.

Europa befindet sich am Scheideweg. Entweder werden seine Völker eine Aktion unternehmen, die einen Rückschlag der positiven Entwicklung unmöglich macht, oder aber sie

lassen diese Gelegenheit vorübergehen, und die bisherigen Fortschritte werden zunichte gemacht. Wir sprechen uns entschlossen und energisch für die Sicherheit und und Zusammenarbeit aus. Wir werden es nicht erlauben, daß neugewonnene Hoffnungen getäuscht werden. Wir sind überzeugt, daß wir damit dem Willen aller Völker Europas entsprechen, die eine freie und souveräne Entwicklung auf dem Wege zum Fortschritt wünschen.

In Solidarität mit der jungen europäischen Generation, die die Schrecken des Krieges nicht erlebt hat, und in Solidarität mit den Männern und Frauen, die sie erlebt haben, beschwören wir Euch, Eure Kräfte nicht zu schonen, nicht nur um den jetzigen, noch immer unsicheren Frieden zu wahren, sondern auch, um auf unserem Kontinent ein solides System der Sicherheit und der Zusammenarbeit aufzubauen, ohne Beschränkung auf Europa, vielmehr auch zwischen Europa und den anderen Teilen der Welt.

Wir sind zur Übereinstimmung darin gekommen, daß die grundlegenden und universellen Prinzipien im Geiste der Charta der Vereinten Nationen, auf welchen die europäische Sicherheit beruhen soll, die folgenden sind:

— Verzicht auf Gewaltanwendung und auf die Drohung, Gewalt anzuwenden;

— Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen;

— Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten;

— Achtung der nationalen Unabhängigkeit und der Gleichberechtigung aller Staaten im Rahmen des Völkerrechts;

— Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität aller Länder des Kontinents;

— Achtung des Rechts der Völker, ohne Einschränkung über ihr eigenes Los zu entscheiden;

— friedliche Koexistenz und gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten.

Die gesamte Politik der Entspannung und der Abrüstung soll von diesen Prinzipien geleitet sein, mit der Perspektive des Abbaus der militärischen und politischen Gruppierungen.

Die Erhaltung und Stärkung der Sicherheit in Europa und überall in der Welt sind eng verbunden mit der Achtung der Demokratie und der Menschenrechte, so wie sie durch die Vereinten Nationen festgelegt wurden.

*

Das Forum hat auch die wichtigsten Probleme untersucht, deren unverzügliche Lösung erforderlich ist, da die Antworten auf diese Probleme unsere Zukunft bestimmen werden.

Die Teilnehmer des Forums unterstützen ohne Vorbehalt den Gedanken der Einberufung einer Europäischen Konferenz der Staaten mit der Garantie der gleichberechtigten Teilnahme aller interessierten Staaten. Sie sind bereit, im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit

— aktiv zur Beschleunigung der Vorbereitungen der Konferenz durch die Regierungen ihrer Länder beizutragen;

— Initiativen zur Ermittlung und Prüfung konstruktiver Vorschläge zu unternehmen, deren Annahme den Erfolg der Konferenz sichern würde;

— überall eine günstige Atmosphäre um diese Konferenz zu schaffen, die die Erreichung der festgelegten Ziele begünstigen würde.

Die Teilnehmer am Forum sind der Ansicht, daß Frieden und Sicherheit in Europa eine gleichberechtigte Teilnahme beider deutschen Staaten an dieser Konferenz erfordern. Die Teilnehmer würdigen den Abschluß der ersten grundlegenden Abkommen zwischen der DDR und der BRD, die eine weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten ermöglichen. Sie bringen ihre Meinung zum Ausdruck, daß es an der Zeit ist, zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch alle Staaten, die diese noch nicht durchgeführt haben, zu schreiten und die Aufnahme beider deutschen Staaten in die UNO zu vollziehen.

Die Teilnehmer am Forum erklären, daß die Sicherheit unlösbar mit der Organisierung der Zusammenarbeit verbunden ist und die enge Mitwirkung der verschiedenen Tendenzen der öffentlichen Meinung in Europa erfordert. Den Vertretern der öffentlichen Meinung, die nicht durch diplomatische Konventionen gebunden sind, steht es frei, alle Probleme, so komplex und folgenschwer sie auch sein mögen, in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit aufzuwerfen und zu diskutieren; und diese Freiheit sollte nicht zu gering eingeschätzt werden. Die Teilnehmer erklären, daß die Entwicklung von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sich günstig für jene Völker auswirken wird, die Opfer des Faschismus sind und für ihre Freiheit kämpfen. Die volle Entfaltung wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technischer Beziehungen im gesamteuropäischen Rahmen, Umweltschutz und Umweltverbesserung sowie die Intensivierung des Austausches geistiger und humanistischer Werte setzen regelmäßige Kontakte und wirksame wechselseitige Verbindungen zwischen den Vertretern der öffentlichen Meinung der verschiedenen Staaten voraus.

Konflikte, Wettbewerb und Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Idealen dürfen nicht in einen „psychologischen Krieg" zwischen den Ländern ausarten, denn das schafft Mißtrauen, Haß und Furcht und verschärft die Beziehungen.

Frieden und die Entwicklung des intellektuellen Potentials in Europa sind weitgehend abhängig von der Erziehung aller Bevölkerungskreise und ganz besonders der Jugend im Geist des Friedens und der gegenseitigen Achtung. Daher wenden sich die Teilnehmer des Forums besonders an alle, die im Fernsehen, Rundfunk und in der Presse tätig sind. Die Massenmedien müssen ausschließlich im Dienste des Friedens und der Völkerverständigung stehen.

Der Friede ist universal und unteilbar.

Die Teilnehmer des Forums sind der Überzeugung, daß gefestigte Sicherheit und wahrhaft friedliche Verhältnisse in Europa ein wesentliches Element des Weltfriedens sind. Sie sind ferner überzeugt davon, daß die zu entwickelnde europäische Zusammenarbeit die Verantwortlichkeiten Europas gegenüber der ganzen Welt und insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern in Rechnung stellen muß.

Das Forum hat mit Genugtuung die Breite und Mannigfaltigkeit der Strömungen der öffentlichen Meinung zur Kenntnis genommen, die sich bereits im Ringen um Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zusammengeschlossen haben. Das Forum bringt den Wunsch zum Ausdruck, daß diese Zusammenarbeit noch weitere Kreise erfassen und allen jenen, die an ihr teilnehmen wollen, offenstehen möge.

Je aktiver und wirkungsvoller die europäische öffentliche Meinung mit dem Einsatz ihrer ganzen Autorität und ihres Einflusses den Gedanken der Sicherheit und Zusammenarbeit unterstützen wird, um so früher werden diese Ideen Wirklichkeit werden. Damit sie Wirklichkeit werden, müssen sie zuerst zur Grundlage des politischen Denkens der Europäer

werden, zum Bestandteil ihrer Uberzeugungen, zu einem Imperativ ihres staatsbürgerlichen Bewußtseins — zu einer Grundlage, auf welcher die junge Generation erzogen wird.

Abschließend gelangte das Forum zu der Überzeugung, daß es unbedingt notwendig ist, den bereits bestehenden Verbindungen zwischen den verschiedenen Strömungen der europäischen öffentlichen Meinung einen dauerhaften Charakter zu verleihen. Es ruft die nationalen Komitees, Gruppen, Kreise und Vereinigungen für europäische Sicherheit auf, die Gedanken des Forums zu popularisieren. Zu diesem Zweck wird ein erster Entwurf einer Charta der europäischen Völker vorgelegt werden, was als erste Etappe zur Ausarbeitung eines derartigen Dokuments anzusehen ist. Darüber hinaus fordert das Forum alle diese Gruppen auf, ihre Ideen in konkrete Initiativen umzusetzen und dadurch den Zusammenschluß breitester Kreise aller Völker Europas zu gewährleisten.

Das Forum ist der Ansicht, daß die vom Initiativkomitee begonnene Arbeit fortgesetzt und ausgeweitet werden muß. Daher hat es beschlossen, dieses Organ in ein Kontakt- und Koordinationskomitee umzuwandeln und es mit der Aufgabe zu betrauen, die Ziele des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit, auf der Grundlage der in dieser Erklärung enthaltenen Prinzipien, zu verwirklichen.

Zum Abschluß dieser Erklärung weist das Forum auf alle in diesem Dokument enthaltenen Empfehlungen hin und ruft alle Menschen und alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte Europas feierlich auf, ihre Anstrengungen zu vereinen, um ihren Kontinent zu einer Region des Friedens und der fruchtbaren Zusammenarbeit zu machen.

Das erwarten und wünschen alle Völker. Nunmehr ist die Verwirklichung dieses Wunsches durch ihre Anstrengungen auch in den Bereich der Möglichkeit gerückt.
Setzen wir gemeinsam alles daran, diese Chance zu verwirklichen!

Entwurf der Innenministerkonferenz für eine „Treueerklärung" aller Bewerber für den öffentlichen Dienst vom 28. April 1972

(Wortlaut)

Im Zusammenhang mit den von der Ministerpräsidentenkonferenz am 28. Januar 1972 beschlossenen „Grundsätzen zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" (vgl. Stellungnahmen von Juristen in „Blätter" 2/72 und 3/72) arbeiteten die Innenminister von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, Lehners und Schwarz, den Entwurf einer „Treueerklärung" aus, die künftig von Bewerbern für den öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik verlangt werden soll. Auf ihrer Sitzung am 28. April 1972 stimmte die Innenministerkonferenz dem Entwurf zu. Seine Anwendung entsprechend der jeweiligen Landesgesetzgebung fällt allerdings in die Entscheidung der einzelnen Länder. Widerstände gegen den am 28. April von der Innenministerkonferenz beschlossenen Text haben dazu geführt, daß die Innenministerkonferenz sich auf einer Sitzung am 8. Juni — nach Redaktionsschluß dieses Heftes — erneut mit dem Entwurf der „Treueerklärung" befassen

soll. Nachstehend veröffentlichen wir den Wortlaut des Entwurfs und im Anschluß daran eine Erklärung der Vereinigung Demokratischer Juristen. D. Red.

Nach §... des Landesbeamtengesetzes für ... (LBG) ist der Beamte verpflichtet, sich durch sein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten. Dementsprechend darf gemäß §... LBG in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt.

Die gleichen politischen Treuepflichten ergeben sich für Angestellte aus § 8 Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) und für die Arbeiter aus § 9 des Manteltarifvertrages für Arbeiter der Länder (MTL II). Freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (vergleiche Urteil Bundesverfassungsgericht E Band II, Seite 1 ff, Band 5, Seite 85 ff) eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist das Gegenteil des totalen Staates, der als ausschließliche Herrschaftsmacht Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit ablehnt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind insbesondere zu rechnen: Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freier Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip, die Chancengleichheit für alle politischen Parteien, das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen die vorgenannten Grundsätze richten, ist unvereinbar mit den Pflichten eines im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob diese Bestrebungen im Rahmen einer Organisation oder außerhalb einer solchen verfolgt werden. Bewerber für den öffentlichen Dienst, die an verfassungsfeindlichen Bestrebungen teilnehmen oder sie unterstützen, dürfen nicht eingestellt werden.

Beamte, die sich einer solchen Pflichtverletzung schuldig machen, müssen damit rechnen, daß gegen sie ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst eingeleitet wird. Angestellte und Arbeiter müssen in diesem Falle mit einer außerordentlichen Kündigung gemäß § 54 BAT beziehungsweise § 59 MTL II rechnen.

Erklärung

Aufgrund dieser Belehrung erkläre ich hiermit ausdrücklich, daß ich die vorgenannten Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und daß ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung eintrete. Ich verpflichte mich ausdrücklich, daß ich Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder gegen eine ihrer obengenannten grundlegenden Prinzipien gerichtet sind, nicht unterstütze und insbesondere nicht Mitglied einer hiergegen gerichteten Organisation bin. Ich bin mir darüber im klaren, daß ich bei einem Verstoß gegen diese Dienst- und Treuepflichten mit einer Entfernung aus dem Dienst rechnen muß.

Kritische Sachbücher

Winfried Schwamborn

Handbuch für Kriegsdienstverweigerer

Kleine Bibliothek Band 18, 150 Seiten, br. DM 9,80

„... erfüllt alles, was man von einem Handbuch für Kriegsdienstverweigerer erwartet, und wenn eines der auf dem Markt vorhandenen Bücher als unentbehrlich bezeichnet werden kann, dann dieses."

antimilitarismus information

Joachim Streisand

Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart
Eine marxistische Einführung

484 Seiten, Paperback, DM 7,80

Dem rasch wachsenden Bedürfnis nach einem eindeutig am Fortschritt in der Geschichte orientierten Überblick wird zur Zeit kein Historiker so gerecht wie Joachim Streisand, der leichte Lesbarkeit mit historischer Akribie zu verbinden versteht.

Karl Theodor Schuon

Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik

Kleine Bibliothek Band 21, 264 Seiten, br. DM 12,80

Der Marburger Wissenschaftstheoretiker Schuon entwickelt ein konstruktives Verhältnis der Politiktheorie zur politischen Praxis der demokratischen Bewegung im Spätkapitalismus.

Bogdan Suchodolski

Einführung in die marxistische Erziehungstheorie

Aus dem Polnischen von M. Kunze, 568 Seiten, Paperback, DM 9,80

Der polnische Pädagoge Suchodolski hat eines der Standardwerke über die pädagogischen Vorstellungen von Marx vorgelegt. Wenn Erziehung die historische Aufgabe erfüllen soll, bewußt und verantwortlich an der Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft mitzuwirken, muß sie exakt und wissenschaftlich den Bedürfnissen der realen Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft gehorchen.

Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse
Materialien für Studenten, Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst

97 Seiten, br. DM 5,—

Die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" vom 28. Januar 1972 mit sämtlichen Gutachten und Stellungnahmen, die in den Heften 2 und 3/72 der „Blätter" erschienen sind. Im Anhang das Gesetz „Zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933", ferner der Beschluß der Bundesregierung über „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung" vom 19. September 1950.

Pahl-Rugenstein

Erklärung des Vorstandes der Vereinigung Demokratischer Juristen zur Fortdauer der Behinderungen im öffentlichen Dienst vom 31. Mai 1972

(Wortlaut)

Die bisherigen Auseinandersetzungen um die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" und die „gemeinsame Erklärung" vom 28. 1. 1972 haben eine eindrucksvolle Breite politischer Ablehnung sichtbar gemacht. Besonders zu begrüßen ist die Kritik von Gewerkschaften und des DGB, die von der Einsicht zeugt, daß diese „Grundsätze" leicht auch auf gewerkschaftliche Vorstellungen über eine Demokratisierung der Gesellschaft angewendet werden könnten. Immerhin sind z. B. die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften schon wiederholt als verfassungsfeindlich bezeichnet worden.

Die Bilanz der kritischen rechtlichen Nachprüfung ist ein überzeugender Nachweis der Verfassungswidrigkeit solcher Beschränkungen des Zugangs zum öffentlichen Dienst, auf die die „Grundsätze" zielen. Neben anderem ist kaum ein Zweifel möglich, daß die „Grundsätze" das verfassungsrechtliche Verbot der Diskriminierung (Art. 3 Abs. 3 GG) verletzen und die jeweiligen Einstellungsbehörden aufgefordert werden, vom Grundgesetz festgelegte Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts zu mißachten (Art. 21 Abs. 2 GG).

Dem stehen die neuen Vorsätze gegenüber, „Treueerklärungen" zu formulieren, die den Bewerbern für den öffentlichen Dienst abverlangt werden sollen. Vom rheinland-pfälzischen Innenminister liegt dazu ein Vorschlag im Wortlaut vor.

Diese Versuche zeigen, daß die Urheber der „Grundsätze" nicht bereit sind, ihre Absichten aufzugeben. Vielmehr will man mit solchen „Treueerklärungen" die „Grundsätze" praktikabel machen. Und nach den bisher bekannt gewordenen praktischen Fällen der Anwendung dieser „Grundsätze" muß gesagt werden: Man will die Diskriminierung des unbequemen Staatsbürgers und des politischen Gegners fortsetzen.

Die Ausformung der „Grundsätze" in „Treueerklärungen" läßt einige der schon kritisierten Umstände noch schärfer hervortreten als bisher. Der Verstoß gegen die von der Rechtsstaatlichkeit geforderte Bestimmtheit rechtlicher Regelungen wird noch offensichtlicher. Läßt man alles andere für einen Augenblick einmal außer acht, müßte eine „Treueerklärung" als rechtserhebliche Verpflichtung dem Bewerber für den öffentlichen Dienst erkennbar machen, welche politischen Aktivitäten nach Meinung der Einstellungsbehörde mit dem öffentlichen Dienst nicht vereinbar sein sollen. Stattdessen werden in der vorgeschlagenen „Treueerklärung" einige Sätze aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die KPD zitiert, die eine Umschreibung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellen, auf die sich der Bewerber verpflichten soll. Es heißt dort, daß die freiheitlich-demokratische Grundordnung das „Gegenteil des totalen Staates" und der „Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft" sei. Selbstverständlich wird z. B. jedes Mitglied der Jusos, des Spartakus, der DKP und sonstiger sozialistischer Gruppierungen guten Gewissens erklären, daß er für die so beschriebene freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt. Alle diejenigen, die man nach Maßgabe der bisher praktisch gewordenen Fälle treffen möchte, werden sich ihrer Überzeugung entsprechend auf den Standpunkt stellen, ihre Opposition richte sich nicht gegen diese freiheitlich-demokratische Grundordnung, sondern gegen den Umstand, daß sie nicht oder nicht genügend verwirklicht sei.

Jedoch ist zu befürchten, daß die Verfasser der „Treueerklärung" die verfassungsgerichtliche Umschreibung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in ganz anderer, und zwar in einer Weise auslegen, die aus dem Text nicht ohne weiteres ersichtlich ist.

Es dürfte kein Zufall sein, daß man Formulierungen des Bundesverfassungsgerichtes herangezogen hat, die in der Blütezeit des Kalten Krieges im Hinblick auf eine bestimmte politische Situation verwendet wurden. Jeder Verteidiger in politischen Strafsachen der damaligen Zeit weiß, daß von den Strafgerichten z. B. das Eintreten für die staatliche Anerkennung der DDR als Bekenntnis zu einer Gewalt- und Willkürherrschaft und als Indiz der verfassungsfeindlichen Absicht im Sinne der damaligen Strafbestimmungen ausgelegt wurde. Die bekannt gewordenen Fälle des Ausschlusses vom öffentlichen Dienst demonstrieren, daß ähnliche Auslegungen und die Anwendung auf heutige mißliebige politische Auffassungen beabsichtigt sind, die in keiner Weise die freiheitlich-demokratische Grundordnung berühren. Die Umschreibung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die in der vorgeschlagenen „Treueerklärung" verwendet werden soll, mag im Zusammenhang eines verfassungsgerichtlichen Urteils eine bestimmte Funktion erfüllt haben. Als rechtlicher Tatbestand, der auf das Verhalten eines Staatsbürgers angewendet werden soll, ist diese Definition völlig untauglich, weil sie nicht das Mindestmaß der Vorhersehbarkeit enthält. Es wäre ein Tatbestand der Art, die Adolf Arndt als Gummiplantage gekennzeichnet hat. Der Bewerber für den öffentlichen Dienst liefe Gefahr, nach bestem Wissen und Gewissen ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzugeben und später mit dem entpolitisierten Vorwurf konfrontiert zu werden, er habe nach dem Verständnis der Einstellungsbehörde falsche Angaben gemacht.

Man sollte sich nicht der Hoffnung hingeben, daß die rechtliche Unhaltbarkeit einer solchen „Treueerklärung" bei der gerichtlichen Nachprüfung schnell erkannt und festgestellt würde. Wiederum lehrt die Erfahrung mit der politischen Strafjustiz der vergangenen Zeit, daß solche politisch aufgeladenen Regelungen, mögen sie noch so bedenklich sein, schwer zu revidieren sind. Die Verfassungswidrigkeit von Staatsgefährdungsbestimmungen wurde erst zugegeben, als sie auch politisch unhaltbar geworden waren. Im günstigsten Falle würde die Rechtswidrigkeit nach einem Jahre in Anspruch nehmenden Instanzenzug festgestellt werden. Ein Vorgang, der für den betreffenden Bewerber existenzvernichtend sein kann.

Es erweist sich als aussichtloses Unterfangen, die verfassungswidrigen „Grundsätze" mit Hilfe eines „Treuebekenntnisses" doch noch mit der Rechtsordnung in Übereinstimmung bringen zu wollen.

Der Vorstand der Vereinigung Demokratischer Juristen fordert deshalb die Ministerpräsidenten auf, ihre Beschlüsse vom 28. 1. 1972 aufzuheben und keine „Treuebekenntnisse" zuzulassen, die über die bisherigen Verpflichtungserklärungen bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst hinausgehen.

Erklärung von Prof. D. Helmut Gollwitzer vom 29. Mai 1972 zu den Bombenanschlägen in der BRD

(Wortlaut)

Manche Politiker und Publizisten halten es für angebracht, der über die abscheulichen Bombenanschläge der letzten Woche erregten Öffentlichkeit einige Personen des geistigen Lebens als angebliche Sympathisanten und Mitschuldige zu denunzieren. Außer Heinrich **Böll, neben dem** zu stehen für jeden jederzeit eine Ehre ist, wird dabei u. a. auch mein Name genannt. Es wird mir unterstellt, ich hätte vor Jahren die Studenten zu Gewalt gegen Sachen aufgefordert und sei deshalb für die Entwicklung zur Gewalt gegen Menschen mitverantwortlich. Dazu ist zu sagen:

1) Ostern 1968 hatte ich in Berlin mit Bischof D. Scharf die Aufgabe, Tausende von Studenten, die wegen Ausschreitungen von Polizisten mit Recht empört waren, von Gewaltakten gegen Polizisten zurückzuhalten. Ich beschwor sie, sie möchten sich nicht dazu hinreißen lassen, ihre bisher eingehaltene Grenzziehung zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen zu überschreiten. In der damaligen Stunde war dies der Punkt, auf den es ankam; das verstanden auch die Hörer.

2) Die verschiedenen Gruppen der linken Bewegung haben der Wahnsinnsstrategie der Baader-Meinhof-Gruppe längst eine entschiedene Absage erteilt. Wer tötet, bessert nichts. Wer Menschenleben verachtet, ist nicht geeignet, die Misere unserer Gesellschaft zu überwinden. Die Bombenleger, wer sie auch immer seien, betreiben nichts als politischen Schaden, ebenso diejenigen, die sie unterstützen.

3) Wer sich über die Bomben bei uns erregt, nicht aber über die jahrelangen amerikanischen Massenbombardierungen in Vietnam, heuchelt. Diese verbreitete Heuchelei ist geeignet, junge Menschen wahnsinnig zu machen. Wer das nicht versteht, ist als akademischer Lehrer fehl am Platze. Darum:

4) Die intellektuelle Verantwortlichkeit für die Bombenanschläge ist bei denen zu suchen, die seit Jahren den über das vietnamesische Volk herabregnenden Bombenmord rechtfertigen. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn dann einige aus der Bahn geratene Leute auch hierzulande meinen, Bomben rechtfertigen zu können.

Prof. D. Helmut Gollwitzer, Seminar für Ev. Theologie an der Freien Universität Berlin

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,30 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,30; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr. 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40/80,—; $ 5.65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

HALL, Martin, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *HARRER, Jürgen,* geb. 1942 in Stuttgart, ist Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg. Veröffentlichungen über DDR, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Mexiko und Vietnam. *** *BREDOW, Dr. Wilfried Frhr. v.,* geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln; jetzt als Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn tätig, Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *GWISCHIANI, Dr. Dshermen,* korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Stellvertretender Vorsitzender des Staatskomitees für Wissenschaft und Technik beim Ministerrat der UdSSR. *** *SCHILLING, Wilfrid,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien. Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *RILLING, Rainer,* geb. 1945 in Stetten/Württ., studierte Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg. Veröffentlichungen u. a.: Die NPD, Frankfurt 1963 (Mitautor), Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970. *** *SYCHLA, Hartmut,* geb. 1952 in Petzen (Bückeberg), studiert Erziehungswissenschaften, Politik und Geschichte in Marburg. *** *BAMBERG, Hans-Dieter,* geb. 1942 in Dortmund, zunächst Kaufmännischer Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Westberlin. *** *RENDTORFF, D. Rolf,* geb. 1925 in Preetz, seit 1963 Professor für Alttestamentliche Theologie an der Universität Heidelberg. Seit Februar 1970 Rektor der Universität Heidelberg. Buchveröffentlichungen zu Themen der Alttestamentlichen Theologie. Zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WESEL, Uwe,* geb. 1933 in Hamburg, Studium der klassischen Philologie und der Rechtswissenschaft in Hamburg, München und Saarbrücken, 1961 Assistent an der Juristischen Fakultät München, dort Habilitation 1968. Seit 1969 ordentlicher Professor für Römisches und Bürgerliches Recht an der FU Westberlin. Im Dezember 1969 zum Vizepräsidenten gewählt *** *ROSENAU, Burkhard,* geb. 1946 in Marburg. Studiert Germanistik und Politikwissenschaft in Marburg. *** *JANSSEN, Volker,* geb. 1943 in Osnabrück. Studium der Rechtswissenschaft (Staatsexamen 1968) und Soziologie in Freiburg und München. Arbeitet an seiner Doktorarbeit über politische Herrschaft in Äthiopien. *** *NIESS, Frank, M. A.,* geb. 1942 in Blankenfelde/Teltow. Studium der Germanistik, Geschichte, Politischen Wissenschaft und des Völkerrechts in Bonn und Heidelberg. Promoviert in Kürze über das Thema „Die amerikanische Weltstaatsbewegung 1945—49". Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Der Verlag bittet darum, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Abonnenten, die ein Bank- oder Postscheckkonto haben, möchten wir empfehlen, von der Möglichkeit eines Dauerauftrags zur Überweisung der Abonnementsgebühren Gebrauch zu machen. Ein Dauerauftrag erspart Zeit und auch Geld.

Es schrieben bisher u. a.:

Wolfgang Abendroth
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres †
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh †
Arno Behrisch
Schalom Ben-Chorin
Martin Bennhold
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Lord Boyd Orr
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Capraiis
John Collins
Hans Conzelmann
Eberhard Czichon
Wilfried Daim
Harold Davies
Frank Deppe
Karlheinz Deschner
Philippe Devillers
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann †
Barbara Dietrich
Klaus Ehrler
Fritz Eichholtz †
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster †
Gertrud v. le Fort †
Wolfgang Friedmann
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Emil Fuchs
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Kurt R. Grossmann
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Werner Hahlweg
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Friedrich Heer
Eckart Heimendahl
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Rudolf Hilf
Joachim Hirsch
Egbert Hoehl
Werner Hofmann †
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka †
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand †
Hans Henny Jahnn †
Victor Kadalie
Gerhard Kade
Erich Kahler
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Friedrich Klein
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Fritz Köhler
Oswald A. Kohut
Karsten Kullmann
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Heinz Langerhans
Bernard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Walter Lewald
Carlo Levi
Hanns Linhardt
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Walther Maas
Werner Maihofer
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias †
Gunnar Matthiessen
Ernst May †
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Jules Moch
Herbert Mochalski
Wayne Morse
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
Hans Joachim Orth
Laszlo Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Ulf Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Helge Pross
L. A. Puntila
Adam Rapacki †
Harold Rasch
A. J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Stefan Reisner
Felix Rexhausen
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell †
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Richard Schmid
Franz Paul Schneider †
Robert Scholl
Rudolf Schottlaender
Conrad Schuhler
Hans-Adalbert Schweigart
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman †
Karl-Heinz Stanzick
A. S. Graf v. Stauffenberg †
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Stephen Swingler
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Tomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Gregori Tunkin
John E. Ullmann
Imre Vajda †
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn †
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz †
Claudia Wolff
Michail Woslenski
Konni Zilliacus †
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

Autoren dieses Heftes

HALL, Martin, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *HARRER, Jürgen,* geb. 1942 in Stuttgart, ist Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg. Veröffentlichungen über DDR, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Mexiko und Vietnam. *** *BREDOW, Dr. Wilfried Frhr. v.,* geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln; jetzt als Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn tätig, Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *GWISCHIANI, Dr. Dshermen,* korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Stellvertretender Vorsitzender des Staatskomitees für Wissenschaft und Technik beim Ministerrat der UdSSR. *** *SCHILLING, Wilfrid,* geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien. Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *RILLING, Rainer,* geb. 1945 in Stetten/Württ., studierte Soziologie, Politische Wissenschaften und Geschichte in Marburg. Veröffentlichungen u. a.: Die NPD, Frankfurt 1963 (Mitautor), Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970. *** *SYCHLA, Hartmut,* geb. 1952 in Petzen (Bückeberg), studiert Erziehungswissenschaften, Politik und Geschichte in Marburg. *** *BAMBERG, Hans-Dieter,* geb. 1942 in Dortmund, zunächst Kaufmännischer Angestellter, dann Abitur am Abendgymnasium, studiert Politologie und Geschichte an der FU Westberlin. *** *RENDTORFF, D. Rolf,* geb. 1925 in Preetz, seit 1963 Professor für Alttestamentliche Theologie an der Universität Heidelberg. Seit Februar 1970 Rektor der Universität Heidelberg. Buchveröffentlichungen zu Themen der Alttestamentlichen Theologie. Zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WESEL, Uwe,* geb. 1933 in Hamburg, Studium der klassischen Philologie und der Rechtswissenschaft in Hamburg, München und Saarbrücken, 1961 Assistent an der Juristischen Fakultät München, dort Habilitation 1968. Seit 1969 ordentlicher Professor für Römisches und Bürgerliches Recht an der FU Westberlin. Im Dezember 1969 zum Vizepräsidenten gewählt *** *ROSENAU, Burkhard,* geb. 1946 in Marburg. Studiert Germanistik und Politikwissenschaft in Marburg. *** *JANSSEN, Volker,* geb. 1943 in Osnabrück. Studium der Rechtswissenschaft (Staatsexamen 1968) und Soziologie in Freiburg und München. Arbeitet an seiner Doktorarbeit über politische Herrschaft in Äthiopien. *** *NIESS, Frank, M. A.,* geb. 1942 in Blankenfelde/Teltow. Studium der Germanistik, Geschichte, Politischen Wissenschaft und des Völkerrechts in Bonn und Heidelberg. Promoviert in Kürze über das Thema „Die amerikanische Weltstaatsbewegung 1945—49". Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Der Verlag bittet darum, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Abonnenten, die ein Bank- oder Postscheckkonto haben, möchten wir empfehlen, von der Möglichkeit eines Dauerauftrags zur Überweisung der Abonnementsgebühren Gebrauch zu machen. Ein Dauerauftrag erspart Zeit und auch Geld.